

Knut Hirschfeld

# Ein brandenburgischer Kreis auf dem Weg in die braune Diktatur



**Anfänge und Aufstieg der NSDAP  
in der nördlichen Uckermark  
1926/27 bis 1933  
und Prenzlaus linke Nazis**



Arbeiten des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau e. V.  
Band 11

Knut Hirschfeld

**Ein brandenburgischer Kreis  
auf dem Weg in die braune Diktatur**

**Anfänge und Aufstieg der NSDAP  
in der nördlichen Uckermark 1926/27 bis 1933  
und Prenzlaus linke Nazis**

**gewidmet meinem Lebensretter  
Privatdozent Dr. med. Christian Denecke**

Prenzlau 2017

**Titelbild:**

Prenzlau: Einweihung des NSDAP-Kreishauses 1935 in der Stettiner Straße  
Logo der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten (KGRNS)

**Rückseite:**

Veranstaltung am Strasburger Rathaus, vermutlich im Vorfeld der Reichstags-  
wahlen im März 1936.

Brüssow: Umzug in der Stettiner Straße, um 1935

Der Verfasser trägt für den Inhalt dieser Arbeit die alleinige Verantwortung. Nach-  
druck nur mit schriftlicher Genehmigung des Uckermärkischen Geschichtsver-  
eins zu Prenzlau e. V.

Dieses Buch wurde durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bil-  
dung gefördert.

Redaktion: Dr. Matthias Schulz (Leitung), Jürgen Theil und Reinhard Timm

Manuskripte werden an die Adresse des Herausgebers erbeten: Jürgen Theil,  
Friedenskamp 6, 17291 Prenzlau oder per Email an [Vorsitzender@uckermaerkischer-geschichtsverein.de](mailto:Vorsitzender@uckermaerkischer-geschichtsverein.de)  
[www.uckermaerkischer-geschichtsverein.de](http://www.uckermaerkischer-geschichtsverein.de)

Erscheinungsdatum: 2017

ISBN: 978-3-934677-36-4

Herstellung: Druckerei Nauendorf GmbH, Nordring 16, 16278 Angermünde,  
Tel. 03331.3017-0

# Ein brandenburgischer Kreis auf dem Weg in die braune Diktatur

## Anfänge und Aufstieg der NSDAP in der nördlichen Uckermark 1926/27 bis 1933 und Prenzlau linke Nazis

Knut Hirschfeld – Berlin

*Knut Hirschfeld, Jahrgang 1962, schloss 1989 ein fünfjähriges Studium an der damaligen Hochschule für Ökonomie in Berlin als Diplomökonom ab. Von 1990 bis 2010 war er als Wirtschaftsberater freiberuflich tätig. Seit 2011 ist der Autor als kaufmännischer Mitarbeiter beschäftigt. Der Großvater seiner Ehefrau wurde 1943 in einem Dorf bei Strasburg (Um.) nach wiederholter antifaschistischer Agitation denunziert und verhaftet, 1944 verstarb er, noch vor der schon anberaumten Verhandlung vor dem Volksgerichtshof an den Folgen massiver Misshandlungen. Sein Schicksal wurde in der DDR weitgehend verschwiegen. Ausgelöst durch diese Tatsache begann Knut Hirschfeld 2012 mit intensiveren Recherchen zu den Anfängen und zur Entwicklung der NS-Bewegung sowie dem kommunistischen Widerstand im Altkreis Prenzlau.<sup>1</sup>*

---

<sup>1</sup> Altkreis Prenzlau: Der Kreis Prenzlau umfasste von 1816 bis 1952 u.a. auch die für diese Arbeit relevanten Gebiete der Stadt Strasburg (Um.) und Umgebung. Mit Blick auf die in der Studie besprochene Zeit 1926 bis 1933 spricht der Autor hier daher nicht vom Kreis, sondern vom Altkreis Prenzlau – siehe Kreiskarte auf der letzten Seite der Anlagen.

# Inhaltsverzeichnis

Geleitwort.....	7
Vorbemerkungen.....	10
Danksagung .....	15
I. Teil: Zwei Gaue im Kreis – Die Herausbildung der NSDAP-Ortsgruppen Strasburg (Um.) und Prenzlau unter aktiver Mitwirkung von Pasewalks NSDAP und SA (1926/1927 – 1928) .....	17
Streiflicht zur sozialen und politischen Situation im Landkreis 1926 bis 1928....	17
Die organisatorische Ausgangslage der NSDAP – die Gaue Berlin-Brandenburg und Pommern vor ihrer Expansion in den Altkreis Prenzlau .....	20
Die Anfänge der NSDAP in der Stadt Strasburg (Um.) und Umgebung 1926/1927 ...	22
Traurige Strasburg-Bilanz des pommerschen Gauleiters .....	34
Das Ende des NSDAP-Gaues Pommern im Altkreis Prenzlau .....	37
Ein kurzer Exkurs: Konservativ-reaktionäre Strukturen als zeitweiliges Hemmnis für die Uckermärkische NSDAP .....	40
Lücken der Zeitgeschichte nun geschlossen: Die Strasburger NSDAP-Ortsgruppe bis Anfang 1933 .....	44
Die Anfänge der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe 1927/28 .....	55
Das angebliche Verbot des NSDAP-Gaues Berlin-Brandenburg vom 6. Mai 1927 bis zum 31. März 1928 und sein tatsächlicher Geltungsbereich ..	64
Anmerkungen zur sozialen Herkunft der ersten lokalen NSDAP-Akteure .....	73
II. Teil: Die Krise der NSDAP im Juli 1930 und Prenzlaus linke Nazis – von der Bildung und Entwicklung der Kampfgruppe Revolutionärer Nationalsozialisten (KGRNS) in Prenzlau und dem Aufstieg der NSDAP (1928 – 1933) .....	75
Vorbemerkung .....	75
Vorgeschichte der NSDAP-Abspaltung .....	75
Prenzlau NSDAP am Vorabend des Bebens (1928–1930) .....	79
Hitlers NSDAP und die Otto-Straßer-Gruppierung: Wenige Programmunterschiede – doch keine Gemeinsamkeit .....	90
Otto Straßers endgültiger Bruch mit Hitler .....	93

Die Anfänge der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten (KGRNS) und die Krise der NSDAP in Prenzlau im Juli 1930 .....	97
Gauleitung und Prenzlau NSDAP im Krisenmodus .....	101
Die NSDAP als Krisengewinnler .....	103
Die NSDAP im Kreis Prenzlau Ende 1930 bis Anfang 1933 – auf dem Weg zu offener Diktatur und Gewaltherrschaft .....	114
Erste Repressalien und die damalige Elite der NSDAP in den Ortsgruppen Prenzlau und Brüssow sowie im Kreis .....	133
Die überdurchschnittlichen Reichstagswahlergebnisse der NSDAP im Kreis – ein erster Erklärungsversuch .....	137
Außerparlamentarischer Widerstand gegen die NSDAP im Kreis vor 1933 ...	147
Die bekannten Akteure der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten (KGRNS) in Prenzlau im Zeitraum Juli 1930 bis September 1932..	152
Prenzlau und die NSKD-Episode sowie die Jugendorganisation .....	154
Die Prenzlauer und die Oldenburg-Abspaltung .....	155
Feststellbare Aktivitäten der KGRNS-Kampfgruppe Prenzlau und Höhepunkte des „Kampfgruppenlebens“ .....	156
Otto Straßer in Prenzlau und seine Vorstellung vom Verhältnis der KGRNS zur KPD .....	160
Neuerliche Veränderungen der Strukturen und Akteure sowie Abschätzung der maximalen Mitgliederstärke der Prenzlauer Gruppe .....	163
Kampfkreis und Kampfgruppe Prenzlau nach Hitlers Machterlangung .....	166
Überzeugung oder Fortkommen? Schlussbetrachtung zu einigen der Prenzlauer NSDAP-Renegaten des Juli 1930 .....	167
Warum Prenzlau? .....	176
Anhang .....	177
Dokument 1: Das 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 24. Februar 1920.....	177
Dokument 2: Das grundsätzliche Programm der “Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten” .....	181

Dokument 3: Wahlvorschlag der NSDAP zur Wahl der Strasburger Stadtverordnetenversammlung am 12. März 1933 .....	184
Dokument 4: Kandidaten der NSDAP zur Wahl der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung vom 12. März 1933 .....	185
Dokument 5: Die Kandidaten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zur Wahl der Brüssower Stadtverordnetenversammlung am 12. März 1933 .....	187
Dokument 6: Die Kandidaten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) zu den Wahlen zum Kreistag des Kreises Prenzlau am 12. März 1933 .....	188
Dokument 7: Liste der vom Autor identifizierten Bezirke als zusätzliches Strukturelement im NSDAP-Gau Brandenburg Oktober 1930 - Juli 1932 ...	190
Dokument 8: Die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zu den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen von Strasburg und Prenzlau am 12. März 1933 .....	192
Dokument 9: Kandidaten der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Strasburg und Prenzlau am 12. März 1933 .....	194
Dokument 10: Ergebnisse der Reichstagswahl vom 14. September 1930 im Kreis Prenzlau .....	196
Dokument 11: Ergebnisse der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 im Kreis Prenzlau .....	200
Dokument 12: Ergebnisse der Reichstagswahl vom 6. November 1932 im Kreis Prenzlau .....	205
Dokument 13: Rundbrief Nr. 1 der im Exil in Wien befindlichen Führung der „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“, seinerzeit auftretend unter der Bezeichnung „Die schwarze Front“ von Mai 1933 .....	220
Dokument 14: Anleitung der exilierten KGRNS/Schwarze-Front-Führung zur illegalen Arbeit in Deutschland .....	225
Ortsregister .....	228
Personenregister .....	232
Abbildungsnachweis .....	237

## Geleitwort

Entgegen der landläufigen Meinung, der Nationalsozialismus und die NS-Diktatur seien nach über 70 Jahren umfassend erforscht, sind in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder neue Forschungsfragen aufgeworfen worden, die unser vermeintlich gesichertes Wissen in Frage gestellt und neue Perspektiven auf den Aufstieg der Hitler-Bewegung, das nationalsozialistische Herrschaftssystem und die Interaktion von Herrschaft und Gesellschaft eröffnet haben. Dass sich der Nationalsozialismus so schlecht mit systematischen Kategorien erfassen lässt, obwohl er schon früh formulierten ideologischen Zielen folgte, liegt an seinem dynamischen Charakter als Bewegung, der sich auch in der Regimephase fortsetzte und dann vor allem im Verlauf des Zweiten Weltkriegs immer wieder neue Konstellationen unterschiedlicher Instanzen und Akteure entstehen ließ. Während die Orientierung auf Hitler als zentraler Führerpersönlichkeit das Gesamtsystem zusammenhielt und ihm Legitimität verlieh, sorgte gerade die Improvisationsfähigkeit und Flexibilität auf den unterschiedlichen Ebenen der Diktatur dafür, dass es mit katastrophaler Konsequenz bis zur alliierten Besetzung des Reichsgebiets weiter funktionieren konnte.

Gerade regional- und lokalhistorische Ansätze zur Erforschung des Nationalsozialismus haben deutlich gemacht, dass man sich einem vertieften Verständnis des NS-Systems nur annähern kann, wenn man das Zusammenwirken der verschiedenen politischen Ebenen analysiert und an Fallbeispielen untersucht, welche regionalen und lokalen Interaktionen und Herrschaftsarrangements wirksam wurden. Während die NSDAP nach außen uniformiert und hierarchisch strukturiert als Block auftrat, bot sie ihren Funktionären vor Ort teils beträchtliche Spielräume, „dem Führer entgegenzuarbeiten“, das heißt, seinen Willen zu antizipieren und in konkretes Handeln umzusetzen. Sowohl vor als auch nach 1933 sorgte das dafür, dass Impulse zur Radikalisierung der nationalsozialistischen Politik nicht nur von der Regimespitze, sondern auch von Akteuren in einzelnen Regionen ausgehen konnten, und dass vor Ort neue Akteurskonstellationen entstanden, die genauso schnell wieder verschwinden oder anderen Gauen als Vorbild dienen konnten. In einer sich als nationale Bewegung verstehenden Partei wie der NSDAP ging es dabei nie darum, regionale



Eigeninteressen zu verfolgen, sondern immer um die Durchsetzung der von der Führung vorgegebenen politischen Ziele.

Gerade in der NS-Forschung ist der Blick auf die kleinen Räume daher alles andere als regionale Ergänzungsforschung. Ohne den mikroskopischen Zugang fehlten den großen Synthesen Bodenhaftung und Erklärungskraft. Entsprechend groß ist das Verdienst lokal- und regionalhistorischer Studien. Sie helfen aber nicht nur, die Komplexität der Geschichte besser zu verstehen, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zur historisch-politischen Bildung. Besser als hübsch illustrierte und didaktisch aufgemachte Gesamtdarstellungen des Nationalsozialismus vermitteln sie ihren Leserinnen und Lesern einen Eindruck davon, dass genau diese Geschichte, die für unsere Erinnerungskultur bis heute konstitutiv ist, nicht im fernen Berlin oder München, sondern hier ganz konkret vor der eigenen Haustür stattgefunden hat.

Diese Unmittelbarkeit hat natürlich ihren Preis, wenn Angehörige mit der Geschichte ihrer Großväter und Großmütter konfrontiert oder jahrzehntelang gehütete Tabus angetastet werden. Eine der frühesten Lokalstudien zum Nationalsozialismus, William Sheridan Allens „Das haben wir nicht gewollt“ aus den 1960er Jahren, hat das Problem zu umgehen versucht, indem der Autor selbst den untersuchten Ort, das im westlichen Harzvorland gelegene Northeim, anonymisierte. Das würde man heute schon allein deshalb nicht mehr machen, um den falschen Eindruck zu vermeiden, die am lokalen Fallbeispiel gewonnenen Ergebnisse beanspruchten Allgemeingültigkeit. 50 Jahre nach Allens Buch sollte die zeitliche Distanz mittlerweile so groß sein, dass ein offener Umgang mit der eigenen Geschichte möglich ist und die Neugier der nachwachsenden Generationen weckt.

Früher waren es vor allem Lehrer (und hier scheint mir die männliche Form durchaus angebracht), die in Geschichts- und Heimatvereinen die lokalgeschichtliche Forschung vorantrieben und mit großer Detailfreude grundlegende Darstellungen geschaffen haben. Dass der Uckermärkische Geschichtsverein zu Prenzlau in Knut Hirschfeld einen Kaufmann gefunden hat, der die Geschichte der regionalen NSDAP von ihren Anfängen nach dem Parteiverbot 1925 bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten auf Reichsebene recherchiert hat, kann man nur als wahren Glücksfall bezeichnen. Mit detektivischer Akribie zeichnet er in seiner

Studie ein komplexes Bild der Parteientwicklung nach, das einmal mehr gemahnt, nicht vorschnell vom Allgemeinen auf das Besondere zu schließen, sondern die Erkenntnisse aus regionalen Fallstudien für die Formulierung allgemeiner Erklärungsmodelle ernst zu nehmen. Der Verfasser fördert nicht nur eine Fülle neuer Forschungsergebnisse zutage, seine Darstellung zeichnet sich auch dadurch aus, dass er die großen historischen Zusammenhänge immer im Blick hat und die Lokal- und Regionalgeschichte im Altkreis Prenzlau entsprechend einordnet. Das macht die Lektüre für alle an der Geschichte des Nationalsozialismus und der NS-Diktatur Interessierte zu einem Gewinn, und mir bleibt nur, dem Verfasser möglichst viele Leserinnen und Leser zu wünschen.

Prof. Dr. Thomas Schaarschmidt  
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam  
Mitglied der Leibnitz-Gemeinschaft  
Abteilung „Regime des Sozialen“

## Vorbemerkungen

Die nachfolgende Studie zur Frühgeschichte der NSDAP in der Region Prenzlau – Pasewalk gewinnt angesichts der jüngsten politischen Ereignisse in der Welt an Brisanz und Aktualität. Trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen wurden und werden gegenwärtig erneut Kräfte am gewachsenen nationalistischen Rand der Gesellschaft mobilisiert. Das Erstarken dieser Kräfte in Deutschland selbst ist zwar im Unterschied zur Situation vor gut 80 Jahren weniger ausgeprägt als in vielen seiner Nachbarländer, dennoch gilt es für alle demokratischen Kräfte, neben weiterer Wachsamkeit, auch ihrer allseitigen Verantwortung gerecht zu werden. Auch in diesem Sinne erachtet es der Autor als bedeutsam, sich Klarheit über die Vergangenheit in all ihren Facetten, mit all ihren Kapiteln zu verschaffen. Dies in einem bislang besonders vernachlässigten Abschnitt der jüngeren Vergangenheit der nördlichen Uckermark zu ermöglichen, ist ein Anliegen dieser Studie. Es ist jetzt 72 Jahre her, dass das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte sein Ende fand und die Alliierten Deutschland befreiten. Im Zentrum des NS-Regimes stand die mit dem “Gesetz gegen die Neubildung von Parteien” vom 14. Juli 1933 einzige verbliebene Partei, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei mit Hitler an der Spitze.

Auch mehr als 70 Jahre nachdem diese Partei zerschlagen und verboten wurde, ist deren Geschichte, je regionaler, lokaler und damit konkreter sie wird, noch häufig unerschlossen. So auch im Altkreis Prenzlau. Wenngleich es hier durchaus spürbare Unterschiede gibt, und so gerade für die Stadt Prenzlau vergleichsweise mehr Forschungsergebnisse vorliegen und beispielsweise für Strasburg (Um.), seinerzeit immerhin zweitgrößte Stadt des Landkreises, so gut wie gar nichts beleuchtet wurde. Dennoch ist auch für den Altkreis Prenzlau dieses Kapitel der Geschichte bislang wenig erschlossen.

Die vorliegende Arbeit versucht, in dieser Hinsicht einen Beitrag zu leisten und gerade die bislang der Öffentlichkeit weitgehend völlig unbekannt Anfänge der NSDAP mit besonderem Blick auf die größten Städte des Altkreises, Strasburg (Um.) und Prenzlau, darzustellen. Dass die erwähnten weißen Flecke existieren, hat dabei vielfältige Ursachen. Mit der speziellen “Vergangenheitsbewältigung” in der „antifaschistischen“ DDR

wurden nicht nur Details zur NS-Bewegung vor Ort bewusst nicht ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, sondern auch Aufarbeitungsversuche zu dieser Thematik unterbunden. Dies trifft insbesondere auch auf die Lokalgeschichte zu, was vielleicht auch daran lag, dass es in kleinen Gemeinwesen generell weitaus komplizierter ist, sich Fragen von Verantwortung zu stellen. Hier ist alles viel konkreter und persönlicher als in der Anonymität größerer Städte. Allein deshalb braucht Geschichte wohl auch manchmal ihre Zeit.

Nun aber, insbesondere da umfangreiche neue Quellen zur Verfügung stehen die bis 1989 aufgrund der deutschen Teilung und des Kalten Krieges auch für Interessierte nicht zugänglich waren, sollte diese Zeit gekommen sein. Ein weiterer Grund für die Existenz der weißen Geschichtsflecken besteht nämlich darin, dass sich relevante Akten der betreffenden NSDAP-Ortsgruppen im Altkreis Prenzlau, der Kreisleitung Prenzlau und der Gauleitung Berlin-Brandenburg bzw. des Gaues Brandenburg, später Kurmark und Mark Brandenburg, in Gebieten befanden, die im April 1945 aktiven Kriegshandlungen ausgesetzt waren. Ein großer Teil der Akten ist in den letzten Kriegswochen von den NS-Akteuren vernichtet worden bzw. späteren Brandstiftungen zum Opfer gefallen. Andere Bestände sind von Einheiten der Roten Armee bzw. dem NKWD in Moskauer Geheimarchive verbracht worden, wo sie teils heute noch (ungenutzt) lagern und für Forscher leider nicht zugänglich sind. Das soll auch heißen, dass selbst bei Interesse und gutem Willen zu Zeiten der DDR viele wichtige Dokumente einfach nicht verfügbar waren. Andere vorhandene Quellen wurden von der offiziellen DDR-Geschichtsforschung nicht genutzt bzw. entsprechende Erkenntnisse nicht publiziert. Auch war die Öffentlichkeit von deren Nutzung ausgeschlossen. In Ermangelung entsprechender NSDAP-Dokumente konnte der Autor Erkenntnisse für die vorliegende Arbeit aus den im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam-Golm befindlichen Akten der Regierung Potsdam; Bereich Rep 2 A (Politische Polizei) gewinnen. Hier ging es insbesondere um die Beobachtung rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen.

Mit der deutschen Einheit jedoch wurden zudem umfangreiche, heute im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde befindliche Quellen der Reichsleitung der NSDAP in München zugänglich. Diese enthalten gerade hinsichtlich der Frühzeit der NSDAP teils Durchschriften und Kopien von Dokumen-

ten der regionalen und lokalen NSDAP-Akteure. Darüber hinaus blieb die Reichs- und Gaukartei der NSDAP, welche von der US-Army 1945 in Bayern vor der Vernichtung bewahrt und sichergestellt wurde, zu ca. 80 Prozent erhalten. Sie ist inzwischen ins Bundesarchiv eingegliedert worden. Auch diese Kartei vermag zu einzelnen NSDAP-Akteuren Erkenntnisse zu liefern, wenngleich die seitens der US-amerikanischen Vertreter vorgenommene Umsortierung der NSDAP-Gaukartei gerade für die regionale NS-Forschung viele potenzielle Möglichkeiten stark erschwert bzw. unmöglich gemacht hat. Von nicht geringem Erkenntnisgewinn im Zuge der Recherchen zu vorliegender Studie erwiesen sich auch die lokalen Zeitungen sowie die NSDAP-Parteiblätter jener Zeit. Es handelt sich hier bei den lokalen Zeitungen vorrangig um die „Prenzlauer Zeitung“, die Zeitung „Uckermärkischer Kurier“ und den „Strasburger Anzeiger“. Bei den NSDAP-Parteiblättern wären vorrangig „Völkischer Beobachter“, „Der Angriff“, „Berliner Arbeiterzeitung“, „Märkischer Beobachter“ und „Roter Adler“ zu nennen. Im Zusammenhang mit der besonders im II. Teil im Blickfeld stehenden „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ bildeten deren Blätter „Die Deutsche Revolution“ und „Die Schwarze Front“ wichtige Quellen für den Informationsgewinn hinsichtlich deren Agierens im Kreis Prenzlau.

Da lokale Geschichte sich nun einmal gerade im Handeln lokaler Akteure vollzieht, muss der Autor in der vorliegenden Arbeit auch sehr konkret werden. Mit der Nennung konkreter Namen verfolgt der Autor jedoch keineswegs die Absicht, zu denunzieren bzw. anzuklagen. Es geht um eine konkrete und wahrheitsgemäße Darstellung – um nicht mehr und nicht weniger. Zudem sollte sich auch der heutige Leser einer allzu raschen Verurteilung der genannten Akteure nicht vorschnell hingeben – dafür wissen wir noch immer entschieden zu wenig und dies ist hier nicht das Ziel. Es sollte an dieser Stelle stets bedacht werden, dass die lokalen Aktivisten der NS-Bewegung insbesondere am Ende der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts den wahren Charakter der Bewegung, der sie dienten, nicht gleich zwingend erkannt haben müssen. Es waren dies Menschen mit sehr unterschiedlicher sozialer Stellung bzw. Herkunft. Auch die vorherige politische Heimat, sofern es sie denn gab, war unterschiedlich. Sie reichte von vermeintlichem Patriotismus über Nationalismus, Revanchismus, Antisemitismus bis in das linke Spektrum.

Von gewisser Bedeutung waren dabei allerdings schon die vor allem in Norddeutschland agierende Deutsch Nationale Volkspartei (DNVP) und die mit der NSDAP während deren Parteiverbots 1923 bis 1925 eng verbundene Deutsch-Völkische Freiheitspartei (DVFB).

Schließlich sollte der Leser berücksichtigen, dass die NSDAP in jener Zeit um 1925 bis 1930 noch keine nach innen vollends gleichgeschaltete, monolithische Partei war, sondern dass auch innerhalb dieser Partei (noch) Flügel existierten. Höhepunkt und Abschluss dieser innerparteilichen Auseinandersetzungen und Richtungsstreitigkeiten bzw. Machtkämpfe, die sich auch in so mancher Ortsgruppe und Gauleitung (noch nicht überall gab es bereits Kreisleitungen ) reflektierten, war der sogenannte "Röhm-Putsch" Ende Juni / Anfang Juli 1934. Für die weitere fatale und bedingungslose Ausrichtung der NSDAP auf die Person Adolf Hitlers waren gerade in Norddeutschland in besonderem Maße weitere, bereits frühere Entwicklungen von großer Bedeutung. Dazu gehörten unbedingt die Auseinandersetzungen mit der Gruppierung um Otto Straßer<sup>2</sup>. Diese waren zugleich auch Ausdruck von Rivalitäten zwischen nord- und süddeutschen NSDAP-Führern. Mit Otto Straßers NSDAP-Austritt im Juli 1930 wurde dieser Machtkampf vorläufig zu Gunsten der süddeutschen NSDAP-Gruppierung um Hitler entschieden. In dieser Hinsicht spielten sich gerade in Prenzlau und Umgebung ab Juli 1930 interessante Ereignisse ab, auf die im Schlussteil unter dem Titel „Prenzlaus linke Nazis“ näher eingegangen werden soll. Aber so weit sind wir in der Zeit unserer Betrachtung hier noch nicht. Bei aller gebotenen Differenzierung der konkreten Akteure muss natürlich klar festgehalten werden, dass sie mit ihrem Engagement bewusst oder unbewusst zum aktiven Wegbereiter einer katastrophalen Entwicklung wurden.

Die Entwicklung der NSDAP in jenen frühen Jahren war geprägt von Diskontinuität und ständigem Wechseln der Strukturen auf Gau- und Kreisebene bzw. hinsichtlich der zeitweilig vorhandenen Bezirke. Gleiches gilt auch für die jeweiligen lokalen und regionalen Verantwortungsträger der NSDAP. Und es war nicht auf sie beschränkt. Noch häufigeren Strukturwandlungen unterlag die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer

---

<sup>2</sup> Die Familiennamen Otto und seines Bruders Gregor Straßer werden in der aktuellen Literatur häufig, quasi nach den Regeln der neuen Rechtschreibung, mit "ss" geschrieben. Der Autor hält sich an die authentische, überlieferte Schreibweise, also "Straßer".

Nationalsozialisten“. Dies alles machte dem Autor weder das Recherchieren noch das Formulieren der Erkenntnisse leicht. Der Inhalt der vorliegenden Arbeit stellt leider kein kurzweiliges Lesevergnügen dar, sondern verlangt dem Leser auf Grund der geschilderten Umstände ein gewisses Maß an Konzentration ab. Der Autor und mit ihm der Uckermärkische Geschichtsverein hoffen dennoch, dass die Rezipienten durch die Lektüre dieser Studie interessante und vor allem neue Erkenntnisse und eventuell auch eigene Anregungen für die lokale Forschung gerade zu diesem bislang nur wenig erschlossenen Gegenstand erhalten.

## Danksagung des Autors

Der ohne Zweifel erste und größte Dank des Autors gebührt seiner gedul- digen Ehefrau, die es ihm durch ihr Verständnis überhaupt erst ermög- lichte, die grundlegenden zeitlichen Voraussetzungen für das langwierige, aufwendige Unterfangen der Verfassung des vorliegenden Werkes zu er- langen.

Ein besonderer Dank des Autors gebührt dem engagierten Heimatforscher Herrn Wilhelm Zimmermann, Hamburg, der ihm viele wichtige Hinwei- se, Anregungen und Kritiken zuteilwerden ließ. In gleichem Maße möchte sich der Autor bei Herrn Jürgen Theil, Herrn Reinhard Timm und Herrn Dr. Matthias Schulz vom Vorstand des Uckermärkischen Geschichtsver- eins zu Prenzlau bedanken. Ohne ihre Zustimmung wäre eine Publikation dieser Monografie gar nicht möglich gewesen. Darüber hinaus trug beson- ders ihre umfangreiche redaktionelle Unterstützung maßgeblich zu einer verständlicheren Darstellung der komplizierten Materie und auch zur ver- besserten Darstellung von Tabellen sowie zur Formatierung des Textes bei. Zu weiterem Dank fühlt sich der Autor gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde, und hier ganz besonders Frau Sabine Gresens und Herrn Lutz Möser vom Referat R2 sowie Herrn Torsten Zarwel vom Referat R1 verpflichtet. Dank zu sagen ist ebenso Herrn Rainer Marten, Chefreporter der Redaktion Pasewalk des „Nordkurier“ und Chronist seines Heimatortes Trebenow. Bedan- ken möchte sich der Autor auch bei Frau Sabine Nietzold, Frau Evelyne Brauchler und Frau Steffi Huth vom Stadtarchiv Prenzlau, der ehemaligen Mitarbeiterin des Heimatmuseums der Stadt Strasburg (Um.), Frau Renate Schmidt, Herrn Pastor a.D. Christhart Riedel (Strasburg Um.) und auch dem Vorsitzenden des Uckermärkischen Heimatkreises Strasburg, Herrn Jürgen Salitzky. Für ihr Engagement zur Bereitstellung wichtiger Fotos ist insbesondere dem Vorsitzenden des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau, Herrn Jürgen Theil, den oben genannten Mitarbeiterinnen des Stadtarchivs im Dominikanerkloster Prenzlau, Herrn Lars Droese vom Heimatmuseum Strasburg (Um.), Frau Margit Glowé vom Muse- um Brüssow sowie den Mitgliedern des Uckermärkischen Heimatkreises Strasburg, Herrn Dirk Lange (Strasburg / Um.), Herrn Roland Brauchler (Rothemühl), Frau Hildegard Wegener (Strasburg / Um.) und seinem Vor-



sitzenden, Herrn Jürgen Salitzky (Strasburg / Um.), zu danken. Weiteren Dank für die erhaltene Unterstützung möchte der Autor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Brandenburgischen Landeshauptarchivs in Potsdam-Golm, nicht zuletzt Herrn Frank Schmidt vom Referat II/3 aussprechen. Für technische Unterstützung vor Ort bedankt sich der Autor bei Herrn Klaus-Peter Hähnel (Berlin).

Unbedingt hervorzuheben ist der Umstand der Bekanntschaft mit der Autorin und Soziologin Frau Jutta Ditzfurth – Frankfurt/Main. Sie hat den Autor maßgeblich zum Recherchieren und Publizieren angeregt. Dafür gebührt ihr besonderer Dank.

Berlin im August 2017  
Knut Hirschfeld

# **I. Teil: Zwei Gaue<sup>3</sup> im Kreis – Die Herausbildung der NSDAP-Ortsgruppen Strasburg (Um.) und Prenzlau unter aktiver Mitwirkung von Pasewalks NSDAP und SA (1926/1927 – 1928)**

## **Streiflicht zur sozialen und politischen Situation im Landkreis 1926 bis 1928**

Die Jahre 1925 bis 1929 werden gemeinhin gern als Zeit der wirtschaftlichen Konsolidierung der Weimarer Republik am Vorabend der Weltwirtschaftskrise bezeichnet. Doch zumindest in der Uckermark begann bereits ab 1926/27 der wirtschaftliche Niedergang. Schon für 1926 konstatierte der Verwaltungsbericht der Prenzlauer Kreiskommunalverwaltung eine sich 1927 dann noch zuspitzende Verschlechterung der Wirtschaftslage. Dies ging einher mit einem sukzessiven Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kreis und Stadt Prenzlau. Im Jahr 1926 waren allein in der Stadt Prenzlau trotz saisonaler Beschäftigung von Erwerbslosen bei den Erntearbeiten mehr als 200 Arbeitslose nicht zu vermitteln.<sup>4</sup> Und nach der von der Zeitzeugin Frau Korthals geführten „Chronik der Stadt Strasburg/Um.“ erhöhte sich 1925 im Landkreis Prenzlau die Erwerbslosenzahl von 284 auf 526. Bereits im Januar 1926 waren es schon 1.161. Die erwähnte Quelle besagt auch, dass gleichzeitig die Ausgaben des Landkreises für „Armenpflege“ von 133.093 RM im Jahr 1924 auf über 162.005 RM im Jahr 1925 stiegen und dann bereits ein Volumen von 229.045 RM im Jahr 1926 erreichten.<sup>5</sup> Hinzu kamen noch regionale Sonderfaktoren. Dazu gehörten die Ende 1925 aufgedeckten Veruntreuungen in der Stadtparkasse Prenzlau. Diese führten fast zu einem Zusammenbruch der Stadtparkasse und brachten als eine Folge Verknappungen der Kredite für die örtlichen Unternehmer mit sich. Au-

---

<sup>3</sup> Gau: Bereits vor und außerhalb der NSDAP verwandte Gliederungsebene. In der NSDAP vor 1933 schon übliche und ab 1933 offizielle Bezeichnung für die nach der Reichsebene höchsten „Hoheitsgebiete“ der NSDAP. Ihnen stand ein Gauleiter vor. Weitere Untergliederungen waren Kreis, Ortsgruppe bzw. Sektion, Stützpunkt, Zelle und Block. Kurzzeitig gab es im Gau Brandenburg, erst als Gliederung zwischen Ortsgruppe und Gau, später zwischen Ortsgruppe und Kreis, auch „Bezirke“.

<sup>4</sup> Frank Schmidt: Prenzlau in der Zeit der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus (1918 bis 1945), in: Klaus Neitmann / Winfried Schich (Hgg.): Geschichte der Stadt Prenzlau, Horb am Neckar 2009, S. 240.

<sup>5</sup> Frau Korthals, Chronik der Stadt Strasburg/Um., persönliche Aufzeichnungen, Heimatmuseum der Stadt Strasburg (Um.), Strasburg o.J.

ßerdem musste die Stadt Prenzlau selbst mit ihren finanziellen Mitteln für ihre Stadtparkasse eintreten und war so ihrerseits zu Ausgabenkürzungen gezwungen.<sup>6</sup> Ein weiterer Sonderfaktor bestand in einer gewissen regionalen “Regenkatastrophe” im Zeitraum von insgesamt 15 Monaten zwischen dem Mai 1926 und dem August 1927 mit ungewöhnlich ergiebigen und anhaltenden Regenfällen in einem großen Teil des Kreises Prenzlau und darüber hinaus in der Uckermark. Dabei regnete es fast durchgehend von Ende Mai bis Totensonntag 1926. Es folgten ein schneereicher Winter mit nachfolgender massiver Schneeschmelze und erneute massive Regenfälle im Zeitraum Mitte Mai bis Ende Juli 1927. Den Abschluss bildeten dann weitere fünf Tage Dauerregen ab dem 5. August 1927. Die Getreideernte des Jahres 1927 brachte so im Landkreis Prenzlau nur ca. 40 Prozent der normalen Erträge. Viele Teilflächen standen noch bis Anfang 1928 unter Wasser.<sup>7</sup> Dies führte zu einer zusätzlichen Verschlechterung der Lage in der seinerzeit noch bedeutsamen Landwirtschaft. Und wenn es dieser schlecht geht, geht es auch Prenzlau schlecht, schlechter als anderen Industriestädten – so heißt es in der “Geschichte der Stadt Prenzlau”<sup>8</sup> und meint damit die hohe Abhängigkeit eines Teils der ansässigen Industrie (besonders der Prenzlauer Zuckerfabrik mit zeitweise 700 Beschäftigten) und des ansässigen Handwerks von der lokalen bzw. regionalen Landwirtschaft. Das hier Gesagte gilt so auch für die Stadt Strasburg (Um.), deren Zuckerfabrik die Prenzlauer an Größe sogar noch übertraf. Die beiden damals größten Industriebetriebe der Prenzlauer Metallindustrie mit jeweils mehr als 100 Beschäftigten, die Eisengießerei und Maschinenfabrik H. Hoffmann und die Maschinenanstalt Deneken & Haensch, sahen sich infolge von Kapitalmangel und Investitionshemmnissen ebenfalls zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt.<sup>9</sup> Auf der politischen Ebene war eine weitere Polarisierung mit Erstarken reaktionär-restaurativer Kräfte bei weiterhin gegebener Stärke von Sozialdemokraten und Kommunisten zu beobachten. So berichtet die “Prenzlauer Zeitung” am 5. Februar 1928 davon, dass die Hauptversammlung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) am 4. Februar 1928 in Prenzlau stattfand und der damalige DNVP-Ortsgruppenvorsitzende Rechtsanwalt

---

<sup>6</sup> Schmidt: Prenzlau (wie Anm. 4), S. 245.

<sup>7</sup> Heimatmuseum der Stadt Strasburg (Um.) Pädagogisches Kreiskabinett Strasburg, Fakten und Tatsachen aus der Geschichte der Stadt Strasburg/Um., Nr. 43 vom 15.4.1985, S. 9 B.

<sup>8</sup> Schmidt: Prenzlau (wie Anm. 4) S. 245.

<sup>9</sup> a.a.O., S. 239.

Dr. Schwartz erstmals mehr als 1.000 eingeschriebene Mitglieder in der Prenzlauer DNVP-Ortsgruppe verkünden konnte.<sup>10</sup> Bei dieser Deutschnationalen Volkspartei handelte es sich um eine nationalkonservative Partei mit teils nationalistischer, völkischer, monarchistischer und antisemitischer Programmatik. Ihr Vorsitzender wurde 1928 ein gewisser, wenig später noch eine sehr unrühmliche Rolle spielender Alfred Hugenberg. Die DNVP unterstützte dabei nicht nur offen den Kapp-Putsch von 1920 (Wolfgang Kapp selbst war Mitglied der DNVP), sondern sie vertrat u. a. auch die Interessen des gehobenen Bürgertums und des in der Garnisonstadt Prenzlau eine nicht unwesentliche Rolle spielenden Offizierskorps. Schließlich fand diese Partei auch starken Rückhalt bei den in der Uckermark besonders bedeutsamen ostelbischen Agrariern. Eine Abspaltung der DNVP, die Deutsch-Völkische Freiheitspartei (DVFB), bildete während der Zeit des reichsweiten Verbots der NSDAP (1923 bis 1925) sogar eine Listenvereinigung mit Ersatzorganisationen der NSDAP. Der spätere, zeitweilige Leiter des NSDAP-Gaues Kurmark, Wilhelm Kube, war bis zu seinem Ausschluss 1927 Mitglied der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei. Deren "Mutterpartei", die erwähnte Deutschnationale Volkspartei, fand auch beim Stahlhelm starken Rückhalt. Jener "Stahlhelm", gegründet im Dezember 1918, bezeichnete sich selbst als "Bund der Frontsoldaten". Er war paramilitärisch organisiert und stand in Opposition zum bürgerlich-demokratischen System der Weimarer Republik.

Der erwähnte "Uckermärkische Kurier" berichtet in seiner Ausgabe vom 7. Februar 1928 ausführlich über eine „Führertagung“ des Stahlhelms am 4. Februar 1928 im kleinen Saal von I. P. Lang. Nach den dort zitierten Ausführungen des damaligen Gaugeschäftsführers Lorentzen stieg die Zahl der Mitglieder des "Stahlhelm" in der Uckermark im Laufe des Jahres 1927 um ca. 50 (!) Prozent. Zahlreiche neue Ortsgruppen entstanden. Der Kreis Prenzlau stand dabei sowohl hinsichtlich der Zahl der Ortsgruppen als auch der Zahl der Mitglieder an der Spitze.<sup>11</sup>

Jener "Stahlhelm" kooperierte um 1929 bereits offen mit der DNVP und der NSDAP – zunächst hinsichtlich der Durchsetzung eines Volksentscheides gegen den Young-Plan (letzter der Reparationspläne, welche die Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reiches auf der Grundlage

---

<sup>10</sup> Prenzlauer Zeitung, 5.2.1928.

<sup>11</sup> Prenzlauer Zeitung, 7.2.1928.

des Versailler Vertrages regelten). Im Oktober 1931 bildeten Hugenbergs DNVP und der “Stahlhelm” gemeinsam mit der NSDAP die einschlägig bekannte “Harzburger Front”.<sup>12</sup> Beide, sowohl DNVP als auch “Stahlhelm”, schöpften geistig aus ähnlichen Quellen wie die NSDAP und betätigten sich dann als aktive Steigbügelhalter bei Hitlers Machterlangung. Wo die DNVP und der “Stahlhelm” gute Wachstumsbedingungen vorfanden, da war grundsätzlich auch für die NSDAP ein Nährboden bereitet.

### **Die organisatorische Ausgangslage der NSDAP – die Gaue Berlin-Brandenburg und Pommern vor ihrer Expansion in den Altkreis Prenzlau.**

Die Geschichte des Gaues Pommern der NSDAP setzt schon 1922 ein. Dieser Gau wies dabei im Vergleich zu anderen NSDAP-Gauen in Norddeutschland bereits recht früh feste Organisationsformen auf. Schon 1923 existierten 12 NSDAP-Ortsgruppen mit 330 Mitgliedern in Pommern,<sup>13</sup> darunter die im nur gut 20 Straßenkilometer von der Stadt Strasburg entfernten Pasewalk. Diese Ortsgruppe wurde am 27. August 1923 vom Pasewalker Zahnarzt Dr. Repfennig gegründet.<sup>14</sup> Einen offiziellen Status als Gau erhielt das entstandene Gebilde dann 1925. Erster Gauleiter der NSDAP in Pommern war der damalige Professor für Mathematik an der Universität Greifswald Theodor Vahlen (1869–1945). Auch der stellvertretende Gauleiter Dr. Fritz Lejeune war Dozent an der Universität Greifswald, wo mit Rabbel einer der pommerschen NSDAP-Gauredner studierte. Darüber hinaus hatte hier auch der erste Pasewalker NSDAP-Ortsgruppenleiter Dr. Repfennig Zahnmedizin studiert. In gewisser Weise erwies sich die damalige Universität Greifswald als eine Art Wiege und Sammelbecken des Nationalsozialismus in Pommern. Der zunächst quantitativ und materiell nicht sonderlich starke Gau Pommern besaß seine Zentren anfänglich in Greifswald und in Pasewalk!

Der Gau Berlin-Brandenburg der NSDAP war zunächst noch getrennt in die Gaue Groß Berlin und Brandenburg. Später als in Pommern entstand

---

<sup>12</sup> Burkhard Asmus, DHM Berlin, 8. Juni 2011, in: Lebendiges Museum online.

<sup>13</sup> Kyra T. Inachin: Märtyrer mit einem kleinen Häuflein Getreuer, in: IFZ München, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 49 (2001) Heft 1, S. 35–36.

<sup>14</sup> Erich Repfennig.: Zehn Jahre Kampf um Pasewalk, die Lazarettstadt Adolf Hitlers: Geschichte der Ortsgruppe Pasewalk der NSDAP. Pasewalk 1933, S. 11.

hier im April 1925 eine NSDAP-Ortsgruppe in Potsdam. Diese entwickelte sich dann zum Kern des künftigen Gaues Brandenburg. Nach und nach entstanden im Jahr 1925 sechs weitere Ortsgruppen bzw. Stützpunkte im Regierungsbezirk Potsdam. Am aktivsten agierten zu dieser Zeit die in Potsdam und Werder/Havel. Als vorläufiger Gauleiter fungierte 1925 ein Dr. Klaehn aus Potsdam, der die nunmehrige Existenz eines Gaues Brandenburg an die NSDAP-Parteizentrale nach München meldete.<sup>15</sup>

Statt der 330 NSDAP-Mitglieder, die im benachbarten Pommern bereits 1923 rekrutiert wurden, umfasste der junge NSDAP-Gau Brandenburg noch im November 1925 gerade 136 Mitglieder.<sup>16</sup> Es bestand hier also noch eine signifikante organisatorische Schwäche, die auch aus personellen und strukturellen Problemen der Gauorganisation erwachsen war, was einer schnelleren Expansion der NSDAP aus dem Gau Brandenburg bzw. Berlin-Brandenburg in den Landkreis Prenzlau hinein entgegen stand. Die weitere Entwicklung dieses Gaues ist dann eng verbunden mit dem Wirken des ab 9. November 1926 zunächst als Nachfolger Dr. Ernst Schlanges an die Spitze des Gaues Groß Berlin der NSDAP berufenen Dr. Joseph Goebbels. Dieser vereinigte um die Jahreswende 1926/27 den Gau Groß Berlin mit dem Gau Brandenburg (bzw., was den Tatsachen mehr entspricht, mit den Ortsgruppen im Regierungsbezirk Potsdam) zum Gau Berlin-Brandenburg.

Eine allmähliche Expansion der NSDAP im Rahmen des nun gebildeten Gaues Berlin-Brandenburg setzte ein. So erhöhte sich die Zahl der Ortsgruppen der NSDAP in der Provinz Brandenburg von fünf (1925) auf 69 (1928). Im Jahr 1930 waren es schließlich schon 327 und 1932 gar 856.<sup>17</sup> Auch der Gau selbst änderte seine Strukturen wieder. Zum 2. Januar 1928 wurde der Gau Ostmark, der den Regierungsbezirk Frankfurt/Oder und damit unter Leitung des neu ernannten Gauleiters Wilhelm Kube die östlichen Teile der Provinz Brandenburg umfasste, aus dem Gau Berlin-Brandenburg herausgelöst.<sup>18</sup> Der verbliebene Gau Berlin-Brandenburg

---

<sup>15</sup> Bundesarchiv Berlin (künftig BArch Berlin), NS 51/205, Blatt 32.

<sup>16</sup> BArch Berlin, NS 51/205, Blatt 38.

<sup>17</sup> Ulrike Kohl: Quellen zur Geschichte der NSDAP und ihrer Gliederungen in Berlin-Brandenburg, in: Eckart Henning / Wolfgang Neugebauer (Hgg.): Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte, Bd. 50, Berlin 1999, S. 209.

<sup>18</sup> Laurenz Demps: Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit (1933 bis 1945) in: Ingo Materna / Wolfgang Ribbe (Hgg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 624.

burg wurde dann auf „Anordnung des Führers“ zum 1. Oktober 1928 erneut in die Gaue Groß Berlin und Brandenburg (Regierungsbezirk Potsdam mit Emil Holtz, dem vormaligen Goebbels-Stellvertreter als neuer Gauleiter Brandenburgs), separiert.<sup>19</sup> Leider finden sich zum Zeitpunkt dieser Separierungen selbst in wissenschaftlicher Fachliteratur wie dem im „Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte“, Heft 50 im Jahre 1999 veröffentlichten Beitrag Claudia Kohls „Quellen zur Geschichte der NSDAP und ihrer Gliederungen in Berlin-Brandenburg“ unrichtige Angaben. Hier ist bedauerlicher Weise vom Jahr 1929 als Entstehungsjahr des Gaues Brandenburg die Rede.<sup>20</sup> Für die Zeit um 1927 und 1928 bleibt eine personelle und strukturelle Schwäche des NSDAP-Gaues Berlin-Brandenburg festzuhalten, während das organisatorische und personelle Schwergewicht des Nachbargaues Pommern ausgerechnet in Greifswald und Pasewalk lag.

### **Die Anfänge der NSDAP in der Stadt Strasburg (Um.) und Umgebung 1926/1927**

Strasburg gehörte bis in das Jahr 1952 zum Kreis Prenzlau. Es war die nach Prenzlau zweitgrößte Stadt im Altkreis. In der Weimarer Republik hatte Strasburg nicht zu Unrecht den Ruf einer „roten Schusterstadt“. Hier wurde bereits im Mai 1923 die Ortsgruppe der KPD gegründet. KPD und SPD waren beide in der Stadt stark vertreten und bildeten eine gewichtige Gruppierung in der Stadtverordnetenversammlung. Die KPD stellte sogar einen Stadtrat im Rathaus. Selbst noch bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 war die KPD mit 930 Stimmen die stärkste Partei in Strasburg.<sup>21</sup> Dies auf der einen Seite. Auf der anderen Seite haben wir gesehen, dass die NSDAP im Regierungsbezirk Potsdam bzw. der Provinz Brandenburg, zu der Strasburg auch in jenen Jahren verwaltungstechnisch gehörte, noch recht schwach war.

So stieß der Autor bei einer Recherche zu den Anfängen der NSDAP in der Stadt Strasburg darauf, dass die in der Mitgliederkartei der NSDAP gefundenen vermeintlich ersten Mitgliedskarten von NSDAP-Mitgliedern aus Strasburg bereits den 1. April 1927 als Eintrittsdatum vermerken.

<sup>19</sup> Der Angriff, 10.9.1928.

<sup>20</sup> Kohl: Quellen (wie Anm. 17), S. 208.

<sup>21</sup> Strasburger Anzeiger, 17.9.1930.

Schließlich gab es ja zu dieser Zeit eigentlich erst eine ganz junge, noch gar nicht an die Öffentlichkeit getretene und nur mit sich selbst befasste NSDAP-Ortsgruppe in der zuständigen Kreisstadt Prenzlau. Eine unbekannte, für Außenstehende gar nicht existente NSDAP-Ortsgruppe. Und dann war auf den gefundenen Mitgliedskarteikarten sogar noch als zuständige Ortsgruppe "Strasburg" vermerkt. Eine NSDAP-Ortsgruppe in Strasburg im April 1927? Wie konnte dies geschehen? Zeitgleich mit der Gründung jener in Prenzlau? Die nächste, wirklich agierende Ortsgruppe des Gaues Berlin-Brandenburg erst in Potsdam. Rätselhaft. Dazu dann auf den Karteikarten der beiden entdeckten NSDAP-Mitglieder aus Strasburg der Vermerk des zuständigen Gaues: Pommern!<sup>22</sup> Dabei wäre für Strasburg, gehörend zum Landkreis Prenzlau und zur Provinz Brandenburg natürlich Berlin-Brandenburg zu erwarten gewesen!

Mitglieds Nr.: 58789		Name: <i>Tesch Karl</i>	
Eingetreten am 1. Apr. 1927		Beruf <i>Jahrmarkt</i>	
Ausgetreten am - 8. 7. 27.		Wohnung <i>Strasburg</i> <i>Kaschke</i>	
Geboren am <i>9. 11. 98</i> Strasburg		Jetzt	
Stadbezirk		Sektion <b>Pommern</b> <i>S.P.G.</i>	
Bemerkung:		verb., ledig, verwitw.	

Abb. 1: NSDAP-Mitgliedskarteikarte für Karl Tesch, Strasburg

Aber war "Pommern" als zugehöriger Gau nicht sogar eher die Lösung als ein Rätsel? Lag der Schlüssel zu den Fragen nicht eventuell sprichwörtlich nahe – nämlich im Strasburg benachbarten pommerschen Pasewalk? Das war zunächst nur eine Theorie, eine Hypothese. Beim Versuch, diese zu bestätigen oder zu widerlegen stieß der Autor auf ein tendenziöses NS-Machwerk mit aber doch interessanten Einblicken. Es handelt sich um die Geschichte der NSDAP-Ortsgruppe Pasewalk, die von dem schon erwähnten ersten Ortsgruppenleiter der Pasewalker NSDAP stammt und im Jahr 1933, anlässlich des 10. Jahrestages der Ortsgruppe, herausgege-

<sup>22</sup> BArch Berlin (ehem. BDC) NSDAP-Gaukartei, Tesch, Karl, 9.11.1898. Für das zweite, entdeckte Mitglied mit Eintrittsdatum 1.4.1927 ist die Schutzfrist noch nicht abgelaufen.



ben wurde. In jenem Werk mit dem für die Zeit und Stadt typischen Titel „Zehn Jahre Kampf um Pasewalk – die Lazarettstadt Adolf Hitlers“ teilt Repfennig doch einiges mit, was zumindest Hinweise auf die aktive Rolle der Pasewalker NSDAP-Ortsgruppe beim Provinz- und Regierungspräsidium übergreifenden Export der NS-Strukturen und Ideologie gibt. Bereits auf den ersten Seiten des nach Jahren geordneten Werkes berichtet Repfennig für das Jahr 1925 davon, dass es zu Himmelfahrt eine Zusammenkunft der NSDAP-Ortsgruppe Pasewalk in Wilsickow (ebenfalls zum damaligen Kreis Prenzlau gehörend) in der Gastwirtschaft des „Pg“ (NSDAP-Kürzel für „Parteigenosse“) Milow mit 13 Teilnehmenden „Pgg“ (Plural von Pg), *„auch aus umliegenden Dörfern“* gegeben habe.<sup>23</sup>

Das Wirken der NSDAP-Ortsgruppe Pasewalk in das Umland vollzog sich nach 1926 häufig über den „zugehörigen“ SA-Sturm 4, der im Mai 1927 in Blumenhagen (damals auch zum Kreis Prenzlau gehörend) auf Grund der roten Armbinden zunächst mit den Kommunisten verwechselt wurde.<sup>24</sup> Nur wenig später, ebenfalls für das Jahr 1927 heißt es *„... die SA sorgt überall für Aufklärung. Nach Brüssow fahren sie mit einigen Prenzlauer SA-Männern. ... Aber der Boden ist schon bereitet und es gelingt der SA an diesem Tag, die Ortsgruppe Brüssow zu gründen [...]“*<sup>25</sup> An dieser Stelle überhöht Repfennig die Ergebnisse des Pasewalker SA-Einsatzes. In Brüssow kann allenfalls von gewonnenen Einzelmitgliedern gesprochen werden. Da in den Monatsberichten des pommerschen Gauleiters in der fraglichen Zeit Brüssow nicht erscheint, existierte dort 1927 auch keine eigene Ortsgruppe. Dass gerade die 1926 in Pasewalk gegründete SA als Agitator bzw. Multiplikator des NS-Gedankengutes im Umland fungiert wird auch andernorts deutlich als es heißt: *„... in der Umgegend sind wir immer vertreten, unserer SA entgeht kein ‚Deutscher Tag‘, kein Aufmarsch ...“*<sup>26</sup> Einige Seiten später, auch mit Blick auf das Jahr 1927, schreibt Repfennig *„Die Ortsgruppe Pasewalk [der NSDAP] hat sich nach dem [Pasewalker] Blutsonntag [gemeint sind Kämpfe SA / Kommunisten im April 1927, K.H.] für kurze Zeit etwas ruhiger verhalten, nur die SA war fast an jedem Sonntag unterwegs, um sich auf den Dörfern vorzustellen [...]“*<sup>27</sup> An dieser

---

<sup>23</sup> Repfennig: Zehn Jahre (wie Anm. 14), S. 11.

<sup>24</sup> a.a.O. S. 107.

<sup>25</sup> a.a.O. S. 109.

<sup>26</sup> a.a.O.), S. 83.

<sup>27</sup> a.a.O. S. 104.

Stelle hat der Autor des NSDAP-Jubiläumshäftes nur sechs Jahre nach den Ereignissen vom Pasewalker “Blutsonntag” am 23./24. April 1927 doch plötzlich große Erinnerungslücken. Die NSDAP-Ortsgruppe Pasewalk hat sich nämlich nach jenem “Blutsonntag”, der unter aktiver Beteiligung von SA-Trupps aus Berlin zu mehreren Schwerverletzten führte, nicht „für kurze Zeit etwas ruhiger verhalten”, sondern sie wurde vom damaligen Pasewalker Bürgermeister Dr. Peppler schlicht verboten. Dieses Verbot galt trotz zahlreicher Versuche juristischen Anfechtens seitens der NSDAP bis in den April 1928! Es beschränkte sich allerdings nur auf das Stadtgebiet Pasewalks.

Und was tat die Pasewalker NSDAP daraufhin? Sie wich zumindest im Sinne eines offenen Auftretens in die Umgebung aus. So wurde die NS-Präsenz in der Umgebung Pasewalks durch dieses Verbot noch stärker, als sie es im Rahmen der SA-Missionierungstätigkeit bereits zuvor war.

Brietzig, ein Dorf im Brandenburgischen, an der Peripherie Pasewalks liegend und doch ebenfalls zum Altkreis Prenzlau gehörend, wurde quasi zur neuen temporären Heimstatt der NSDAP-Ortsgruppe Pasewalk. Verhältnismäßig viele ihrer Veranstaltungen fanden nun dort statt. So teilt der damalige Gauleiter Pommerns, der Gutsbesitzer Walther von Corswant (1886–1942)<sup>28</sup> in einem am 26. Juli 1927 an die Hauptgeschäftsstelle der NSDAP in München gerichteten Schreiben im Zusammenhang mit dem Verbot der Ortsgruppe Pasewalk mit: *“Im Übrigen sind vorläufig Versammlungen in der benachbarten Ortschaft Brietzig und auch in der benachbarten Stadt Strasburg Uckermark veranstaltet worden, an denen die ‘Wähler’ der aufgelösten O.[rts] Gr.[uppe] Pasewalk teilgenommen haben. Eine größere ‘Wählerversammlung’ mit Pg. Haake, M.d.L. als Einberufer und Redner ist für später in Aussicht genommen und vorbereitet worden.”*<sup>29</sup>

Dass die brandenburgische Ortschaft Brietzig in jener Zeit Mitte 1927 bis April 1928 wirklich als Ersatz für Pasewalk fungierte, wird u. a. im Tätigkeitsbericht des Pommerschen NSDAP-Gauleiters für den Monat November 1927 deutlich. Hier steht direkt hinter Brietzig gleich in Klammern gesetzt “Pasewalk”.<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> Gutsbesitzer Walther von Corswant wurde ab Mai 1927 für den wegen oppositioneller Haltung zu Hitler entlassenen Prof. Theodor Vahlen neuer Gauleiter Pommerns.

<sup>29</sup> BArch Berlin, NS 51/209, Blatt 303.

<sup>30</sup> BArch Berlin, NS 51/209, Blatt 318.

Tätigkeitsbericht

Gau Pommern für Monat November

1927

1) Cuntzow: Beteiligung der S.A. an der Studentkewski Versammlung in Jarmer  
 " " " " " " " " Greifswald  
 " " " " " " " " Totengedenkfeier in Jarmer  
 Propagandafahrt der S.A. nach Züssow  
 Veranstaltung eines Sprechabend in Gützkow, Red. Pg. G.L.  
 16. DEZ. 27, Abg. von C a r s w a n t  
 Gemessen 2 V.E., 2 Angriff, 2 I.E.

2) Greifenhagen: 1 x Sprechabend, R e b e r t S c h u l z, 5.11.  
 Eine Anzahl Stürmer gewesen.

3) Greifswald: 10.11. Totengedenkfeier, Redner: O.G.L. S c h i e l e.  
 22.11. Studentkewski-Versamml. etwa 400 Pers. anwesend.

4) Jarmer: Totengedenkfeier, Redner: Pr. von C a r s w a n t  
 1 x Mitgliederversamml.  
 Beteilig. der S.A. an der Cuntzower Versamml. in Gützkow  
 Propagandafahrt der S.A. nach Züssow  
 Grosse Versammlung, Redner: P r. S t u d e n t k e w s k i

5) Kelberg: 11.11. Sprechabend und Totengedenkfeier, Redner: P r. M a j e r  
 N e s s e n f e i d t.  
 29.11. Sprechabend, Redner: P r. R. S c h u l z - Stettin

6) Köselin: Tätigkeitsbericht nicht eingegangen.  
 26.

7) Pletzitz (Pasewalk): 29.11. Versammlung in Brietzitz, Redner: P r. R. S c h u l z  
 9.11. Kameradschaftsabend der S.A.  
 Die O.G. hat durch das Verbot gelitten, fängt jetzt aber an,  
 sich wieder zu betätigen.

8) Stettin: 1.11. Sprechabend, Redner: P r. C z i r n i e k, Anwesend 56 Pers.  
 8.11. " " P r. R. S c h u l z, Anwes. 110 "  
 15.11. " " P r. S c h u l z " 66 "  
 22.11. " " " " " 66 "  
 29.11. " " G. L. H e h n f e l d 99 "  
 Der Sprechabend am 8.11. war mit einer Totengedenkfeier verbunden.

9) Bergen: 2x Sprechabend, Redner: P r. H a a k, darunter eine Totengedenk-  
 feier

10) Swinebünde: 7.11. Sprechabend, Redner: P r. R. S c h u l z, 27 Besucher  
 21.11. Mitgliederversamml.  
 25.11. Gr. Versammlung, Redner: P r. S t u d e n t k e w s k i.

Kopie aus dem Bundesarchiv

Abb. 2: Tätigkeitsbericht des Gaues Pommern für den Monat November 1927

Zunächst kurz zu den lokalen Akteuren der frühen NSDAP in **Strasburg**. Es existiert ein Brief des sich als "Führer der Ortsgruppe Strasburg Uckermark" bezeichnenden Uhrmachermeisters Fritz Pagels aus der Falkenbergerstraße 30 an die NSDAP-Reichsleitung vom 12. April 1927 im Zusammenhang mit der Übersendung von Aufnahmeerklärungen neu gewonnener Strasburger NSDAP-Mitglieder.<sup>31</sup>

<sup>31</sup> BArch Berlin, NS 1/2889, Strasburg/Uckermark, Brief Fritz Pagels vom 12.4.1927.

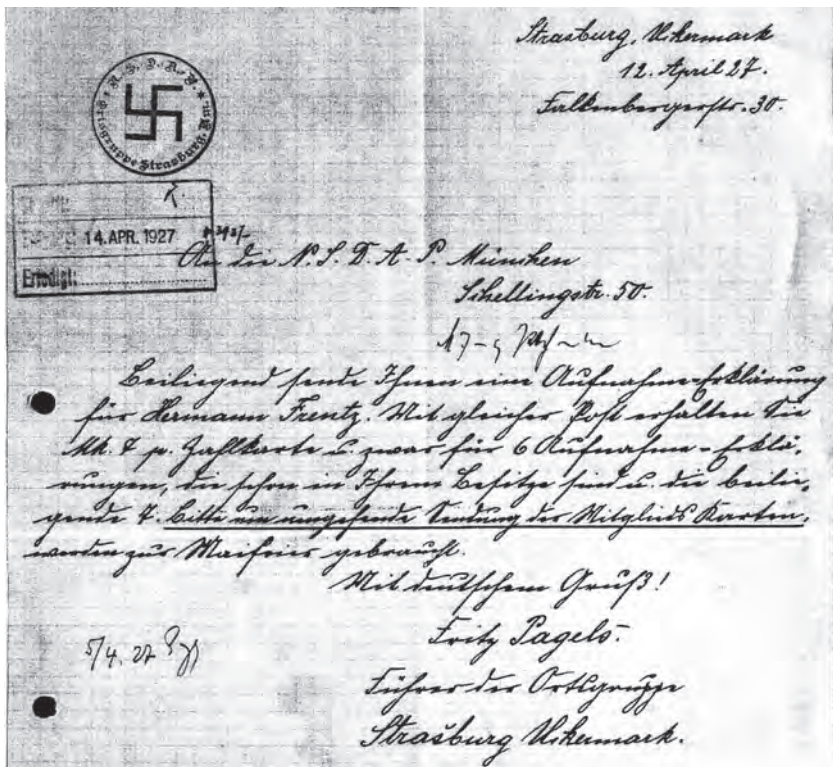


Abb. 3: Brief Fritz Pagels an die NSDAP-Reichsleitung vom 12. April 1927

Daneben konnte der Autor in den Beständen des Bundesarchivs auch das Antwortschreiben der NSDAP-Reichsleitung an Pagels für die Ortsgruppe Straßburg/Uckermark vom 19. April 1927 entdecken.<sup>32</sup> In diesem Antwortschreiben wird Pagels seitens der NSDAP-Kassenverwaltung mitgeteilt, dass sechs Mitgliedskarteikarten Straßburger Mitglieder bereits an den zuständigen Gau Pommern versandt wurden und eine siebente kurz vor dem Versand stand. Somit hatte die NSDAP-Ortsgruppe zum betreffenden Zeitpunkt, dem 19. April 1927, mindestens sieben Mitglieder. Dazu zählt auch der bereits erwähnte Karl Tesch.<sup>33</sup>

<sup>32</sup> BArch Berlin, NS 1/2889, Straßburg/Uckermark, Brief Kassenverwaltung der NSDAP an Fritz Pagels vom 19.4.1927.

<sup>33</sup> Die Namen der übrigen fünf Mitglieder sind bekannt, bleiben aus archivrechtlichen Schutzfristen ungenannt.

Der von seinem Gut in Cuntzow agierende Pommersche Gauleiter v. Corswant stellte der Hauptgeschäftsstelle der NSDAP mit Schreiben vom 23. Juni 1927 gegenüber klar, dass die NSDAP-Ortsgruppe Strasburg, obwohl in Brandenburg liegend, zum Gau Pommern gehört. Gleichzeitig benennt er der NSDAP-Hauptgeschäftsstelle in München erneut Fritz Pagels als Ortsgruppenführer und "Pg." Pröfrock (wohnhaft unter der Adresse „Letzte Straße Nr. 23“) als offenbar formal ersten SA-Führer Strasburgs.<sup>34</sup>

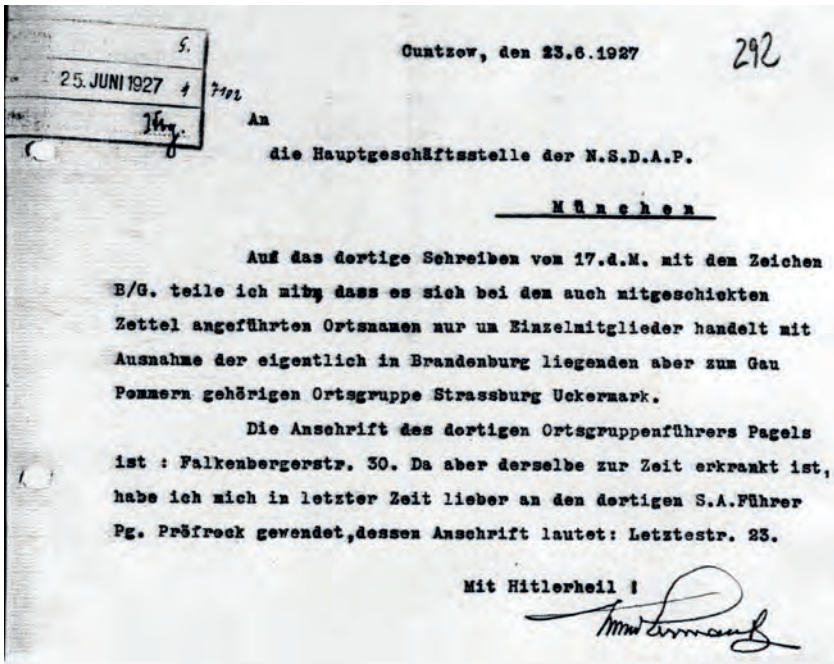


Abb. 4: Schreiben Gauleiter Pommern an die NSDAP-Hauptgeschäftsstelle vom 23.6.1927

Ein sogar bereits am 9. März 1927 (!) bei der NSDAP-Hauptgeschäftsstelle eingegangenes Anschreiben zur Übersendung von ebenfalls sechs Aufnahmeerklärungen weist den Strasburger Ernst Schwuchow als amtierenden Leiter der Geschäftsstelle der NSDAP-Ortsgruppe Strasburg aus.<sup>35</sup>

<sup>34</sup> BArch Berlin, NS 51/209, Blatt 292.

<sup>35</sup> BArch Berlin, NS 1/2889, Strasburg/Uckermark, Anschreiben Ernst Schwuchow.

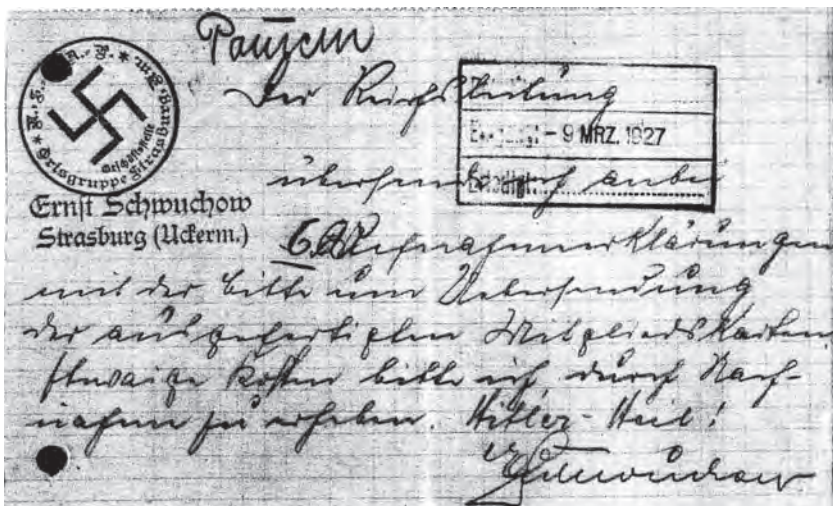


Abb. 5: Anschreiben von Ernst Schwuchow, Strasburg (Uckermark)

Somit liegt nun die offizielle Bestätigung des pommerschen Gauleiters vor, dass die Ortsgruppe Strasburg seinerzeit tatsächlich zu seinem Gau gehörte. Ebenso konnten nach Aktenlage drei frühe Akteure der NSDAP-Ortsgruppe Strasburg festgestellt werden: Der Uhrmachermeister Fritz Pagels als Ortsgruppenleiter, der Bezirksschornsteinfegermeister Ernst Schwuchow als Leiter der Geschäftsstelle und der Schneider Erich Pröfrock als formaler Strasburger SA-Führer.<sup>36</sup> Nun wird der Leser ähnlich wie der Autor nicht zu Unrecht vermuten, die Strasburger NSDAP-Ortsgruppe sei demzufolge offenbar bereits Anfang März 1927 entstanden. Ein neuer Fund in der NSDAP-Mitgliederkartei im Bundesarchiv belehrte den Autor eines anderen. Als bislang erstes entdecktes NSDAP-Mitglied in Strasburg erweist sich nun ein „Pg“ Karl Guiard. Karl Guiard wurde am 10.1.1896 in Strasburg geboren und trat der NSDAP bereits am 22. Oktober 1926 bei. Auf seiner in der NSDAP-Gaukartei gefundenen Mitgliedskarte ist von vornherein als zuständige Ortsgruppe „Strasburg“ vermerkt.<sup>37</sup>

<sup>36</sup> Adressbuch der Stadt Strasburg (Uckermark) 1927.

<sup>37</sup> BArch Berlin (ehem. BDC), NSDAP-Gaukartei, Guiard, Karl, 10.1.1896.

Mitglieds Nr. <u>1.100.040</u> Name: <u>Guiard Karl</u>	
Eingetreten am <u>22. Okt 1926</u>	Beruf <u>Gastwirt</u>
<del>It. Li. X. 28 nicht aufg.</del> Ausgetreten am <u>20. 10. 26. 494/Brandenburg in 22. 10. 26.</u> <u>11. 4. 36</u>	Wohnung <u>Strasburg 14</u>
Geboren am <u>1. 1. 96</u>	Jetzt
Ortsgruppe <u>Strasburg</u>	verh., ledig, verwitw.
<u>Brandenburg Pommern V&amp;A Ga</u>	
Bemerkung:	

Abb. 6: NSDAP-Mitgliederkarteikarte des Gastwirts und Betreibers des Restaurants „Stadt Stettin“ Karl Guiard

Demzufolge muss zumindest bereits ab Oktober 1926 eine NSDAP-Ortsgruppe in Strasburg existiert haben. Etwa ein halbes Jahr früher, als dies in der zuständigen Kreisstadt Prenzlau der Fall war!

Welche individuellen Gründe diese Akteure zum Eintritt in die NSDAP bewegten, lässt sich nicht mehr feststellen. Was aber wird die Aktivitäten der Strasburger Aktivisten um Pagels in jener Zeit um die zweite Jahreshälfte 1926 überhaupt ausgelöst haben? Es vergingen noch mehrere Monate, bevor in der Kreisstadt Prenzlau überhaupt von einer NSDAP-Ortsgruppe die Rede sein konnte. Darüber hinaus waren die nächsten NSDAP-Wirkzentren im Bereich des Gaues Berlin-Brandenburg zum damaligen Zeitpunkt erst in Potsdam bzw. Berlin anzutreffen. Es bleibt eigentlich nur das missionarische Wirken der zum benachbarten Gau Pommern gehörenden Pasewalker NSDAP-Ortsgruppe und ihres berüchtigten SA-Sturms 4. Der Umstand, dass die Strasburger Ortsgruppe zunächst selbst zum Gau Pommern gehörte, liefert zusätzlich ein überdeutliches Indiz dafür. Und es hat sich gezeigt, dass das Verbot der NSDAP-Ortsgruppe in Pasewalk deren Tätigkeit umso mehr in die benachbarten Gebiete lenkte.

Was hatte es nun mit den im Schreiben des Pommerschen Gauleiters erwähnten Ausweichveranstaltungen der Pasewalker NSDAP-Ortsgruppe auch in Strasburg auf sich? Genau eine dieser Veranstaltungen konnte der Autor feststellen. So erwähnt der pommersche NSDAP-Gauleiter in seinem Tätigkeitsbericht, in dem die Aktivitäten in jeder Ortsgruppe aufgelistet wurden, für den 10. Juli 1927, dass in Strasburg der pommersche Gaupropagandaredner Robert Schulz aus Stettin auftrat. Näheres ist dazu nicht formuliert, wohl aber, dass die Zahl der NSDAP-Mitglieder des Gaues Pommern im Zeitraum von Mai bis Juli 1927 um ein Drittel anwuchs.<sup>38</sup> Daran dürften die in Brietzig und Strasburg erzwungenen Aktivitäten der noch immer verbotenen NSDAP-Ortsgruppe Pasewalk ihren Anteil gehabt haben. Nicht umsonst erwähnt v. Corswant den "Pg. Dr. Repfennig-Pasewalk" im genannten Tätigkeitsbericht lobend.

Nun wollte der Autor doch Näheres über die erste öffentliche NSDAP-Veranstaltung in Strasburg erfahren. Wenn in den Akten im Bundesarchiv nichts Konkretes dazu auffindbar ist, so hoffte er darauf, in den damaligen Tageszeitungen, die mangels anderer Kommunikationsmöglichkeiten stets bei Interesse des Veranstalters über den kleinsten Hühnerzüchterverein berichteten, mehr zu erfahren. Da lag nichts näher, als die seinerzeit noch sechsmal wöchentlich erscheinende "Strasburger Zeitung" zu durchforschten. Aber weder war im Zeitraum März bis Juli 1927 eine winzige Notiz darüber zu finden, dass in Strasburg überhaupt eine NSDAP-Ortsgruppe gebildet wurde, noch erschien ein einziger redaktioneller Bericht über diese erste NSDAP-Veranstaltung vom 10. Juli 1927. Dies ist meines Erachtens nur dadurch erklärlich, dass die Strasburger NSDAP-Akteure keine Öffentlichkeit wünschten. Zum einen waren sie selbst gewiss noch nicht so konsolidiert, um selbst im größeren Rahmen nach außen wirken zu können, zum anderen darf die relative Stärke der KPD und ihres Rotfrontkämpferbundes in Strasburg nicht außer Acht gelassen werden. Schließlich soll die Strasburger KPD-Ortsgruppe bei ihrer Gründung im Mai 1923 bereits ca. 200 (!) Mitglieder gehabt haben.<sup>39</sup>

Dass am Sonntag, dem 10. Juli 1927, überhaupt die erste öffentliche Veranstaltung der NSDAP in Strasburg zustande kam ist ausschließlich dem Umstand geschuldet, dass es sich bei dieser Veranstaltung in Strasburg ei-

---

<sup>38</sup> BArch Berlin, NS 51/209, Blatt 304.

<sup>39</sup> Erwin Schulz: Chronik der Stadt Strasburg (Uckermark). Milow 2000, S. 403.



gentlich um eine öffentliche Veranstaltung der verbotenen NSDAP-Ortsgruppe Pasewalk handelte. Aufgrund dessen aber erschien erstmals anlässlich dieser Veranstaltung doch eine Presse­notiz in der „Strasburger Zeitung“ – es handelt sich um eine Annonce der NSDAP, deren Antisemitismus bereits ebenso überdeutlich wie widerwärtig ist.<sup>40</sup>



Abb. 7a: Annonce der NSDAP in der „Strasburger Zeitung“ vom 10. Juli 1927

Interessant an dieser Mitteilung ist dabei auch, dass der Ort des ersten öffentlichen NS-Geschehens in Strasburg das „Lokal K. Guiard, Altstädterstraße“ war. Dies war kein Zufall. Hier handelt es sich um das Restaurant „Stadt Stettin“, gelegen in der Altstädterstraße 14. Betrieben wurde es von jenem Karl Guiard, der bereits als erstes nachgewiesenes NSDAP-Mitglied Strasburgs Erwähnung fand. Dieses Lokal spielte im Zusammenhang mit NSDAP-Veranstaltungen in der Stadt Strasburg bald eine regelmäßige Rolle.

<sup>40</sup> Strasburger Zeitung, 10.7.1927.

**Restaurant „Stadt Stettin“**

---

vON **Karl Guiard**

**Strasburg (Uckermark) / Altstädterstr. 14**  
Fernsprecher 315

---

Empfehle meine gutgepflegten **Biere / Weine / Liköre**

---

**Garten und Kegelbahn**  
Vereinszimmer zur Abhaltung von  
Festlichkeiten geschl. Gesellschaften

---

**Vorzügliche Küche / Aufmerksame Bedienung**

Abb. 7b: Inserat des Restaurants „Stadt Stettin“ im Adressbuch Strasburg (Um.) 1927



Abb. 7c: Bei dem mit der Hakenkreuzfahne versehenen Gebäude auf der linken Straßenseite handelt es sich um das Restaurant „Stadt Stettin“ um 1930.



*Abb. 7d: Ruine des ehemaligen Restaurants „Stadt Stettin“ – Aufnahme von 1996, zehn Jahre vor Abriss des Gebäudes*

### **Traurige Strasburg-Bilanz des pommerschen Gauleiters**

Im bereits erwähnten, am 16. Dezember 1927 verfassten Tätigkeitsbericht für den Monat November geht der damalige NSDAP-Gauleiter Pommerns nicht nur auf Brietzig und weitere Ortsgruppen ein. Auch die Strasburger, die ja zu diesem Zeitpunkt weiterhin zum Gau Pommern gehörten, werden genannt. Und da musste „Pg.“ v. Corswant dann den einmal aufgestauten Ärger entladen. Nachdem offenbar erneut und zum wiederholten Mal keinerlei Aktivitäten seitens der Strasburger NSDAP-Ortsgruppe vermeldet wurden, formulierte er: *„Strasburg Uckm.: Diese O. G., die noch nie eine vernünftige O. G. gewesen ist, und seit Monaten die Beiträge schuldet, hat auch in diesem Monat nichts geleistet.“*<sup>41</sup>

---

<sup>41</sup> BArch Berlin, NS 51/209, Blatt 318.

etwa 300 Personen anwesend.

11) Schlauke: Totengedenkfeier, Redner: Pr. M a r c h h. Küsselin. Im übrigen Tätigkeitsbericht nicht eingegangen.

12) Stralsund: 19.11. Mitgliederversamml.  
 23.11. E t u d e n t k e w e r k i - Versamml., die nicht besonders stark besucht war.  
 28.11. Mitgliederversamml.

13) Steltp: 5.11. S.A. Versammlung.  
 9.11. Öffentliche Totengedenkfeier mit einem Programm lt. Anlage.  
 13.11. Propagandamarsch nach Steltpünde.  
 19.11. S.A. Versammlung.  
 26.11. S.A. Versammlung.  
 30.11. S.A. unterstützt die S c h u l z - Versamml. in Kvalls Neugewesen 1 N.S., 3 V.E.

14) Strassburg Uokk. Diese O.G., die nach nie eine vernünftige O.G. gewesen ist, und seit Monaten die Beiträge schuldet, hat auch in diesem Monat nichts geleistet.

15) Stargard 2.11. Sprechabend, Redner: Pr. M a r c h h. Küsselin.

16) Pyrütz 23.11. Sprechabend, Redner: Pr. R I S e h u f l i z

17) Anklam 14.11. " " " " "

18) Belgard 28.11. " " " " "

Der Bezirksleiter Pr. M a r c h h. hat es trotz Mahnung nicht für notwendig gehalten, mir rechtzeitig Bericht über seine Tätigkeit zu lassen.

Cuntzew, den 13.12.1927

*Imr. Corswant*

Propagandaabteilung  
 12.12.27  
*H. Wimmer*

Abb. 8: Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Gauleiters für November 1927

Ein solch deutlicher Ton war sonst in den Tätigkeitsberichten an die Reichsleitung der NSDAP nicht üblich. Es musste sich somit tatsächlich einiges an Wut, Ärger und Frustration über die "Strasburger Pgg." in v. Corswant angestaut haben. Und auch dem Autor fiel beim Lesen der be-

treffenden Akte auf, dass in den allermeisten Tätigkeitsberichten die Strasburger Ortsgruppe nicht vorkommt. Sie tritt genau genommen seit ihrer Zugehörigkeit zum Bestand des Gaues Pommern in den gemeldeten Aktivitäten nur zweimal auf. Dies ist zum einen die erste öffentliche Versammlung vom 10. Juli 1927 und zum anderen ein sogenannter "Sprechabend", den die Strasburger Ortsgruppe als am 29. Januar 1928 durchgeführt an die Gauleitung gemeldet hat und der im Tätigkeitsbericht des Gauleiters für den Monat Januar 1928 vom 14. Februar 1928 erwähnt ist.<sup>42</sup> Dabei sollte Beachtung finden, dass ein "Sprechabend" alles Mögliche sein konnte und die erwähnte öffentliche NSDAP-Versammlung in Strasburg vom 10. Juli 1927 gar nicht von der dortigen Ortsgruppe organisiert und durchgeführt wurde. Dies ist also eine wirklich traurige Bilanz des pommerschen Gauleiters für die NSDAP-Ortsgruppe in Strasburg!

In diesem Zusammenhang soll noch erwähnt sein, dass Abb. 1 ersichtlich macht, dass eines der ersten Strasburger NSDAP-Mitglieder, jener Karl Tesch, zwar mit Wirkung vom 1. April 1927 NSDAP-Mitglied wurde, er aber bereits kurz darauf, am 8. Juli 1927, seinen Austritt erklärt hat. Ein weiteres frühes Mitglied ist kurze Zeit nach dem ebenfalls zum 1. April 1927 erfolgten Eintritt nach Berlin verzogen. Auch Karl Guiards in Abb. 6 gezeigte Mitgliedskarte vermerkt dessen Austritt bereits für den 30.10.1926, nur acht Tage (!) nach dessen Eintritt. Allerdings kann hier kein tief greifendes Zerwürfnis vorgelegen haben, denn Guiard trat ja am 1. April 1932 erneut ein und war, wie wir noch sehen werden, auch in der Zwischenzeit der NSDAP nicht fern.

Besonders bemerkenswert erscheint dem Autor aber, dass weder von dem sich selbst Ortsgruppenführer nennenden Fritz Pagels, noch von dem als Geschäftsführer der NSDAP-Ortsgruppe Strasburg fungierenden Ernst Schwuchow und auch nicht von dem durch Gauleiter v. Corswant als Strasburger "SA-Führer" bezeichneten „Pg“ Präfrock Mitgliedskarten in der NSDAP-Mitgliederkartei auffindbar sind. Da von dieser Kartei tatsächlich durch die US-Army 1945 in einer bayerischen Papiermühle nur ca. 80 Prozent des Ursprungsbestandes gerettet werden konnten, heißt das nicht automatisch, dass die drei frühen Hauptakteure in Strasburg nie wirklich Mitglieder der NSDAP waren. Fritz Pagels hatte nachweisbar zumindest die Aufnahmegebühr entrichtet. Aber die Beschwerden v.

---

<sup>42</sup> BArch Berlin, NS 51/209, Blatt 321.

Corswants über nicht erfolgte Beitragszahlungen seitens der Ortsgruppe lassen es nicht gänzlich unwahrscheinlich erscheinen, dass gerade Pagels und Schwuchow zwar gern „den Hakenkreuz-Stempel schwangen“ und Mitgliedsanträge nach München schickten, von Beitragszahlungen aber nichts hielten. Und für die NSDAP-Reichsleitung war ein Mitgliedsantragssteller erst dann ein vollwertiger „Pg.“, wenn er Aufnahmegebühr und Beitrag zahlte. Der pommersche Gauleiter allerdings sah dies ein wenig anders – sonst hätte er „seine“ Strasburger Ortsgruppe wohl offiziell als nicht existent ansehen müssen.

### **Das Ende des NSDAP-Gaes Pommern im Altkreis Prenzlau**

Im Tätigkeitsbericht des Gaues Pommern für den Monat Januar 1928 findet sich in der betreffenden Akte die letzte Erwähnung der Strasburger NSDAP-Ortsgruppe im Bestand des Gaues Pommern. Was ist geschehen? Wir befinden uns Anfang des Jahres 1928. Wie noch zu sehen sein wird, existiert mittlerweile auch in der Kreisstadt Prenzlau eine, wenn auch noch junge und schwache, NSDAP-Ortsgruppe. Unter Goebbels' und seinem Stellvertreter Emil Holtz expandiert der Gau Berlin-Brandenburg weiter und beginnt auch in den nördlichen und nordöstlichen Regionen „seines“ Gebietes Fuß zu fassen. Dabei wurden die vorhandenen „pommerschen Exklaven“ im nördlichen Brandenburg – so auch im Umland Prenzlaus – der Gauführung in Berlin immer mehr ein Dorn im Auge. Schließlich ging es für sie auch um Mitglieder und damit u.a. um Einfluss und Beitragsgelder. Spätestens im Juli 1928 wurde der Druck des Gaues Berlin-Brandenburg auf den Gau Pommern und die Reichsleitung zur „Grenzkorrektur“ immer größer. Besondere Dispute zwischen dem pommerschen Gauleiter v. Corswant und der Reichsleitung der NSDAP gab es hinsichtlich des Territoriums des Altkreises Prenzlau dabei offenbar nur um das vergleichsweise kleine Brietzig, nicht um Strasburg. So waren v. Corswant anscheinend nur wirklich zahlende Mitglieder wichtig. Von denen gab es in Strasburg offenbar nicht viele, in Brietzig hingegen eher mehr. So beklagte der pommersche Gauleiter auf einer Postkarte (!) an die Reichsorganisationsleitung der NSDAP die dem Gau Pommern nun wohl künftig entgehenden Beitragsgelder der Brietziger.<sup>43</sup>

---

<sup>43</sup> BArch Berlin, NS 22/1066, Postkarte Gauleiter Pommern vom 25.7.1928.

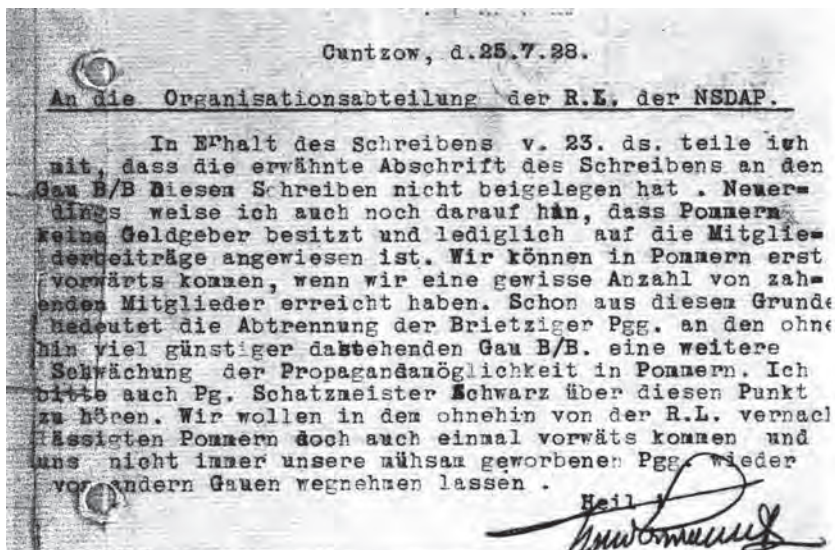


Abb. 9: Postkarte des pommerschen Gauleiters an die Reichsorganisationsleitung wegen entgehender Beitragselder aus Brietzig

Die Diskussion zwischen den Leitungen der Gaue Pommern und Berlin-Brandenburg über die Gaugrenzen spitzte sich im Laufe der Sommermonate 1928 immer mehr zu. Ähnliche Unstimmigkeiten existierten auch zwischen anderen Gauen der NSDAP. Dies ging so weit, dass in dieser Angelegenheit Adolf Hitler selbst eingriff und auf einer "Führertragung" am 1. September 1928 die Gaugrenzen klar regelte.<sup>44</sup> Spätestens jetzt war es auch mit der pommerschen Gauzugehörigkeit von Ortsgruppen der NSDAP auf dem Territorium des Altkreises Prenzlau vorbei.

<sup>44</sup> BArch Berlin, NS 22/1046, Schreiben Organisationsabteilung NSDAP an Gau Brandenburg der NSDAP vom 11.9.1928.

STR/F.

An den

Gau Brandenburg der NSDAP,

Charlottenburg

Berlinerstrasse 77/II

Ioh bestätige den Erhalt Ihres Schreibens vom 28. August an den Gau Berlin, das mir zur Erledigung überwiesen wurde. Durch die Führertagung vom 1. September wurde klipp und klar festgestellt, dass das Gebiet der Gau ohne Ausnahme mit dem Gebiet des betr. Reichstags-Wahlkreises, bzw. Reichstags-Wahlkreis-Verbandes zusammenzufallen hat. Wenn für den Gau Brandenburg hier bei der Festsetzung der Grenzen im Stadtgebiet abgegangen wurde, so gilt gegenüber dem Gau Pommern dieser Grundsatz unter allen Umständen. Die einzige Ausnahme bildet eine gütliche Abmachung der benachbarten Gaus über zu bearbeitende Grenz-Gebiete, die mich hier solange nicht berührt, solange sie im beiderseitigen Einvernehmen erfolgt. Ist dieses Einvernehmen nicht vorhanden, gilt die prinzipielle Regelung.

Abb. 10: Schreiben Reichsorganisationsleitung an den Gau Berlin-Brandenburg der NSDAP vom 11. September 1928

Der Wechsel der Gauzugehörigkeit hat sich für die Strasburger Ortsgruppe dabei offenbar im Zeitraum März bis August 1928 ziemlich geräuschlos vollzogen. Es gab für Pommern wohl nur wenig an Beitragsgeldern zu holen, also anders als im Fall Brietzig auch keinen Widerstand. Bei der am 1. Oktober 1928 dann erfolgten Neuaufnahme des damals im Strasburger Ortsteil Karolinenthal wohnhaften Arbeiters Peter Cienke war neben der zuständigen NSDAP-Ortsgruppe Strasburg nunmehr von Anfang an als Gau "Brandenburg" vermerkt.<sup>45</sup> Der mit der Abtrennung Groß-Berlins genau mit diesem Datum ins Leben gerufene junge „Gau Brandenburg“ fand hier also bereits seinen Niederschlag.

Als Quintessenz des vorstehend zur Historie der ersten Strasburger NSDAP-Aktivitäten Gesagten dürfte die Feststellung zulässig sein, dass die Strasburger NSDAP-Ortsgruppe nur deshalb mindestens sechs Monate vor jener in der Kreisstadt Prenzlau entstand, weil es eine aktive, aggressiv Ideologie exportierende Ortsgruppe nebst „missionierendem“ SA-Sturm im benachbarten pommerschen Pasewalk gab. Ohne diese wäre eine NSDAP-Ortsgruppenbildung in der Stadt Strasburg im Rahmen des "zuständigen" NSDAP-Gaus Berlin-Brandenburg<sup>46</sup> erst nach Konsolidierung der Ortsgruppe in Prenzlau, nicht vor Ende 1928 bzw. im Jahr 1929 erfolgt.

<sup>45</sup> BArch Berlin (ehem. BDC), NSDAP-Reichskartei, Cienke, Peter, 18.4.1893.

<sup>46</sup> Ab Oktober 1928 Gau Brandenburg.



Vorteile durch die so forcierte Bildung einer Ortsgruppe in Strassburg erwachsen der NSDAP aber eher keine. Die NSDAP-Ortsgruppe in der Stadt Strassburg blieb offenbar auch in den nächsten Jahren und trotz nun Brandenburger Gauzugehörigkeit schwach. Bei intensiven Zeitungsrecherchen der damals in Strassburg auflagenstärksten Zeitung, dem „Strassburger Anzeiger“, stellte der Autor folgendes fest: Bei der Wahl der Strassburger Stadtverordnetenversammlung vom 17. November 1929 trat die NSDAP gar nicht erst mit eigenen Kandidaten an. Im Vorfeld der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 führte die NSDAP in der Stadt Strassburg (Um.) auch nur eine einzige öffentliche Wahlversammlung durch und schaltete auch lediglich ein einziges Wahlinsurat.

### **Ein kurzer Exkurs: Konservativ-reaktionäre Strukturen als zeitweiliges Hemmnis für die Uckermärkische NSDAP**

Wie bereits im Abschnitt zur sozialen und politischen Situation im Altkreis 1927/28 erwähnt, waren sowohl Altkreis Prenzlau wie auch die Uckermark insgesamt in jenen Jahren wirtschaftlich vor allem durch die Landwirtschaft geprägt. In besonderem Maße spielten hier ostelbische Junker und Rittergutsbesitzer eine bedeutende Rolle. Im damaligen deutschen Gesamtmaßstab hingegen dominierte die Industrie, vor allem die Schwerindustrie. Dazu kam das Finanzkapital. Schwerindustrie und Finanzkapital waren die wesentlichen Förderer Adolf Hitlers. Bei den in der Uckermark und dem Altkreis Prenzlau insgesamt dominierenden konservativ-reaktionären, teils restaurativen Kräften wie eben jenen Rittergutsbesitzern, lagen die Interessen in jener Zeit ein wenig anders. Sie setzten noch nicht auf die beispielsweise auf Unterwerfung des Ostens orientierte Ideologie Hitlers. So nimmt es nicht Wunder, dass gerade im Zeitraum 1927 bis 1930 auch die Interessenvertreter dieser Kreise wie DNVP und Stahlhelm im Altkreis Prenzlau eher Konkurrenten und Opponenten für die NSDAP darstellten. In seinem Werk zur Geschichte des NS-Gaues Kurmark bezeichnete Autor Rühle den Kreis Prenzlau selbst als damalige „deutschnationale Hochburg“.<sup>47</sup> Das Maß des Widerstandes dieser reaktionären Kräfte war dabei selbst innerhalb des Altkreises Prenzlau allerdings unterschiedlich. In der Kreisstadt Prenzlau konnte der Autor nur relativ wenig dieses Wi-

---

<sup>47</sup> Gerd Rühle: Kurmark – Die Geschichte eines Gaues, Berlin 1934, S. 102.

derstandes feststellen. Selbst die sehr stahlhelmnahe „Prenzlauer Zeitung“ stand der NSDAP einigermaßen aufgeschlossen gegenüber. In der zweitgrößten Stadt des Altkreises, in Strasburg, sah das Bild hingegen anders aus. So konnte der Autor gerade hier im Rahmen der Auswertung der „Strasburger Zeitung“ und auch des „Strasburger Anzeiger“ im Verlauf der Kampagnen im Zusammenhang mit den Provinzial-, Kreistags- und Kommunalwahlen vom 17. November 1929, der Reichstagswahl vom 14. September 1930 und erstaunlicherweise selbst noch der Reichstagswahl vom November 1932 einige, gegen die NSDAP gerichtete Wahlaufrufe und Annoncen der örtlichen DNVP feststellen. Nach entsprechenden redaktionellen Berichten über einige Strasburger DNVP-Wahlversammlungen wurde auch dort u.a. Stellung gegen die NSDAP bezogen. Zuletzt in einer Wahlveranstaltung der Strasburger DNVP vom 29. Oktober 1932 setzte sich beispielsweise deren damaliger Strasburger Ortsgruppenleiter, Bürgermeister a.D. Merk, besonders stark mit der NSDAP auseinander.<sup>48</sup> Einen fast einzigartigen Hort der DNVP und ihres „Widerstands“ fand der Autor in Groß Luckow, einem Dorf unweit der Stadt Strasburg. Hier agierte ein selbst in der DNVP aktiver Rittergutsbesitzer, der Herr von Raven.<sup>49</sup> Dieser war in jenen Jahren darüber hinaus auch Leiter der dortigen Ortsgruppe des Stahlhelms.<sup>50</sup> Die Situation in Groß Luckow kann als Bestätigung des saloppen Spruches „Wie der Herre, so das Gescherre“ gelten. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 wurde hier die NSDAP mit 49 von 135 abgegebenen Stimmen zweitstärkste Partei. Uneinholbar an der Spitze aber lag die vom Rittergutsbesitzer favorisierte DNVP. Sie erhielt laut Wahlergebnisliste des „Strasburger Anzeiger“ vom 17.9.1930 genau 78 Stimmen. Ihren Höhepunkt erreichte diese DNVP-Favorisierung in Groß Luckow mit den Reichstagswahlen vom 6. November 1932. Hier errang die DNVP in Groß Luckow einzigartige 87,2 Prozent (!) der abgegebenen Stimmen. Die NSDAP landete mit mickrigen 6,7 Prozent abgeschlagen auf Platz zwei. Auch Schönfeld, Sternhagen und Blumenhagen erwiesen sich bei den Herbstwahlen zum Reichstag im Jahr 1932 als vorübergehende DNVP-Hochburgen. Mit Stimmanteilen zwischen 65,8 Prozent (Sternhagen) und 40,1 Prozent (Blumenhagen) wurde die-

---

<sup>48</sup> Strasburger Anzeiger, 30.10.1932.

<sup>49</sup> Strasburger Anzeiger, 13.8.1930, Ein bemerkenswerter Brief.

<sup>50</sup> Strasburger Anzeiger, 12.7.1932, Wehrsporttreffen des Stahlhelm [...] in Groß Luckow.

se politische Gruppierung auch hier stärkste Partei.<sup>51</sup> Nun ist das Bild in Groß Luckow und den genannten Gemeinden gewiss in dieser Dimension ein Extrem und für 1932 im Falle Groß Luckows sogar vollkommen untypisch. Für die Jahre bis 1931 jedoch ist es schon eher exemplarisch für die Verhältnisse im Umfeld der zahlreichen Güter im Kreis.

Die erwähnten Unterschiede in der Behandlung der NSDAP durch die DNVP und den Stahlhelm zwischen Strasburg und Umland sowie Prenzlau lassen sich nach Auffassung des Autors durch die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen beider Städte erklären. Der Anteil wirklicher Industrie war in Prenzlau doch um einiges größer als in dem damals unter weitaus stärkerem Einfluss von Ritter- und anderen Gutsbesitzern stehenden Strasburg. Zudem gab es in Prenzlau im Vergleich zu Strasburg einen deutlich höheren Anteil von Verwaltungsbeamten.

Insgesamt war der Widerstand seitens jener reaktionär-konservativen Kreise für die hiesige NSDAP jedenfalls stark genug, um den damaligen Brandenburger NSDAP-Gaugeschäftsführer Rehm zu veranlassen, im "Märkischen Beobachter" speziell dazu Stellung zu nehmen. Er sprach von "Arbeitgebern" die gemäß seinen Worten nach dem Motto: "Entweder Stahlhelm und Arbeit – oder NSDAP und Kündigung" verfahren würden. Konkret regte ihn u.a. auf, dass gerade in Prenzlau selbst die eigentlich verfeindeten Organisationen "Stahlhelm" und "Tannenbergbund"<sup>52</sup> in jenen Tagen gegen die NSDAP zusammen arbeiteten. Auch die Verteilung eines Flugblattes der DNVP im NSDAP-Bezirk Prenzlau prangerte er an. Hier besonders, dass dieses Flugblatt "*in jeder Zeile alte, bereits mehrfach widerlegte Lügen wieder aufwärmt*".<sup>53</sup> Die Auslegung der im Punkt 17 des offiziellen Parteiprogramms der NSDAP vom 24. Februar 1920 enthaltenen Bodenreform (vergleiche Dokument 1 im Anhang)<sup>54</sup> führte gerade in der Uckermark für die hier dominierenden Großgrundbesitzer immer wieder zu Irritationen und war für die Besitzenden zunächst inakzeptabel. Hieß es hier doch "*Wir [die NSDAP] fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Ab-*

---

<sup>51</sup> Uckermärkischer Kurier, 8.11.1932 und eigene Berechnungen.

<sup>52</sup> Der Tannenbergbund wurde im September 1925 gegründet und war ein Ludendorff sehr nahestehender, völkischer Front- und Jungkriegerverband.

<sup>53</sup> Märkischer Beobachter, 31.3.1929.

<sup>54</sup> BArch Berlin, NS 26/2053, Programm der NSDAP.

*schaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.*” Diese Forderung aus der NSDAP-Frühzeit stellte für Hitlers Expansionsbestrebungen gerade auf dem großgrundbesitzgeprägten Lande ein derartiges Hindernis dar, dass er selbst im Vorfeld der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 zu diesem Punkt des Parteiprogramms klarstellte, dass die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht und sich die entsprechende Passage vorrangig gegen “jüdische Grundstücksspekulations-Gesellschaften” richtete.<sup>55</sup>

Der Widerstand konservativ-reaktionärer Kräfte trat allerdings, wie erwähnt, nur lokal begrenzt auf. Zeitlich begrenzt war er ohnehin. Spätestens mit der Bildung der “Harzburger Front” im Oktober 1931 waren auch im Altkreis Prenzlau DNVP und Stahlhelm quasi Verbündete der NSDAP, die schon am 13. Januar 1931 in Prenzlau beispielsweise gemeinsam gegen eine Aufführung des Theaterstücks von Friedrich Wolf „Zyankali“ vorgingen. Sie blockierten die Aufführung im Prenzlauer „Kurgarten“ durch Besetzen des Vorraumes. Wiederholt musste die Polizei diesen unter Einsatz des Gummiknüppels räumen.<sup>56</sup> Ausnahmen gab es, wie im Fall Groß Luckow gesehen, im Kreis Prenzlau aber dennoch. Wahrscheinlich sah sich der ab Juli 1930 als NSDAP-Kreisleiter für den Kreis Prenzlau wirkende Butterholzer Landwirt Wilhelm Dieckmann Junior durch derartige späte Ausnahmen veranlasst, auch nach Bildung der Harzburger Front noch im Wahlkampf zu den Reichstagswahlen vom Juli 1932 am 4. und 5. Juli jeweils in Fürstenwerder und Brüssow durch ein maßloses Diskussionsverhalten Wahlveranstaltungen der DNVP platzen zu lassen. Seitens der örtlichen DNVP-Vertreter war die Verärgerung über das Vorgehen des ansonsten eher farblosen Dieckmann so groß, dass sie juristische Konsequenzen androhten.<sup>57</sup> Darüber hinaus breitete sich die NSDAP natürlich auch trotz dieses “Bremsens” kontinuierlich weiter im Kreis Prenzlau aus. Vielleicht nur vorübergehend etwas verlangsamt. Und vielleicht war diese zeitweilige Verlangsamung am besten sichtbar in Strasburg (Um.), was an dem größeren Gewicht der in der Umgebung vertretenen Großgrundbesitzer sowie der Stärke der dortigen KPD gelegen haben mag. Was von dem Einfluss und „Widerstand“ der DNVP und des Stahlhelm in Stras-

<sup>55</sup> [www.kurt-bauer-geschichte.at](http://www.kurt-bauer-geschichte.at), Das 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1924, Stand 16.10.2016.

<sup>56</sup> Berliner Lokalanzeiger, Nr. 23, 14.1.1931.

<sup>57</sup> Prenzlauer Zeitung, 15.7.1932.

burg und Umgebung tatsächlich zu halten war, zeigte sich dann nach der Machtübergabe an Hitler und Co. am 30. Januar 1933. Bereits zum „Tag der erwachenden Nation“, einen Tag vor den Reichstagswahlen und eine gute Woche vor dem seinerzeitigen „Volkstrauertag“,<sup>58</sup> marschierten am 4. März 1933 auch in Strassburg Bund der Frontsoldaten, Stahlhelm und NSDAP mit ihren Gliederungen einträchtig gemeinsam in einem Fackelzug durch die Stadt.<sup>59</sup> Im weiteren Verlauf der Entwicklung unterlag auch der Stahlhelm 1933/34 der so genannten „Gleichschaltung“ bis zu seiner offiziellen Auflösung im November 1935. Die DNVP selbst verschwand, nachdem sie Hitlers Machterlangung zunächst nach Kräften unterstützte, bereits mit dem „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14.7.1933 gleich den übrigen Parteien mit Ausnahme der NSDAP, von der politischen Landkarte.

### **Lücken der Zeitgeschichte nun geschlossen: Die Strassburger NSDAP-Ortsgruppe bis Anfang 1933**

Der Autor fand gerade für diesen Abschnitt der jüngeren Strassburger Zeitgeschichte so gut wie keine vorhandenen Informationen vor. Die NSDAP kommt im Rahmen der bisher publizierten Strassburger Geschichtsschreibung im Grunde nicht vor. Der Leser konnte bereits von den neu recherchierten Erkenntnissen zu den Aktivitäten des ersten und selbst ernannten „Ortsgruppenleiters“ Fritz Pagels aus dem Jahr 1927 lesen. Doch offenbar erkrankte dieser schon im Verlauf des Sommers 1927 und wurde bestenfalls vertreten. Wer aber folgte ihm in dieser Funktion? Entsprechende Angaben lassen sich leider in den wenigen erhalten gebliebenen Dokumenten der NSDAP nicht finden. In den erhalten gebliebenen Dokumenten des zuständigen Regierungspräsidenten in Potsdam konnten neue, weitergehende Einsichten gewonnen werden. Vorhanden sind diese Dokumente im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam-Golm. Allerdings konnte 1929 selbst die zuständige politische Polizei in Berlin, die vom Potsdamer Regierungspräsidenten periodisch mit der Sammlung von Informationen über extremistische Gruppierungen und Parteien wie der

---

<sup>58</sup> Das Hitlerregime übernahm den „Volkstrauertag“ und legte ihn als staatlichen Feiertag am zweiten Fastensonntag fest. Ab August 1934 wurde er in „Heldengedenktag“ umbenannt und damit zugleich gänzlich seines Charakters beraubt.

<sup>59</sup> Strassburger Anzeiger, 2.3.1933.

NSDAP beauftragt war, die Frage, wer die Funktion des NSDAP-Ortsgruppenleiters in Strasburg ausübt, nur spekulieren. So wurde vom Berichterstatter des Außendienstes der Abteilung I A des Polizeipräsidenten in Berlin in seinem Bericht vom 29. August 1929 die Vermutung geäußert, dass zu diesem Zeitpunkt der Gastwirt Guiard Leiter der Strasburger NSDAP-Ortsgruppe war. Gemeint war Karl Guiard, Inhaber des Strasburger Restaurants „Stadt Stettin“ unter der damaligen Adresse Altstadt-erstraße 14. In dem Bericht heißt es wörtlich weiter: „[...] bei Guiard ist auch das Verkehrslokal der dortigen Gruppe.“ Ja, die Ortsgruppe bestand weiter – fasste die NSDAP erst einmal Fuß, so blieb sie. Und Karl Guiards Restaurant „Stadt Stettin“ war längst zum „Parteilokal“ der Strasburger NSDAP geworden. Auch die Strasburger SA verkehrte hier gern. Immerhin vermeldet der gleiche Bericht gar eine Stärke von 38 Mitgliedern für die damalige NSDAP-Ortsgruppe.<sup>60</sup> Karl Guiard konnte 1929 aber nicht, wie von der politischen Polizei vermutet, Strasburger NSDAP-Ortsgruppenleiter gewesen sein. Guiard war nämlich, wie wir bereits Ende des Abschnittes „Traurige Strasburg-Bilanz des pommerschen Gauleiters“ bzw. in Abb. 6 sahen, schon am 30.10.1926 vorübergehend wieder aus der NSDAP ausgetreten. Und ohne Mitgliedschaft war selbst in Strasburg keine Ortsgruppenleitung möglich. In einem weiteren Bericht der Abteilung I A des Polizeipräsidiiums Berlin vom 1. August 1930 nennt der zuständige Polizeispitzel dann bereits den Schneider Erich Pröfrock als damaligen NSDAP-Ortsgruppenleiter Strasburgs.<sup>61</sup> Dies erscheint insofern plausibel, als Pröfrock ja bereits 1927 neben seiner Tätigkeit als Führer des Strasburger SA-Trupps den erkrankten, damaligen Ortsgruppenleiter Pagels vertrat. Leider konnte in der NSDAP-Mitgliederkartei Erich Pröfrock's Mitgliedskarte nicht aufgefunden werden. Alle bisherigen Indizien weisen aber darauf hin, dass Pröfrock den ersten Strasburger Ortsgruppenführer Pagels nicht nur krankheitsbedingt vorübergehend vertrat sondern bereits 1927 auch sein „regulärer“ Nachfolger wurde. Offenbar übte Pröfrock in jener Zeit gar eine Doppelfunktion aus. In einem weiteren Bericht der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiiums, verfasst am 15. Oktober 1930 vom Kriminalassistenten Lange, wird erklärt, dass Pröfrock auch weiterhin den SA-Trupp in Strasburg führte. Die Strasburger SA hatte

---

<sup>60</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv (künftig BLHA), Rep 2 A I Pol. 1098, Blatt 304.

<sup>61</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1095, Blatt 59 Rückseite (RS).

nach diesem Bericht im Oktober 1930 eine Stärke von 30 Mann.<sup>62</sup> Ein Randbericht des Prenzlauer Landrates vom 29.9.1932 zeigt, dass Pröfrock auch zu diesem Zeitpunkt weiterhin die Strasburger SA führte, die mittlerweile als SA-Sturm 26 I / 64 firmierte. In jenem Bericht bezeichnet der Landrat Pröfrock auch weiterhin als Ortsgruppenleiter.<sup>63</sup> Der Autor fand jedoch viele Indizien die dafür sprechen, dass der Prenzlauer Landrat in diesem Punkt irrte. Höchstwahrscheinlich hatte zu diesem Stichtag längst ein Wechsel an der Spitze der Strasburger NSDAP-Ortsgruppe stattgefunden. Spätestens mit dem Nahen der ersten Reichstagswahl des Jahres 1932 am 31. Juli ist nämlich eine deutlich gesteigerte Aktivität der Strasburger Hitler-Anhänger feststellbar. Es herrschte nun eine von dieser Ortsgruppe bislang nicht gekannte Atmosphäre der Betriebsamkeit. So wurde am 3. Juli 1932 der erste Propagandamarsch der SA-Abteilung der Ortsgruppe veranstaltet. Besonders stolz war man über den nach längerer Zeit ersten Auftritt der Strasburger SA in Uniform. War doch ein vorübergehendes SA- und SS-Verbot durch den Reichspräsidenten erst am 14. Juni 1932 wieder aufgehoben worden. Vom SA- und Parteilokal „Stadt Stettin“ in der Altstädter Straße führte dieser Marsch auf Umwegen durch die ganze Stadt und mündete in eine größere Veranstaltung auf dem Platz vor dem damaligen Jugendheim. Der aus seinen vielfachen Auftritten in Prenzlau sattsam bekannte Reichstagsabgeordnete „Pg.“ Dr. Decker hielt hier eine abschließende Ansprache.<sup>64</sup> Die damals örtlich führende Tageszeitung „Strasburger Anzeiger“, deren Schriftleiter der am 11.10.1899 in Strasburg geborene Karl Breitsprecher seit dem 1.9.1930 selbst NSDAP-Mitglied war,<sup>65</sup> druckte Deckers Ansprache in seiner Ausgabe vom 5. Juli 1932 im Wortlaut nach. Wie auf Reichsebene so entstanden auch in Strasburg plötzlich neue Gliederungen der NSDAP. Den Mittelstand sollte der „Wirtschaftsverband des Mittelstandes“ ansprechen. Am 12. Juli 1932 tagte seine Strasburger Ortsgruppe unter damaliger Leitung des Handelsvertreters Sell<sup>66</sup> erstmals in dem als NSDAP-Parteilokal bereits

---

<sup>62</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1100, Blatt 311.

<sup>63</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1104, Blatt 438 RS – 440.

<sup>64</sup> Strasburger Anzeiger, 3.7.1932.

<sup>65</sup> BArch Berlin (ehem. BDC), NSDAP-Gaukartei, Breitsprecher, Karl, 11.10.1899.

<sup>66</sup> Nach Sells plötzlichem Tod wurde lt. Strasburger Anzeiger vom 14.4.1933 Anfang 1933 der NS-Karrierist und Strasburger NSDAP-Stadtverordnete Brüsewitz sein Nachfolger in dieser Funktion.

bekanntem „Stadt Stettin“. Obwohl formal eigenständig, handelte es sich bei diesem Verein de facto um eine verkappte Gliederung der NSDAP, der die sofortige Entfernung aller Mitglieder bzw. Mitarbeiter von Mitgliedsunternehmen jüdischer Abstammung aus seinen Reihen verlangte.<sup>67</sup> Öffentliche Wahlveranstaltungen der Strasburger NSDAP-Ortsgruppe, nunmehr im größeren Rahmen vornehmlich im „Schützenhaus“, ergänzten diesen Wahlkampf. Die letzte dieser Veranstaltungen vor der Juli-Wahl fand am 25. Juli 1932 statt. Es trat ein NSDAP-Reichsredner Albrecht aus Königsberg auf. Darüber informierte der „Strasburger Anzeiger“ am 24. Juli 1932. Die für den 30. Juli im Strasburger Restaurant Struwe geplante Wahlveranstaltung der SPD dagegen wurde vom Prenzlauer Landrat unter Verweis auf den kurzzeitig geltenden Ausnahmezustand als angebliche „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ kurzerhand verboten.<sup>68</sup> Hierin zeigten sich bereits ungleiche Maßstäbe in der Behandlung von NSDAP bzw. SPD und KPD durch den damaligen Weimarer Staatsapparat. Die Strasburger NSDAP-Ortsgruppe legte auch innerparteilich eine bislang neue Agilität an den Tag. Es fanden organisierte, gemeinsame Fahrten zu Großveranstaltungen wie dem Auftritt Görings in Prenzlau am 17.7.1932, der Rede Hitlers in Eberswalde am 27.7.1932 oder dem Hitler-Auftritt in Pasewalk am 25.10.1932 statt. Der „Strasburger Anzeiger“ unter seinem Schriftleiter Karl Breitsprecher betätigte sich ganz unmittelbar und aktiv an der Organisation dieser und anderer Unternehmungen der Strasburger NSDAP. Häufig war unter entsprechenden Ankündigungen zu lesen, dass sich Interessenten für einzelne NSDAP-Veranstaltungen in der Geschäftsstelle vom „Strasburger Anzeiger“, in der Altstädterstraße 1, wo sich gleichfalls Breitsprechers Druckerei und Papierhandel befanden, melden sollten bzw. dort sogar Karten erworben werden konnten. Stellenweise fungierte der „Strasburger Anzeiger“ bereits vor dem Januar 1933 wie ein inoffizielles Organ der Strasburger NSDAP.

---

<sup>67</sup> Strasburger Anzeiger, 12.7.1932.

<sup>68</sup> Strasburger Anzeiger, 30.7.1932.





*Abb. 11: Das damalige Gebäude des „Strasburger Anzeiger“ in der Altstädter Straße 1*

Für den Autor ist dies ein Indiz, dass Karl Breitsprecher bereits spätestens 1932 zur Leitung der Strasburger NSDAP-Ortsgruppe gehörte. Die Wahl zur Strasburger Stadtverordnetenversammlung vom 12.3.1933, wie noch gezeigt werden wird, bestätigt das.



*Abb. 12: Foto Karl Breitsprecher*

Doch auch nach der für die Strasburger NSDAP so erfolgreich verlaufenden Reichstagswahl vom 31. Juli 1932, bei der sie ihren Stimmanteil in der Stadt von den vergleichsweise mageren 25,4 Prozent (1930) auf nun doch eindrucksvolle 41,6 Prozent<sup>69</sup> steigern konnte und damit auch in Strasburg klar stärkste Partei wurde, blieb die Strasburger Ortsgruppe sehr rührig. Durch weitere Aktivitäten bzw. neue Gliederungen sollten weitere Bevölkerungskreise gewonnen werden. So wurde am 1. Oktober 1932 im „Schützenhaus“ das erste Mal ein so genannter „Deutscher Abend“ seitens der Ortsgruppe veranstaltet, bei dem die Pasewalker SA-Kapelle aufspielte. Zum Repertoire der Strasburger NSDAP gehörten seit dem 26. Oktober 1932 plötzlich auch Filmabende im „Schützenhaus“.

---

<sup>69</sup> Eigene Berechnungen des Autors auf Grundlage der Wahlergebnisse des Kreises Prenzlau.



Abb. 13a: Das Strassburger Schützenhaus um 1940



Abb. 13b: Das Gebäude nach Teilsanierung 1987 als HO-Restaurant und Hotel „Volksgarten“, Aufnahme von Februar 1994

**Deutscher  
Tonfilm-Abend**

am **Wittwoch**, dem **26. Oktober 1932**  
im **Schützenhaus Strasburg Um.**  
— — **Beginn 8.30 Uhr abends.** — —

**Program m:**

1. **Adolf Hitler beim Reichsjugendtag in Potsdam.**
2. **Theodor Körner-Film: „Vater ich rufe Dich“.**
3. **Zapfenstreich der Reichswehr.**
4. **Reichstagspräsident Goering spricht über:  
Deutsche Wehr, deutsche Ehr“.**
5. **Massenaufmarsch im Berliner Lustgarten,  
Adolf Hitler spricht.**

**Preise der Plätze: 0.40, 0.60, 0.80 RM.**  
— **Der Saal ist geheizt.** —

*Abb. 14: Zeitungsannonce: Filmabend im Schützenhaus*

Nach dem Mittelstand sollten nun auch verstärkt Arbeiter und Angestellte für die Hitler-Partei gewonnen werden. Die zuvor jahrelang so ruhig dahin dümpelnde Strasburger NSDAP-Ortsgruppe hatte plötzlich auch ihre Abteilung „Betriebszellen“. Einen Tag vor den nächsten Reichstagswahlen fand am 5. Oktober 1932 im „Schützenhaus“ eine „öffentliche Vollversammlung“<sup>70</sup> dieser offiziell als „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO) bezeichneten Gliederung statt. Zumindest im April 1933 wurde diese Strasburger NSDAP-Gliederung von einem „Pg“ Aßmann geleitet.<sup>71</sup>

<sup>70</sup> Strasburger Anzeiger, 29.10.1932 und 5.10.1932.

<sup>71</sup> Strasburger Anzeiger, 6.4.1933.

Die aufgezeigte enorme Steigerung der NS-Aktivitäten in Strasburg ließ den Autor mehr als vermuten, dass dies auch mit einem personellen Wechsel an der Spitze der Strasburger NSDAP verbunden war. Diesbezügliche Gewissheit verschaffte ein Artikel im erwähnten „Strasburger Anzeiger“. Vom Ortsgruppenleiter war dort häufig die Rede, jedoch ohne ihn dabei namentlich zu benennen. Im Fall des Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppenleiters war dies anders. Der allerdings war seinerzeit ein bereits pensionierter Major. Sein Strasburger Amtskollege hingegen war noch beruflich aktiv und fürchtete wahrscheinlich durch Bekanntheit berufliche Nachteile. Noch war seine Parteifunktion ja nicht dotiert. In der Ausgabe des „Strasburger Anzeiger“ vom 25.10.1932 ist in einem Bericht, welcher über Möglichkeiten des Erwerbs von Eintrittskarten zur Adolf-Hitler-Rede in Pasewalk vom gleichen Tag informiert erwähnt, dass für Strasburger Interessenten 50 weitere Karten reserviert wurden. Zu erwerben wären diese beim Ortsgruppenleiter Burmeister, der nun erstmals auch namentlich genannt wurde. Eine Suche im Strasburger Adressbuch ergab für 1932 aber gleich drei dieser Namensträger. Ein weiterer Hinweis in späterer Publikation ergab dann für den Leiter der Strasburger Hitler-Partei einen „G. Burmeister“. Auch mit diesem Vornamenskürzel blieben noch zwei denkbare Personen, ein Gärtner und ein Kaufmann. Vollständige Klarheit schaffte dann erst die Wahl des unbesoldeten Beigeordneten des Strasburger Bürgermeisters Oppermann am 22. April 1933, für die seitens der NSDAP-Fraktion ein Kaufmann namens Gerhard Burmeister „vorgeschlagen“ wurde.<sup>72</sup> Das war er, der bislang unbekannte. Die Funktion des Strasburger NSDAP-Ortsgruppenleiters übernahm spätestens im Laufe des Jahres 1932 der Kaufmann Gerhard Burmeister, 1932 wohnhaft in der Lindenstraße 11. Burmeister wurde am 26.9.1898 geboren. Laut seiner NSDAP-Mitgliederkarteikarte war er erst am 1. Januar 1931 der NSDAP überhaupt beigetreten.<sup>73</sup> Insofern machte Burmeister innerhalb der Strasburger NSDAP durchaus eine Art „Blitzkarriere“, obwohl er zunächst bewusst im Hintergrund agierte. Auch zum Zeitpunkt des ersten Zelebrierens des Hitler-Geburtstages in Strasburg am 20. April 1933 war Gerhard Burmeister als Leiter der Strasburger NSDAP-Ortsgruppe weiter im Amt.<sup>74</sup>

---

<sup>72</sup> Strasburger Anzeiger, 23.4.1933.

<sup>73</sup> BArch Berlin (ehem. BDC), NSDAP-Reichskartei, Burmeister, Gerhard, 26.9.1898.

<sup>74</sup> Strasburger Anzeiger, 22.4.1933.



*Abb. 15: Gerhard Burmeister, wahrscheinlich 1932 bis 1936 Strasburger NSDAP-Ortsgruppenleiter*

Auf der gleichen Tagung des Stadtparlaments am 22. April 1933 wurden darüber hinaus auch die Strasburger Ratsherren Bäckermeister Julius Zander, der Redakteur und Druckereibesitzer Karl Breitsprecher sowie der Strasburger Arzt Dr. med. Werner Stöwsand auf Vorschlag der NSDAP gewählt.<sup>75</sup> Gemeinsam mit dem bereits am 4. April 1933 zum Stadtverordnetenvorsteher gewählten Ferdinand Thaens und dem zum Schriftführer gewählten Erich Pröfrock ergibt sich so ein engeres Strasburger NSDAP-Aktiv bestehend aus dem damaligen Ortsgruppenleiter Gerhard Burmeister, Ferdinand Thaens, Karl Breitsprecher, Erich Pröfrock, Dr. Stöwsand und dem Kaufmann Wilhelm Brüsewitz.

Die Bemühungen der NSDAP zu Infiltration und „Gleichschaltung“ der Menschen selbst ließen auch nach diesen aus ihrer Sicht ersten Erfolgen nicht nach. Nachdem dies in Prenzlau längst geschehen war, wurde nun auch in Strasburg am 14. April 1933 eine weitere Gliederung der NSDAP ins Leben gerufen: Die NS-Frauenschaft. Deren erste Leiterin in Strasburg wurde die „Parteigenossin“ („Pgn.) Schünemann.<sup>76</sup>

Vom Zeitpunkt der Machtübergabe an Hitler wurde es auch üblich, dessen Reden auf öffentliche Plätze zu übertragen. In Strasburg war dies der Marktplatz. Bei der Bereitstellung der entsprechenden Technik zur öffentlichen Übertragung von Hitlers Tiraden wurde die Strasburger NSDAP-Ortsgruppe bereitwillig vom ansässigen Radiohaus Wähler unterstützt. Auch so konnte frühes Helfertum für Hitler aussehen. Erstmals geschah dies bei einer Rundfunkübertragung anlässlich der Reichstagseröffnung am 5. März 1933.<sup>77</sup>

---

<sup>75</sup> Strasburger Anzeiger, 23.4.1933.

<sup>76</sup> Strasburger Anzeiger, 14.4.1933.

<sup>77</sup> Strasburger Anzeiger, 3.3.1933.

Burmeisters Nachfolger, der Lehrer Ferdinand Thaens, war bereits zuvor an verantwortlicher Stelle in der Ortsgruppenleitung eingebunden. Der 1894 in Blankensee geborene Ferdinand Thaens trat erst relativ spät, am 1. März 1932, der NSDAP bei.<sup>78</sup> Rasch machte auch er innerhalb der Strasburger NSDAP Karriere und wurde im Vorfeld der Kommunalwahlen vom 12. März 1933 als Kandidat der Strasburger NSDAP für die Stadtverordnetenversammlung nominiert – und dies gar an dritter von 18 Stellen. Zugleich war Thaens auch als Kandidat der NSDAP für den Prenzlauer Kreistag nominiert worden. Hier rangierte er auf Platz 13 von 35 NSDAP-Kandidaten.<sup>79</sup> In beide Gremien wurde er auch gewählt. Als gewählter Abgeordneter der Strasburger Stadtverordnetenversammlung wurde Thaens auf deren konstituierenden Sitzung am 4. April 1933 auf NSDAP-Vorschlag sogleich zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt.<sup>80</sup> Neudeutsch würde man Thaens einen „Shooting Star“ der Strasburger NSDAP nennen können. Zuvor hatte er bereits, wie der „Strasburger Anzeiger“ am 23. März 1933 meldete, bei der Strasburger NSDAP-Kundgebung zur Reichstagsseröffnung am 21. März 1933 die Rede gehalten. Bei der NSDAP-Veranstaltung zum Hitler-Geburtstag am 20. April 1933 ergriff er gleich nach Ortsgruppenleiter Burmeister, jeweils im Zusammenhang mit der Gründung der ersten Strasburger SS-Abteilung, das Wort.<sup>81</sup> Es ist davon auszugehen, dass Thaens bereits ca. ein Jahr nach Eintritt in die NSDAP zum stellvertretenden Strasburger Ortsgruppenleiter avancierte.

Einen „Vorgeschmack“ auf kommende Zeiten lieferte Thaens mit seiner aktiven Rolle bei der Verbrennung der aus dem Rathaus geholten schwarz-rot-goldenen und der KPD-Fahnen auf dem Strasburger Marktplatz im Anschluss an die Konstituierung des Strasburger Stadtparlaments am 4. April 1933.<sup>82</sup> Er war es, der hierzu auf dem Markt noch eine Rede halten musste. Andernorts wurden Bücher verbrannt. In Strasburg waren es vorerst die Fahnen der „besiegten“ Gegner. Vorausgegangen waren in Strasburg und andernorts jedoch bereits andere Akte der frühen Repression. Bereits am 1. Februar 1933 erfolgten in Strasburg Hausdurchsuchungen. Dies berichtete der „Strasburger Anzeiger“ vom 3. Februar 1933.

<sup>78</sup> BArch Berlin (chem. BDC), NSDAP-Gaukartei, Thaens, Ferdinand, 16.3.1894.

<sup>79</sup> Strasburger Anzeiger, 10. und 12.3.1933, Wahlvorschläge.

<sup>80</sup> Strasburger Anzeiger, 6.4.1933.

<sup>81</sup> Strasburger Anzeiger, 22.4.1933.

<sup>82</sup> Strasburger Anzeiger, 6.4.1933.

Kurz darauf, nach dem als Vorwand dienenden Reichstagsbrand, folgten Verhaftungen führender KPD- und SPD-Vertreter wie u.a. Friedrich Munnecke, Otto Naumann und weitere zwölf Strasburger KPD-Aktivisten.<sup>83</sup> Schon bald darauf waren am 1. April 1933 Vorboten des Holocaust auch in Strasburg zu erleben. Vor jedem jüdischen Geschäft waren – wie im gesamten Deutschen Reich so auch hier – zur Einschüchterung und Unterbindung des Verkaufs SA-Posten aufgestellt.<sup>84</sup>

Nur drei Tage später, am 4. April 1933, hatte das Strasburger Stadtparlament als seine erste Handlung unter Leitung des neu gewählten Stadtverordnetenvorstehers Thaens bereits zwei von Hitlers Gefolgsleuten für wichtig erachtete, „dringliche“ Beschlüsse gefasst:

Die Hakenkreuzfahne wird auf dem Rathaus gehisst.

Die bisherige Bahnhofstraße wird in „Adolf-Hitler-Straße“ umbenannt. Ferdinand Thaens stand zwar nominell erst an zweiter Stelle innerhalb der Strasburger NSDAP, doch er stand bereits im Rampenlicht. Der zu dieser Zeit als Ortsgruppenleiter amtierende „Pg“ Gerhard Burmeister stieg ab Januar 1936 in der NSDAP-Parteihierarchie auf und wechselte zur Gauleitung Kurmark. Gleichzeitig verlegte er seinen Wohnort nach Berlin. Beides geht aus Burmeisters Karteikarte in der NSDAP-Reichskartei hervor. So ist es naheliegend, dass Ferdinand Thaens dann ab Anfang 1936 die Leitung der Strasburger NSDAP-Ortsgruppe übernahm. Burmeister hat damit offenbar die größte „Karriere“ aller Strasburger NSDAP-Mitglieder innerhalb der NS-Hierarchie absolviert. Dieser Karrieresprung Burmeisters 1936 im Verbund mit seinem im Vergleich zu Thaens reduzierten Auftreten in der Öffentlichkeit lassen Spekulationen wach werden, ob nicht der „Pg“ Burmeister in Personalunion dann auch zeitweilig dem bereits Ende Oktober 1930 neu gebildeten NSDAP-Bereich Strasburg vorstand. Diese vorübergehende Struktur wurde ab Ende Oktober 1930 im gesamten Gau Brandenburg schrittweise geschaffen. Sie war für die Organisation der NSDAP, in diesem Fall hier in der Stadt Strasburg und ihrer Umgebung, verantwortlich. Einen umfangreicheren Überblick über Aktivisten der Strasburger NSDAP-Ortsgruppe ermöglicht deren Wahlvorschlag für die Strasburger Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Kommunalwahl vom 12. März 1933. Wir können

---

<sup>83</sup> Schulz: Chronik (wie Anm. 39), S. 435.

<sup>84</sup> Strasburger Anzeiger, 2.4.1933.

davon ausgehen, dass die hier aufgeführten „Pgg.“ zumindest bereits im Jahr 1932 eine wichtige Rolle innerhalb der Strasburger Ortsgruppe spielten. Der interessierte Leser findet diese Aufstellung als Dokument 7 im Anhang.

### **Die Anfänge der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe 1927/28**

Wie aber gestaltete sich denn nun die Ausbreitung der NSDAP in die Kreisstadt Prenzlau? Laut Gerd Rühles „Kurmark – Geschichte eines Gau-es“ gehörten Ende 1925 zu Prenzlaus ersten NSDAP-Mitgliedern neben Wilhelm Tyron auch die „Pgg“ Fritsche und Wilhelm Holz. Rühle spricht weiter davon, dass jene drei Prenzlauer „Nazis der ersten Stunde“ sich der Ortsgruppe Potsdam anschlossen, „da sie dorthin Verbindung hatten.“<sup>85</sup> Die Wirklichkeit war banal: Es gab im Organisationsbereich des damaligen „Gau-es“ Brandenburg 1925/26 schlicht keine näher gelegene NSDAP-Ortsgruppe. Selbst die Pasewalker „SA-Missionare“ waren Ende 1925 wohl noch nicht einmal bis Strasburg geschweige denn in die Kreisstadt Prenzlau gelangt. Hier in der Potsdamer NSDAP-Ortsgruppe werden sie mit Sicherheit auf ein dort bereits aktives, in Potsdam wohnendes Mitglied gestoßen sein, auf Ulrich Jaene. Ulrich Jaene, Jahrgang 1899 und von Beruf Reichsbankinspektor,<sup>86</sup> war spätestens ab 1930 Ortsgruppenleiter der Potsdamer NSDAP und zugleich NSDAP-Stadtverordneter.<sup>87</sup> Sein älterer Bruder, der Studienrat Martin Jaene, zog 1927 nach Prenzlau und spielte in der dortigen Orts- und Kreisorganisation ab 1928 eine bedeutende Rolle. Inwieweit die frühe Bekanntschaft seines jüngeren Bruders Ulrich mit den ersten Prenzlauer NSDAP-Mitgliedern im Hinblick auf Martin Jaenes Erscheinen in Prenzlau von Bedeutung ist, muss dabei allerdings im Bereich des Spekulativen bleiben. Wie lange nun lag die zuständige NSDAP-Ortsgruppe für diese drei frühen Prenzlauer Mitglieder erst in Potsdam? Im Bundesarchiv fand sich dazu ein Dokument, welches diese Frage klar beantwortet. Pg. Kurt Diedrich teilt darin am 30. Juni 1927 der NSDAP-Hauptgeschäftsstelle in München mit, dass er provisorischer Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Prenzlau ist. Gebildet wurde diese nach seiner Mitteilung am 19. März 1927. In der Zwischenzeit war Diedrich

<sup>85</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 29.

<sup>86</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1101, Blatt 399.

<sup>87</sup> Der Angriff, 13.7.1930.



nicht untätig und hatte bereits 15 Interessenten für die Aufnahme in die NSDAP gewonnen.<sup>88</sup>

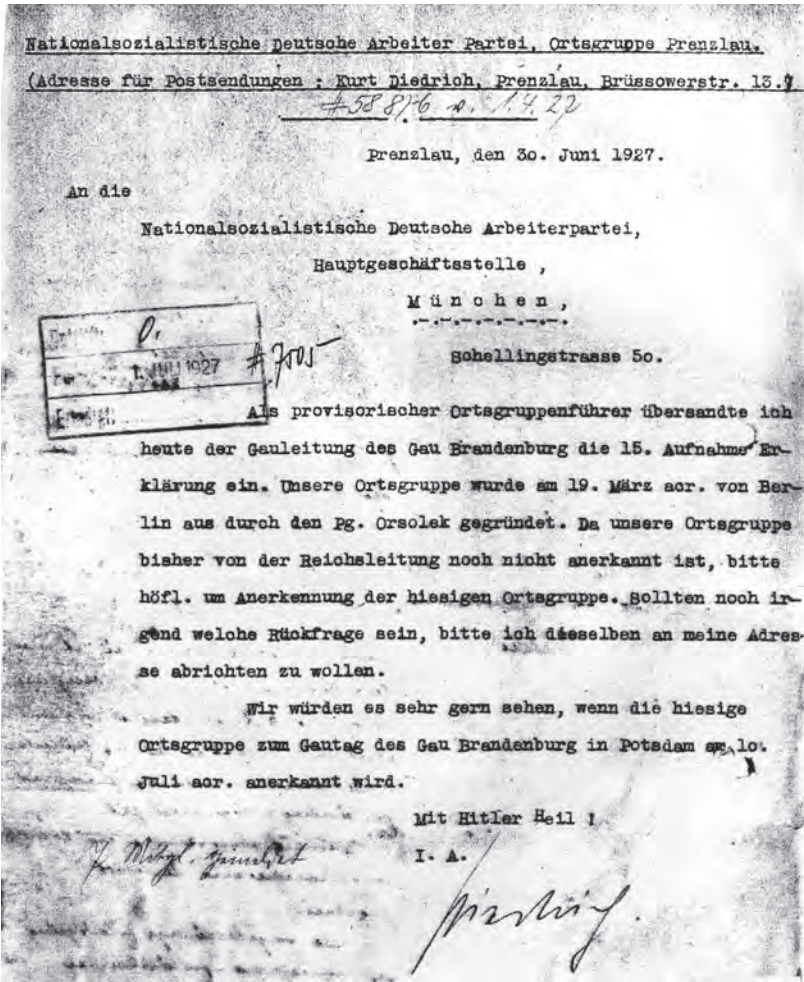


Abb. 16: Schreiben Kurt Diedrichs an die NSDAP-Hauptgeschäftsstelle vom 30. Juni 1927

Dieses Schreiben klärt soweit auch die Frage, woher der Impuls zur Bildung jener NSDAP-Ortsgruppe in Prenzlau kam. Im Unterschied zur

<sup>88</sup> BArch Berlin, NS 1/2884, Schreiben Kurt Diedrich an NSDAP-Hauptgeschäftsstelle vom 30.6.1927.

Konstellation in der zweitgrößten Stadt des Landkreises lief es in Prenzlau organisatorisch zunächst erwartbar ab. Diedrich erwähnt einen "Pg." Orsolek, der von Berlin aus diese Gründung formal betrieben habe. Es gelang dem Autor in den personenbezogenen Dokumenten des Bundesarchivs ein interessanter Fund dazu. In einem Schreiben an den mecklenburgischen NSDAP-Gauleiter Friedrich Hildebrandt<sup>89</sup> vom 19. Oktober 1927 breitet ein seinerzeit dorthin aus Berlin verzogener "Pg" Günther Orsolek, geboren am 1. April 1902 (laut Parteiakte am 1.4.1892), seine Biografie aus. Danach wurde er, der als Beruf Schriftsteller angab, in Brüssow, der kleinsten Stadt des Altkreises Prenzlau, geboren. Im Juli 1925 trat er in Berlin-Schöneberg, seinem damaligen Wohnort, der NSDAP bei. Kurze Zeit darauf wurde er stellvertretender und schließlich Ortsgruppenleiter der NSDAP-Ortsgruppe Berlin-Schöneberg. Auch als Parteiredner, u.a. in der Provinz Brandenburg, war dieser Orsolek<sup>90</sup> tätig.<sup>91</sup> Dabei liegt die Vermutung nahe, dass er von der Gauleitung Berlin-Brandenburg mit der Gründung der Ortsgruppe in Prenzlau beauftragt wurde.<sup>92</sup> Solch organisatorisches Vorgehen entsprach seinerzeit durchaus Goebbelschem Stil. Allein schon die damalige Einwohnerzahl der Kreisstadt Prenzlau von 21.622 im Jahre 1925 gegenüber den ca. 6.700 Einwohnern der Stadt Strasburg zur gleichen Zeit macht klar, worauf sich der noch immer relativ schwache NSDAP-Gau Berlin-Brandenburg bei seiner organisatorischen Expansion zunächst konzentrierte.<sup>93</sup> Darüber hinaus weist auch Diedrichs am 1. April 1927 ausgestellte NSDAP-Mitgliederkarteikarte gleich von vornherein die Gau-Zuordnung "Berlin-Brandenburg" bzw. später "Kurmärk" auf.<sup>94</sup> Diedrich war als "Bücherrevisor", d. h. Buchprüfer, tätig. Gleiches galt für seinen am 23.12.1927 verstorbenen Vater Karl Diedrich, der vom Amtsgericht Prenzlau mit Wirkung vom 1. April 1927 zu dem als Konkursverwalter eingesetzt wurde.<sup>95</sup> Wie aus dem Eintrag in der NSDAP-Mitgliederkarteikarte ersichtlich, zog Diedrich im Juli 1941 in das damals westpreußische Thorn (heute Toruń in Polen).

---

<sup>89</sup> Für die Transkription des in schlecht lesbarem Sütterlin verfassten Briefes bedankt sich der Autor bei Herrn Jürgen Theil (Prenzlau).

<sup>90</sup> Die falsche Schreibweise von Orsoleks Namen in Diedrichs Schreiben ist für damalige Zeit typisch.

<sup>91</sup> BArch Berlin (chem. BDC), R 9361-I/28939 Brief Günter Orsoleks vom 19.10.1927.

<sup>92</sup> Orsolek wurde später u.a. wegen Beitragsschulden aus der NSDAP ausgeschlossen.

<sup>93</sup> [www.verwaltungsgeschichte.de/prenzlau.](http://www.verwaltungsgeschichte.de/prenzlau.), Stand 2.3.2016.

<sup>94</sup> BArch Berlin (chem. BDC), NSDAP-Reichskartei, Diedrich, Kurt, 4.4.1904.

<sup>95</sup> Uckermärkischer Kurier, 30.3.1927.



Abb. 17: NSDAP-Karteikarte von Kurt Diedrich



Abb. 18a:  
Kurt Diedrich,  
erster NSDAP-Orts-  
gruppenleiter  
Prenzlaus 1927



Abb. 18b: Zehn Jahre  
danach: Anstecker  
zum Jahrestag der  
Gründung der ersten  
Prenzlauer NSD-  
AP-Ortsgruppe

Längere Zeit nach dem oben erwähnten Brief Diedrichs an die NSDAP-Hauptgeschäftsstelle blieb es zumindest nach außen sehr ruhig um die formal seit 19. März 1927 bestehende NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau. In keiner Akte ist etwas an weiteren Aktivitäten überliefert, auch in der vom Autor ebenfalls untersuchten Lokalpresse jener Zeit, wie dem “Uckermärkischen Kurier”, der “Prenzlauer Zeitung” oder der “Strasburger Zeitung” findet sich nicht ein Hinweis auf die erfolgte Gründung oder eine spätere Veranstaltung der Ortsgruppe. Dies erinnert sehr an das sich bei der Strasburger NSDAP-Ortsgruppe zunächst gebotene Bild. Diedrich hat offenbar versucht, in jener Zeit “seine”

Prenzlauer Ortsgruppe zu konsolidieren. Einen Hinweis auf die Aktivitäten Kurt Diedrichs, der auch in einem Schreiben des Büros der NSDAP-Abgeordneten in Berlin an die NSDAP-Reichsleitung vom 22. Juni 1927 offiziell als Ortsgruppenleiter bezeichnet wird,<sup>96</sup> gibt das bereits erwähnte “Werk” des ersten Ortsgruppenleiters der Pasewalker NSDAP-Ortsgruppe, welches zu deren 10. Gründungsjahrestag (1933) veröffentlicht wurde. Dort heißt es dazu: *“An einem Pasewalker Flugtag im Sommer 1927 trafen wir [die Führung der damals bereits offiziell verbotenen Pasewalker NSDAP-Ortsgruppe, K. H.] im Kaffee Christeleit Herrn Kurt Diedrich aus Prenzlau. Er bat uns, doch einmal nach Prenzlau zu kommen und dort für die Gründung einer Ortsgruppe zu sorgen. Zur Gründungsversammlung, in der Pg Studentkowski sprach, war unsere SA zur Stelle. In Prenzlau und Umgebung gab es damals [1927] nur zwei SA-Männer [...]”*<sup>97</sup>

Den Autor hat an dieser Stelle doch überrascht, dass die Pasewalker NSDAP-Ortsgruppe bzw. deren SA-Sturm 4 offenbar selbst auf die Gründung der Ortsgruppe in der doch immerhin ca. 25 Straßenkilometer entfernten Kreisstadt Prenzlau, gelegen auf dem Territorium eines anderen Gaues der NSDAP, Einfluss nahm. Wir sahen ja bereits an den Aussagen Repfennigs zur Dauer und den Wirkungen des NSDAP-Verbots in Pasewalk, dass man seine Mitteilungen mit einer gewissen Vorsicht betrachten muss. War es also wirklich an dem?

Die nächste Spur, die von der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau festgestellt werden kann, ist die der ersten öffentlichen – von dieser Ortsgruppe veranstalteten – Versammlung. Diese fand erst am 16. Februar 1928, abends um 20.00 Uhr im Saal des Prenzlauer Schützenhauses statt.

---

<sup>96</sup> BArch Berlin, NS 51/205, Blatt 68–70, Übersendung Anschriftenliste der aufgeführten Ortsgruppen.

<sup>97</sup> Repfennig: Zehn Jahre (wie Anm. 14), S. 123.



*Abb. 19: Das „Schützenhaus“ – Ort der ersten öffentlichen Prenzlauer NSDAP-Veranstaltung am 16. Februar 1928*

Erstmals konnte der Autor in der Lokalpresse Prenzlau hier einen Hinweis auf die Existenz dieser Ortsgruppe feststellen – eine kleine, redaktionelle Mitteilung in der „Prenzlauer Zeitung“.<sup>98</sup> Offenbar hatte es mehrere Monate, von März 1927 bis Februar 1928, gedauert, um die Voraussetzungen für eine öffentliche Veranstaltung dieser NSDAP-Ortsgruppe zu schaffen. Dies deutet darauf hin, dass Diedrich und seine ersten Aktivisten kaum Unterstützung vom seinerzeit selbst noch immer schwachen „Heimatgau“ in Berlin erhalten haben dürften, zumal die NSDAP am Sitz der Gauleitung, innerhalb der Stadtgrenzen Berlins, in der Zeit vom 5. Mai 1927 bis zum 31. März 1928 verboten war. Diese NSDAP-Veranstaltung in Prenzlau wurde auch in der Ankündigungsmittteilung inhaltlich nicht sonderlich hoch gehängt – es ist „nur“ von einem „Sprechabend“ die Rede.

---

<sup>98</sup> Prenzlauer Zeitung, 16.2.1928.

§ Die Ortsgruppe Prenzlau der N. S. D. A. P. bitte um Aufnahme nachstehender Zeilen: Die junge Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Prenzlau hält am Donnerstag, dem 16. d. M. abends 8 Uhr, im Saale des Schützenhauses eine öffentlichen Sprechabend ab. Es ist nicht Sinn und Zweck dieses Sprechabends, die Werbetrommel zu den kommenden Wahlen zu rühren, sondern nur um sachliche Aufklärungsarbeit zu leisten. Der Arbeiter der Stirn und Faust soll erkennen, in welcher Lage er sich befindet, wohin wir steuern und was uns droht. Referendar Kappel aus Greifswald wird sprechen.

Abb. 20: Ankündigungsmittelung aus der "Prenzlauer Zeitung" vom 16.2.1928

In der Zeitungsmittelung erwähnt wird ein "Referendar Kappel aus Greifswald". Aus Greifswald? Deutet dies nicht doch auf "Pommern"? Im Bundesarchiv fand sich in den monatlichen Rechenschaftsberichten des bereits erwähnten, damaligen pommerschen NSDAP-Gauleiters v. Corswant im Tätigkeitsbericht für Februar 1928 unter dem Datum 16. Februar folgender Eintrag: "Öffentliche Versammlung in Prenzlau mit Pg. Rabbel, Saalschutz: aufgelöste Pasewalker SA. Tumultveranstaltung. Pasewalker räumen den Saal."<sup>99</sup>

Diesmal also stimmte die Behauptung Repfennigs in seiner Jubiläumsschrift. Die Pasewalker NSDAP-Ortsgruppe hat mindestens beim ersten öffentlichen Auftritt der Prenzlauer Ortsgruppe eine Rolle gespielt. Und zwar die entscheidende. Sie hat mit "ihrer" SA den Saalschutz gestellt und sie hat mit jenem tatsächlich Rabbel heißenden „Pg.“ aus Greifswald, der einer der "Gauredner" der pommerschen NSDAP war, den Hauptredner gestellt. Hier wird nochmals klar, dass die Prenzlauer NSDAP zu dieser Zeit aus Berlin kaum Unterstützung erhielt. Offenbar aber war Diedrich im Sinne der Nationalsozialisten ein rühriger Mensch, der im Unterschied zu den damaligen Protagonisten in der Strasburger Ortsgruppe in Eigeninitiative Kontakte, z. B. nach Pasewalk, knüpfte und Veranstaltungen organisierte. Nur in einem irrte Repfennig in seiner Schilderung im Zusammenhang mit jenem Pasewalker Flugtag vom Sommer 1927 doch: Der Redner, der

<sup>99</sup> BArch Berlin, NS 51/209, Blatt 323.

bei der ersten öffentlichen NSDAP-Versammlung (nicht Gründung) der Prenzlauer Ortsgruppe auftrat, war nicht “Pg.“ Studentkowski sondern der pommersche Gauredner Rabbel. Erwähnt werden sollte aber zu dieser ersten öffentlichen Versammlung noch, was hinter der Formulierung des pommerschen Gauleiters in seinem Tätigkeitsbericht von der “Tumult Veranstaltung” am 16. Februar 1928 im Prenzlauer Schützenhaus steckt: Bereits im Vorfeld der Veranstaltung hatten sich, von den sichernden Paserwaller SA-Leuten mehr oder minder unerkannt, zahlreiche Mitglieder bzw. Anhänger von KPD und Rotfrontkämpferbund in den Saal des Schützenhauses geschmuggelt. Insgesamt dominierten diese zahlenmäßig sogar und sprengten die Veranstaltung schließlich. Insgesamt waren ca. 350 Personen anwesend, darunter lediglich 30 – 40 Nationalsozialisten.<sup>100</sup>



Schützenhaus - Vorzügliche Küche - Gute Biere und Weine - Inh. G. Busse - Ferruf 290

Abb. 21: Saal des Prenzlauer Schützenhauses, Veranstaltungs- und Tumultort am 16.2.1928

Weitere Hinweise auf die frühe Phase der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau konnten in den Beständen des Bundesarchiv Berlin bislang nicht entdeckt werden. Erst beim weiteren Sichten der gelinde gesagt erzkonservativ und sehr stahlhelmnah ausgerichteten “Prenzlauer Zeitung” jener Tage stieß der Autor auf eine weitere Spur, welche die Ortsgruppe Prenzlau in der Öff-

<sup>100</sup> Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (künftig GStA PK), I. HA Rep 84a, Justizministerium, Nr. 52250, Bericht Oberstaatsanwalt Prenzlau vom 2.4.1928.

fentlichkeit hinterließ. Es handelt sich um die zweite öffentliche Veranstaltung der Ortsgruppe Prenzlau. Sie fand am Dienstag, dem 27. März 1928 in den damaligen Hindenburghallen in Prenzlau statt.<sup>101</sup> Hier nun sprach jener von Repfennig erwähnte "Pg. Studentkowski". Kurz nach dem Tumult vom 16. Februar führte die Prenzlauer Nazi-Ortsgruppe allerdings am 23. Februar 1928 eine interne Mitgliederversammlung in den Räumen von I. P. Lang in der Scharrnstraße durch.<sup>102</sup>

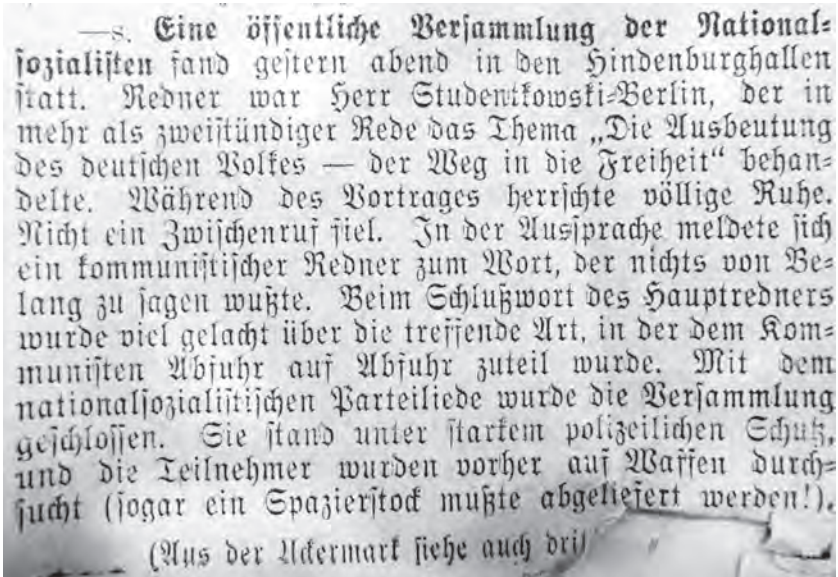


Abb. 22: Bericht von der zweiten Veranstaltung der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau

Die Diktion des Berichtes von der öffentlichen Veranstaltung vom 27. März macht die ideologische Ausrichtung der "Prenzlauer Zeitung" noch einmal deutlich. Die Formulierungen hätten auch aus den Reihen der NSDAP selbst stammen können. Bedauerlich ist, dass in jenem Bericht nur der auftretende Hauptredner, nicht aber der zuständige Ortsgruppenleiter erwähnt ist. Aber noch einige Bemerkungen zu diesem Studentkowski-Auftritt. Er fand im Rahmen einer (diesmal auf Grund der Erfahrungen mit den Ak-

<sup>101</sup> Prenzlauer Zeitung, 28.3.1928.

<sup>102</sup> Der Angriff, 20.2.1928.



tionen der relativ starken KPD in und um Prenzlau) von der Polizei (und wohl auch SA) gesicherten Veranstaltung statt. Auf eine erneut aktive Mitwirkung der “Parteigenossen” bzw. SA-Leute aus Pasewalk bzw. dem Gau Pommern gibt es bei dieser zweiten öffentlichen Veranstaltung der Prenzlauer Ortsgruppe keine Hinweise. Im Gegenteil. Der Auftritt und die Vita jenes hier erwähnte Referenten Studentkowski<sup>103</sup> macht zugleich auch den wachsenden Einfluss und die zunehmende Aktivität des im November 1926 an die Spitze des damaligen NSDAP-Gaues Groß Berlin (ab 1927 Berlin-Brandenburg) berufenen und zu diesem Zeitpunkt noch wenig bekannten Dr. Josef Goebbels deutlich. Mit Studentkowskis Auftritt in Prenzlau war hier also am 27. März 1928 erstmals ein Gaupropaganda-Redner des NSDAP-Gaues Berlin-Brandenburg aktiv. Offensichtlich wuchs die Unterstützung, welche die Ortsgruppe Prenzlau aus Berlin erhielt, von diesem Zeitpunkt stetig an.

Und wie wir bereits gesehen haben, wuchs zugleich auch der Druck seitens des Gaues Berlin-Brandenburg, die pommerschen Exklaven auf seinem Territorium zu übernehmen. Bis hin zu jener erwähnten “Führertagung” am 1. September 1928, welche der “Doppelherrschaft” in Gau und Landkreis auch formal ein Ende bereitete.

### **Das angebliche Verbot des NSDAP-Gaues Berlin-Brandenburg vom 6. Mai 1927 bis zum 31. März 1928 und sein tatsächlicher Geltungsbereich**

Im vorherigen Abschnitt wurden u.a. die Aktivitäten der jungen NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau geschildert. Prenzlau als Verwaltungssitz des damaligen Kreises gehörte territorial zur preußischen Provinz Brandenburg. Die dortige NSDAP-Ortsgruppe selbst gehörte, unabhängig der zeitweiligen aktiven Unterstützung durch NSDAP und SA aus dem pommerschen Pasewalk, von Anfang an zum damaligen NSDAP-Gau Berlin-Brandenburg.

---

<sup>103</sup> Studentkowski (1903–1951) wurde als Sohn deutscher Eltern in Kiew geboren. Er studierte Jura und Volkswirtschaft an der Universität Leipzig und gelangte über seine Mitgliedschaft im NS-Studentenbund 1925 in die NSDAP. Im Herbst 1926 lernte er den neuen NSDAP-Gauleiter des damaligen Gaues Groß Berlin, Dr. Joseph Goebbels kennen. Dieser beauftragte ihn 1927 damit, die NSDAP-Propaganda in der Provinz Brandenburg zu organisieren. Studentkowski war 1927 bis 1928 NSDAP-Gauredner, danach avancierte er zum Reichsredner. Vgl. [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de), Studentkowski, Werner, Stand 19.12.2015.

In Kenntnis dieser Umstände wurde der Autor durch ihm wiederholt be-  
gegnende Darstellungen, wonach der NSDAP-Gau Berlin-Brandenburg,  
damit auch jede NSDAP-Ortsgruppe und NSDAP-Gliederung im Be-  
reich des Gaues, im Zeitraum vom 6. Mai 1927 bis zum 31. März 1928  
verboten war, außerordentlich irritiert. Diese Behauptungen finden sich  
bislang auch weiterhin in einigen Darstellungen im World Wide Web. So  
bedauerlicher Weise im Online-Geschichtsportal “Chroniknet.de” (Stand  
5.12.2016) oder auch im Rahmen eines Abrisses über die Geschichte der  
Berliner Polizei auf dem offiziellen “Hauptstadt-Portal” unter [www.berlin.de/polizei/verschiedenes/historie](http://www.berlin.de/polizei/verschiedenes/historie) (Stand 5.12.2016). Derartige, unrichtige  
Feststellungen beschränken sich jedoch keineswegs auf Internet-Pub-  
likationen. Auch in zahlreichen gedruckten Darstellungen wurde dieser  
Fehler kritiklos übernommen. Dazu gehört auch ein Aufsatz im Rahmen  
des im Münchner Siedler-Verlag erschienenen Sachbuches “Berlin 1933 –  
1945”.<sup>104</sup>

Der Autor ging der Frage nach, worauf die Behauptungen zum Gel-  
tungsbereich des Verbotes der NSDAP vom 6. Mai 1927 eigentlich  
beruhen. Hier erhielt er tatkräftige Unterstützung durch Herrn Oliver  
Schweinoch vom Bereich Lebendiges Museum Online / Kommunikati-  
on der Stiftung Deutsches Historisches Museum in Berlin. Dieser ver-  
wies u.a. auf die „Vossische Zeitung“ vom 6. Mai 1927. In der Morgen-  
ausgabe dieser Zeitung sind auf der Titelseite unter der Überschrift: “*Der  
Polizeipräsident verbietet die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin –  
Brandenburg*” eine Verbotungsverfügung des damaligen Berliner Polizeiprä-  
sidenten Karl Friedrich Zörgiebel und ein redaktioneller Bericht dazu  
veröffentlicht. Hier heißt es u.a., dass auf Grund von Verstößen gegen  
verschiedene Strafgesetze “ [...] *der Gau Berlin-Brandenburg der Natio-  
nalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit ihren Unterorganisations-  
en, Sportabteilung “Schutzstaffel”, Nationalsozialistischer Freiheitsbund,  
Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund Ortsgruppe Berlin und  
Deutsche Arbeiterjugend Berlin (“Hitlerjugend”)* [ab sofort durch den Po-  
lizeipräsidenten, K. H.] *aufgelöst*“ wurden. Die Redaktion trug dann zur  
Aufhellung der Verbotshintergründe bei, dass dem Handeln Zörgiebels  
zahlreiche Aufrufe zu Gewalttaten in Versammlungen der Partei in Ber-

---

<sup>104</sup> Oliver Reschke / Michael Wildt: Aufstieg der NSDAP in Berlin. In: Michael Wildt / Christoph  
Kreutzmüller (Hgg.): Berlin 1933 – 1945, München 2013, S. 23.

lin und entsprechende Ausschreitungen sowie zu Gewalt aufrufende, staatsblendende Publikationen Goebbels zu Grunde liegen.

Nr. 212  
A 108

Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 6. Mai 1927

V

Politische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Politische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendsblatt fünfmal wöchentlich. Für Abonnenten von hier und auswärts. Tages- und Wochenpreise. Einzelhefte 15 Pfennig. Abonnement für ein Jahr 180 Pfennig. Auslandsendung 200 Pfennig. Postamt Berlin 10. Verleger: Dr. Otto von Guericke, Berlin, Unter den Eichen 10.

Werbepreise: 1. Mark. Anzeigen für Berlin und Umkreis mit eigener Zustellung. Bei Anzeigen ohne Angabe werden die üblichen Preise für den Platz in der Zeitung angesetzt. Bei Anzeigen für den Auslandsendung werden die üblichen Preise für den Platz in der Zeitung angesetzt. Bei Anzeigen für den Auslandsendung werden die üblichen Preise für den Platz in der Zeitung angesetzt.

Verlag: Dr. Otto von Guericke, Berlin, Unter den Eichen 10. Druck: Dr. Otto von Guericke, Berlin, Unter den Eichen 10.

Berlin und Schriftleitung: Berlin SW 68, Rohlfstraße 22-26

Postamt Berlin 10. Verleger: Dr. Otto von Guericke, Berlin, Unter den Eichen 10. Druck: Dr. Otto von Guericke, Berlin, Unter den Eichen 10.

# Der Polizeipräsident verbietet

## Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg

Der Polizeipräsident hat mit „Auf Grund des Verdicts 124 der Reichsverfassung, des § 2 des Gesetzes vom 28. 11. 23 und der Bestimmungen der Verordnungen vom 28. 11. 23 und der Bestimmungen der Verordnungen vom 28. 11. 23 die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg verboten. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten.

Der Verzicht auf ihre Interessen in Berlin ist ein Verzicht auf ihre Interessen in Berlin. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten.

# Genug!

von  
Klaus Müller v. Reuber

„Es geht nicht an, dass die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg verboten wird. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten.“

Die Verordnungen des Reichspräsidenten über die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg sind nichtig. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Berlin-Brandenburg ist als politische Partei verboten.

# Der Innenminister gegen politisches Rotodrytum

## Die Aufgabe der Polizei

von  
Hilbert Meißner

Der Minister des Innern hat die Aufgabe der Polizei definiert. Die Aufgabe der Polizei ist es, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Die Aufgabe der Polizei ist es, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Die Aufgabe der Polizei ist es, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Die Aufgabe der Polizei ist es, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Die Aufgabe der Polizei ist es, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Die Aufgabe der Polizei ist es, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Die Aufgabe der Polizei ist es, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Abb. 23: Bericht über das NSDAP-Verbot aus „Vossische Zeitung“ vom 6. Mai 1927

Unmittelbare Auslöser dieses Zörgiebel-Verbotes waren dabei Tumulte im Anschluss an den ersten öffentlichen Auftritt Adolf Hitlers in Berlin am

1. Mai 1927 im damaligen Vergnügungsort „Clou“ und ganz besonders Ausschreitungen im Rahmen eines Goebbels-Auftritts am 4. Mai 1927 in dessen Verlauf u.a. auch ein dort opponierender evangelischer Pfarrer Namens Stucke misshandelt wurde.<sup>105</sup> Die offizielle Begründung dieser Verbotsverfügung des Berliner Polizeipräsidenten findet sich dann u.a. in der Abendausgabe des Blattes „Vossische Zeitung“ vom 6. Mai 1927. Auch hier wird ausschließlich auf ca. 30, durch die NSDAP im Zeitraum seit Oktober 1926 ausgelöste schwere Ausschreitungen bzw. Vorfälle, sämtlich in „Groß Berlin“, abgestellt.

Es muss hierzu folgendes festgestellt werden: Die zugrunde liegenden Vorfälle ereigneten sich ausschließlich auf dem Territorium Berlins. Das Verbot wurde durch den Stellvertretenden Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Weiß initiiert und durch Polizeipräsident Karl-Friedrich Zörgiebel verhängt. Weiß und Zörgiebel aber waren nur für das Territorium Berlins weisungsberechtigt. Das für den Gau Berlin-Brandenburg durch Zörgiebel verfügte Verbot konnte gar nicht wirksam sein. Dies hätte allein durch zusätzliche Verfügungen in den Regierungsbezirken Potsdam bzw. Frankfurt/Oder bzw. einem entsprechenden Handeln des preußischen Innenministers bewirkt werden können. Nichts davon ist dem Autor bei seinen Recherchen bekannt geworden.<sup>106</sup>

Was sich diesbezüglich finden lässt, das ist ein Artikel des damaligen preußischen Innenministers Albert Grzesinski (SPD), der ebenfalls in der „Vossische Zeitung“ – Ausgabe vom 6. Mai 1927 veröffentlicht ist. Unter dem Titel: „*Der Innenminister gegen Rowdytum*“ sprach Grzesinski im Zusammenhang mit den NSDAP-Übergriffen in Berlin lediglich davon, dass es von den noch laufenden polizeilichen Ermittlungen abhinge, ob weitere Schritte gegen die NSDAP unternommen würden.<sup>107</sup> Diese aber wurden nie unternommen! Somit konnte das durch den Polizeipräsidenten Berlins ausgesprochene Verbot der NSDAP juristisch lediglich für das Territorium von „Groß Berlin“ wirksam sein.

---

<sup>105</sup> Martin Broszat: Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, IFZ München, Jg. 8 (1960) H. 1, S. 90.

<sup>106</sup> Zentrales Archiv u.a. für Dokumente der damaligen preußischen Staatsregierung ist das Geheime Staatsarchiv der Stiftung Preussischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem. Auch Herrn Dr. Ulrich Kober von jenem Geheimen Staatsarchiv sind auf Anfrage des Autors keine entsprechenden Anordnungen bzw. Verfügungen des preußischen Staatsministeriums des Inneren bekannt.

<sup>107</sup> Vossische Zeitung, 6.5.1927, Morgenausgabe.

Auch die normative Kraft des Faktischen spricht hier eine klare Sprache. Die zweite öffentliche Veranstaltung der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe fand am 27. März 1928, noch vier Tage vor dem Ende des angeblichen Verbots der NSDAP im Gau Berlin-Brandenburg, statt. Und dies sogar unter dem Schutz der Polizei. Würde die Polizei tatsächlich die Veranstaltung einer verbotenen Organisation schützen? Das schien dem Autor von Anfang an mehr als ungläubhaft. Und wenn wir uns erinnern: Bereits am 10. Juli 1927 fand im zum Altkreis Prenzlau und damit ebenfalls zur Provinz Brandenburg gehörigen Strasburg (Um.) die erste Versammlung der NSDAP statt. Auch wenn sie wesentlich von der Pasewalker NSDAP getragen und organisiert war, so war es doch eine öffentliche Veranstaltung. Weitere nachweisbare Fakten sprechen ebenfalls gegen ein Verbot des gesamten NSDAP-Gaues Berlin-Brandenburg. So trat die NSDAP zwar auf dem Territorium Berlins in der Zeit des Verbotes, also vom 6. Mai 1927 bis zum 31. März 1928, öffentlich nicht mehr als "NSDAP-Ortsgruppe" bzw. "Sektion der NSDAP" in Erscheinung, sondern getarnt als "Wahlverein der NSDAP". Auf dem Territorium der Provinz Brandenburg hingegen war sie nicht nur weiterhin sondern gar zunehmend aktiv. Diese zunehmende Aktivität ist unmittelbar auch durchaus Ergebnis des Verbotes der NSDAP in Berlin. Es fand eine Verlagerung der Aktivitäten verbunden mit einer Expansion und einem "Ideologie-Export" statt. Ähnliches war ja bereits im Zusammenhang mit dem zeitweisen Verbot der NSDAP in Pasewalk festzustellen.

An konkreten Expansionsergebnissen in jener „Verbotszeit“ seien hier nur stellvertretend die Gründungen der NSDAP-Ortsgruppen in Cottbus, Wittenberge und Bad Freienwalde („Der Angriff“, 12.9.1927), in Kyritz/Prignitz, Seefeld/Falkensee, Teltow und Rathenow („Der Angriff“, 26.9.1927), die Gründungen der NSDAP-Ortsgruppen Fürstenwalde (Spree), Müncheberg und Rathenow /Havel („Der Angriff“, 17.10.1927), die Gründungen der NSDAP-Ortsgruppen Finsterwalde, Doberlug-Kirchhain und Guben („Der Angriff“, 31.10.1927), die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Templin im Oktober 1927,<sup>108</sup> die Gründungen der NSDAP-Ortsgruppen in Roskow („Der Angriff“, 28.11.1927), in Spremberg („Der Angriff“ 26.12.1927) und schließlich in Barge/Osthavelland („Der Angriff“, 2.1.1928) aufgezählt.

---

<sup>108</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 37.

Die Expansion der NSDAP auf dem Territorium der Provinz Brandenburg war in der Zeit jenes Parteiverbotes sogar so erfolgreich, dass die Notwendigkeit der Schaffung zusätzlicher Führungsstrukturen entstand. So wurden erstmals im Bereich des Gau Berlin-Brandenburg NSDAP-Bezirke gebildet. Die Goebbels-Postille "Der Angriff" berichtet bereits am 26. September 1927 von der Existenz des Bezirkes Havelland-Ruppiner-Ostprignitz. Am 14. November 1927 dann, ebenfalls während der "Verbotszeit", berichtet "Der Angriff" von der Schaffung der NSDAP-Bezirke Lausitz und Niederbarnim-Ruppiner. Zu diesem Bezirk gehörte dann auch die NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau. Erster Leiter des NSDAP-Bezirks Niederbarnim-Ruppiner wurde der damals vorübergehend in Bad Freienwalde ansässige "Pg" Gustav Staebe.

Ein tatsächlich für den Gau Berlin-Brandenburg gültiges Verbot der NSDAP hätte die gezeigte Entwicklung unmöglich gemacht. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass im Zuge der Bildung des NSDAP-Gaues Ostmark im Januar 1928 die NSDAP-Strukturen in den Territorialkreisen Templin, Angermünde und Prenzlau aus dem Verband des Gaues Berlin-Brandenburg herausgelöst und dem neu gebildeten Gau Ostmark mit Gauleiter Wilhelm Kube kurzzeitig zugeordnet waren.<sup>109</sup> Der Autor fand entsprechende Hinweise auf die kurzzeitige Zugehörigkeit der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau zum Gau Ostmark auch in Veranstaltungankündigungen der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe.<sup>110</sup> Bereits vor Ende März 1928 war die Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe aber wieder dem Gau Berlin-Brandenburg zugeordnet. Auch dies ist den Veranstaltungshinweisen in "Der Angriff" zu entnehmen. Das Geschehen steht nicht im Zusammenhang mit dem parallel in Berlin bestehenden Verbot der dort ansässigen NSDAP-Strukturen, es überlappt lediglich teilweise vom Zeitraum her. Darüber hinaus währte dieses Kuriosum offenbar nur insgesamt ca. acht Wochen. Seine genaueren Hintergründe sind noch nicht vollends aufgeklärt.

---

<sup>109</sup> BAArch Berlin, NS 22/1064, Schreiben Wilhelm Kube an die NSDAP-Organisationsabteilung vom 20.1.1928.

<sup>110</sup> Vgl. Der Angriff vom 20. und 27.2. sowie vom 2.3.1928.

Reichstag

Abgeordneter

K u b e

Tagebuch No. 1893/28

Berlin DDD 7, den 20. Januar 1928

Telefon (Zentrum) 8172-2200  
8172-2217  
8172-2214

Berlin W.57, Bismarckstr. 106. I.

An Sie

Parteileitung der Nationalsozialistischen

Deutschen Arbeiterpartei,

Organisationsabteilung,

M ü n c h e n XIII.

=====  
Schellingstr. 50.

71. JAN. 1928  
Eink.

Sehr geehrter Herr Strasser!

Auf Vorschlag des Gauleiters für Berlin-Brandenburg-Grenzmark, des Parteigenossen Dr. Goebbels, sind die Grenzen des neuen Ostmark wie folgt festgelegt:

Zum Gau Ostmark gehören:

- a) aus dem Regierungsbezirk Schneidemühl die Kreise Schlochau, Flatow, Deutsch-Krone, Schwerin a.d. Warthe, Meseritz, Bomst, Fraustadt, Schneidemühl und Netzekreis.
- b) aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a./Oder: die Kreise Königsberg (Neumark), Soldin, Arnswalde, Friedberg, Stadtkreis Landsberg a.d. Warthe, Landkreis Landsberg a.d. Lebus, Stadtkreis West-Sternberg, Ost-Sternberg, Züllichau, Schwiebus.
- c) aus dem Regierungsbezirk Potsdam I (gleichzeitig Wahlkreis Potsdam I) die Kreise: Templin, Prenzlau und Angermünde.

Infolge guter Beziehungen zu dem Pg. Schmaltz in Kottbus hat Pg. Dr. Goebbels die gesamte Niederlausitz bei seinem bisherigen Gau Brandenburg behalten. Es handelt sich um die Kreise Krossen, Stadtkreis Guben, Landkreis Guben, Lübben, Luckau, Kalau, Stadtkreis Kottbus, Landkreis Kottbus, Stadtkreis Forst, Sorau, Spremberg. Diese Kreise umfassen eine Bevölkerung von 604 000 Personen sodass meinen Gau aus dem eigentlichen Wahlbezirk Frankfurt a./Oder-Grenzmark 956 000 und aus Potsdam I 174 000 Menschen verbleiben. Vertrauensmänner und Gruppen sind in dem neuen Gau etwa zwanzig vorhanden, die eine finanzielle Leistungsfähigkeit dem Gau gegenüber von monatlich 50 bis 60,- M darstellen.

Mit deutschem Gruß

Ihr sehr ergebener

Gauleiter und M.d.R.

Abb. 24: Brief Wilhelm Kubes über die Neueinteilung der Gauzugehörigkeiten

Ein am 22. August 1927 in “Der Angriff” erschie­nener Bericht über die Reise von getarnten Berliner SA-Angehörigen zum Reichsparteitag der NSDAP unter dem Titel: *“Trotz Verbot nicht tot. Mit Brandenburgs SA nach Nürnberg”* rundet das diesbezügliche Bild weiter ab. Schon in der Einleitung heißt es: *“Herr ‘Bernhard’ Weiß<sup>11</sup> [damals Berlins stellvertretender Polizeipräsident] hat die Berliner Organisation der NSDAP verboten. [...] Irgendwo in der Mark eine Haltestelle. Die Brandenburger SA, dem Berliner Polizeiterror nicht unterworfen, hat sich hier versammelt und steigt ein. [...]”*. Auch aus dieser in der Goebbels-Postille veröffentlichten Textpassage lässt sich die Begrenzung des Geltungsbereichs des NSDAP-Verbots auf Berlin herauslesen. Noch einmal ganz klar wird dies durch einen in “Der Angriff” vom 9. April 1928 veröffentlichten Aufruf von Dr. Joseph Goebbels, dem damaligen Gauleiter des Gaues Berlin-Brandenburg. Hier heißt es: *“Am 31. März 1928 wurde das Verbot unserer Berliner Organisation aufgehoben. Die Ortsgruppe Berlin der NSDAP<sup>12</sup> bildet sich damit neu. Am Freitag, den 13. April 1928 findet die öffentliche Gründungskundgebung statt [...]”*. Schließlich spricht auch eine Passage in der 1934 erschienenen Jubelschrift der Hitlerpartei “Kurmark – Geschichte eines Gaues” eine diesbezüglich klare Sprache: *“Nach wenigen Monaten heftigsten politischen Großgrabenkampfes der NSDAP in Berlin [gemeint hat der Autor jener Schrift die Zeit seit der Übernahme der Gauleitung durch Dr. Joseph Goebbels am 9. November 1926, K. H.] glaubte das jüdische Regierungssystem, seinen Angreifer durch ein Verbot loswerden zu können – und verbot die NSDAP in Berlin. Um so mehr konzentrierte sich daraufhin der politische Angriff auf die Provinz.”<sup>13</sup>* Und in welcher geschickter Weise diese Expansion der NSDAP in die Provinz Brandenburg unter Bedingungen ihrer vorübergehenden Illegalität in Berlin seitens Goebbels organisiert war, dies schildert der Autor jener Schrift an einem an die Vorgänge im Zusammenhang mit der Gründung der Ortsgruppe in Prenzlau erinnernden Beispiel gleich im Anschluss. Allerdings vergaß er hier, dass die NSDAP-Kreisorganisationen erst zum 1. Januar 1930 gebildet wurden. So heißt es bei ihm: *“Unser heutiger Kreis-*

<sup>111</sup> Auf Grund der jüdischen Religionszugehörigkeit von Bernhard Weiß startete Dr. Goebbels nach dem Verbot der NSDAP in Berlin eine zügellose, antisemitische Hetze, die so genannte “Isidor-Kampagne”.

<sup>112</sup> Nach Bildung des Gaues Berlin-Brandenburg stufte Dr. Goebbels die Berliner Organisation zur Ortsgruppe herunter, in den Stadtbezirken gab es Sektionen statt der Ortsgruppen.

<sup>113</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 33.



*leiter im Oberhavelland, Pg. Grüneberg, war damals [zur Zeit des NSDAP-Verbots in Berlin, K. H.] Sektionsleiter der NSDAP in Spandau. Von Spandau aus bearbeitete er die Kreise Ost- und Westhavelland, Ruppin, Ost- und Westprignitz. [...] Im Kreise Osthavelland wurde ein Dorf nach dem anderen bearbeitet. Bestehende Gruppen wurden ausgebaut, neue Ortsgruppen gegründet. [...]*<sup>114</sup>

Auch die NSDAP-Gauleitung funktionierte und fungierte trotz des Verbotes der NSDAP am Sitz der Gauleitung in Berlin weiter. Zur Erleichterung des damaligen Wirkens in der Provinz Brandenburg wurde in jenen Monaten offenbar vorübergehend bereits eine regelrechte "Gauleitung Brandenburg" installiert, lange vor der tatsächlichen Bildung des NSDAP-Gaues Brandenburg zum 1. Oktober 1928. Der Autor fand Hinweise, wonach die "Geschäftsstelle des Gau Brandenburg" Mitte September 1927 von Potsdam nach Glienicke an der Nordbahn, in die dortige Veltheimer Straße 5 verlegt worden war. Hier war der „Pg“ Friedrich Römer der Anlaufpunkt.<sup>115</sup>

Es sollte spätestens jetzt klar sein, dass dieses Verbot der NSDAP sich, auch wenn die Zörgiebel-Verfügung anderes besagt, ausschließlich auf das Gebiet der Stadt Berlin beschränkt hat.

Dies Beispiel aber lehrt, dass gründliche Recherche stets für Jeden, der sich mit historischen Fragen befasst, unerlässlich ist. Rasch werden vermeintlich sichere Fakten als tatsächlich wahr hingenommen. Allzu rasch werden diese ohne Hinterfragung übernommen und weiter verbreitet. Diese Gefahr ist umso größer, je mehr überwiegend oder gar ausschließlich auf Sekundärliteratur zurückgegriffen wird. Hätte sich der Autor nicht bereits ohne Kenntnis der Mär vom Verbotsbereich "Gau Berlin-Brandenburg" intensiv mit der lokalen Entwicklung der NSDAP in Strasburg (Um.), Brietzig und vor allem Prenzlau befasst, dann wäre er womöglich in arge Konflikte geraten. Oder schlimmer noch: Er hätte gar nicht erst hinterfragt.

---

<sup>114</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 33.

<sup>115</sup> Der Angriff, 19.9.1927.

## Anmerkungen zur sozialen Herkunft der ersten lokalen NSDAP-Akteure

Wie bereits berichtet, waren als erste lokale NSDAP-Akteure in Strasburg Fritz Pagels als Ortsgruppenleiter, Ernst Schwuchow als Geschäftsführer und ein Erich Pröfrock als formaler SA-Führer in Erscheinung getreten. Welchen Berufen gingen sie nach? Fritz Pagels war Uhrmacher, gehörte somit zum Handwerk. Ernst Schwuchow als Schornsteinfeger wäre heute im Bereich der Dienstleistungen anzusiedeln und Erich Pröfrock ist im Adressbuch der Stadt Strasburg als Schneidermeister verzeichnet, gehört damit auch in den heutigen Bereich der Dienstleistungen. In Prenzlau ist als erster Hauptakteur Kurt Diedrich, ein Bücherrevisor, quasi Buchprüfer, zu nennen. Damit fiel seine Profession in den kaufmännischen Bereich, ggf. in den heutigen der wirtschaftsnahen Dienstleistungen. Der erst ab 1928 die Prenzlauer Bühne betretende Martin Jaene war als Studienrat Lehrer und in dem Sinn akademisch gebildet. Der zunächst unmittelbar führende Vertreter der hier überall agierenden Pasewalker NSDAP-Ortsgruppe, Dr. Repfennig, war promovierter Zahnarzt und somit Mediziner und Akademiker zugleich. In der Quintessenz haben wir es hier also bei den ersten Akteuren der “Nationalsozialistischen Deutschen *Arbeiterpartei*” mit Handwerkern, Dienstleistern und Akademikern zu tun. Nur “Arbeiter” – die sucht man unter den hier lokal agierenden frühen Nazis vergeblich! Dies war denn auch einer der Gründe, warum die erhoffte Massenwirkung der NSDAP zunächst nicht den Vorstellungen ihrer Granden um Hitler sowie denen ihrer potenziellen Förderer entsprach. Bei der ja bereits seit 1923 bestehenden NSDAP-Ortsgruppe in Pasewalk wurden diesbezüglich relativ rasch, schon im Sommer 1926, Konsequenzen gezogen. Im bereits erwähnten Werk des ersten Pasewalker Ortsgruppenleiters Repfennig heißt es denn dazu auch: *“Bei den gebildeten Schichten werden wir als Arbeiterpartei über die Achsel angesehen. Zu uns zu gehören, rechnet man nicht zum guten Ton. Schön, dann versuchen wir es eben mal andersrum. Wenn wir einen Schlosser als Ortsgruppenleiter haben, gewinnt die Arbeiterschaft vielleicht mehr Vertrauen, dass sie eher zu uns kommt ...”*<sup>116</sup> So wurde denn auch der bisherige Repfennig-Stellvertreter Waßmundt, tatsächlich Schlosser von Beruf, im Juli 1926 formal Pasewalker Ortsgruppen-

---

<sup>116</sup> Repfennig: Zehn Jahre (wie Anm. 14), S. 74.

leiter<sup>117</sup> und sollte eine größere lokale Außenwirkung erzielen. Repfennig dagegen blieb „Stellvertreter“ des Ortsgruppenleiters und übernahm zugleich die neu geschaffene Funktion des Bezirksleiters für Mittelpommern. Dieser Weg der Installation von „Arbeiteraushängeschildern“ an der Spitze lokaler NSDAP-Gliederungen war natürlich nur dort Erfolg versprechend, wo es eine quantitativ entsprechend umfangreiche Arbeiterschaft überhaupt gab. Für den Altkreis Prenzlau hätte dieses ohnehin nur vor 1933 für die Nazis überlegenswerte Vorgehen allenfalls für die größeren Städte Prenzlau und Strasburg gegolten. Nach den uns bekannten Tatsachen wurde dies dort jedoch nicht so gehalten.

Auch in der Zusammensetzung der frühen NSDAP im Kreis Prenzlau generell waren Arbeiter, zumindest die „klassischen“ Industriearbeiter, eher Exoten. Wenn sie häufiger auftraten, dann in Gestalt von Landarbeitern. Die damalige Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums, also die politische Polizei, befasste sich tatsächlich auch mit derartigen Analysen. Dabei unterschied sie klar zwischen den städtischen Ortsgruppen und denen auf dem Lande. Für die NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau erhob der Außendienst jener Polizeiabteilung I A für 1930 eine überwiegende soziale Zusammensetzung aus Handwerkern, Handwerkslehrlingen, kaufmännischen Angestellten und Bankbeamten im Alter von 30 bis 54 Jahren, teils darüber. Bei den NSDAP-Ortsgruppen im ländlichen Gebiet des Altkreises zeigte sich nach dieser Analyse ein anderes Bild. Hier überwogen Landwirte, Jungbauern, Landarbeiter und landwirtschaftliche Angestellte im Alter von 28 bis häufig 45 Jahren, aber auch darüber.

Selbst die soziale Zusammensetzung der Prenzlauer SA war für jene Schnüffler von der Abteilung I A von Interesse. Ebenfalls für das Jahr 1930 wurden hier Jungbauern, kaufmännische Angestellte, Banklehrlinge, Handwerker, Handwerkslehrlinge und Arbeiter als Berufe der meisten SA-Männer ermittelt. Das Gros der Prenzlauer SA-Angehörigen bewegte sich nach diesem Bericht in einem Alter von 16 bis 36 Jahren.<sup>118</sup> Im Abschnitt wo es um einen Erklärungsversuch der überdurchschnittlich guten Wahlergebnisse der NSDAP im Kreis Prenzlau in den Jahren 1930 und 1932 geht, werden diese sozialen Gruppen dann ebenfalls von Bedeutung sein.

---

<sup>117</sup> Repfennig: Zehn Jahre (wie Anm. 14), S. 78.

<sup>118</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1100, Blatt 309–311.

## **II. Teil: Die Krise der NSDAP im Juli 1930 und Prenzlau linke Nazis – von der Bildung und Entwicklung der Kampfgruppe Revolutionärer Nationalsozialisten (KGRNS) in Prenzlau und dem Aufstieg der NSDAP (1928 – 1933)**

### **Vorbemerkung**

Nachfolgend geht es um eine Gruppierung, die ursprünglich Teil des linken Flügels der NSDAP war, dann aber auf Betreiben Hitlers heraus gedrängt wurde und sich verselbstständigte. Diese Männer und Frauen um Otto Straßer hingen teils kruden antikapitalistisch-sozialrevolutionären Ideen an, sie verstanden sich als Nationale Sozialisten – mit zumindest gleichwertiger Bedeutung des sozialistischen Gedankens. Sie wurden mit dem Moment ihrer Abspaltung von der NSDAP auch physisch verfolgt, gejagt, verleumdet und geschlagen. Ihnen kann die Schöpfung des Terminus „Hitler-Faschisten“ mindestens mit zugerechnet werden, ihre Jugendorganisation rief schon ab 1930 zum „antifaschistischen Kampf“ auf. Nicht wenige von ihnen traten ab Herbst 1930 wiederum aus dem späteren Sammelbecken der national und sozialistisch orientierten Hitlergegner um Otto Straßer, der „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ (KGRNS) wieder aus und zur KPD über. Mit Hitlers Machterlangung mussten auch die führenden „Nationalen Sozialisten“ um Otto Straßer emigrieren. Die in Deutschland verbliebenen Anhänger gelangten in das Visier von Gestapo und SD. Dennoch bezeichneten und fühlten sie sich weiter hin als „Nationale Sozialisten“. Insofern sollte über manch vielleicht leichtfertig geäußertes „Einmal Nazi – immer Nazi“ im Sinne einer eventuell an dieser Stelle gebotenen Differenzierung nachgedacht werden. In Prenzlau befand sich zumindest eingangs dieser Abspaltung das Zentrum jener Gruppierung in der Provinz Brandenburg!

### **Vorgeschichte der NSDAP-Abspaltung**

Im Laufe der Wochen und Monate nach den ersten öffentlichen Veranstaltungen der Prenzlauer NSDAP im Februar und März 1928 nahmen die krisenhaften Entwicklungen in allen Bereichen der Gesellschaft der

Weimarer Republik zu. Die „Weltwirtschaftskrise“ stand vor der Tür und schickte sich an, immer hörbarer anzuklopfen. Die in Deutschland generell zunehmende Anzahl von Konkursen erlebte im Spätsommer 1929 mit dem Zusammenbruch der Frankfurter Versicherungsgesellschaft ihren vorläufigen Höhepunkt. Am 24. Oktober 1929 brach dann die große Wirtschaftskrise mit dem New Yorker Börsenkrach zunächst in den USA voll auf.<sup>119</sup> Auch in der Provinz Brandenburg stieg laut Bericht der Brandenburger Handelskammer zur Wirtschaftslage die Zahl der in Konkurs gegangenen Betriebe 1929 gegenüber 1928 auf nochmals das Doppelte an. Besonders betroffen war die Metallindustrie. Insgesamt sank die Zahl der Beschäftigten in der Provinz Brandenburg im Laufe der Jahre 1925 bis 1933 unter den Stand von 1907. Noch 1933 bewegte sich das Beschäftigungsniveau in Brandenburg bei lediglich 75 Prozent des Standes von 1925. Hinzu kam, dass sich für alle noch Beschäftigten die Entlohnung verschlechterte, was auch in Prenzlau zu einer Zuspitzung der ökonomisch-sozialen Situation führte.<sup>120</sup>

Zusammenstöße zwischen Mitgliedern der KPD, der NSDAP, des Stahlhelm, des Reichsbanners oder der SA und des Rotfrontkämpferbundes waren an der Tagesordnung. Konfrontationen der Polizei mit hoffnungslosen Erwerbslosen kamen hinzu. Besonders in der Stadt Prenzlau spitzte sich die Lage bereits 1928 so zu, dass am 23. Februar alle Versammlungen und Umzüge verboten wurden. Dieses Verbot galt bis zum 4. März 1928.<sup>121</sup>

Allein die geschilderten Rahmenbedingungen bescherten u.a. der NSDAP deutlichen Zulauf. Schon im Abschnitt „Streiflichter zur organisatorischen Ausgangslage der NSDAP ...“ wurde das quantitative Wachstum der NSDAP in der Provinz Brandenburg angesprochen.

Im gleichen Zeitraum, also etwa zwischen 1925 und 1928 vollzogen sich jedoch auch innerhalb der damaligen Führung der NSDAP deutliche Wandlungen. Da diese für die weitere Entwicklung, gerade in Kreis und vor allem Stadt Prenzlau noch eine gewichtige Rolle spielen sollten, sei in Kürze hier darauf eingegangen.

---

<sup>119</sup> Martin Vogt: Die Weimarer Republik (1918–1933) in: Deutsche Geschichte Martin Vogt (Hg.), Stuttgart, 1991, S. 623.

<sup>120</sup> Ingo Materna: Brandenburg als preußische Provinz der Weimarer Republik, in: Ingo Materna / Wolfgang Ribbe (Hgg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 605–606.

<sup>121</sup> GStA PK, I. HA Rep 84a Justizministerium, Nr. 51729, Bericht Oberstaatsanwalt Prenzlau vom 24.3.1928.

Nach seiner Festungshaft im Zuge des Münchner Putschversuchs vom 9. November 1923 bestand für Adolf Hitler in Norddeutschland Redeverbot. Die NSDAP selbst war seit dem 23. November 1923 reichsweit verboten. Um nach Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 unter den Bedingungen des in Norddeutschland für ihn zunächst fortbestehenden Redeverbots die NSDAP auch dort auf- und ausbauen zu können, brauchte Hitler hier einen „Statthalter“. Diesen fand er in Gregor Straßer, der sich auf Hitlers Geheiß bereits in der norddeutschen, zeitweiligen NSDAP-Ersatzorganisation, der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei (DVFP), engagiert hatte. In der Zeit des NSDAP-Verbots hatten jedoch Gregor Straßer und seine norddeutschen Mitstreiter bereits in Teilen eigene Ansätze von innerparteilicher Demokratie, ja sogar Ideologie, entwickelt. Unter dem auf Hitler lastenden Druck des Rede- und Auftrittsverbots konnten sie die Beibehaltung der bisherigen organisatorischen und politischen Selbstständigkeit der norddeutschen NSDAP-Gliederungen sowohl gegenüber ihm als auch der Münchner Parteizentrale durchsetzen.

Diese ideologisch-organisatorischen Spezifika der norddeutschen NSDAP machten sie unter den gegenüber dem damals rückständigen Bayern so unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen in Norddeutschland hier überhaupt erst entwicklungsfähig. Zu dem konnte der Nationalsozialismus Münchner Prägung in den wesentlich industrialisierteren, proletarischeren und auch protestantischeren Gegenden Westdeutschlands, des Ruhrgebiets, Norddeutschlands und solcher Metropolen wie Berlin und Hamburg nicht ohne antikapitalistische und dem Katholizismus abgewandte Parolen auftreten.<sup>122</sup>

Gregor Straßer wurde von Adolf Hitler zum „Organisationsleiter der NSDAP in Norddeutschland“ ernannt. Mit ihm wurde die „Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gaue der NSDAP“ ins Leben gerufen. Ein enger politischer Mitstreiter Gregor Straßers und ideologischer Federführer wurde vorübergehend der damalige Vorsitzende des NSDAP-Gaues Elberfeld im Nordrheinland, Dr. Joseph Goebbels.<sup>123</sup>

Nach seiner Ernennung zum Organisationsleiter der NSDAP in Norddeutschland holte sich Gregor Straßer seinen jüngeren Bruder Otto an

<sup>122</sup> Reinhard Kühnl: Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Straßer-Programm von 1925/26, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte im Auftrag des IFZ München, Nr. 3. 1966, S. 322.

<sup>123</sup> Patrick Moreau: Nationalsozialismus von links. Stuttgart 1985, S. 18–21.

die Seite. Beide stammen aus kleinbürgerlich-nationalistisch geprägten Verhältnissen. Otto Straßer war von Anfang an eine größere Distanz zu Hitler eigen. Von 1919–1920 selbst noch SPD-Mitglied und im Kampf gegen den Kapp-Putsch aktiv, trat er nun 1925 doch der NSDAP bei und wurde an der Seite seines Bruders zunächst so etwas wie ein weiterer führender Ideologe der norddeutschen NSDAP. Es bildete sich, auch noch unter Goebbels' Mitwirkung, ein eigenständiges ideologisches Profil der nord- und westdeutschen NSDAP heraus, die einen antikapitalistischen, sozialrevolutionären Kurs verfolgte.

Im Interesse dieses Kurses und auch um die ideologische Unabhängigkeit der nord- und westdeutschen NSDAP zu wahren, gründeten Gregor und Otto Straßer am 1. März 1926 den „Kampfverlag“. Otto Straßer nahm dabei immer mehr die Rolle des Ideologen ein, fungierte als Chefredakteur zahlreicher, im „Kampfverlag“ erscheinender Zeitungen und Zeitschriften, Gregor Straßer war Herausgeber.

Bereits jetzt, in den Jahren ab 1925/26, begannen sich so ideologische aber auch organisatorisch-taktische Differenzen zwischen der nord- und westdeutschen NSDAP bzw. ihren führenden Vertretern einerseits und der süddeutschen NSDAP bzw. Hitler andererseits zu vertiefen. Im Laufe der Jahre spitzten sich diese auch infolge der damaligen innenpolitischen Entwicklung in Deutschland immer mehr zu, um dann im Juli 1930 einen vorläufigen Höhepunkt zu erreichen.

Bis dahin allerdings wiesen die nord- und westdeutschen NSDAP-Gaue auch im Ergebnis ihres ideologischen Kurses ein Wachstum auf, das dem der unter Hitlers direkter Kontrolle stehenden süddeutschen Gaue mindestens ebenbürtig war. Hinzu kam die nun mit den im „Kampfverlag“ erscheinenden Druckerzeugnissen gegebene Pressemacht. Selbst zahlreiche offizielle Organe von NSDAP-Gauleitungen wie „Der sächsische Beobachter“, „Märkischer Beobachter“, der „Mitteldeutsche Beobachter“ oder die „Berliner Arbeiterzeitung“, um nur einige wenige zu nennen, erschienen im Kampfverlag und transportierten die entsprechende, von der Hitlers immer weiter abweichenden Ideologie. Sie traten in unmittelbare Konkurrenz zum Hitler-hörigen „Franz-Eher-Verlag“.

Hitler selbst hatte bereits reagiert. 1926 gelang es ihm, Dr. Goebbels „umzudrehen“ und von einem führenden Verfechter der norddeutschen anti-kapitalistisch-sozialrevolutionären NSDAP-Ideologie zu einem glühenden

Anhänger, Verehrer und Ideologen seines Parteiflügels zu machen. Damit war die Front der nord- und westdeutschen NSDAP-Gaue ihm gegenüber schon einmal aufgebrochen. Hitler belohnte Dr. Goebbels ab November 1926 mit dem Posten des Gauleiters von Berlin (schon kurz darauf Berlin-Brandenburgs) und dieser machte sich so gleich an den Versuch, die Berliner NSDAP-Gliederungen ideologisch in Hitlers Sinn zu formen. Aus der Sicht Adolf Hitlers und seiner Anhängerschaft war dies auch dringend nötig. Der Historiker Martin Broszat stellte dazu fest: *„Die Berliner Gründung der NSDAP stand wie die meisten anderen 1924/25 entstandenen nationalsozialistischen Ortsgruppen in Norddeutschland organisatorisch und ideologisch unter dem Einfluss der Gebrüder Straßer und ihres prononciert sozialistisch-antibürgerlichen und proletarisch-revolutionären Konzepts, dem sie in ihren, unabhängig vom Münchener Parteiverlag erscheinenden Publikationsorganen Ausdruck gaben. [...]“*<sup>124</sup> So machte Dr. Goebbels die Zeitung „Der Angriff“ zu seinem und damit Hitlers Berliner Sprachrohr. Fortan bekämpfte dann auf der Berliner Bühne das Goebbels-Blatt „Der Angriff“ das Organ des Straßerschen „Kampfverlag“, die „Berliner Arbeiter Zeitung“. Dies nur am Rande, doch auch quasi vor den Toren Prenzlau.

### **Prenzlau NSDAP am Vorabend des Bebens (1928–1930)**

Die Prenzlauer Ortsgruppe hatte hinsichtlich ihrer unmittelbar vorgesetzten Gliederung in kurzer Zeit einige Wandlungen erlebt. Seit 1927 waren innerhalb des Gaues Berlin-Brandenburg in der Hierarchie zwischen der Ortsgruppe und dem Gau Bezirke installiert worden. Der erste gebildete Bezirk, dem die NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau zugeordnet wurde, war der Bezirk Niederbarnim-Ruppiner unter Leitung des in Bad Freienwalde ansässigen Gustav Staabe. Neben dem Territorium des Kreises Prenzlau umfasste er die Kreise Oberbarnim, Eberswalde, Angermünde, Templin und Teile des damaligen Kreises Niederbarnim.<sup>125</sup> Im Zuge des Anwachsens der Zahl der Mitglieder im Gau Brandenburg, welches zwischen Oktober 1928 und März 1929 etwa 140 Prozent betragen haben soll,<sup>126</sup> und dem damit verbundenen Wachstum der NSDAP-Ortsgruppen wurden diese Bezirke neu zugeschnitten. So wurde mit dem 2. April 1928 aus dem bereits erwähn-

<sup>124</sup> Broszat: Die Anfänge (wie Anm. 105), S. 85–87.

<sup>125</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 35.

<sup>126</sup> Völkischer Beobachter, 6.4.1929.



ten Bezirk Niederbarnim-Ruppin u.a. der Bezirk Barnim-Uckermark. Zu diesem gehörte die Ortsgruppe Prenzlau dann bis Anfang 1929. Gustav Staebe mit Sitz in Bad Freienwalde blieb zunächst dessen Leiter.<sup>127</sup>

In dieser Situation gelangen bei der NSDAP in Stadt und Landkreis Prenzlau zwei Akteure immer mehr in das Blickfeld. Es handelt sich zum einen um den erst 1927 neu in die Stadt gekommenen Gymnasiallehrer Martin Jaene und zum anderen um den schon bekannten Wilhelm Tyron. Der Autor hatte sich immer wieder gefragt, wie die personelle Entwicklung in der Prenzlauer Frühzeit der NSDAP weiter ging. Von jenem ersten Ortsgruppenleiter Kurt Diedrich, von dem Rühle in seiner schon erwähnten NSDAP-Lobeshymne „Kurmark – Geschichte eines Gaues“ sagt, er sei mit der Gründung (und offenbar nur damit) der Ortsgruppe beauftragt worden, hört man anschließend nichts mehr mit Bezug zur NSDAP. Er ging weiter seiner Tätigkeit als Bücherrevisor nach und wurde nach dem Tod seines Vaters selbst zum Konkursverwalter bestellt. Aber im Rahmen der Durchführung jener ersten öffentlichen NSDAP-Versammlung in Prenzlau, die er zuvor mit organisieren half, findet sich keine Spur von ihm. Er wird weder als Versammlungsleiter noch als Zeuge bei den anschließenden Krawallen benannt. Der Polizeibericht sprach von einem Jungbauern Helmuth Radeke (bzw. Radecke) aus Blindow bei Prenzlau als Versammlungsleiter.<sup>128</sup> Keine Spur mehr von Kurt Diedrich. In einem Schreiben vom 5. Dezember 1929 teilte der damalige Prenzlauer Landrat mit, dass Kurt Diedrich zu jener Zeit schwer zuckerkrank gewesen sein soll.<sup>129</sup> Kurt Diedrich muss aber dennoch weiter eine aktive Rolle im Rahmen der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe gespielt haben – schließlich taucht sein Name auf Platz 13 der 36 Listenplätze der Prenzlauer NSDAP zur Stadtverordnetenwahl vom 12. März 1933 auf. Diese Liste ist als Dokument 4 im Anhang des Buches enthalten.

Vom verdienstvollen Prenzlauer Heimatforscher Wilhelm Zimmermann wurde der Autor sodann auf zwei Zeitungsmeldungen aufmerksam gemacht. Es ist dies eine Meldung des NSDAP-Gaues Brandenburg, veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ vom 9.3.1929 und in „Der Angriff“

---

<sup>127</sup> Der Angriff, 2.4.1928.

<sup>128</sup> GStA PK I. HA, Rep. 84a Justizministerium, Nr. 522250, Bericht Oberstaatsanwalt Prenzlau vom 2.4.1928.

<sup>129</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1098, Blatt 306.

vom 13.3.1929, in der es heißt, dass die Bezirksführung<sup>130</sup> im Bezirk 1 (Prenzlau) von „Pg.“ Martin Jaene übernommen wurde. Der vorherige Bezirk Barnim-Uckermark war nunmehr also erneut geteilt worden. Dabei entstand dann nach allen dem Autor vorliegenden Indizien bereits im Januar 1929 der am 3. Februar 1929 erstmals direkt erwähnte NSDAP-Bezirk 1 (Prenzlau).<sup>131</sup> In gleicher Meldung wird „Pg.“ Wilhelm Tyron für seine den „Pg.“ Jaene während dessen Erkrankung vertretende Tätigkeit gedankt. Martin Jaene war zu diesem Zeitpunkt erst wenige Monate in Prenzlau. Sein erster belegbarer Auftritt als Redner auf einer Prenzlauer NSDAP-Veranstaltung erfolgte am 30. August 1928 im Rahmen eines so genannten „öffentlichen Sprechabends“.<sup>132</sup> Er hat offenbar eine regelrechte Blitzkarriere in der dortigen NSDAP vollzogen. So rasch Bezirksleiter. Bald darauf Kreisleiter. Die Einführung dieser Struktur aber wurde im Gau Brandenburg erst zum 1. Januar 1930 wirksam. Jaenes politisch-organisatorische Aktivitäten setzten womöglich erst kurz nach einem ersten „Höhepunkt“ der NS-Bewegung im Kreis Prenzlau ein: dem 1. Uckermärker Tag der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg am 14. und 15. Juli 1928 in Prenzlau.

Bei einem seiner letzten öffentlichen Auftritte in seiner Eigenschaft als auch für Brandenburg zuständiger Gauleiter sprach hier am 15. Juli 1928 noch einmal Dr. Joseph Goebbels<sup>133</sup> vor den ca. 1.000 versammelten SA-Leuten. Beteiligt an diesem SA-Treffen in Prenzlau war auch ein nach seiner noch immer undurchsichtigen Tötung nur zwei Jahre später von der Goebbels-Propaganda zu einem „Märtyrer der Bewegung“ hochstilisierter Berliner SA-Sturmführer namens Horst Wessel. Seiner Leidenschaft für Fotos verdanken wir die folgenden drei Aufnahmen von SA-Teilnehmern des „Uckermärker Tag“ in Prenzlau.<sup>134</sup>

---

<sup>130</sup> Die Bezirke als Struktur zwischen dem Gau und der Ortsgruppe existierten im Gau Berlin-Brandenburg bzw. ab Oktober 1928 Gau Brandenburg nur von 1927 bis 1929. Ab 1.1.1930 wurden die „Bezirke“ durch den „Kreis“ ersetzt.

<sup>131</sup> Märkischer Beobachter, 3.2.1929.

<sup>132</sup> Der Angriff, 27.8.1928.

<sup>133</sup> Der Angriff, 9.7.1928.

<sup>134</sup> Die Fotos sind in Horst Wessels politischer Autobiographie „Politika“ enthalten, die in der Handschriftenabteilung der Jagiellonen-Bibliothek Krakow (Polen) aufbewahrt wird. Die von Horst Wessel selbst gefertigten Originalbildunterschriften lauten: a) Eintreffen in Prenzlau, b) Der unvermeidliche „Schutz“, c) „Die Hakenkreuzler marschieren!“.



Abb. 25a: SA während des „Uckermärker Tag“ in der Prenzlauer Friedrichstraße



Abb. 25b: Polizeischutz für die SA während des Aufmarsches



Abb. 25c: SA am „Eingang“ zur Neustadt im Juli 1928

Martin Jaene hingegen hat in diesen Tagen um 1928 gewiss nicht die damalige Schwerpunktsetzung des NSDAP-Gaues Berlin-Brandenburg auf seine Expansion in ländlichen Gebieten versäumt. Wahrscheinlich stand dies auch im Zusammenhang mit dem bis Anfang Mai 1928 noch gegebenen Verbot der NSDAP auf dem Territorium der Stadt Berlin. Im Kreis Prenzlau entstanden durch rege Werbetätigkeit der bereits bestehenden, größeren Ortsgruppen in Prenzlau, Strasburg und ab 1. Mai 1928 in Brüssow in kurzer Zeit NSDAP-Stützpunkte (vorrangig auf dem Land gebildete, kleinere Organisationseinheiten und quasi Vorstufen zu Ortsgruppen) in den Dörfern Wollin unter Leitung des Pfarrers Lichtwart, Güterberg (geleitet von einem „Pg“ Casper), in Papendorf (unter Leitung des späteren NSDAP-Kreisbauernführers Paul Bandelow) und in Schönwerder.<sup>135</sup> Die Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe setzte bei ihren Expansionsbemühungen offenbar auf vor Ort organisierte, öffentliche Versammlungen und führte solche beispielsweise am 18. August 1928 in Gramzow (Kreis Angermünde) und am 19. August 1928 in Brüssow selbst durch. Dies meldete „Der Angriff“ in seiner Ausgabe vom 13.8.1928. Am 9. September 1928 schließlich folgte

<sup>135</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 113f.

eine öffentliche Versammlung in Bandelow.<sup>136</sup> Kurz zurück zu den Akteuren: Wilhelm Tyron, in erwähnter Meldung aus dem Parteiblatt „Völkischer Beobachter“ vom 9.3.1929 als den Bezirksleiter vertretend genannt, wird in einem Bericht der Politischen Polizei von Juli 1930<sup>137</sup> als bisheriger NSDAP-Ortsgruppenleiter Prenzlau bezeichnet. Diese Funktion hatte er wahrscheinlich bereits zum Zeitpunkt der Jaene-Vertretung im März 1929 inne. Im Juli 1929 vertrat Tyron Jaene dann erneut als Leiter des NSDAP-Bezirks Prenzlau, diesmal wegen dessen Urlaub.<sup>138</sup> Wilhelm Tyron scheint innerhalb der frühen Prenzlauer NSDAP eine Art Generalist gewesen zu sein. Schenkt man den unterschiedlichen Spitzelberichten der im Berliner Polizeipräsidium angesiedelten zuständigen Politischen Polizei Glauben, so fungierte er zeitweilig auch als Geschäftsführer der Ortsgruppe und gar als Leiter der Prenzlauer Hitler-Jugend, die im August 1929 eine Stärke von 12 bis 15 Mitgliedern aufgewiesen haben soll.<sup>139</sup> In jenen Tagen meldete der Prenzlauer Landrat Kurt von Lettow-Vorbeck dem Potsdamer Regierungspräsidenten die Existenz von fünf NSDAP-Ortsgruppen im Kreis Prenzlau, dazu weitere etwa zehn Stützpunkte mit nur je ein bis zwei Mitgliedern. Die Gesamtzahl der NSDAP-Mitglieder im Kreis Prenzlau belief sich zu diesem Zeitpunkt demnach auf 210 bis 270, einschließlich derer in den Stützpunkten. Ein Bericht der politischen Polizei, ebenfalls vom August 1929, wird konkreter und listet folgende Ortsgruppen nebst nachfolgender Stärken im Kreis Prenzlau auf: Prenzlau-Stadt: 150–160 Mitglieder, Schönwerder: 15 Mitglieder, Papendorf-Brietzig: 20 Mitglieder, Rossow: 25 Mitglieder und Strasburg: 38 Mitglieder. Im Unterschied zum Bericht des Landrates vermeldet dieser Polizeibericht für den August 1929 sogar eine sechste Ortsgruppe im Kreis. Sie befand sich in Blindow und umfasste zu diesem Zeitpunkt 15 Mitglieder.<sup>140</sup> Zwei weitere, unterschiedliche Berichte der politischen Polizei von Mai und Juli 1930 befassen sich erneut auch mit Wilhelm Tyron und erklären ihn in diesem Zeitraum sogar zum vorübergehenden Führer des in einer damaligen Stärke von 35 Mann ausgewiesenen Prenzlauer SA-Trupps.<sup>141</sup>

---

<sup>136</sup> Der Angriff, 3.9.1928.

<sup>137</sup> Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, Sign. 990 Opposition, Mitteilungen Nr. 14 des Landeskriminalpolizeiamtes Berlin vom 15.7.1930.

<sup>138</sup> Märkischer Beobachter, 7.7.1929.

<sup>139</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1098, Blatt 302–305.

<sup>140</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1098, Blatt 174 und Blatt 302–305.

<sup>141</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1098, Blatt 465–466 und BLHA Rep 2 A I Pol. 1095, Blatt 100.

Von höchstem Interesse für den Autor erwiesen sich aber die NSDAP-Mitgliederkarteikarten von Tyron und Jaene. Beide traten der NSDAP bereits früh bei. Jaene am 1. Dezember 1925 in Bad Sachsa, Tyron am 1. Januar 1926 in Potsdam. Beide traten dann im Juli 1930 aus der NSDAP aus. Und beider NSDAP-Mitgliederkarteikarten tragen den Zusatzeintrag: „Opp. Strasser, nicht wieder aufnehmen“.<sup>142</sup>

Mitglieds Nr.: 22752		Name: Jaene Martin	
Eingetreten am: 1. Dez. 1925	Beruf: <del>Stud. Techn.</del> Rat		
Hintergeb.: 17. 12.	Wohnung: <del>Bad Sachsa</del> Prenzlau, Kaufmannsraum 2.		
Ausgetreten am: 24. 7. 30	Jetzt: <del>Prenzlau</del> Potsdam 20		
Geboren am: 17. 12. 93	verh., ledig, verwitw.		
Ortsgruppe: <del>Bad Sachsa</del> Prenzlau			
Bemerkung: <del>4. 8. 30. Opp. Strasser nicht wieder aufnehmen</del> Vom Gau abgem. 29. 7. 30. 31. Aug. 1930			

Abb. 26: NSDAP-Mitgliederkarteikarte für Martin Jaene

Mitglieds Nr.: 2135		Name: Tyron Wilhelm	
Eingetreten am: 1. 1. 26	Beruf: <del>Techn.</del>		
Ausgetreten am: 24. 7. 30	Wohnung: <del>Potsdam</del> Prenzlau		
Geboren am: 17. 6. 04	Jetzt: <del>Potsdam</del> Prenzlau 101		
Ortsgruppe: <del>Potsdam</del> Prenzlau	verh., ledig, verwitw.		
Bemerkung: <del>4. 8. 30. Opp. Strasser nicht wieder aufnehmen</del>			

Abb. 27: NSDAP-Mitgliederkarteikarte für Wilhelm Tyron

Dies zeigt deren Austritt bzw. Ausschluss aus der NSDAP wegen ihrer Zugehörigkeit zur so genannten „Straßer-Opposition“, d.h. dem linken Flügel der NSDAP um Otto Straßer. Und dies gleich bei zwei Prenzlauer

<sup>142</sup> BArch (ehem. BDC), NSDAP-Reichskartei, Jaene, Martin, 17.12.1893 und BArch (ehem. BDC), NSDAP-Gaukartei, Tyron, Wilhelm, 17.6.1904.

Funktionären! Dieser Umstand allein schon wies den Autor darauf hin, dass es lohnend schien, Spuren jener „Straßer-Opposition“ in Prenzlau zu folgen. Umso mehr, als der Sohn Martin Jaenes dem Autor zusätzlich Informationen über einen dritten abtrünnigen Prenzlauer NSDAP-Funktionär zukommen ließ. Hinweise dafür, dass sich entsprechendes Gedankengut der Straßer-Gruppierung in den führenden Köpfen der damaligen Prenzlauer NSDAP befand, kann man z. B. dem Wahlauf Ruf der Prenzlauer NSDAP anlässlich der Kommunal-, Kreistags- und Provinzi alltagswahlen vom 17. November 1929 entnehmen.<sup>143</sup> Hier heißt es:

*„Keine Stimme dieser Partei des Aufruhrs und des Bürgerkrieges. Wir wollen Frieden im Lande!*

*So lauten die Wahlplakate an den Litfaßsäulen. Wenn die Räuber das schaffende Volk ausgeplündert haben, dann predigen sie Ruhe und Ordnung, um in Ruhe ihren Raub verzehren zu können. Sie haben Angst vor dem Erwachen der Ausgeplünderten.*

*Schaffendes Deutschland erwache! Gebt diesem kapitalistischen Raubsystem die richtige Antwort und wählt die Listen Nr. 12 für das Stadtparlament, den Kreistag und den Provinzi alltag.*

*NSDAP (Hitlerbewegung)“*

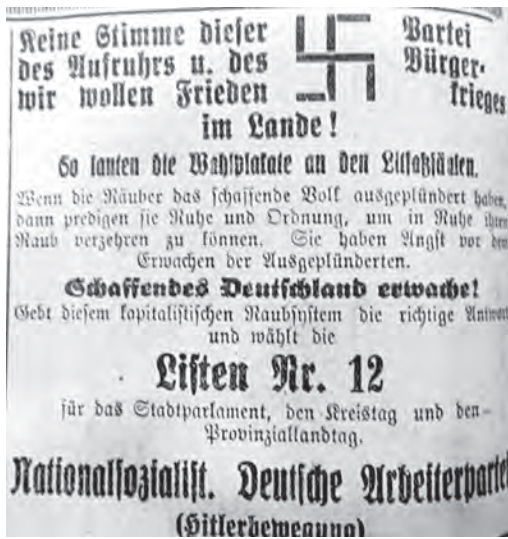


Abb. 28: NSDAP-Inserat in der „Prenzlauer Zeitung“ vom 17. November 1929

<sup>143</sup> Prenzlauer Zeitung, 17.11.1929, Inserat.

Darüber hinaus kündigte einige Wochen später, im Dezember 1929, die Prenzlauer Ortsgruppe der NSDAP eine Veranstaltung an, in deren Rahmen am 13. Dezember 1929 in den Hindenburghallen in Prenzlau unter anderem „*der Nationalsozialist*“ Mossakowski sprach.<sup>144</sup>

Der oben zitierte Wahlaufruf der NSDAP Prenzlau trägt durchaus antikapitalistische, sozialrevolutionäre Züge in sich und hinsichtlich des für den 13. Dezember 1929 als Redner avisierten Pg. Mossakowski spricht alles dafür, dass es sich um Eugen Mossakowsky handelte. Eugen Mossakowsky (oder Mossakowski, beide Schreibweisen fand der Autor) war Herausgeber der „Nationalsozialistischen Pressekorrespondenz“ und Parteispezialist der NSDAP für russische Fragen. Darüber hinaus war er seit 1927 Mitarbeiter Otto Straßers in dessen „Kampfverlag“.<sup>145</sup> Er blieb auch nach der späteren Abspaltung von der NSDAP an Otto Straßers Seite in leitender Funktion. Mossakowski und der damalige NSDAP-Bezirksleiter Jaene kannten sich wohl persönlich recht gut – waren doch beide zur gleichen Zeit auch Referenten der Brandenburger NSDAP-Gauleitung. Wie aus dem folgenden Dokument ersichtlich, war Jaene zuständig für Kultur- sowie Schulfragen und Mossakowski für den Bereich Soziales und Arbeiterfragen.<sup>146</sup>

---

<sup>144</sup> Prenzlauer Zeitung, 12.12.1929, Inserat.

<sup>145</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 37.

<sup>146</sup> BArch Berlin, NS 22/1046, NSDAP-Gauleitung Brandenburg, Rundschreiben vom 5.12.1929.



R u n d s c h r e i b e n N r. I

(Die Rundschreiben beginnen in neuer Folge und sind sorgfältig aufzubewahren.)

Briefenschrift für sämtliche Post: Rudolf Rehm, Berlin W 35  
Lützowstr. 44/I

Fernsprecher: Berlin Kürfürst 190

Postscheckkonten: Karl Schultz, Berlin Nr. 143208

für Beitragszahlungen, Aufnahmegebühr, Umtauschgebühr,  
Rednerhonorare und sonstige Parteibeträge.

Rudolf Rehm, Berlin Nr. 66113

für Spenden und Zahlungen für den Opferbund.

Geschäftsstelle: Berlin W 35 Lützowstr. 44/I

Gauleiter: Pg Emil Holtz, Berlin-Charlottenburg Britschestr. 21

Stellvertreter: Pg Rudolf Rehm, Berlin-Wilmersdorf Berghheimerstr. 5

Geschäftsführer: wie vor

Kassenwart: Pg Karl Schultz, Berlin-Spandau Adamstr. 39

Propagandaobmann: Pg Dr. Decker, Sechsanhausen/Nordbahn b. Oranienburg

Fernsprecher: E. Holtz, Berlin Wilhelm 8726

R. Rehm,

K. Schultz, Berlin Spandau 5622

Dr. Decker, Urahienburg 2034 (nur in dringenden Fällen)

Referenten der Gauleitung:

Land- und Bauernfragen: Pg Frhr. von Wangenheim, Berlin

Siedlungsfragen: Pg Kretschmann, Grätzwalde

Soziale- u. Arbeiterfragen: Pg Mossakowski, Berlin

Kultur- u. Schulfragen: Pg Martin Jaene, Prenzlau

Handel- u. Gewerbe: Pg A. Weidlich, Erkner

Steuer- u. Finanz: Pg Dr. L. Schlange, Potsdam

Recut- u. Justiz: Pg

Dem Gau direkt unterstellt.

Fraktion des Provinziallandtages

Pg. M. Wendt, Zernitz

Pg. M. Jaene, Prenzlau

Pg. A. B. Weidlich, Erkner

Einteilung des Gaues Brandenburg

Kreis Angermünde:

Kreisleiter: Pg Dr. Törffler, Gramzow

Kreistagsabgeordnete: Pg Gustav Tölle, Gramzow

Pg Erich Naucke, Uderberg

Kreis Prenzlau:

Kreisleiter: Pg Martin Jaene, Prenzlau Neustädter Dam 3

Kreistagsabgeordnete: Pg Wilhelm Diekmann, Butterholz

Pg Paul Schmidt, Prenzlau

Pg Paul Bandelow, Papendorf

Pg Moritz Köhn, Prenzlau

Abb. 29: Rundschreiben der NSDAP-Gauleitung Brandenburg vom 5. Dezember 1929

Überhaupt scheinen in der Leitung des damaligen Gaues Brandenburg zu dieser Zeit nicht wenige Anhänger Otto Straßers versammelt gewesen zu sein. Neben den Referenten Jaene und Mossakowski ist auch der damalige Gau-Geschäftsführer und stellvertretende Gauleiter Rudolf Rehm zu diesen zu zählen. Und auch Gauleiter Emil Holtz selbst wurden Sympathien für Otto Straßer nachgesagt.

Bereits vor dem ersten Höhepunkt des innerparteilichen Machtkampfes Hitlers mit dem Straßer-Flügel wurde seitens Jaene und Tyron mit Eugen Mossakowski also offenbar ein Vertrauter Otto Straßers als Redner auf eine Veranstaltung der Prenzlauer NSDAP geladen.

Schaut man in die damalige „Parteipresse“, wozu das Goebbels-Blatt „Der Angriff“ ohne Zweifel gerechnet werden darf, so zeigt sich, dass aber bereits am 12. April 1929 auf einer öffentlichen Versammlung der NSDAP in Prenzlau Ernst Graf zu Reventlow als Redner auftrat.<sup>147</sup> Dieser vertrat selbst sozialrevolutionäre Ansichten und stand auch persönlich Otto Straßer nahe. Allerdings verblieb er, ähnlich wie Gregor Straßer, in der NSDAP und gab darüber hinaus später seine Prinzipien auf.<sup>148</sup>

Nach außen wirkte die Prenzlauer NSDAP vor allem erfolgreich. Ab 1928 expandierte sie, wie gesehen, kontinuierlich. Noch im Laufe des Jahres 1929 wurde das Netz der NSDAP-Ortsgruppen mit Rossow, Bergholz und dem damaligen Hindenburg<sup>149</sup> enger geknüpft.<sup>150</sup> Nach rührigem Wahlkampf errang die NSDAP im Kreis Prenzlau bei den Wahlen vom 17. November 1929 gleich fünf Mandate in der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung<sup>151</sup> und vier im Kreistag<sup>152</sup>. Ein Prenzlauer NSDAP-Vertreter, Martin Jaene, wurde Abgeordneter im Provinziallandtag. Darüber hinaus war er, wie erwähnt, Referent der NSDAP-Gauleitung Brandenburg für Kultur- und Schulfragen.<sup>153</sup> Ungefähr ein halbes Jahr später jedoch sollte die NSDAP in der Kreisstadt und in Teilen des Kreises in eine gravierende Krise geraten. Genau zu diesem Zeitpunkt, mit dem Stichtag 1. August 1930, liefert uns erneut ein Bericht des Außendienstes der beim

---

<sup>147</sup> Der Angriff, 8.4.1929.

<sup>148</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 45, S. 86.

<sup>149</sup> Heutiges Lindenhagen.

<sup>150</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 113–114.

<sup>151</sup> Prenzlauer Zeitung, 19.11.1929.

<sup>152</sup> Prenzlauer Zeitung, 26.11.1929.

<sup>153</sup> BArch Berlin, NS 22/1046, Rundschreiben NSDAP Gauleitung Brandenburg vom 5.12.1929.

Berliner Polizeipräsidium angesiedelten zuständigen politischen Polizei weitere detaillierte Angaben zur Stärke der NSDAP im Kreis Prenzlau, bis hin zu den einzelnen Ortsgruppen. Danach existierten zum 1.8.1930 im Kreis insgesamt bereits 14 Ortsgruppen mit genau 644 Mitgliedern. Die größte dieser Ortsgruppen war naturgemäß jene in der Kreisstadt Prenzlau, sie allein umfasste zu diesem Zeitpunkt 330 Mitglieder.<sup>154</sup> Unberücksichtigt sind hier allerdings die weiteren, bereits existenten Stützpunkte der NSDAP in mindestens fünf weiteren Dörfern des Kreises Prenzlau. Es wäre also nicht übertrieben, zum Zeitpunkt des offenen Ausbruchs der inneren Krise der NSDAP im Juli 1930 von ca. 655 NSDAP-Mitgliedern im Kreis Prenzlau auszugehen.

Die gravierende Krise der NSDAP brach nun nicht zuletzt deshalb offen aus, da sich unterdes auf Reichsebene der Konflikt des linken Flügels der NSDAP mit dem Hitler-Flügel unaufhaltsam zum finalen Machtkampf auswuchs.

### **Hitlers NSDAP und die Otto-Straßer-Gruppierung: Wenige Programmunterschiede – doch keine Gemeinsamkeit**

Vor dem Hintergrund dieses innerparteilichen Machtkampfes der Parteiflügel erscheint es dem Autor sinnvoll, auch einmal den formalen Programmen der NSDAP und der "Abweichler" um Otto Straßer Aufmerksamkeit zu schenken. Auch wenn die Vorstellungen der Gruppierung um Otto Straßer erst mit deren Abspaltung von der NSDAP in einem eigenständigen Programm mündeten.

Das Parteiprogramm der NSDAP wurde bereits am 24. Februar 1920 im Festsaal des Münchener Hofbräu Hauses von Adolf Hitler<sup>155</sup> vor ca. 2.000 anwesenden Anhängern verkündet. Erarbeitet wurde es von ihm sowie Karl Harrer und Anton Drexler. Beide waren Gründer des NSDAP-Vorläufers "Deutsche Arbeiterpartei" (DAP) und deren zeitweilige Vorsitzende. Zeitgleich mit der am 24. Februar 1920 erfolgten Umbenennung der DAP in NSDAP verkündete Adolf Hitler das so genannte "25-Punkte-Programm der NSDAP",<sup>156</sup> welches von diesem Zeitpunkt an bis hin zum Verbot der NSDAP 1945 formal das Programm dieser Partei bildete. Die Anhänger

<sup>154</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1095, Blatt 59 Rückseite.

<sup>155</sup> Hitler selbst wurde erst im Juli 1921 Parteivorsitzender.

<sup>156</sup> BArch Berlin, NS 26/2053, Parteiprogramm der NSDAP.

Otto Straßers trugen diese Programmatik durchaus mit – sonst wären sie der NSDAP nicht zunächst beigetreten. Dennoch war bereits von zunehmenden Spannungen zwischen diesen Flügeln die Rede. Im weiteren Verlauf werden diese, wie bereits angedeutet, in die Abtrennung der Straßer-Gruppierung von der NSDAP und zur Bildung einer neuen politischen Organisation unter Otto Straßers Leitung, der “Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten”, münden. Auch diese Organisation verfügte über ein eigenständiges Programm. Bezeichnet wurde es als “Die 14 Thesen der Deutschen Revolution.”<sup>157</sup> Hierin flossen alle Vorstellungen jener Hitler-Gegner ein. Beschlossen wurde dieses “grundsätzliche Programm” auf dem I. Reichskongress der “Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten” am 26./27. Oktober 1930 in Berlin. Betrachtet man beide (im Anhang als Dokument 1 und 2 vollständig nachlesbaren) Programme nebeneinander, so weisen sie zunächst ungeachtet der zehn Jahre zwischen ihrer jeweiligen Verkündung überwiegend Übereinstimmungen bzw. Gemeinsamkeiten auf. Beide tragen sowohl nationalistische als auch sozialrevolutionäre Elemente in sich. Beiden sind völkische Ideen eigen und beide weisen mit großdeutschen Phantasien bereits in Richtung auf eine Vereinnahmung der Republik Österreich. Sowohl im Programm der NSDAP als auch in dem der “Kampfgemeinschaft” sind weiterhin ausländerfeindliche, rassistische und nicht zuletzt antisemitische Vorstellungen bzw. Forderungen enthalten.

Obwohl die Anhänger Otto Straßers sämtlich aus den Reihen der NSDAP stammen, so weist deren spätere Programmschrift auch Unterschiede zum Programm der NSDAP auf. Die antikapitalistische und sozialistische Ausrichtung des Programms der “Kampfgemeinschaft” ist, wie in deren These VIII sichtbar, deutlich stärker ausgeprägt als im Programm der NSDAP. Der “völkische Gedanke” ist zwar auch hier enthalten, wird aber vergleichsweise “liberaler” gefasst und nicht unmittelbar am “deutschen Blut” orientiert. Auch der im Programm von Straßers späterer “Kampfgemeinschaft” vorhandene Antisemitismus erfährt im Punkt 4 des NSDAP-Parteiprogramms mit der dortigen Feststellung, dass kein Jude “Volksgenosse” und damit auch nicht deutscher Staatsbürger sein kann, eine von vornherein im Vergleich weitaus schärfere Prägung als im Programm der „Kampfgemeinschaft“ um Otto Straßer. Schließlich ist der späteren Programmatik der

---

<sup>157</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 240–242.

Straßer-Anhänger auch keine derartig aggressiv auf Erlangung von Kolonien ausgerichtete Diktion eigen, wie sie sich im NSDAP-Programm gleich im dritten Punkt findet. Ein weiterer Unterschied besteht nach Auffassung des Autors darin, dass die Programmatik der "Kampfgemeinschaft" Otto Straßers den Parlamentarismus noch vehementer ablehnt, als dies im NSDAP-Parteiprogramm der Fall ist. Das zeigt sich bei Betrachtung von Punkt 25 des NSDAP-Parteiprogramms, in dem noch von einem "Zentralparlament" die Rede ist, wo hingegen These VI der "Kampfgemeinschaft" den Parlamentarismus grundsätzlich durch Berufs- und Ständekammern ersetzt.

Die aufgezeigten Unterschiede in den Programmen sind dabei eher im jeweiligen Maß, weniger in den Sachpunkten an sich zu sehen. Die Programmatik der NSDAP war es auch nicht, welche die Spannung zwischen den Anhängern Otto Straßers und denen Adolf Hitlers derartig zuspitzte.

So trat das NSDAP-Programm von 1920, obwohl formal weiterhin gültig, im Agieren der Führungsspitze um Hitler immer mehr in den Hintergrund. Mehr und mehr kollidierte die praktische Politik der NSDAP-Reichsleitung sogar mit Teilen des eigenen Parteiprogramms. Immer stärker wurden die Forderungen der Vertreter des linken Parteiflügels nach einer Rückbesinnung der Parteipolitik auf das 25-Punkte-Programm vom Februar 1920. Doch diese Forderungen blieben ungehört. Ideologisch trat Hitlers Kampfschrift "Mein Kampf" ohne jede Abstimmung faktisch an Stelle des formal noch gültigen Parteiprogramms. Damit verbunden waren einige gegenüber dem Parteiprogramm der NSDAP gravierende Zuspitzungen, u.a. hinsichtlich des Antisemitismus und auch der aggressiven Expansion nach Osten. Während Hitlers präferierte Wirtschaftsordnung ein korporativer, d.h. unter Einbeziehung weiterer gesellschaftlicher, seiner Ideologie folgender Gruppen von staten gehender und staatlich gelenkter Kapitalismus war, bevorzugte die Fraktion um Otto Straßer einen antikapitalistischen, nationalen Sozialismus. Außenpolitisch hingegen strebte Hitler zunächst eine Anlehnung an England an, während die Gruppe um Otto Straßer für ein antiwestliches Bündnis mit der Sowjetunion eintrat. Sowohl diese Umstände, als auch die seitens Hitler und seiner Umgebung erfolgreich vollzogene Politik der Anbiederung an das Finanz- und Großkapital im Verbund mit der Legalitätspolitik,<sup>158</sup> waren

<sup>158</sup> Legalitätspolitik meint Hitlers Bestreben, die "Macht" über Parlamentsmehrheiten, d.h. "legal" zu erlangen.

im Kern die Treibsätze zur Hitler-Gegnerschaft und Abspaltung des nationalistisch-sozialrevolutionär orientierten Parteiflügels um Otto Straßer.

### **Otto Straßers endgültiger Bruch mit Hitler**

Im Dezember 1929 fanden Landtagswahlen in Thüringen statt. Sekundiert von der nun voll ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise errang die NSDAP hier 11 Prozent der Wählerstimmen und konnte so bei der Regierungsbildung eine aktive Rolle spielen. Die Thüringer NSDAP ging, wie von Hitler gewünscht, ein Bündnis mit konservativen, bürgerlichen Parteien ein. Das NSDAP-Mitglied Dr. Wilhelm Frick wurde so thüringischer Innenminister.<sup>159</sup> Frick wird später im Kabinett Hitler Reichsinnenminister und danach auch Reichsprotektor von Böhmen und Mähren. Wegen Kriegsverbrechen wurde er 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilt. Diese Koalition der NSDAP mit bürgerlichen Parteien war für die linken Kräfte um Otto Straßer gleich aus mehreren Gründen unakzeptabel. So konterkarierte diese Koalition ihre antikapitalistischen Ideen, zugleich lehnten sie auch jegliche Legalitätspolitik, d.h. Machterlangung auf demokratischem, parlamentarischen Weg, ab. Der Straßer-Flügel und später die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ setzten auf Chaos und Zuspitzung bis zu einer revolutionären Situation.<sup>160</sup> Sie verfolgte die Idee einer Machterlangung breiter Schichten durch Revolution. Der nun bereits gravierend genährte Konflikt der Flügel erfuhr eine weitere signifikante, quasi letzte Steigerung durch den Metallarbeiterstreik in Sachsen im April 1930. Der Flügel um Straßer, antikapitalistisch und auf Unterstützung von Gewerkschaften orientiert, unterstützte diesen Streik. Dies nicht nur einfach so. Er tat dies massiv unterstützt von den Presseorganen aus Straßers „Kampfverlag“. Otto Straßer und seine Anhänger wollten so durch massive Unterstützung eines „revolutionären Streiks“ die Rechtsentwicklung in der NSDAP stoppen und umkehren. Hitler jedoch geriet vor dem Hintergrund bald erneut anstehender Wahlen in Sachsen unter den Druck des Verbandes der Schwerindustrie, der seine weitere Unterstützung mit einer per Ultimatum geforderten Beendigung der Streikunterstützung verband. Dem entsprach Hitler und erteilte über den sächsischen Gauleiter Martin Mutschmann entsprechende Anwei-

<sup>159</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 29.

<sup>160</sup> a.a.O., S. 63.

sung. Straßer und Anhänger jedoch blieben bei ihrer Haltung und vermittelten diese auch weiter über das im Kampfverlag erscheinende Gaublatt „Sächsischer Beobachter“. Nun prallten beide Flügel unerbittlich aufeinander. Hitler wollte den gesamten linken Flügel loswerden. Zunächst versuchte er Otto Straßer in einem Gespräch am 21./22. Mai 1930 durch Angebote exponierter Posten bzw. eines Reichstagsmandats zu ködern und ihm den „Kampfverlag“ abzukaufen. Nach dem dies nicht gelang folgten offene Drohungen. Darüber hinaus wurde der nun so getreue Hitler-Paladin Dr. Joseph Goebbels mit der aktiven Säuberung der NSDAP von Straßer-Anhängern beauftragt. Entsprechende Parteiausschlüsse begannen bereits Ende Mai/Juni 1930.<sup>161</sup> Schließlich erfuhr Otto Straßer davon, dass durch entsprechenden Druck Hitlers sein Bruder Gregor am 30. Juni 1930 seine Herausgeberschaft beim Kampfverlag aufgegeben hatte.<sup>162</sup> Vom selben Tag datiert ein wenig später u.a. in „Der Angriff“ veröffentlichter Brief Adolf Hitlers an seinen Berliner Statthalter Dr. Joseph Goebbels. In diesem ruft er auf zum Kampf gegen Sympathisanten der „*jüdisch-liberal-marxistischen*“ Gegner in den eigenen Reihen. Der Straßer-Flügel wurde hier von Hitler diffamiert als „*Debattierklub wurzelloser Literaten oder chaotischer Salonbolschewisten*“. Hitler beauftragte in diesem Brief Dr. Goebbels offiziell nochmals mit der „Säuberung der Partei“.<sup>163</sup> Nun gab es kein Halten mehr. Am 4. Juli veröffentlichte Otto Straßer seinen von zunächst 25 Anhängern unterzeichneten Aufruf: „Die Sozialisten verlassen die NSDAP“. Dem folgten bis Ende Juli 1930 deutschlandweit etwa 800 Anhänger, die in einer ersten Welle aus der NSDAP austraten und in die von Otto Straßer am 6. Juli 1930<sup>164</sup> gegründete und von ihm geführte „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ (KGRNS) eintraten. Sehr klar dargestellt finden sich nach Ansicht des Autors die konkreten Beweggründe vieler Anhänger Otto Straßers zum Bruch mit Hitler im nachfolgend wiedergegebenen Austrittsschreiben des damaligen Sektionsleiters (von Dr. Goebbels anstelle der Ortsgruppe in Berlin um 1927 eingeführte Gliederung der NSDAP) von Berlin-Wedding, Gotthard Schild.<sup>165</sup>

---

<sup>161</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 30–36.

<sup>162</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 39.

<sup>163</sup> Der Angriff, 3.7.1930.

<sup>164</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 44.

<sup>165</sup> BArch Berlin, NS 51/197, Schreiben Gotthard Schild an Dr. Goebbels vom 15.10.1930.

Gotthard Schild

Berlin N.d, 12. Oktober 1930

Herrn Dr. Joseph G o e b b e l s, M.d.R.,

B e r l i n.

Die Wandlung, die die NSDAP, in der letzten Zeit durchgemacht hat, kann ich als Arbeiter nicht billigen und erkläre daher meinen Austritt.

Als Gründe für meinen, mir sehr schwer gewordenen Entschluß führe ich folgendes an:

Ich bin mit dem Glauben in die NSDAP. eingetreten, endlich eine Partei gefunden zu haben, die der arbeitenden Bevölkerung zu ihrem Rechte verhelfen will ...

Heute muß ich feststellen, daß wohl der Arbeiter, Angestellte, Bauer und kleine Geschäftsmann sowie der Beamte alles hingeben darf für die Partei, sogar das letzte und höchste, was er hat, das Leben, aber zu sagen hat er nichts; das dürfen die Schmarotzer und Schmeichler tun ...

Jahrelang hat man das herrschende System bekämpft und der Masse den Kampf mit allen Mitteln gepredigt – heute gibt der Führer die Parole aus: Hinein in diesen Staat (siehe Thüringen, Braunschweig, Sachsen, Reich) und unter religiösem Eid sagt Hitler in Leipzig aus: Nur mit legalen Mitteln!

Die Früchte dieser Politik muß der Kapitalismus ernten. Sozialismus und Kapitalismus lassen sich nicht paaren ...

Für mich bleiben die Forderungen: "Kampf dem Kapitalismus mit allen Mitteln –, Eigentum für den arbeitenden deutschen Volksgenossen" bestehen, damit wir zum wirklich deutschen Nationalstaat kommen ...

gez. G o t t h a r d S c h i l d,

ehemaliger Sektionsführer der Sektion Wedding,

Bezirksverordneter

Abb. 30: Austrittsschreiben des ehem. NSDAP-Ortsgruppen-/Sektionsleiters Gotthard Schild an Dr. Goebbels (Unterstreichungen wie im Original)



Gotthard Schild war zugleich auch NSDAP-Bezirksverordneter von Wedding. Nach seinem erst in einer "zweiten Welle" erfolgten Austritt aus der NSDAP am 15. Oktober 1930 trat Schild ebenfalls umgehend der KGRNS bei. Hier stieg er, der später, u.a. mit Ulrich Oldenburg dem sozialistischen Flügel der KGRNS angehörte, rasch in das "innenpolitische Büro" der KGRNS auf.<sup>166</sup>

Die konkreten Bruchstellen sowohl des Straßer-Flügels als auch der KGRNS zur NSDAP Hitlers waren zusammengefasst die Legalitätspolitik, das Zusammengehen mit Reaktionären wie Hugenberg und dem Stahlhelm, die Frick-Koalition in Thüringen und Hitlers immer offener werdende Verbindung mit den Vertretern des Kapitalismus.<sup>167</sup> Bezeichnend eine Aussage aus dem eine Art Programmatik der KGRNS darstellenden Straßerschen Aufruf vom 4. Juli „*Wir faßten und fassen den Nationalsozialismus als eine bewußt antiimperialistische Bewegung auf, deren Nationalismus sich beschränkt auf Erhaltung und Sicherstellung des Lebens und des Wachstums der deutschen Nation ohne irgendwelche Herrschaftstendenzen über andere Völker und Länder*“.<sup>168</sup> Allein schon sie grenzt die KGRNS energisch von der NSDAP Hitlers ab.

Und diese verstand die Kampfansage deutlich. Mit Gründung der KGRNS wurden seitens der NSDAP mittels hitlertreuer Teile der SA tätliche Angriffe auf KGRNS-Veranstaltungen und deren Funktionäre organisiert bzw. verübt. So u.a. in Albersdorf (Schleswig-Holstein), Brandenburg/Havel, Eisenach, Köln, Rostock, Kreuzburg/Oberschlesien, Braunschweig und (wiederholt) Berlin.<sup>169</sup> Dies um nur einige der größten zu nennen. Selbst Zeitungshändler, welche die von Otto Straßer herausgegebenen Blätter führten, wurden vielfach von SA-Leuten angegriffen bzw. bedroht.



Abb. 31: Logo der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten

<sup>166</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 209.

<sup>167</sup> Die Deutsche Revolution, 8.2.1931, Abmarsch der Sozialisten aus der NSDAP.

<sup>168</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 41.

<sup>169</sup> Die Deutsche Revolution, 28.2.1931.

## **Die Anfänge der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten (KGRNS) und die Krise der NSDAP in Prenzlau im Juli 1930**

Leider fand der Autor dazu, wie sich der offene Bruch des bisherigen Flügels um Otto Straßer mit Hitler und seinen Gefolgsleuten in Prenzlau nun konkret abspielte, bislang keine offizielle Dokumente. So müssen überwiegend Zeitungsnotizen und Berichte herangezogen werden. Doch auch diese stellen glaubwürdige Quellen dar. Eine offenbar sehr objektive, d.h. nicht aus der Feder einer NSDAP-Gliederung stammende, fand der Autor ausgerechnet im „Strasburger Anzeiger“. Schriftleiter, d.h. Chefredakteur dieses Blattes, war der bereits in den Abschnitten zu Strasburg mehrfach erwähnte Karl Breitsprecher. Nur etwa zwei Monate nach diesen Ereignissen trat dieser selbst der NSDAP bei und avancierte Anfang der 40er Jahre zum letzten Strasburger NSDAP-Ortsgruppenleiter. Dieser Artikel sei hier wegen präziser Angaben zur lokalen Situation im Wortlaut wiedergegeben: *„In Berlin hat sich vor einigen Tagen bekanntlich eine kleine Gruppe von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei abgesplittert und eine neue Organisation unter dem Namen „Revolutionäre Nationalsozialisten“ gegründet. Während in Berlin weder irgendwelche Abgeordnete noch Organisationsteile der Absplittierung gefolgt sind, haben die Abgesplitterten in der Mark einige Erfolge errungen, da das bisherige Gauorgan „Märkischer Beobachter“ in der Hand der Abgesplitterten ist. In Brandenburg sind die beiden Stadtverordneten und der Ortsgruppenführer sowie ein Teil der Ortsgruppe, in Nauen der Kreisleiter und in Prenzlau die fünf Stadtverordneten, einer von beiden Stadträten, zwei von vier Kreistagsabgeordneten sowie der Führer der nationalsozialistischen Fraktion im Provinziallandtag, Studienrat Jaene – Prenzlau, der gleichzeitig Kreisleiter ist, zu den Revolutionären Nationalsozialisten übergetreten. Ein Teil der Prenzlauer Organisation ist diesen Funktionären gefolgt.“*<sup>170</sup>

Der zitierte Bericht ist erstaunlich gut recherchiert und sachlich fast korrekt. Er weist nur eine einzige Unrichtigkeit auf: In Prenzlau zog einer der beiden abtrünnigen NSDAP-Kreistagsabgeordneten nach entsprechender Bearbeitung seinen Aus- bzw. Übertritt zurück.

Das zur so genannten „Straßer-Revolte“ vier Jahre später vom Autor Gerd Rühle, damals Referent des Brandenburger NSDAP-Gauleiters

---

<sup>170</sup> Strasburger Anzeiger, 13.7.1930 „Absplittierung bei den Nationalsozialisten“.

Wilhelm Kube, gezeichnete Bild ist dagegen schon klar geschönt. Ohne direkt zu lügen, formuliert er doch unwahr: „Nur wenige Gebiete konnten damals in Unruhe versetzt werden – wie etwa die Ortsgruppe Brandenburg, wo die beiden Stadtverordneten die Treue brachen und Otto Straßer folgten (darunter der kurz vorher ernannte Kreisleiter des Kreises Zauch-Belzig) – oder der Kreis Prenzlau, wo Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, Stadtrat und drei Stadtverordnete fahnenflüchtig wurden und sogar einen Teil der Mitglieder mitreißen konnten.“<sup>171</sup> Nun, den Kreisleiter von Nauen ließ Rühle hier dezent unter den Tisch fallen. Ebenso den Kreistagsabgeordneten in Prenzlau. Und mit dem Kunstgriff der Erwähnungsunterlassung konnte so die Tatsache umgangen werden, dass in Prenzlau fünf Stadtverordnete die NSDAP verließen. Der erwähnte Kreisleiter und der Ortsgruppenleiter waren nämlich auch Stadtverordnete. Damit war übrigens die gesamte NSDAP-Fraktion in der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung geschlossen aus der NSDAP ausgetreten.<sup>172</sup> Ein doch sehr ungewöhnlicher Vorgang.

Darüber hinaus ist dem Autor mit Ausnahme des NSDAP-Gaues Danzig, der sogar komplett aufgelöst werden musste, kein weiterer Fall bekannt, wo eine doch so bemerkenswerte Zahl an Funktionsträgern und Abgeordneten die NSDAP verließ, wie es im Juli 1930 in Prenzlau geschah. Dies ist wirklich bemerkenswert. Hier fand eine urplötzliche fast komplette Enthauptung der Führung der NSDAP in Kreis und Stadt Prenzlau statt! Dies war ein solcher Schock, welcher der NSDAP im Gau Brandenburg und erst recht im Kreis Prenzlau noch sehr lange im Nacken saß. Das wird u.a. auch in einem Schreiben des damaligen Gau-Propagandaleiters des Gaues Brandenburg der NSDAP vom 31. August 1931 an Gregor Straßer<sup>173</sup> deutlich, in dem dieser davon spricht, dass die Ortsgruppe Prenzlau „lange Zeit ein Schmerzenskind“ des Gaues Brandenburg war.<sup>174</sup> Wer waren denn nun die konkreten Akteure jener „Prenzlauer NSDAP-Enthauptung“? Aussagestark wird schon die Politische Polizei zur Thematik der Opposition in der NSDAP. In den sich mit der „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ (KGRNS) befassenden

---

<sup>171</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 100.

<sup>172</sup> Bei einem der Stadtverordneten ist nicht klar, ob er nur sein Mandat niederlegte oder auch austrat.

<sup>173</sup> Gregor Straßer war damals Reichsorganisationsleiter der NSDAP, zugleich ein Bruder von Otto Straßer. Er verblieb in der NSDAP und wurde 1934 beim sogen. „Röhm-Putsch“ erschossen.

<sup>174</sup> BArch Berlin, NS 22/1046, Schreiben Gaupropagandaleiter Brandenburg vom 31.8.1931.

„Mitteilungen Nr. 14“ des Landeskriminalpolizeiamtes Berlin vom 15. Juli 1930 werden als KGRNS-Mitglieder für Prenzlau im Einzelnen aufgeführt: *„Moritz Köhn, Sturmführer 32, Kreistagsabgeordneter, Kreisleiter; Paul Schmidt, HJ-Führer, Kreistagsabgeordneter; Tyron Ortsgruppenleiter, Stadtverordneter; Langbrandtner, Stadtverordneter; Sperling, Stadtverordneter; Weyel, Stadtrat.“*<sup>175</sup>

Dies ist schon eine sehr konkrete und fast richtige Aufstellung der im Juli 1930 aus der NSDAP ausgetretenen Funktionsträger und Abgeordneten. Einzig dem Kreisleiter fehlt hier die richtige Namenszuordnung. Es handelt sich um den uns schon bekannten Martin Jaene, zugleich bis dato Abgeordneter für die NSDAP im Prenzlauer Stadtparlament und im Provinziallandtag. Darüber hinaus legte Martin Jaene mit seinem Mandat im Provinziallandtag auch sein mit diesem Status verbundenes Amt als stellvertretendes Staatsratsmitglied nieder.<sup>176</sup>

Der obige Bericht der Politischen Polizei hatte eine Tatsache noch nicht berücksichtigt, welche das Goebbels-Blatt „Der Angriff“ nur zu gern ausschaltete. Den Funktionsträgern der Hitler-Partei war es nämlich gelungen, den Prenzlauer NSDAP-Kreistagsabgeordneten Moritz Köhn nachträglich so zu bearbeiten, dass er seinen Schritt rückgängig machte. So ist im entsprechenden Verwaltungsbericht zur Wahlperiode für den Prenzlauer Kreistag lediglich Paul Schmidt als auf sein Mandat verzichtend erwähnt.<sup>177</sup> Jedenfalls hatten die Vorgänge in Prenzlau nicht nur den NSDAP-Gau Brandenburg in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Auch bei Dr. Goebbels in Berlin müssen so große Befürchtungen vorhanden gewesen sein, dass „Der Angriff“ dieser Tage häufiger aus Brandenburg, auch aus Prenzlau, berichtete. So wird hier, wie in vielen anderen hitlertreuen Blättern auch, über die Generalmitgliederversammlung der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe vom 5. Juli 1930 informiert. Der dort referierende „Pg.“ Dr. Decker wird im Goebbels-Blatt wie folgt zitiert: *„Es ist eine Lüge, daß Kreis und Ortsgruppe Prenzlau die Fahnen Adolf Hitlers verlassen haben. Der Sturmführer und Kreistagsabgeordnete Köhn hat seine Unterschrift unter der Hundstagspartei“*<sup>178</sup> nach 24 Stunden wieder

<sup>175</sup> Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, (wie Anm. 137).

<sup>176</sup> Strasburger Anzeiger, 4.10.1930.

<sup>177</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv (künftig BLHA), Rep. 6B Prenzlau, Nr. 6.

<sup>178</sup> Der Begriff sollte in Abhängigkeit vom Entstehungsdatum der Straßer-Absplitterung 4. Juli 1930 suggerieren, dass diese Gruppierung die heißen Sommertage bis Mitte August nicht überstehen wird.

*zurückgezogen. Kurz darauf auch der Provinziallandtagsabgeordnete Daene. Andere werden folgen...*<sup>179</sup>

Nun, es war klar, dass Dr. Goebbels und Co. das Umfallen Köhns ausschalten würden. Dr. Goebbels aber war die Wahrheit wieder einmal nicht genug. Es gab, und dies hat der Autor mit Hilfe der Kandidatenliste der NSDAP zu den Provinziallandtagswahlen<sup>180</sup> überprüft, keinen Kandidaten namens „Daene“. Und auch keinen Abgeordneten. Nun bliebe die Möglichkeit eines Druckfehlers. Vielleicht „Jaene“? Den gab es. Aber der blieb standhaft in seiner Ablehnung des Hitler-Kurses. Hier liegt eine glatte Lüge vor. Die Angst vor einem Übergreifen dieser Entwicklung muss groß gewesen sein.

Das zuvor erwähnte zusammenfassend, legt sich der Autor nach Abgleich mit den in der Prenzlauer Zeitung vom 19. und 26. November 1929 veröffentlichten Mandatsträgern auf folgende Namen bei den im Juli 1930 aus der NSDAP ausgetretenen Prenzlauer Abgeordneten und Funktionsträgern fest:

- Martin Jaene: Studienrat, NSDAP-Kreisleiter, Abgeordneter der SVV und des Provinziallandtags,
- Robert Weyel: Oberlandesgerichtsrat, Stadtrat,
- Wilhelm Tyron: Kassengehilfe, NSDAP-Ortsgruppenleiter, Abgeordneter der SVV,
- Ludwig Langbrandtner: Techniker, Abgeordneter der SVV,
- Paul Schmidt: Hofinspektor, Abgeordneter der SVV und des Kreistags sowie
- Ernst Sperling: Tischlermeister, Abgeordneter der SVV.

Somit legten insgesamt sechs der wichtigsten Funktionsträger und Abgeordneten der NSDAP in Stadt und Kreis Prenzlau im Juli 1930 schlagartig ihre Mandate nieder. Fünf davon in der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung, jeweils einer im Kreis- und Provinziallandtag und einer das Mandat als Stadtrat der NSDAP. Ob alle der Genannten auch zugleich aus der NSDAP austraten, ist bei Ernst Sperling ungewiss.

Die Prenzlauer NSDAP aber verlor damit gleichzeitig insgesamt acht Mandate! Mit zwei Stadtverordneten in Brandenburg/Havel, einem in

---

<sup>179</sup> Der Angriff, 10.7.1930.

<sup>180</sup> Prenzlauer Zeitung, 5.11.1929, Offizielle Bekanntmachung.

Nauen, sechs Mandatsträgern in Prenzlau sowie den ehemals hochrangigen NSDAP-Funktionären Rudolf Rehm und Wilhelm Korn<sup>181</sup> verließen im ganzen Gau Brandenburg elf funktionstragende Straßer-Anhänger die NSDAP bzw. legten ihr Mandat nieder. Die Prenzlauer unter ihnen machten so allein 54 Prozent aus! Darüber hinaus orientiert uns ein Bericht des Kriminalassistenten Lange von der Abteilung I A des Polizeipräsidiums Berlin vom 15. Oktober 1930 über die wahrscheinlich tatsächliche Gesamtzahl der im Zuge des Aufrufs Otto Straßers aus der NSDAP ausgetretenen Prenzlauer NSDAP-Mitglieder. In seinem Bericht ist von insgesamt ca. 30 Personen in Prenzlau (!) die Rede.<sup>182</sup> Gemessen an den deutschlandweit ca. 800 Straßer-Anhängern,<sup>183</sup> die dem Aufruf Otto Straßers folgten und aus der NSDAP austraten, sind allein 30 Prenzlauer, mithin ca. vier Prozent aller im Juli 1930 deutschlandweit ausgetretenen Hitler-Gegner, keine schlechte Zahl.

### **Gauleitung und Prenzlau NSDAP im Krisenmodus**

Sowohl im Gau als auch auf der Prenzlauer Kreis- und Ortsgruppenebene herrschte in der NSDAP in diesen Tagen zumindest große Hektik. Bereits am 4. Juli erklärte der Brandenburger NSDAP-Gauleiter Holtz, dass der bisherige Gau-Geschäftsführer und stellvertretende Gauleiter Rudolf Rehm abgelöst und aus der NSDAP ausgeschlossen wird. Wahrscheinlich war Rehm wohl bereits selbst ausgetreten. Darüber hinaus erklärte Holtz, dass der „Märkische Beobachter“, ebenfalls ein Blatt des Straßerschen „Kampf-Verlages“, nicht mehr Gau-Organ der NSDAP ist.<sup>184</sup> Allerdings erschien der „Märkische Beobachter“ dennoch mehrere Monate lang weiter und stellte zunächst noch ein wirksames Organ der KGRNS im Regierungsbezirk Potsdam dar.

Am Sonnabend, dem 5. Juli 1930, veranstaltete die NSDAP-Gauleitung Brandenburg, veranlasst durch die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Aufruf Otto Straßers vom 4. Juli 1930, eine außerordentliche Gautagung. Im Nachgang zu dieser Gautagung wurde dann eine „Ergebnheitsadres-

---

<sup>181</sup> Rudolf Rehm war zuvor stellvertretender Gauleiter und NSDAP-Gaugeschäftsführer. Wilhelm Korn leitete zuvor die NSDAP-Führerschulen im Gau Brandenburg.

<sup>182</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1100, Blatt 309.

<sup>183</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 46.

<sup>184</sup> Der Angriff, 6.7.1930.

se“ an Adolf Hitler verfasst und beginnend mit „Der Angriff“ vom 10. Juli 1930 in mehreren NSDAP-Gazetten veröffentlicht.

In Prenzlau selbst fand, und dies allein ist bereits noch ungewöhnlicher und bemerkenswerter als die außerplanmäßige Gautagung, ebenfalls am 5. Juli 1930 die schon erwähnte „Generalmitgliederversammlung“ der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau statt. Unter Leitung des von der Gauleitung beauftragten „Pg“ Dr. Decker hatte dabei angeblich auch der ehemalige Kreisleiter Martin Jaene Redezeit. In der hitlertreuen Presse endete diese Versammlung natürlich mit einem glühenden Treuebekenntnis zu Adolf Hitler.<sup>185</sup>

Bereits eine Woche später, am 12. Juli 1930, findet die nächste Mitgliederversammlung der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau, der mit Wilhelm Tyron ja auch der bisherige Ortsgruppenleiter abhandengekommen war, statt. Erneut spricht im Auftrag der Gauleitung jener „Pg“ Dr. Decker. Soweit die kolportierten Verläufe der Versammlung zutreffen, wiederholte Decker die allgemeinen Plattheiten und Verdrehungen im Zusammenhang mit dem Austritt (in Hitler-Diktion „Ausschluss“) des Straßer-Flügels. Laut Decker, und dies war eine plumpe Wiederholung des Originaltons Adolf Hitlers, hätte sich ein kleiner Literatenkreis um Dr. Otto Straßer, getrieben von maßlosem Ehrgeiz, von der Partei abgesplittert.<sup>186</sup> Fast die gleichen Worte wählte Hitler nach dem Attentat vom 20. Juli 1944. Welch eine Spracharmut!

Am 20. Juli 1930, so meldete es „Der Angriff“, sollte in den Hindenburghallen eine lang geplante Kreistagung der NSDAP Prenzlau stattfinden.<sup>187</sup> Erscheinen sollten alle Ortsgruppen- und Stützpunktleiter, dazu Kassenwarte und SA-Führer. Dem Autor ist es jedoch nicht gelungen, den geringsten publizistischen Beleg für das tatsächliche Stattfinden dieser Veranstaltung zu finden. Offenbar ist diese angekündigte Kreistagung im Kreis Prenzlau ausgefallen. Auch ein Beleg für die krisenhafte Situation. Dennoch ging der Prenzlauer Veranstaltungsreigen auf Ortsgruppenebene weiter. Am 7. August 1930 fand erneut eine öffentliche Versammlung der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau in den Hindenburghallen statt. Es sprach „Pg“ Heermann aus Oranienburg.<sup>188</sup> Bereits am 20. August die nächste

<sup>185</sup> Uckermärkischer Kurier, 9.7.1930.

<sup>186</sup> Uckermärkischer Kurier, 13.7.1930.

<sup>187</sup> Der Angriff, 13.7.1930.

<sup>188</sup> Uckermärkischer Kurier, 8.8.1930.

Versammlung im Krisenmodus. Eine geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau in den Hindenburghallen,<sup>189</sup> wo zwei Tage später Gauleiter Holtz selbst im Rahmen einer großen, öffentlichen NSDAP-Versammlung auftrat. Er referierte zum Thema „Macht ein Ende, neue Männer braucht das Land“.<sup>190</sup> Hierbei handelte es sich jedoch auch schon um eine Wahlveranstaltung im Kontext der für den 14. September 1930 angesetzten Reichstagswahlen. Offenbar fanden auf dieser Veranstaltung den NSDAP-Oberen unliebsame Diskussionen statt. Am 24. August nämlich bringt der „Uckermärkische Kurier“ einen aus NSDAP-Feder stammenden Bericht über diese Versammlung. Ungewöhnlicher Weise erklärt die Schriftleitung des „Uckermärkischer Kurier“ unter diesem offenbar geschönten Bericht, dass sie sich *„nicht damit identisch“* erklärt.<sup>191</sup>

Soweit zu diesen am Veranstaltungsmarathon ablesbaren Krisenerscheinungen.

### **Die NSDAP als Krisengewinnler**

Mit dieser Überschrift soll keine Assoziation dahin gehend geweckt werden, dass sich die Prenzlauer NSDAP etwa wie einst Baron v. Münchhausen am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zog. Nein, das wäre völlig falsch. Natürlich gab es zunächst innere Konsolidierungsbemühungen. In deren Ergebnis fand die NSDAP Ersatz für den vakanten Posten des Kreisleiters in Landwirt Wilhelm Dieckmann Junior aus Butterholz bei Brüssow. Dieckmann Junior war der NSDAP gemeinsam mit seinem Vater, dem Butterholzer Gutsbesitzer Wilhelm Dieckmann Senior, am 1. Mai 1928 beigetreten. Mit gleichem Datum entstand im nahen Brüssow überhaupt erst eine NSDAP-Ortsgruppe. Unter anderem seinem Wirken und dem seines Vaters war es wohl zuzuschreiben, dass diese NSDAP-Ortsgruppe schon bei den Kommunal-, Kreistags- und Provinziallandtagswahlen vom 17. November 1929 spürbare Erfolge erreichen konnte. Immerhin errangen sie einen von elf Sitzen in der Brüssower Stadtverordnetenversammlung, wurden mit der NSDAP zweitstärkste Partei bei den Kreistagswahlen

---

<sup>189</sup> Uckermärkischer Kurier, 20.8.1930, Inserat.

<sup>190</sup> Uckermärkischer Kurier, 21.8.1930, Inserat.

<sup>191</sup> Uckermärkischer Kurier, 24.8.1930.



in Brüssow und drittstärkste Partei bei den dortigen Wahlen zum Provinziallandtag.<sup>192</sup> Der 1901 geborene Wilhelm Dieckmann Junior blieb bis in das Jahr 1934 NSDAP-Kreisleiter des Kreises Prenzlau und wirkte anschließend ein Jahr als Prenzlauer NSDAP-Kreisbauernführer bevor er im April 1935 in die Gauleitung des NSDAP-Gaues Kurmark wechselte.<sup>193</sup> Nachfolger von Wilhelm Tyron als NSDAP-Ortsgruppenleiter von Prenzlau wurde im Sommer 1930 ein „Pg“ Büßer.<sup>194</sup> Bei dem von Rühle Genannten handelte es sich offenbar um den bei den Prenzlauer Stadtverordnetenwahlen vom 12. März 1933 auf Platz 6 erfolgreich und bei den Kreistagswahlen vom gleichen Tag auf NSDAP-Listenplatz Nr. 23 zunächst vergeblich kandidierten späteren Prenzlauer NSDAP-Stadtrat Kulturingenieur Ernst Büßer, damals wohnhaft in der Wittstraße 533 in Prenzlau.<sup>195</sup> Alles andere an „Konsolidierung“ aber lief für die NSDAP eigentlich zunächst ohne großes, eigenes Zutun. Ihr größter Helfer war die 1929 bereits voll ausgebrochene Weltwirtschaftskrise, die in jenem Deutschland der „Weimarer Republik“ von einer latenten Staatskrise begleitet wurde. Die Wirtschaftskrise grassierte ungehemmt parallel zum geschilderten Treiben. Am 6. Juli 1931 wurde vom Reichspräsidenten die „Zweite Notverordnung zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen“ erlassen. Invaliden und Kriegsversehrte erhielten niedrigere Renten, die Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung wurden durchschnittlich um zehn bis 12 Prozent gesenkt. Damit minderten sich automatisch auch die Sätze der Krisenfürsorge – des Auffangnetzes, in das Erwerbslose fielen, wenn sie, abhängig von der Arbeitsmarktlage, nach Ablauf von 26 bis 39 Wochen aus der Hauptunterstützung „ausgesteuert“ wurden. Gleichzeitig sah diese Notverordnung eine neue Krisensteuer vor, die als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer erhoben wurde. Die Rückerstattung von zu viel gezahlter Lohnsteuer entfiel. Beamte und Angestellte mussten erneut Gehaltskürzungen in Höhe von vier bis acht Prozent hinnehmen.<sup>196</sup> Der Autor war doch erschüttert, wie sehr sich in den regionalen Zeitungen jener Zeit, je mehr man beim Lesen in den Jahren 1929, 1930 oder 1931

---

<sup>192</sup> Prenzlauer Zeitung, 19.11.1929.

<sup>193</sup> BArch Berlin (chem. BDC), NSDAP-Reichskartei, Dieckmann, Wilhelm Junior, 3.5.1901.

<sup>194</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 114.

<sup>195</sup> Uckermärkischer Kurier, 4. und 10.3.1933, Kandidatenlisten der NSDAP zu den Wahlen.

<sup>196</sup> Heinrich August Winkler: Weimar 1918–1933 Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München, 1993, S. 408.

fortschritt, die Meldungen über elendsgetriebene, tragische Selbstmorde im Umland mehrten. So musste beispielsweise der „Strasburger Anzeiger“ allein am 20. Oktober 1932 von fünf (!) vollendeten und einem versuchten Selbstmord aus Not und Ausweglosigkeit in der Region Brandenburg bzw. Pommern berichten. Bereits zwei Tage später berichtete dasselbe Blatt von einem erneuten, ebenfalls in wirtschaftlicher Ausweglosigkeit begründeten Selbstmord eines in der Region beheimateten Schneidermeisters. Vor dem Hintergrund der extremen Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage sind solche Meldungen leider wenig verwunderlich. Bereits am 31.3.1931 verzeichnete das Prenzlauer Wohnungsamt beispielsweise 709 Personen als Wohnungssuchende bzw. Obdachlose. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtete am 23.4.1931 zur sozialen Lage in der Stadt Prenzlau folgendes: Etwa 38 Prozent der Einwohner lebten von öffentlicher Unterstützung. Alle vier Prenzlauer Eisengießereien und die Zuckerfabrik mit ehemals 700 Beschäftigten lagen still, tausende Arbeitslose in der Stadt. Und im Verwaltungsbericht der Stadt Prenzlau wird für diese Zeit gar davon gesprochen, dass die Hälfte der Einwohnerschaft von Arbeitslosigkeit betroffen war.<sup>197</sup>

In einer solchen Konstellation wurden allein schon Protest und Hoffnungslosigkeit zum besten Wahlhelfer der NSDAP bei den wichtigen Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Deren Ergebnisse für den Kreis Prenzlau kann der interessierte Leser im Abschnitt „Die überdurchschnittlichen Reichstagswahlergebnisse der NSDAP im Kreis – ein erster Erklärungsversuch“ oder detailliert als Dokument 10 im Anhang dieses Buches finden.

Trotz der sie erschütternden Ereignisse vom Juli 1930 und der damit einhergehenden internen Krise gelang der NSDAP so ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis in Kreis und Stadt Prenzlau. Und dies quasi im Selbstlauf. In der Stadt Prenzlau wurde sie mit 28,0 Prozent der abgegebenen Stimmen stärkste Kraft. Noch eindrucksvoller ist ihr Ergebnis in der kleinsten Stadt des Kreises, in Brüssow. Hier entfielen gar 35,3 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die NSDAP. Aus noch unbekanntem Gründen konnte diese Partei ihr Ergebnis in einigen Dörfern des Kreises Prenzlau in noch weitaus größere Höhen schrauben. 41,0 Prozent der abgegebenen Stimmen in Bergholz entfielen bei der Reichstagswahl am

---

<sup>197</sup> Schmidt: Prenzlau (wie Anm. 4), S. 242–245.

14. September 1930 auf die NSDAP, in Schapow waren es 47,3 Prozent und in Trebenow sogar unglaubliche 70,7 Prozent! Dies aber war für die Dörfer und Landgemeinden nicht typisch. Im Kreis Prenzlau erreichte die NSDAP bei dieser Wahl ein Ergebnis von 28,6 Prozent der abgegebenen Stimmen.<sup>198</sup> Das ist überraschend, eher schon erschreckend hoch, gemessen am deutschlandweit erreichten Stimmenanteil von vergleichsweise noch geringen 18,3 Prozent.<sup>199</sup> Fast schon ein "Lichtblick" dagegen das Ergebnis dieser Wahlen in der zweitgrößten Stadt des Kreises, in Strasburg (Um.). Hier erreichte die NSDAP selbst mit nur einer einzigen dort durchgeführten Wahlveranstaltung einen Anteil von 25,4 Prozent. Stärkste Partei aber wurde mit 27,3 Prozent der abgegebenen Stimmen noch einmal die KPD. Damit war Strasburg im September 1930 gewissermaßen ein "Wahlexot" in Kreis und Umland. Und dies trotz des geschilderten, nicht geringen Einflusses der Junker und Gutsbesitzer. Die DNVP errang hier nur den 3. Platz, gefolgt von der SPD als viertstärkster Kraft in Strasburg. Insgesamt aber bescherte dann allein schon das beeindruckende Wahlergebnis der NSDAP deutschlandweit und natürlich auch im Kreis Prenzlau weiteren Zulauf. Dies war so ausgeprägt, dass in der NSDAP dafür selbst der Begriff der "September-Nationalsozialisten" geprägt wurde. Diese jedoch hatten gewiss keinerlei Ähnlichkeit mehr mit jenen "frühen" Mitgliedern unter denen sich so mancher Sozialrevolutionär vom Schläge Wilhelm Tyrons befand. Es waren nun, zumindest in der Mehrzahl, entschiedene Hitler-Anhänger. Die personellen Verluste durch die Abspaltung der Straßer-Anhänger konnte die Prenzlauer NSDAP so jedenfalls in kurzer Zeit mehr als nur ausgleichen.

Deutlich wird dies erneut anhand eines detaillierten Spitzelberichtes des Außendienstes der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums vom 15. Oktober 1930. Der Kriminalassistent Lange erfasste hier leider zunächst nur elf Ortsgruppen, doch allein diese machen nun bereits 723 NSDAP-Mitglieder für den Kreis Prenzlau aus. Dominant erneut die Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe, nunmehr im Oktober 1930 mit bereits 400 Mitgliedern. Fügen wir die von Lange unbeachteten, von seinem Kollegen im August 1930 aber berücksichtigten weiteren drei Ortsgrup-

---

<sup>198</sup> Eigene Berechnungen nach den im Strasburger Anzeiger vom 17.9.1930 veröffentlichten Ergebnissen im Kreis Prenzlau.

<sup>199</sup> [www.bundestag.de/reichstagswahlergebnisse](http://www.bundestag.de/reichstagswahlergebnisse), Zugriff 17.3.2017.

pen in ihrer damaligen Personalstärke hinzu, so ergibt sich eine Zahl von 796 NSDAP-Mitgliedern im Kreis. Nachfolgend eine Gegenüberstellung der Detailergebnisse beider Berichte von August und 15. Oktober 1930 unter Darstellung der benannten, jeweiligen Ortsgruppenleiter:

Ort	Mitglieder, 1.8.1930 (1)	Mitglieder, 15.10.1930 (2)	Ortsgruppenleiter
Baumgarten	20	25	Landwirt Otto Schubel
Bergholz	14	18	Hofbesitzer Paul Völker
Blindow (5)	15 (6)	15 (6)	Landwirt Helmuth Radecke
Brüssow	34	60	Wilhelm Dieckmann Senior
Fahrenwalde	26	30	Hofbesitzer Karl Schilling
Fürstenwerder	20	35	Landwirt Felix Abele
Papendorf- Brietzig	20	25	Hofbesitzer Paul Bandelow
Prenzlau	330	400	Kaufmann Rudolf Hellmuth(7)
Röpersdorf	16	20	Landwirt Wilhelm Schröder
Rossow	45	50	Landwirt Richard Lefevre
Strasburg (Uckerm.)	33	o.A. (38 (3))	Schneider Erich Präpfrock
Trebenow	32	35	Hofbesitzer Karl Fulbrecht
Wollin	20	o.A. (20 (4))	Landwirt Emil Lehmann
<b>Summe Kreis</b>	646	796	

*Tabelle 1: Übersicht über erfasste NSDAP-Ortsgruppen, deren Stärke und Leiter auf dem Territorium des Kreises Prenzlau im August und Oktober 1930*

Quelle bzw. Erläuterung zur Gegenüberstellung der Mitgliederstärken August und 15. Oktober 1930 sowie der Ortsgruppenleiter:

- (1) BLHA Rep 2 A I Pol. 1035, Blatt 59 Rückseite,
- (2) BLHA Rep 2 A I Pol. 1100, Blatt 310,
- (3) Mitgliederangabe von August 1929,
- (4) Mitgliederangabe von August 1930,
- (5) BLHA Rep 2 A I Pol. 1098, Blatt 305,
- (6) Mitgliederangabe von August 1929,
- (7) Prenzlauer Ortsgruppenleiter nach dem NSDAP-Parteiaustritt seines Vorgängers Wilhelm Tyron im Juli 1930 wurde kurzzeitig der Kulturingenieur Ernst Büsser. Im Oktober 1930 übte vorübergehend der Kaufmann Rudolf Hellmuth diese Funktion innerhalb der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe aus.

Ruft man sich die gezeigte Situation im August 1929 noch einmal in Erinnerung, so waren im Bereich des Kreises Prenzlau seinerzeit 200 bis 250 NSDAP-Mitglieder in fünf Ortsgruppen organisiert. Nur ein Jahr später waren es bereits 646 Mitglieder in 14 Ortsgruppen. Nach den für die NSDAP im Kreis Prenzlau so erfolgreichen Reichstagswahlen vom 14.9.1930 verfügte die NSDAP-Kreisorganisation Prenzlau nunmehr ungeachtet des austrittsbedingten Verlustes von ca. 30 Mitgliedern im Juli 1930 über mindestens 796 Mitglieder. Anders ausgedrückt, die Mitgliederzahl der NSDAP auf Kreisebene wuchs von August 1929 bis Oktober 1930 um deutliche 218,4 Prozent. Allein im Zeitraum August bis Oktober 1930 betrug der Mitgliederzuwachs der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau 21,2 Prozent während die Zahl der NSDAP-Mitglieder auf Kreisebene im gleichen Zeitraum gar um 23,2 Prozent wuchs. Der Zulauf zur Hitler-Partei im Kreis Prenzlau war also auf dem Lande noch stärker ausgeprägt als in Prenzlau selbst. Noch deutlicher fällt dieser Unterschied beim Vergleich des Mitgliederwachstums auf Kreisebene mit dem in der Stadt Prenzlau im Zeitraum August 1929 bis Oktober 1930 ins Auge. Für die Stadt Prenzlau ergibt sich hier ein Wachstum der Ortsgruppenmitglieder um 166,7 Prozent. Dem stehen die bereits genannten 218,4 Prozent auf Kreisebene gegenüber. Dieses Phänomen ist dabei für spätere Überlegungen zu den überdurchschnittlichen Wahlergebnissen der NSDAP im Kreis Prenzlau nicht bedeutungslos.

Unberücksichtigt sind dabei zudem die in manchem Dorf bereits existenten NSDAP-Stützpunkte. Stützpunkte errichtete die NSDAP meist auf dem Lande. Die ihnen angehörenden Mitglieder waren dabei oft auf die umliegenden Dörfer verteilt. Die für die Bildung eines Stützpunktes erforderliche Zahl an Mitgliedern unterlag gemäß den wechselnden Satzungen der NSDAP im Laufe der Zeit Schwankungen. Für diese frühen Jahre können wir von einer Mindeststärke von ca. fünf bis zehn NSDAP-Mitgliedern pro Stützpunkt ausgehen. In späteren Jahren nach 1933 erlangten Parteigruppen in ländlichen Gebieten dann einen Status als Stützpunkt, wenn sie weniger als 51 Mitglieder umfassten.<sup>200</sup> Im Jahre 1941 wurden die Stützpunkte als ländliche NSDAP-Struktur abgeschafft. Aber dies waren erneut Vorgriffe auf die spätere Entwicklung. Diese Stützpunkte jedenfalls wurden von den Spitzel-Berichten meist nicht erfasst. Der Autor entdeckte jedoch bei der Auswertung des zentralen NSDAP-Blattes „Völkischer Beobachter“ (VB) für das erste Vierteljahr 1929 NSDAP-Stützpunkte in Falkenhagen (VB, 19.1.1929), Lübbenow (VB, 18.1.1929), Milow (VB, 25.2.1929), Bandelow (VB, 13.2.1929) und Blumenhagen (VB, 28.2.1929). Auch in Hindenburg soll zu der Zeit bereits ein Stützpunkt bestanden haben.

Der Schock über die Abkehr von der Hitler-Fraktion durch die Prenzlauer Anhänger Otto Straßers aber blieb ungeachtet der gezeigten Erfolge in den Knochen der örtlichen Funktionäre sitzen. Auch die organisatorische Weiterarbeit der NSDAP besonders in Prenzlau selbst blieb offenbar noch eine geraume Zeit sehr holprig. Ablesbar ist dies u.a. an der vergleichsweise kurzen „Halbwertszeit“ der unmittelbaren Nachfolger des im Juli 1930 ebenfalls die NSDAP verlassenden damaligen Prenzlauer Ortsgruppenleiters Wilhelm Tyron. Der Chronist des kurmärkischen NS-Gaues Gerd Rühle nennt, wie bereits erwähnt, einen „Pg“ Büßer genannten und nun als Kulturingenieur Ernst Büsser identifizierten, als unmittelbaren Nachfolger. Büsser jedoch kann maximal zwei Monate als Ortsgruppenleiter amtiert haben. Schon der vom Kriminalassistenten Lange am 15. Oktober 1930 verfasste Bericht der politischen Polizei spricht vom Kaufmann Rudolf Hellmuth als damaligem Prenzlauer Ortsgruppenleiter. Sein Bericht räumt auch Hellmuth keine lange Verweildauer in dieser Position

---

<sup>200</sup> Peter Diehl-Thiele: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945. München 1969, S. 163.

ein. Wörtlich heißt es hier: „Die Tätigkeit der Ortsgruppe [Prenzlau] ist seit dem Austritt ... nicht mehr so intensiv, wie vor der Absplitterung. Außerdem soll auch der jetzige Ortsgruppenleiter nicht die richtige Führungsperson sein. Mit der Neuwahl des Vorstandes dürfte bald zu rechnen sein.“<sup>201</sup> Nun, diese „Neuwahl“ bescherte der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe dann den Major a.D. Paul Martin und damit eine gewisse Kontinuität.

Der bisherige Gauleiter Emil Holtz wurde dann laut dem bereits des Öfteren zitierten Gau-Chronisten Rühle am 18. Oktober 1930 offiziell durch seinen bisherigen Stellvertreter Dr. Schlange abgelöst.<sup>202</sup> Hitler selbst hat Schlanges Ernennung, die zunächst nur kommissarisch erfolgte, gemäß einer Mitteilung in seinem Sprachrohr „Völkischer Beobachter“ vom 25.10.1930 erst am 22. Oktober 1930 unterzeichnet. Offiziell aus gesundheitlichen Gründen hatte Emil Holtz gemäß dieser Mitteilung um Enthebung vom Posten des Gauleiters gebeten. In Wirklichkeit gaben einige gravierende unpolitische Verfehlungen, nicht zuletzt sexueller Natur, gepaart mit Urkundenfälschungen, der Führung der NSDAP um Adolf Hitler willkommene Gelegenheit zur Ablösung ihres auch wegen gravierender Defizite in der organisatorischen Arbeit ungeliebten Brandenburger Gauleiters. Er gab sogar sein kürzlich gewonnenes Reichstagsmandat zurück<sup>203</sup> und trat aus der NSDAP aus. So hatten die von Holtz seinerzeit durchgeführten Säuberungsversuche der Kreisorganisation und Ortsgruppe Prenzlau von Anhängern Otto Straßers, dem er einst nicht ablehnend gegenüberstand, ihm selbst nichts genutzt.



Abb. 32: Emil Holtz, Gauleiter Brandenburg von Oktober 1928 bis September 1930

<sup>201</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1100, Blatt 309.

<sup>202</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 101.

<sup>203</sup> BArch Berlin NS 22/1046, Schreiben Orga. Abt. I der NSDAP an W. Dieckmann vom 10.10.1930.

D.		Mitglied Nr. 11651		Vor- und Zuname <i>Holtz Emil</i>	
Geboren <i>25.5.93</i>	Ort	Wohnung			
Beruf <i>Glaserhülft.</i>	Ledig, verheiratet, verw.	Ortsgr.		Gau	
Eingetreten <i>29.7.35</i>		Wohnung			
Ausgetreten <i>30.9.36 H. C. F. H. v. 1936</i>		Ortsgr.		Gau	
Wiedereingetr.		Wohnung			
<i>1936 302</i>	<i>Berlin Charlottenbg.</i>	Ortsgr.		Gau	
Wohnung <i>Berlin Friedrichstr. 21</i>		Ortsgr.		Gau	
Ortsgr. <i>Berlin</i>	Gau <i>Berlin</i>	Ortsgr.		Gau	
Wohnung		Wohnung			
Ortsgr.	Gau	Ortsgr.		Gau	

Abb. 33:  
NSDAP-Mitglieder-  
karteikarte für  
Emil Holtz

Holtz' weiteres Schicksal ist im Übrigen, einschließlich seines Todesdatums, noch immer weitgehend ungeklärt. Im Zuge von Holtz' Ablösung kam es zu Streitereien innerhalb der Brandenburger Gauorganisation. Der neu ernannte Kreisleiter Wilhelm Diekmann Junior und der Kreisorganisationsleiter der NSDAP Prenzlau sowie der Führer des Prenzlauer SA-Sturms 32 bezogen dabei in einem gemeinsamen Schreiben Stellung für Emil Holtz. Ebenso der damalige Vorsitzende der NSDAP-Fraktion im Prenzlauer Kreistag,<sup>204</sup> Wilhelm Dieckmann Senior.<sup>205</sup>



Abb. 34: Wilhelm Diekmann  
Junior, NSDAP-Kreisleiter  
Prenzlau 1930 bis 1934



Abb. 35: Wilhelm Dieckmann  
Senior, Besitzer von Gut  
Butterholz, Leiter der  
NSDAP-Ortsgruppe Brüssow  
und Fraktionsvorsitzender  
im Prenzlauer Kreistag bis  
zu seinem Tod Ende Oktober  
1933.

Die Prenzlauer Unterstützer ahnten hingegen nicht, dass zum Zeitpunkt ihres Schreibens, dem 7. Oktober 1930, Emil Holtz nicht einmal mehr

<sup>204</sup> BArch Berlin NS 22/1046, NSDAP-Kreisleitung Prenzlau an Reichsleitung vom 7.10.1930.

<sup>205</sup> Der Gutsbesitzer Dieckmann wurde am 6.3.1863 geboren und starb am 30.10.1933. Vgl. BArch Berlin (ehem. BDC), NSDAP-Reichskartei, Dieckmann, Wilhelm Senior, 6.3.1863.



Mitglied der NSDAP war. Bereits für den 30. September 1930 ist in seiner NSDAP-Mitgliederkarteikarte der Parteiaustritt vermerkt.<sup>206</sup> Durchsetzen hätten sich die Holtz-Unterstützer ohnehin nicht können. Die Holtz vorgeworfenen Verfehlungen, u.a. Sittlichkeitsvergehen, wogen zu schwer bzw. wurden von der NSDAP-Reichsleitung zu gern zum Anlass seiner Ablösung genommen.

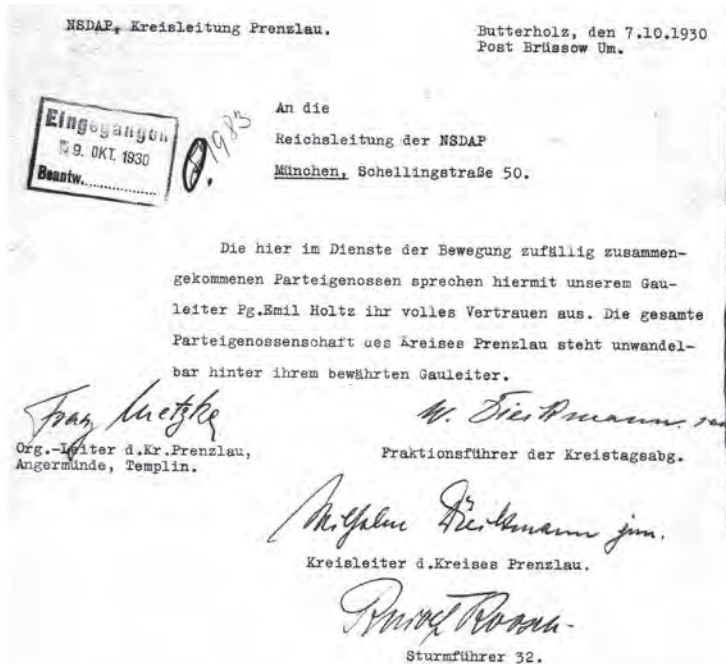


Abb. 36: Vertrauensbekundung der Führung der Prenzlauer NSDAP für Emil Holtz

An dieser Stelle möchte der Autor darauf aufmerksam machen, dass sich auch hinsichtlich des Zeitpunktes der Ablösung des Gauleiters Holtz im World Wide Web unrichtige Darstellungen eingemischt haben. U.a. im Wikipedia-Artikel zum Gau Brandenburg (Stand 20.1.2017) und in der Übersicht der NSDAP-Gaue, Gauleiter usw. auf [www.zukunft-braucht-erinnerung.de](http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de) (Stand 20.1.2017) tauchen Darstellungen auf, wonach Holtz

<sup>206</sup> BArch Berlin (ehem. BDC), NSDAP-Reichskartei, Holtz, Emil, 25.5.1873.

erst 1932 seinen Posten verlor. Diese Darstellungen sind, wie auch das nachfolgende Dokument (ein Schreiben der NSDAP-Abteilung Mitgliedschaftswesen der Gauleitung Berlin an den NSDAP-Reichsschatzmeister vom 3. November 1941) zeigt, bedauerlicherweise unrichtig.<sup>207</sup>


11.11.41  
5

## Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung Berlin

**Gauleitung Berlin:**  
Berlin W 9, Hermann-Göring-Str. 14  
Telefon: Gausnummer 11 00 29  
Postfach: Sittlerbelegung  
Postfach: NSDAP-Gau Berlin  
Berlin Str. 455 63  
Jah. Ortsgruppen und Kreise:  
Märkische Stadtband, Ortschaft 2, Rosa-Str. 2260

**Präsidium des Gauers: 'Der Angriff'**  
Verkehrsleite:  
Franz Peter Nacht, O. u. S. S.  
Berlin W 288, Zimmerstraße 88  
Telefon:  
Gausnummer 11 00 22



**Gauschatzmeister**      8. Nov 1941

**Mitgliedschaftswesen**

Uftragsnr.: M.II.BS/Wi. 40/10.41  
(unterliegt Ansuchen)

Ihr Zch.: K Va Schn/K.

Betr.: Mitgliedschaft des  
Pg. Emil Holtz, geb.:  
25.5.73, wohnhaft:  
Berlin-Charlottenburg,  
Fritschestr. 21  
Mitgl.Nr. 11 651

6. NOV 1941  
Berlin W 9, den 3. November 1941  
Hermann-Göring-Str. 14

An die  
Reichsleitung der NSDAP  
Reichsschatzmeister

München 33


Auf Grund Ihres Schreibens vom 6.8.1941 habe ich die Mitgliedschaft des Parteigenossen Holtz einer Nachprüfung unterzogen und dabei folgendes festgestellt:


Parteigenosse Holtz wurde unter der oben angegebenen Anschrift am 29.7.1925 und der obigen Mitgliedsnummer Mitglied der NSDAP in Berlin. Am 18.12.1928 wurde er laut Eintragung in der hiesigen Gaukartei zum damaligen Gau Brandenburg überwiesen und gelangte hier seitdem nicht wieder zur Anmeldung. Auf Rückfrage teilt der Gauschatzmeister der Gauleitung Mark Brandenburg mit, dass Parteigenosse Holtz dort nicht als Mitglied geführt wird. Da der Genannte auch in seiner Wohnortsgruppe in Berlin nicht gemeldet ist, habe ich den Parteigenossen Holtz persönlich vorgeladen. An Hand von Unterlagen konnte festgestellt werden, dass Parteigenosse Holtz der ehemalige Gauleiter der alten Gauleitung Brandenburg ist. Er gibt an, sich Ende des Jahres 1930 wegen Differenzen mit der Parteiführung von der Parteilarbeit zurückgezogen zu haben. Seit dieser Zeit habe er keine Bindungen mehr mit der NSDAP.

Das beigelegte Mitgliedsbuch, welches eine Beitragszahlung bis einschli. September 1930 nachweist, wurde eingezogen. Das herausgetrennte Bild wurde von dem Parteigenossen Holtz nach seinen Angaben für andere Zwecke benötigt.

Ich stelle anheim die Mitgliedschaft des Parteigenossen Holtz den Feststellungen entsprechend zu löschen.

Heil Hitler!

  
 ( De Mars )  
 Gauschatzmeister.



12.11.41

Kartendruckermeister fallen bei allen parteiamtlichen Schreiben fort!

Abb. 37: Schreiben des NSDAP-Gauschatzmeisters Berlin zu Emil Holtz.

<sup>207</sup> BArch Berlin, R 9361 II/438392, Parteikorrespondenz, Schreiben Gauschatzmeister zu Emil Holtz vom 3.11.1941.

Tatsächlich wurde Emil Holtz ab Oktober 1930 durch den 1888 auf Gut Schwaneberg im Altkreis Prenzlau geborenen und später zum Doktor der Rechtswissenschaften promovierten Ernst Schlange abgelöst. Schlange hatte, wie bereits erwähnt, als Goebbels' Vorgänger im Zeitraum von Ende März 1925 bis Juni 1926 den damaligen, eher aus einer losen Verbindung einzelner, weniger Ortsgruppen bestehenden Gau Berlin-Brandenburg geführt. Ursprünglich stand auch er Otto Straßer und seinen Ideen mehr als aufgeschlossen gegenüber.



*Abb. 38: Dr. Ernst Schlange, Gauleiter Brandenburg von Oktober 1930 bis März 1933*

### **Die NSDAP im Kreis Prenzlau Ende 1930 bis Anfang 1933 – auf dem Weg zu offener Diktatur und Gewaltherrschaft**

Mit der Einsetzung Ernst Schlanges als Gauleiter Brandenburgs einher gingen rasch einsetzende organisatorische und auch strukturelle Änderungen. Natürlich betrafen diese auch die Prenzlauer NSDAP. Aufschlussreiche Hinweise darauf ließen sich im damaligen Gau-Organ des Gaues Brandenburg der NSDAP „Roter Adler“ finden. Der „Rote Adler“ war, nach dem Vorgänger „Märkischer Beobachter“, kurzzeitiges Brandenburger Gau-Organ. Jenes Blatt „Märkischer Beobachter“, herausgegeben von Otto Straßer, verlor nach dessen Austritt aus der NSDAP im Juli 1930 seinen Status als Gau-Organ. „Roter Adler“ ersetzte ihn und wurde dann 1933, nach Fusion der Gaue Brandenburg und Ostmark zum Gau Kurmark, durch den seitens des künftigen Gauleiters Kube herausgegebenen

„Märkischer Adler“ ersetzt. In den wenigen in Berlin erhaltenen Exemplaren dieser für die Jahre 1931 und 1932 für den Gau Brandenburg maßgeblichen Tageszeitung unter dem Titel „Roter Adler“ ist ersichtlich, dass der neue Gauleiter Schlange bereits kurz nach Amtsantritt im Herbst 1930 die NSDAP-Leitungsstrukturen in seinem Amtsbereich verändert hat. Die Bezirke als Leitungsstruktur, mit der Bildung der Kreise im Januar 1930 entfallen, erlebten eine Renaissance. Allerdings veränderte sich deren hierarchische Stellung. Waren sie zuvor die unmittelbare Leitungsebene für die Ortsgruppen und nur der Gauleitung direkt unterstellt, so müssen sie nun als ein zusätzliches, zwischen Ortsgruppe und Kreisleitung zwischengeschaltetes Organisationsglied verstanden werden. Sie waren den jeweiligen Kreisleitungen direkt unterstellt. Ihr Aufgabenbereich dürfte vorrangig organisatorischen Charakter gehabt haben. Mit der Einführung jener neuen, vorübergehenden Zusatzgliederung, die schrittweise bereits ab Ende Oktober 1930 im Gau Brandenburg erfolgte, ergab sich dann folgende, zeitweilige vertikale Führungsstruktur im Gau Brandenburg: Gau – Kreise – Bezirke – Ortsgruppen bzw. Stützpunkte – Zellen – Blöcke. Zellen und Blöcke waren die untersten Gliederungen der NSDAP und nur in Städten oder großen Landgemeinden vorhanden. Während eine Ortsgruppe in späteren Jahren sogar bis zu 500 Mitglieder umfassen konnte, beschränkte sich der Block als unterste Einheit in den späteren Jahren des Regimes auf 40 bis 60 Haushalte.<sup>208</sup> Diese satzungsbedingten Mitgliedsgrenzen sind auch dafür verantwortlich, dass in der Stadt Prenzlau ab Mitte der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht mehr nur eine sondern am Ende gar drei NSDAP-Ortsgruppen (Mitte, Nord und Süd) nebeneinander bestanden. In der Zeit, die wir hier betrachten, war es aber weiterhin nur eine, wenn auch wachsende, Ortsgruppe. Für den Kreis Prenzlau konnte der Autor bei Auswertung des Zentralorgans der NSDAP „Völkischer Beobachter“ im Zeitraum Oktober bis Dezember 1930 und der nur für den Zeitraum Januar bis März 1931 nutzbaren Exemplare des Gauorganes „Roter Adler“ immerhin drei dieser nun vorübergehend gebildeten NSDAP-Bezirke ausmachen: Prenzlau, Bergholz bei Brüssow und Strasburg.<sup>209</sup> Die Einführung dieser Zusatzgliederung begann im ganzen Gau wie erwähnt erst Ende Oktober 1930. Begonnen

---

<sup>208</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Struktur\\_der\\_NSdap](https://de.wikipedia.org/wiki/Struktur_der_NSdap), Zugriff 31.3.2017.

<sup>209</sup> Roter Adler, 26.2.1931.

wurde damit ausgerechnet im Kreis Prenzlau. Die erste Erwähnung eines dieser neuen Bezirke im Gaubereich war die des „Bezirks Prenzlau“ am 29.10.1930, gefolgt vom „Bezirk Strasburg“ mit Ersterwähnung am 31.10.1930. Am 1.11.1930 erwähnt dann der „Völkischer Beobachter“ den „Bezirk Zehdenick“ als dritten überhaupt.<sup>210</sup> Damit waren diese Gremien wohl für die Organisation der Arbeit um jeweils größere Ortschaften oder Städte in den einzelnen Kreisen herum verantwortlich. Konkretes Leitungspersonal dieser vorübergehenden Gremien vermochte der Autor leider bislang kaum zu identifizieren. Lediglich hinsichtlich des damaligen Bezirksbauernführers für Strasburg (Um.) scheint Klarheit zu bestehen. Nach den schriftlichen Lebenserinnerungen seines Sohnes bekleidete der Trebenower Bauer Walter Fullbrecht diese zeitweilige Funktion.<sup>211</sup> Walter Fullbrecht gehörte dann für die Kreistagswahl vom 12. März 1933 auch zu den Spitzenkandidaten der NSDAP. Darüber hinaus erscheint es wahrscheinlich, dass zumindest in einigen Fällen die Leiter der Ortsgruppen der den Bezirken namensgebenden Orte zugleich in Personalunion den jeweiligen NSDAP-Bezirk leiteten und somit auch für die NSDAP-Mitglieder in kleineren Nachbardörfern organisatorische Verantwortung trugen. Die weiteren vom Autor im Rahmen seiner Auswertung der Gau-Zeitung identifizierten vorübergehenden Bezirke innerhalb des Gau Brandenburg sind für den interessierten Leser im Anhang als Dokument 7 aufgeführt. Mit der reichseinheitlichen Neuorganisation der NSDAP nach den Reichstagswahlen von Juli 1932 dürfte die kurze Zeit des Wirkens dieser Bezirke dann auch im Gau Brandenburg ein Ende gefunden haben. Zu dieser Zeit wurden die Kreise als mittlere Verwaltungseinheit zwischen Gau und Ortsgruppen reichseinheitlich eingeführt.<sup>212</sup> Grundlage bildete eine Weisung des damaligen NSDAP-Reichsorganisationsleiters Gregor Straßer vom 10.6.1932.

Der NSDAP-Kreisleitung Prenzlau waren in dieser Zeit bis Juli 1932 somit die drei Bezirke Prenzlau, Strasburg und Bergholz unterstellt. Gauleiter Schlange beließ es jedoch nicht bei dieser Strukturänderung. Einhergehend mit den stetig wachsenden Mitgliederzahlen erfolgte zeitgleich eine Vertiefung der Leitungsstrukturen der Kreisleitungen. So berichtet

<sup>210</sup> Völkischer Beobachter, 29.10.–1.11.1930.

<sup>211</sup> Rainer Marten: Dorfchronik Trebenow, Lebenserinnerungen Berndt Fullbrecht, Maschinenschrift, unveröffentlicht, o.J., o.O.

<sup>212</sup> Kohl: Quellen zur Geschichte (wie Anm. 17), S. 209.

die Ausgabe der damaligen Gau-Zeitung „Roter Adler“ vom 25. Januar 1931 beispielsweise darüber, dass im Kreis Niederbarnim neue Stellen von Kreissachbearbeitern, Organisations- und Propagandaleitern entstanden. Die Bürokratisierung unter Führung des neuen Gauleiters griff aber noch weiter. Auch in den ohnehin neu geschaffenen Bezirksleitungen gab es bald spezielle Fachberater. Die Fachberater für Landwirtschaft wurden schwerpunktmäßig beispielsweise zur Kreistagung der Prenzlauer NSDAP in Bergholz am 15. Februar 1931 eingeladen.<sup>213</sup> Vorbereitend hatte in der Ausgabe des „Roter Adler“ vom 7. Februar 1931 bereits der Vater des Kreisleiters, Wilhelm Dieckmann Senior, die landwirtschaftlichen Bezirksvertreter der Prenzlauer NSDAP zu einer Beratung für den 8.2.1931 in die Prenzlauer Hindenburg-Hallen eingeladen.

Auf der Reichsebene führte die NSDAP in jenen Tagen die Schaffung neuer Gliederungen fort. Dazu gehörten u.a. die NS-Frauenschaft, die NS-Betriebszellen, die Vereinigung des Mittelstandes oder der NS-Lehrerbund, dessen 1. Reichstagung am 11. und 12. April 1931 in Weimar stattfand. Deren Ziel waren umfassende Durchdringung und Gleichschaltung der Gesellschaft. Spätestens 1932 waren diese „Neuerungen“ dann, wie wir am Beispiel der Strasburger NSDAP bereits sahen und im Rahmen der Prenzlauer NSDAP noch sehen werden, auch in den Ebenen der Kreise angekommen.

Vorerst bildeten für die NSDAP in ländlichen Regionen wie dem Kreis Prenzlau nicht zuletzt die jeweiligen Kreislandbünde Gremien, in denen sie ihren Einfluss auszubauen suchte. Wie erfolgreich dies vorangetrieben wurde, zeigt eine Tagung des Landbundes des Kreises Prenzlau am 10. Februar 1931. Als Gast war hier der damalige Präsident des Reichslandbundes Eberhard Graf von Kalkreuth zugegen. Dieser erklärte am Rande jener Tagung, dass er sich freuen würde, wenn recht viele Bauern der NSDAP beitreten. Die Zeitung „Roter Adler“ vom 19.2.1931 berichtete groß und mit Freude darüber. Nicht wenige Bauern im Kreis Prenzlau verhielten sich leider bald gemäß dieses Wunsches. Die Ausbreitung der NSDAP schritt nun in den ländlichen Teilen des Kreises besonders voran. Exemplarisch sei die Herausbildung einer NSDAP-Ortsgruppe in Schmarsow<sup>214</sup> genannt oder erstmalige Propaganda-Veranstaltungen der

---

<sup>213</sup> Roter Adler, 11.2.1931.

<sup>214</sup> Roter Adler, 3.3.1931.

Prenzlauer NSDAP in Klein Luckow und Groß Luckow. Beide Veranstaltungen, auf denen ein „Pg“ Kayser sprach, fanden nach einer Ankündigung im Gau-Organ „Roter Adler“ vom Vortag dann am 15. März 1931 statt. Aber auch in Prenzlau selbst festigte die NSDAP ihre Infrastruktur. Mittlerweile existierte sogar eine spezielle NSDAP-Verkaufsstelle in der Königstraße 164, im Parteijargon „Brauner Laden“ genannt.



Abb. 39: Annonce der NSDAP-Verkaufsstelle Prenzlau 1931 in „Roter Adler“

Während in der Stadt Prenzlau der Gasthof „Zum goldenen Stern“ mit seinem Inhaber „Pg“ Schimmelpfennig sich mit regelmäßigen Annoncen im Gau-Organ als „Treffpunkt aller Nationalsozialisten in Prenzlau“ empfahl, scheint in Brüssow der Gasthof Lück, zuvor auch bekannt als „Deutscher Kaiser“, in jenen Tagen das NSDAP-Parteilokal der Wahl gewesen zu sein.

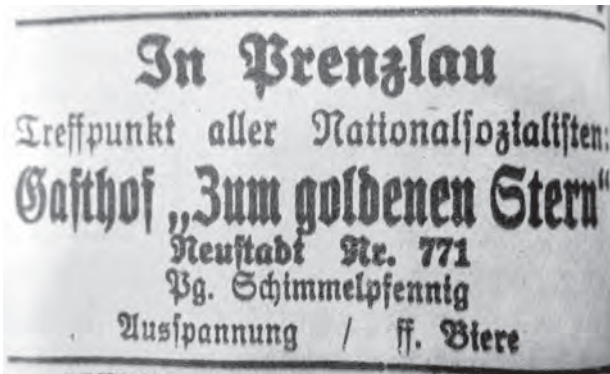


Abb. 40a: Annonce des Gasthofes „Zum goldenen Stern“ 1931 in „Roter Adler“



Abb. 40b: Foto des Gasthofes „Zum goldenen Stern“ um 1935

Im erwähnten Brüssower Lokal Lück sprach am 1. Februar 1931 der im Amt noch recht neue Gauleiter Schlange in einer zweistündigen Rede zu ca. 250 „Volksgenossen“, unter denen angeblich auch KPD-Mitglieder aus Prenzlau waren.<sup>215</sup> Ausgerechnet an gleichem Ort trat nur wenig später, am 14. März 1931, ein Hitler-Anhänger auf, der eigentlich des Gauleiters große Stütze sein sollte. Es handelte sich um den NSDAP-Reichstagsabgeordneten und Organisationsleiter des Gau Brandenburg, Josef („Seff“) Schönwälder. Der Bayer Schönwälder war Schlange seitens der Münchner Parteizentrale an die Seite gestellt worden. Statt als Hilfe erwies er sich jedoch zunehmend als Schlanges Gegenspieler und besaß einen nicht geringen Anteil daran, dass Gauleiter Schlange dann am 16. März 1933 insbesondere im Streit über Parteistrukturen von Hitler seines Amtes enthoben wurde. Seine Position als Gauleiter nahm kommissarisch bis zur Fusion des Gau Brandenburg mit dem Gau Ostmark zum Gau Kurmark per Verfügung Adolf Hitlers vom 21. April 1933 und der damit verbundenen Amtsübernahme durch Wilhelm Kube der damalige Gaugeschäftsführer Erich Schmiedicke wahr.<sup>216</sup> Aber dies greift der Entwicklung wieder einmal voraus.

<sup>215</sup> Roter Adler, 5.2.1931.

<sup>216</sup> Kristina Hübner/Wolfgang Rose: Der brandenburgische NS-Gau – Eine Bestandsaufnahme. in: Jürgen John/Horst Möller, Thomas Schaarschmidt (Hgg.): Die NS-Gaue Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007, S. 269–273.





*Abb. 41: Das Brüssower NSDAP-Parteilokal Gasthof Lück (hier noch als „Schwalbes Restaurant“), vormals „Deutscher Kaiser“*

Am 29. März 1931 fand eine erneute Kreistagung der NSDAP, wiederum in den Hindenburg-Hallen, statt. Dies berichtete das Gau-Organ „Roter Adler“ vorab am 21.03.1931.

Bald darauf, am 7. April 1931, erließ der Oberpräsident der Provinz Brandenburg ein Verbot des Tragens von Uniformen der NSDAP und ihrer Gliederungen. Dieses wurde zwar recht akribisch überwacht, änderte an der Ausbreitung der NSDAP selbst aber wenig. Am 10. Dezember 1931 wurde dieses Verbot dann wieder formal aufgehoben, nachdem bereits am 8. Dezember 1931 per Notverordnung ein nun reichsweites Uniformverbot verhängt worden war. Und diesmal für alle politischen Gruppierungen.<sup>217</sup> Dies geht aus einem Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 28.12.1931 hervor.<sup>218</sup> Und auch dieses Uniformverbot blieb weitgehend wirkungslos. Aufmärsche fanden dann eben in schwarzer Hose und weißem Hemd statt. Aber sie fanden weiterhin statt!

---

<sup>217</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1102, Blatt 112.

<sup>218</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1102, Blatt 178.



*Abb. 42: „Trotz Verbot nicht Tod.“ So hieß es in diesen Kreisen. SA-Leute in weißem Hemd und dunkler Hose während des Uniformverbotes zwischen 1930 und 1932 auf dem Brüssower Marktplatz*

Der Reigen dieser untauglichen Abwehrversuche des Staates hatte bereits früher eingesetzt. Ein ähnliches Verbot mit ähnlicher „Wirkung“ war u.a. schon am 11.6.1930 mit Erlass des preußischen Ministeriums des Innern verhängt worden. Mit schärferem Schwert erfolgte ein weiterer Versuch am 13. April 1932. Mit einer Verordnung des Reichspräsidenten<sup>219</sup> wurden die militärähnlichen Organisationen der NSDAP, die SA und SS, sowie das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK) u.ä. verboten und für aufgelöst erklärt.<sup>220</sup> Auch hier versuchte die Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten dies durchzusetzen. Gleich am 14. April 1932 beschlagnahmte die Prenzlauer Polizei nach einem Schreiben des Landrates vom 10. Mai 1932 aufgrund dieser Verordnung in der NSDAP-Geschäftsstelle Prenzlau Ausrüstungs- und Uniformteile der SA.<sup>221</sup> Es war aber das einzige Mal, dass der Autor einen derartigen Hinweis auf das Handeln der Polizeiorgane im Kreis Prenzlau fand. Im Übrigen wurde auch dieses SA- und SS-Verbot unterlaufen. Es erfolgten schlicht „Umetikettierungen“. Die SA

<sup>219</sup> Diese Verordnung hieß offiziell „Notverordnung zur Sicherung der Staatsautorität“.

<sup>220</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1103, Blatt 71 Schreiben Preuß. Innenministerium vom 30.4.1932.

<sup>221</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1103, Blatt 82.

agierte vorübergehend nicht als SA sondern in der Regel als „Verein für Körperkultur“. Und so wurde dieses Verbot denn auch am 14. Juni 1932 wieder aufgehoben.<sup>222</sup>

Bereits kurz zuvor wurde ein Major a.D. Paul Martin erwähnt. Dieser hatte, wie auch der Kurmark-Jubelchronist Rühle in seinem Werk erwähnt, ab 1931 die Leitung der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe, wahrscheinlich unmittelbar vom erfolglosen Kurzzeitleiter Rudolf Hellmuth, übernommen. An gleicher Stelle spricht Rühle davon, dass sich die Zahl der NSDAP-Mitglieder im Kreis Prenzlau im Jahr 1931 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt habe.<sup>223</sup> Bei Zugrundelegung der aus den Erhebungen der politischen Polizei für den Oktober 1930 resultierenden Zahl würde sich so eine Größenordnung von etwa 1.600 NSDAP-Mitgliedern im Kreis Prenzlau gegen Ende des Jahres 1931 ergeben. Ungeachtet dessen führte die NSDAP ihre Seelenjagd ständig weiter fort. Die Gauleitung Brandenburg setzte dabei auch auf die moderne Karte. Mit den seitens Hitler nun eingeworbenen Spendengeldern im Rücken konnte so in der Zeit vom 16. bis 24. April 1932 die Propagandafahrt eines Telefunken-Großlautsprecher-LKW's durch den ganzen Gau bezahlt werden. Station machte dieser LKW auf seiner Fahrt auch an den der NSDAP am wichtigsten erscheinenden Orten des Kreises Prenzlau. Das waren Brüssow, Fahrenwalde, Trebenow, Strasburg, Hetzdorf, Schönwerder und Prenzlau selbst.<sup>224</sup>

Unter Leitung des Major a.D. Martin hatte eine Phase personeller Kontinuität und zunehmender Konsolidierung in der Arbeit der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe eingesetzt. Auch auf Kreisebene wurde die personelle Kontinuität der NS-Führung mit Wilhelm Dieckmann Junior als Kreisleiter gewahrt.

Eine weitere Kontinuität, die in besonderem Maße der NSDAP zusätzlich in die Karten spielte, gab es mit den anhaltenden Auswirkungen der 1929 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise. Spektakuläre Firmenzusammenbrüche wie die der Darmstädter und Nationalbank im Juni 1931 bzw. des Bremer Konzerns Nordwolle säumten den Weg zur Erreichung einer Arbeitslosenzahl von 5,7 Millionen im Dezember 1931 und zum Höhepunkt dieser Entwicklung mit 6,1 Millionen Arbeitslosen in Deutschland

---

<sup>222</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1103, Blatt 75.

<sup>223</sup> Rühle: Kurmark (wie Anm. 47), S. 114.

<sup>224</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1103, Blatt 11, Schreiben Gau Brandenburg der NSDAP vom 15.4.1932.

im Februar 1932.<sup>225</sup> Die bisherigen Kürzungen wurden unterdes weiter verschärft. Am 14. Juni 1932, zehn Tage nach der Regierungserklärung des Kanzlers Papen, unterzeichnete Hindenburg die erste Notverordnung des neuen Kabinetts mit dem beschönigenden Titel: „Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden“. Ihr Inhalt hingegen war brutal: Die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung wurden um durchschnittlich 23 Prozent, die der anschließenden „Krisenfürsorge“ um insgesamt 17 Prozent und die gemeindlichen Wohlfahrtssätze um 15 Prozent gesenkt. Und dies bei einer amtlichen Statistik von deutschlandweit noch immer 5,6 Millionen Arbeitssuchenden im Juni 1932. Zudem hatte auch die Zahl der häufig obdachlosen Wanderarbeiter sprunghaft zugenommen. Bereits für November 1931 hatte die „Vossische Zeitung“ ihre Zahl mit 400.000 angegeben. Von denen fanden lediglich ca. 35.000 tägliche Unterkunft in Asylen und Herbergen.<sup>226</sup> Im Arbeitsamtsbezirk Prenzlau, der aus den politischen Bezirken Prenzlau und Templin bestand, waren Ende Juni 1932 noch genau 4.745 Männer und 385 Frauen arbeitslos gemeldet. Saisonal bedingt lag die Arbeitslosigkeit im Februar 1932 gar bei 8.327 arbeitslosen Männern und 759 arbeitslosen Frauen.<sup>227</sup> In der ersten Juhälfte 1932 stockte die vorübergehende, saisonale Arbeitsmarktentlastung auch hier bereits wieder. Zudem hatten in der Zwischenzeit bereits mehrere Notverordnungen dahingehend gegriffen, dass das Doppelverdien bei Ehepaaren untersagt war, die Bezüge von Rentnern und Erwerbslosen waren nun im bereits dritten Jahr dieser Krise ebenfalls heruntergefahren worden. An manchem Tag wurden in dieser Zeit gleich mehrere Meldungen über Selbstmorde aus wirtschaftlicher Verzweiflung in der regionalen Tagespresse veröffentlicht. Und so passt es auch ins Bild, dass beispielsweise am Sonntag dem 3. Juli 1932 auf dem Strasburger Marktplatz eine Demonstration von Rentnern und Erwerbslosen stattfand. Vor dem Strasburger Rathaus demonstrierten sie gegen die per Notverordnung erfolgte Kürzung ihrer Bezüge. Bürgermeister Hugo Oppermann empfing eine Delegation, die um eine Senkung der städtischen Licht- und Wasserabgaben bat.<sup>228</sup>

---

<sup>225</sup> Vogt: Die Weimarer Republik (wie Anm. 119), S. 633.

<sup>226</sup> Winkler: Weimar (wie Anm. 196), S. 482.

<sup>227</sup> Strasburger Anzeiger, 7.7.1932.

<sup>228</sup> Strasburger Anzeiger, 3.7.1932.

Zu allem Übel wurde diese langanhaltende internationale Wirtschaftskrise in Deutschland von einer faktisch permanenten politischen Krise begleitet. Nutznießer dieser Krisenmischung waren naturgemäß die extremen Parteien. Für Hitler und seine Anhängerschaft galt dies, bedingt durch die zunehmende Unterstützung aus schwerindustriellen Kreisen, in ganz besonderem Maße. Die politische Krise führt nun dazu, dass im Jahr 1932 gleich zwei Reichstagswahlen stattfinden mussten – am 31. Juli und am 6. November 1932. Die Republik befand sich nunmehr in einem ständigen Wahl- und Systemkampf.

Bereits am 2. Juli 1932, so berichtete die „Prenzlauer Zeitung“ vom gleichen Tag, eröffnete die Prenzlauer NSDAP ihren Wahlkampf mit einer Veranstaltung im „Berliner Hof“. Es sprach einmal mehr der Reichstagsabgeordnete „Pg“ Dr. Decker. Tags darauf wiederholte er diese Veranstaltung in Strasburg. Am 11. Juli 1932 folgte eine große NSDAP-Wahlveranstaltung in Brüssow. Begleitet von großem SA-Aufmarsch sprach hier Gauleiter Schlange. Auch die Prenzlauer NSDAP suchte nun neue Wege, noch massenwirksamer zu werden. Auch hier fanden nun so genannte „Militärkonzerte“ der SA statt. So am 29. Juli 1932, kurz vor der Wahl, im Schützenhausgarten. Hier spielte nach Mitteilung der Prenzlauer Zeitung vom 28.7.1932 die Kapelle der SA-Standarte 64. Noch einen Tag vor der Wahl fuhr ein Lautsprecherwagen im Auftrag der NSDAP mit entsprechender Wahlpropaganda durch die Straßen Prenzlau. Neue Wege bei der Gewinnung weiterer Anhänger beschrift auch die Prenzlauer NSDAP durch Einführung der auf Reichsebene bereits geschaffenen, neuen Gliederungen. So fand am 6. Juli 1932 die erste Versammlung der neu geschaffenen Prenzlauer Betriebszellenorganisation (NSBO) in den Hindenburg-Hallen statt. Und kurz vor der Juli-Wahl zum Reichstag sprach am 30. Juli 1932 Gau-Betriebszellenleiter Heinz Wohlleben in Prenzlau.<sup>229</sup> Den eigentlichen Höhepunkt der Wahlkampagne bildete allerdings die NSDAP-Großveranstaltung am 17. Juli 1932 im Stadion am Uckersee. Zunächst sprach, wie der „Strasburger Anzeiger“ vom 21. Juli 1932 ausführlich berichtete, ein NSDAP-Reichsredner namens Beintker. Als Hauptredner trat der ca. eine Stunde nach Beginn aus Templin eingetroffene Hitler-Intimus Hermann Göring auf. Mehrere Tausend Zuschauer füllten das Stadion. Allerdings wurde die Euphorie der Teilnehmer durch schlechtes Wetter

---

<sup>229</sup> Prenzlauer Zeitung, 5. und 28.7.1932.

getrübt. Die lokalen Blätter wie „Prenzlauer Zeitung“ und „Uckermärki-  
scher Kurier“ hatten bereits seit dem 7. Juli auf diese Veranstaltung immer  
wieder hingewiesen. Auch der „Strasburger Anzeiger“ stand dem nicht  
nach. Weiterhin hatte die NSDAP dafür gesorgt, dass ihre Mitglieder und  
andere Interessenten von unterschiedlichsten Orten des Kreises zu dieser  
Veranstaltung herankamen.

**Achtung! Landleute und Städter!**  
Auf zur  
**großen Massenkundgebung**  
**im Prenzlauer Stadion**  
**am Sonntag, 17. Juli, 16 Uhr.**

Es sprechen  
**Hg. Hauptmann Goering, M. d. R.**  
Mitglied der Reichsleitung der N.S.D.A.P.  
und der Reichsredner **Beiniker.**

---

**Vantsprecher! Einmarsch der S.A.! Konzert!**

---

Unkostenbeitrag: Sitzplätze 0,50 R.M., Stehplätze 0,30 R.M., Erwerbslose 0,10 R.M.  
Vorverkauf für die Sitzplätze: Verkaufsstelle der N.S.D.A.P., Königsstraße 164.  
Einlaß 14 Uhr. Juden haben keinen Zutritt!  
Auto-Parkplatz vorhanden.

Abb. 43: Inserat zur Großveranstaltung in Prenzlau mit Hermann Göring am 17.7.1932



*Abb. 44: HJ-Bannsportfest 1940 im Prenzlauer Uckersee-Stadion, Ort des Göring-Auftritts vom Juli 1932*

Dennoch werden die Lokalgrößen der NSDAP um Dieckmann und Martin mit Bedauern zur Kenntnis genommen haben, dass ihr großes Idol selbst nicht den Weg nach Prenzlau fand. Hitler trat am 27. Juli 1932 in Eberswalde auf. Aber man durfte immerhin aushelfen: 100 SA- und 50 SS-Leute aus dem Kreis Prenzlau unterstützten die dortige Veranstaltung, hinzu kamen als auserwählte Besucher eine HJ-Abordnung und ca. 200 NSDAP-Mitglieder aus dem Kreis Prenzlau.<sup>230</sup> Im Rahmen des bald folgenden Wahlkampfes zu den November-Wahlen gingen die Prenzlauer NSDAP-Oberen erneut leer aus. Nun hieß es „Hitler kam nur bis Pasewalk.“ Dort trat dieser nämlich am 25. Oktober 1932 auf. Sein Geist jedoch hatte im Kreis Prenzlau längst Einzug gehalten. Nicht zuletzt zeigten das die mehr als nur guten Wahlresultate der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932. Die NSDAP wurde überall im Kreis mit Abstand stärkste Kraft. Sie errang in der Stadt Prenzlau jeweils nach eigenen Berechnungen des Autors auf Basis der in der „Prenzlauer Zeitung“ vom 2. August 1932 veröffentlichten Wahlergebnisse 46,2 Prozent

<sup>230</sup> Prenzlauer Zeitung, 29.7.1932.

der abgegebenen Stimmen. SPD und KPD folgten mit nur 18,3 bzw. 18,2 Prozent. In Brüssow lag die NSDAP mit 39,9 Prozent ebenfalls an erster Stelle. In der zweitgrößten Stadt des Kreises, im „roten“ Strasburg, war die Entwicklung noch eklatanter: Mit 41,6 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde die NSDAP nun auch hier stärkste Partei vor der KPD mit 26,4 Prozent. Noch bei der Wahl am 14. September 1930 war die KPD stärkste Kraft in Strasburg! Im Kreisdurchschnitt errang die NSDAP sogar 47,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das heißt, sie holte im Kreis Prenzlau auf dem Lande noch mehr Stimmen als in den drei Städten! Und sie holte auch mehr Stimmen als im Reichsdurchschnitt. Selbst im Kreis Templin schnitt die NSDAP im Vergleich zum Kreis Prenzlau etwas schlechter ab. Diese Tatsachen suchen nach mehr als bloßer Darstellung, sie suchen nach Erklärung.

Nach diesem Wahlsieg konnten Hitler, seine Anhängerschaft und Hintermänner noch nicht die gewünschte Ernte einfahren. Noch einmal wurde in Berlin laviert, der Republik blieb noch eine Galgenfrist. Gerüchte machten die Runde, in mancher Amtsstube schien sich Angst breit zu machen. Am 9. August 1932 berichtete der Prenzlauer Landrat einmal mehr an seinen Vorgesetzten, den Regierungspräsidenten in Potsdam. Was er mitzuteilen hatte, waren ebenfalls besorgniserregende Gerüchte. Danach war die SA in Alarmbereitschaft versetzt worden. Diesen Gerüchten zufolge sollte sie nach den kürzlichen Reichstagswahlen vom 31. Juli Hitlers Wünschen bei den bevorstehenden Verhandlungen zur Bildung des Reichskabinetts in Berlin Nachdruck verleihen.<sup>231</sup> Der Prenzlauer Landrat hatte übrigens nicht wenige Kollegen, die Gleiches berichteten. Nun, die Geschichte hat gezeigt, dass ein zweiter Putsch gar nicht nötig war, Hitler bekam die Macht ja dann übergeben. Doch standen zunächst noch einmal Reichstagswahlen am 6. November 1932 an. In der Zwischenzeit war der Prozess zur Bildung neuer Gliederungen der NSDAP auf der Prenzlauer Kreis- und den Ortsebenen weiter vorangeschritten. Im nun beginnenden Folgewahlkampf wurden sie zur Gewinnung der Massen nur zu gern eingesetzt. So wurde die neu gebildete Nationalsozialistische Frauenschaft ins Spiel gebracht. Diese veranstaltete nach einem Bericht der „Prenzlauer Zeitung“ vom 2. Oktober 1932 am gleichen Tag einen „Deutschen Abend“ in den Hindenburg-Hallen.

---

<sup>231</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1104, Blatt 85.





Abb. 45: Inserat zum ersten Deutschen Abend der Prenzlauer NS-Frauenschaft

An die Arbeiter und Angestellten der Prenzlauer Betriebe richtete sich nach einem Bericht des amtlichen Kreismittelungsblattes „Uckermärkischer Kurier“ vom 4.10.1932 erneut eine Veranstaltung der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) am 6. Oktober 1932 in den Hindenburg-Hallen. Den Vorsitz führte „Pg“ Paul Molwitz. Jener Molwitz war gelernter Dreher und bekleidete zu dieser Zeit die Funktion des Leiters der Prenzlauer Betriebszellenorganisation.

Und auch die Bauern sollten, ungeachtet des guten Abschneidens der NSDAP auf dem Prenzlauer Lande, noch einmal mit einer Kundgebung im „Berliner Hof“ am 23. Oktober 1932 eine eigene Propaganda-Veranstaltung bekommen. Hier trat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Landwirtschaftsexperte Alexander Freiherr v. Wangenheim auf.<sup>232</sup>



Abb. 46: Inserat zur NSDAP-Bauernversammlung in Prenzlau am 23.10.32

<sup>232</sup> Uckermärkischer Kurier, 22.10.1932.



Abb. 47a: Der „Berliner Hof“ um 1930. Ort dieser und anderer NSDAP-Veranstaltungen

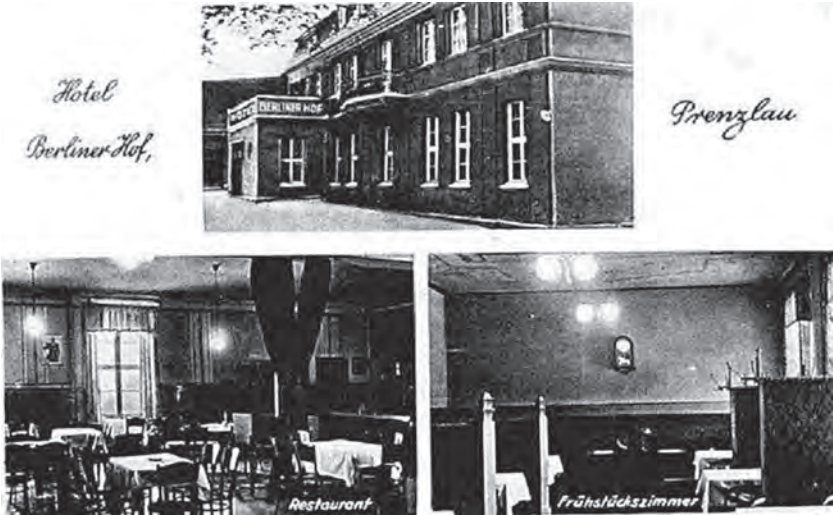


Abb. 47b: Innenansichten vom „Berliner Hof“

Die Prenzlauer NSDAP richtete ihre Aufmerksamkeit nun verstärkt auch auf den Mittelstand. In den Hindenburg-Hallen führte sie nach einer Mitteilung der Zeitung „Uckermärkischer Kurier“ vom 16.10.1932 am 19. Oktober 1932 eine große Mittelstandsversammlung durch. Geleitet wurde sie vom Kreisvorsitzenden des NSDAP-nahestehenden Wirtschaftsverbandes des Mittelstandes, dem Prenzlauer Apothekenbesitzer Dr. Walter Steinhorst.

Selbst den Beamten wandte sich die NSDAP nun verstärkt zu. Schließlich war dies in der Kreisstadt Prenzlau auch besonders lohnend. Das einst vom preußischen Minister des Inneren verhängte Verbot der NSDAP-Mitgliedschaft für Beamte war aufgehoben und so wurden nun auch die Beamten des Kreises in einer speziellen „Beamtenversammlung der NSDAP“ umgarnt. Sie fand am Abend des 5. November, unmittelbar vor der Reichstagswahl, im Saal des Prenzlauer Schützenhauses statt. Das Referat hielt Oberzollinspektor Gottschalk aus Berlin. Eröffnet wurde auch diese NSDAP-Versammlung vom damaligen Prenzlauer Ortsgruppenleiter Major a.D. Paul Martin.<sup>233</sup> Erneut wurde auch die SA als „Kulturstifter“ eingesetzt. Die Kapelle der SA-Standarte 64 spielte am 7. Oktober 1932 auf – diesmal in den Hindenburg-Hallen. So berichtete das Blatt „Uckermärkischer Kurier“ vorab am 4.10.1932.

Um die erzkonservativsten Kräfte ebenfalls noch zusätzlich anzusprechen, setzte die NSDAP auch auf Vertreter des ehemaligen Herrscherhauses. Mit einem der Söhne des letzten deutschen Kaisers, Prinz August Wilhelm, hatte sich Hitler und seiner Partei bereits zwei Jahre zuvor ein geeigneter Protagonist angedient. Dieser Prinz August Wilhelm war selbst NSDAP-Mitglied und im Eiltempo zum SA-Standartenführer ernannt worden. Im „Volksmund“ und in einigen Printmedien wurde er dennoch gern auch spöttisch „AuWi“ genannt. In Prenzlau trat er nun am 28. Oktober 1932 auf gleich zwei Veranstaltungen im NSDAP-Wahlkampf auf. Zunächst im „Berliner Hof“ und dann noch einmal in den Hindenburg-Hallen.<sup>234</sup> In zeitgenössischen Berichten war von mehr als 2.000 Teilnehmern die Rede.

---

<sup>233</sup> Uckermärkischer Kurier, 6.11.1932.

<sup>234</sup> Uckermärkischer Kurier, 25.10.1932.


**Ausdruck der Volksgemeinschaft:  
 Prinz und Arbeiter kämpfen gemeinsam  
 unter demselben Führer für Deutschland!**

Am Freitag, den 28. Oktober, sprechen um 19.30 Uhr, im Berliner Hof und  
 in den Hindenburghallen die Nationalsozialisten

**Stefan Ehn**  
 und  
**Prinz August Wilhelm von Preußen**

Thema:  
**Gegen Marxismus und Reaktion! Für Freiheit und Brot durch Adolf Hitler!**

Die Redner sprechen in beiden Sälen! – Konzert der Standartenkapelle 64.  
 Eintritt: Numerierter Platz 1 RM. Unnumerierter Platz 0.50 RM. Beide  
 gibt es im Vorverkauf Königstraße 164. Erwerbslose und Rentempfänger 0.10 RM.

**N. S. D. A. P. Ortsgruppe Prenzlau.**

Abb. 48: Annonce zur NSDAP-Wahlveranstaltung mit „Pg“ Prinz August Wilhelm


**Große öffentliche  
 Versammlung**

am Mittwoch, den 19. Oktober, 20,15 Uhr,  
 Hindenburghallen:

**(Die Papen-Hugenberg-Reaktion  
 und der deutsche Mittelstand.)**

Es spricht der Wirtschaftspolitiker  
**Käsmann-Berlin.**

Aussprache! **Unkostenbeitrag 20 Pf.**  
**Juden ist der Zutritt verboten!**  
**N.S.D.A.P.**

Abb. 49: Annonce zur Mittelstandsversammlung der Prenzlauer NSDAP



*Abb. 50: Die „Hindenburghallen“ um 1930. Hier führte die Prenzlauer NSDAP die meisten ihrer Veranstaltungen durch.*

Natürlich blieben die Bemühungen der NSDAP im Kreis Prenzlau nicht auf die Städte beschränkt. In Fürstenwerder z. B. setzte die dortige Ortsgruppe ebenfalls auf „Deutsche Abende“ und führte, wie die führende Kreiszeitung „Uckermärkischer Kurier“ vom 5.10.1932 berichtete, am 2. Oktober 1932 einen solchen im Saalbau des Gasthauses Rehmer durch. Die Veranstaltung eröffnete der dortige Ortsgruppenleiter Gruhnert. Auch in Papendorf hielt die dortige NSDAP-Ortsgruppe am 30.10.1932 eine Wahlversammlung ab.<sup>235</sup> Die NSDAP im Kreis unter Leitung des Landwirts Wilhelm Dieckmann Junior förderte die Einrichtung ihrer neuen Gliederungen, besonders ihrer Betriebszellenorganisation, auch auf dem Lande. So berichtete die Zeitung „Uckermärkischer Kurier“ vom 4.10.1932 darüber, dass bereits am 1. Oktober 1932 eine Nationalsozialistische Betriebszelle unter Teilnahme von 15 Arbeitnehmern in Blumenhagen bei Strasburg entstanden war. In seiner Ausgabe vom 4.11.1932 zog der „Uckermärkischer Kurier“ bereits im Stile eines Parteiblattes der NSDAP eine Bilanz des Wahlkampfes. Demnach führte die NSDAP im

<sup>235</sup> Uckermärkischer Kurier, 1.11.1932.

Kreis Prenzlau im Vorfeld der Reichstagswahl vom 6. November 1932 allein in der Zeit vom 12.10. bis 4.11.32 in insgesamt ca. 50 Ortschaften Wahlveranstaltungen durch. In Falkenwalde und Schönwerder sprach dabei Gauleiter Schlange.

Trotz aller Bemühungen konnte die NSDAP im Kreis Prenzlau ihre Erfolge bei der Wahl vom 6.11.1932 nicht ausbauen. Sie verlor sogar vier bis fünf Prozent der Stimmen. Dies war allerdings kein Umstand, der sich auf den Kreis Prenzlau beschränkte. Auch auf Reichsebene bewegte sich die Einbuße der NSDAP-Stimmen in etwa gleicher Höhe. Neben Wahlüberdruß und Wahlmüdigkeit wird auch der Umstand einer sich allmählich leicht bessernden Wirtschaftssituation eine Rolle dabei gespielt haben. Zudem konnten Parteien wie die KPD leichte Zugewinne erzielen (vergleiche Tabelle 9 sowie Dokumente 10 bis 12 im Anhang).

Trotz der Einbußen blieb Hitlers NSDAP jedoch stärkste politische Kraft in der Republik. So lange dies so blieb, galt es für die interessierten Kreise die Zeit zu nutzen und Hitler so mit Unterstützung der DNVP Hugenbergs die Voraussetzungen zur erstrebten Machtübertragung am 30.1.1933 schaffen zu lassen. Nun also war Hitler zum Reichskanzler ernannt worden.

### **Erste Repressalien und die damalige Elite der NSDAP in den Ortsgruppen Prenzlau und Brüssow sowie im Kreis**

Schon bald folgten die ersten Repressionsmaßnahmen gegen wirkliche oder vermutete Gegner der Hitlerbewegung auch in Prenzlau und andernorts im Kreis. Schon im Februar erfolgten Hausdurchsuchungen und es setzte eine Jagd, zunächst noch auf Flugblätter beschränkt, ein. Eine Versammlung der SPD bzw. der „Eisernen Front“ im Prenzlauer Kurgarten wurde am 25. Februar 1933 von der Polizei unter Vorwänden aufgelöst. Am gleichen Tag gelang es, KPD-Flugblätter zu beschlagnahmen.<sup>236</sup> Mit dem Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 war ein willkommener Anlass gefunden, um aktive Mitglieder von SPD, vor allem aber zunächst der KPD zu verhaften und zu internieren. Dem Prenzlauer Ortsvorsitzenden der KPD, dem Modelltischler und gewählten Prenzlauer Stadtverordneten Robert Schulz war es dabei gelungen, zeitwei-

---

<sup>236</sup> Uckermärkischer Kurier, 26.2.1933.

lig in der Illegalität unentdeckt zu bleiben. Am 19. März 1933 allerdings wurde auch Schulz bei einer Razzia festgenommen und in das Prenzlauer Gerichtsgefängnis verbracht.<sup>237</sup>

Am 4. März 1933 begann auch das längere Martyrium des der SPD angehörenden Rossower Gemeindevorstehers und Lehrers Gädecke. Die unmittelbare Verhaftung nahmen dabei so genannte SA-Hilfspolizisten in Gestalt der „Pgg“ Bergholz und Lefevre vor.<sup>238</sup> Lefevre war nach Berichten der politischen Polizei bereits 1930 NSDAP-Ortsgruppenleiter von Rossow. Eine Aufführung weiterer Repressionsmaßnahmen ist auch im Schlussabschnitt zu Strasburg enthalten. Diese Aufzählung muss auch für Prenzlau um den Boykott der jüdischen Geschäfte am 1. April 1933 ergänzt werden. Einen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt sie jedoch nicht. Auf Anordnung des Potsdamer Regierungspräsidiums wurden am 24.2.1933 auf der Grundlage der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933 auch im Kreis Prenzlau alle Spenden und Unterstützungsleistungen für die KPD und ihre Gliederungen verboten.<sup>239</sup>

Am 5. März 1933 gedachte Hitler seine Machtbasis durch neuerliche Reichstagswahlen in Kombination mit Landtagswahlen ausbauen zu können. Fast turnusgemäß folgten hingegen für die Provinz Brandenburg und auch den Kreis Prenzlau nebst seinen Städten und Gemeinden zeitgleich mit dem „Volkstrauertag“ nur eine Woche später, am 12. März 1933, die Wahlen zu den Kommunalparlamenten und zum Kreistag sowie zum Provinziallandtag. Ein „Wahlkampf“ der diesen Namen im Entferntesten verdient hätte, fand nun auch in Prenzlau nicht mehr statt. Zwei „Höhepunkte“ meinte die NSDAP jedoch dennoch schaffen zu müssen. Dies war einmal unmittelbar am Vortag der Reichstagswahl auch in Prenzlau ein „Tag der erwachenden Nation“ am 4. März 1933. Nach einem um 18.45 Uhr beginnenden Fackelzug fand eine kurze Totengedenkfeier statt. Als „Höhepunkt“ wurde auf dem Marktplatz eine aus Königsberg direkt gesendete Rede Hitlers mittels zweier von der Firma „Radio Bachner“ aufgestellter Großlautsprecher übertragen. Wieder hatte die NSDAP früh aktive Unterstützer gefunden. Das Schlusswort sprach Ortsgruppenleiter

---

<sup>237</sup> Strasburger Anzeiger, 21.3.1933.

<sup>238</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. Blatt 300–331.

<sup>239</sup> Uckermärkischer Kurier, 25.2.1933.

Martin. Wenige Tage später trat am 7. März 1933 im Vorfeld der Kommunal- und Provinziallandtagswahlen vom 12. März 1933 dann erneut der Sohn des letzten deutschen Kaisers und Hitler-Verehrer Prinz August Wilhelm in Prenzlau auf.<sup>240</sup>

Mit Blick auf die oben geschilderte Situation hinsichtlich der „Wahlbedingungen“ dürfte klar sein, dass von freien, wirklichen Wahlen nunmehr nicht mehr die Rede sein konnte. Der Autor hat deshalb bewusst darauf verzichtet, die aus diesen Wahlen im Kreis Prenzlau resultierenden Ergebnisse zu berücksichtigen. Dennoch sind in der Anlage mit den Dokumenten 3 bis 9 die Kandidaten der Parteien zu jenen Wahlen auf der Kommunalebene aufgeführt. Dies verfolgt jedoch allein den Zweck, dem interessierten Leser so gleichzeitig einen Überblick über die jeweiligen aktiven Mitglieder von NSDAP aber auch SPD und KPD in Prenzlau, Strasburg, Brüssow bzw. auf der Ebene des Kreises Prenzlau zu ermöglichen. Auch nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gab es in der Führung der NSDAP in Kreis und Stadt Prenzlau zunächst keine personellen Veränderungen. Wilhelm Dieckmann Junior blieb bis 1934 Kreisleiter, Paul Martin führte zunächst die Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe weiter. Noch auf dem NSDAP-Kreisparteitag vom 29. Januar 1933 lobte Kreisleiter Dieckmann die Prenzlauer Ortsgruppe gar als „Musterortsgruppe“ in seinem Amtsbereich.<sup>241</sup> Zwei Tage nach dem Kreisparteitag führten dann, wie das Blatt „Uckermärkischer Kurier“ am 1.2.1933 stolz berichtete, die Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe mit ihren Gliederungen SA, SS und Hitlerjugend anlässlich Hitlers Ernennung zum Reichskanzler einen Fackelzug durch die Stadt Prenzlau durch.

Am 12. März 1933 fanden nun, so gut wie ohne jeglichen Wahlkampf, die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen von Prenzlau, Strasburg und Brüssow, sowie zu den Gemeindevertretungen und zum Kreistag des Kreises Prenzlau statt. Obwohl sowohl SPD als auch formal selbst die KPD Mandate in der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung erreichten, war doch die Mehrheit der NSDAP erdrückend. Die Abgeordneten der KPD wurden dabei von vornherein an der Ausübung ihrer Mandate gehindert. Bis es auch bei der SPD soweit war, dauerte es nur noch wenige Wochen.

---

<sup>240</sup> Uckermärkischer Kurier, 7.3.1933.

<sup>241</sup> Uckermärkischer Kurier, 31.1.1933.



Zu Prenzlauer Stadträten wählte die Stadtverordnetenversammlung am 19. April 1933 folgende ausschließlich der NSDAP angehörenden Mitglieder:

1. Karl Schröder, Studiendirektor, Schwedter Straße 9,
2. Carl Bechly Senior, Ackerbürger, Neustädter Damm 235,
3. Erich Hellmuth, Angestellter, Schnelle 38,
4. Dr. Walter Steinhorst, Apothekenbesitzer, Königstraße 141,
5. Gustav Fuhrmeister, Kaufmann, Brüssower Straße 26,
6. Ernst Büsser, Kulturingenieur, Wittstraße 533.

Auf dieser Sitzung wurde Studiendirektor Karl Schröder gleichzeitig zum Vorsteher der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung gewählt.<sup>242</sup> Somit bekleidete Schröder nun eine Doppelfunktion und dürfte innerhalb der damaligen Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe eine bedeutende Rolle gespielt haben. Ernst Büsser ist uns hingegen bereits als vormaliger Kurzzeit-Ortsgruppenleiter um den Juli 1930 herum bekannt.

In der Liste der Gewählten fehlt der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppenleiter Martin. Anders als sein Strasburger Amtskollege hielt er sich mit jedem Amt in der Stadtverwaltung zurück. Allerdings war auch er erneut Stadtverordneter. Gleichzeitig errang Martin auch ein Mandat im Kreistag. Diese sieben Protagonisten dürften dabei auch bereits 1932 gleichzeitig den Kern der damaligen Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe gebildet haben. In Brüssow wurde am 5. April 1933 ein „Pg“ Dr. Eggeling zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt, Wilhelm Dieckmann Junior zu seinem Stellvertreter. „Pg“ Julius Wenzel wurde zum Schriftführer der Brüssower Stadtverordnetenversammlung gewählt. Gemeinsam mit dem Vater des Kreisleiters, dem Ortsgruppenleiter Wilhelm Dieckmann Senior, dürfte dieses Quartett für 1932 auch als Aktiv der Brüssower NSDAP-Ortsgruppe zu betrachten sein. In Dokument 5 des Anhangs sind für den interessierten Leser sämtliche acht NSDAP-Kandidaten für die Brüssower Stadtverordnetenversammlung aufgeführt.

Das Strasburger NSDAP-Aktiv wurde bereits zum Ende des Abschnitts „Lücken der Zeitgeschichte nun geschlossen: Die Strasburger NSDAP-Ortsgruppe bis Anfang 1933“ dargestellt. Eine vollständige Liste der dort nominierten NSDAP-Kandidaten findet sich in Dokument 3 des Anhangs.

---

<sup>242</sup> Uckermärkische Kurier, 21.4.1933.

Für die Ebene des Kreises Prenzlau bleibt festzuhalten, dass neben dem damaligen Kreisleiter Wilhelm Dieckmann Junior auch der Leiter der Prenzlauer Betriebszellenorganisation Paul Molwitz und der Prenzlauer Apothekenbesitzer sowie Kreisvorsitzende des Wirtschaftsverbandes des Mittelstandes Dr. Walter Steinhorst bereits im Jahr 1932 eine bedeutende Rolle gespielt haben. Auch die in der Liste der NSDAP-Kreistagskandidaten nächstplatzierten „Pgg.“ Wendorff aus Damme, Zander aus Strasburg und Walter Fullbrecht aus Trebenow dürften dem Leitungsaktiv des Jahres 1932 der NSDAP des Kreises Prenzlau zurechenbar sein.

Noch vor der Wahl der Prenzlauer Stadträte hatte der in der Stadtverordnetenversammlung sitzende Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppenleiter Major a.D. Martin nichts Eiligeres zu tun, als die Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung auf seinen Vorschlag hin bereits am 1. April 1933 Hitler die Prenzlauer Ehrenbürgerschaft verleihen zu lassen.<sup>243</sup>

### **Die überdurchschnittlichen Reichstagswahlergebnisse der NSDAP im Kreis – ein erster Erklärungsversuch**

In vorangegangenen Abschnitten wurde bereits das durchaus gute Abschneiden der NSDAP im Kreis Prenzlau bei den Reichstagswahlen im September 1930, im Juli 1932 und trotz Abstrichen auch noch im November 1932 erwähnt. Dieses Abschneiden ist aber keineswegs nur deshalb bemerkenswert, weil die NSDAP bereits bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 stärkste Partei im Kreis Prenzlau wurde. Nein – ihre hier erzielten Ergebnisse lagen durchweg signifikant über den im Durchschnitt des damaligen Deutschen Reiches. Dies wollte der Autor abschließend zur Betrachtung der NSDAP im Kreis Prenzlau noch einmal beleuchten. Dabei soll auch versucht werden, dieses Phänomen zu erklären. Zu diesem Zweck hat der Autor im Sinne der Vergleichbarkeit nun zunächst die nur in abgegebenen absoluten Stimmen vorliegenden Reichstagswahlergebnisse im Kreis Prenzlau in relative Stimmanteile der seinerzeit wichtigsten sechs Parteien umgerechnet. Dem Leser soll nachfolgend in einer Darstellung der Wahlergebnisse in den drei Städten des damaligen Landkreises (Prenzlau, Strasburg und Brüssow) sowie in drei ausgewählten Landgemeinden und im Kreisdurchschnitt in den Tabellen

---

<sup>243</sup> Uckermärkischer Kurier, 2.4.1933.

2 bis 8 die damalige Situation sowie Entwicklungen in den Jahren 1930 bis 1932 veranschaulicht werden. Als Quelle der Berechnungen für die Wahlergebnisse im Landkreis Prenzlau dienten dabei die Publikationen der Reichstagswahlergebnisse im Strasburger Anzeiger vom 17. September 1930, in der Prenzlauer Zeitung vom 2. August 1932 und im Uckermärkischen Kurier vom 8. November 1932. Die vollständigen Ergebnislisten dieser drei Reichstagswahlen für den Kreis Prenzlau auf Basis absolut abgegebener Stimmen finden sich als Dokument 10 bis 12 im Anhang.

<b>Partei / Wahl</b>	<b>14.9.1930</b>	<b>31.7.1932</b>	<b>6.11.1932</b>
DNVP	18,8 %	10,6 %	12,6 %
Dt. Landvolk	0,6 %	0,01 %	0,02 %
KPD	15,0 %	18,2 %	19,4 %
NSDAP	28,0 %	46,2 %	45,7 %
SPD	23,1 %	18,3 %	16,7 %
Zentrum	2,2 %	2,0 %	2,1 %

*Tabelle 2: Reichstagswahlergebnisse in der **Stadt Prenzlau** in Prozent der abgegebenen Stimmen*

<b>Partei / Wahl</b>	<b>14.9.1930</b>	<b>31.7.1932</b>	<b>6.11.1932</b>
DNVP	17,1 %	13,3 %	17,6 %
Dt. Landvolk	4,3 %	0,3 %	–
KPD	27,3 %	26,4 %	25,6 %
NSDAP	25,4 %	41,6 %	34,7 %
SPD	14,4 %	14,2 %	16,4 %
Zentrum	1,1 %	1,8 %	2,2 %

*Tabelle 3: Reichstagswahlergebnisse in der **Stadt Strassburg (Um.)** in Prozent der abgegebenen Stimmen*

<b>Partei / Wahl</b>	<b>14.9.1930</b>	<b>31.7.1932</b>	<b>6.11.1932</b>
DNVP	19,4 %	23,7 %	26,1 %
Dt. Landvolk	3,2 %	0,2 %	0,1 %
KPD	11,5 %	11,3 %	11,7 %
NSDAP	35,0 %	39,9 %	35,9 %
SPD	20,1 %	20,5 %	20,9 %
Zentrum	0,1 %	–	0,2 %

*Tabelle 4: Reichstagswahlergebnisse in der **Stadt Brüssow** in Prozent der abgegebenen Stimmen*

<b>Partei / Wahl</b>	<b>14.9.1930</b>	<b>31.7.1932</b>	<b>6.11.1932</b>
DNVP	31,2 %	10,1 %	8,8 %
Dt. Landvolk	2,6 %	–	–
KPD	18,2 %	12,2 %	17,2 %
NSDAP	34,4 %	65,4 %	56,8 %
SPD	9,7 %	5,9 %	8,8 %
Zentrum	0,6 %	2,1 %	4,7 %

*Tabelle 5: Reichstagswahlergebnisse in der **Landgemeinde Wismar (mit Hansfelde)** in Prozent der abgegebenen Stimmen*

<b>Partei / Wahl</b>	<b>14.9.1930</b>	<b>31.7.1932</b>	<b>6.11.1932</b>
DNVP	69,5 %	9,6 %	15,6 %
Dt. Landvolk	–	–	–
KPD	–	4,0 %	10,9 %
NSDAP	25,8 %	84,8 % (!)	67,9 %
SPD	3,9 %	1,6 %	3,9 %

*Tabelle 6: Reichstagswahlergebnisse in der **Landgemeinde Klein Luckow** in Prozent der abgegebenen Stimmen*

<b>Partei / Wahl</b>	<b>14.9.1930</b>	<b>31.7.1932</b>	<b>6.11.1932</b>
DNVP	10,8 %	2,8 %	4,5 %
Dt. Landvolk	0,6 %	–	–
KPD	12,7 %	5,6 %	7,8 %
NSDAP	70,7 % (!)	83,2 %	84,9 % (!)
SPD	4,5 %	5,0 %	1,1 %
Zentrum	–	–	0,5 %

*Tabelle 7: Reichstagswahlergebnisse in der **Landgemeinde Trebenow** in Prozent der abgegebenen Stimmen*

<b>Partei / Wahl</b>	<b>14.9.1930</b>	<b>31.7.1932</b>	<b>6.11.1932</b>
DNVP	21,3 %	14,7 %	17,6 %
Dt. Landvolk	5,5 %	0,09 %	0,09 %
KPD	13,2 %	16,8 %	18,2 %
NSDAP	28,6 %	47,7 %	43,7 %
SPD	20,5 %	16,8 %	15,7 %
Zentrum	1,3 %	1,4 %	1,4 %

*Tabelle 8: Reichstagswahlergebnisse im **Kreis Prenzlau** in Prozent der abgegebenen Stimmen*

Betrachtet man die Ergebnisse der NSDAP im Kreis Prenzlau und vergleicht sie mit denen der drei Städte so wird schnell ersichtlich, dass der Wählerzulauf für die NSDAP auf dem Land noch größer war als in den Städten. Eine bislang noch nicht angesprochene Ursache dieser nicht nur im Altkreis Prenzlau anzutreffenden Entwicklung bestand darin, dass die ländlichen Gebiete neben den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise u.a. zusätzlich von der mit dem Sturz der Schweinepreise im Jahr 1927 begonnenen weltweiten Agrarkrise betroffen waren.<sup>244</sup> Es zeigt sich darüber hinaus, dass die Wahlergebnisse der SPD und der KPD bei der Wahl vom 31.7.1932 relativ konstant blieben. Ihre Wählerschaft war also relativ treu. Extrem schwach war hingegen das Juli-Ergebnis des Jahres 1932 für die DNVP. Gerade von dieser Partei kam eine ausgiebige Abwanderung der Wählerschaft hin zur NSDAP zu Stande. Am deutlichsten im Kreis Prenzlau war dies wahrscheinlich in

<sup>244</sup> Winkler: Weimar (wie Anm. 196), S. 333.

den Gemeinden Klein Luckow und Wollin ausgeprägt. Wenn man bedenkt, dass das Wahlergebnis von 1930 sich für die NSDAP hier nicht sonderlich aus der Masse der anderen Dörfer hervorhob, eher etwas unterdurchschnittlich war, so wird die Dynamik der Zustimmungsgewinnung der NSDAP im ländlichen Gebiet anhand Tabelle 6 zu Klein Luckow überdeutlich. Dies umso mehr angesichts der Tatsache, dass die erste NSDAP-Veranstaltung im Umfeld Klein Luckows erst am 28. Februar 1929 im benachbarten Blumenhagen<sup>245</sup> stattfand und die erste NSDAP-Veranstaltung in Klein Luckow selbst sogar erst am 15. März 1931.<sup>246</sup> Die Gemeinde Trebenow spielt im Kreismaßstab eine Sonderrolle. Jedoch zeigt dieses Beispiel, welches Potential die NSDAP in ländlichen Gemeinden bei gegebenen Bedingungen schon früh entfalten konnte. Allerdings sei an dieser Stelle betont, dass die Wahlergebnisse der NSDAP in Trebenow generell und in Wollin, Klein Luckow sowie einzelnen weiteren Gemeinden<sup>247</sup> für den Juli 1932 im Maßstab des Kreises Prenzlau absolute Spitzenwerte darstellen, die in dieser Höhe nicht unbedingt typisch waren. In dieser Hinsicht sind die in der Gemeinde Wismar bei Strasburg erreichten Ergebnisse schon „repräsentativer“. Im Übrigen ist der interessierte Leser durch die im Anhang befindlichen absoluten Wahlergebnisse des Kreises in die Lage versetzt, weitere, eigene Berechnungen für andere Gemeinden anzustellen. Aufschlussreich ist auch eine Gegenüberstellung der Reichstagswahlergebnisse der NSDAP für die Kreise Prenzlau, Templin und Angermünde sowie der NSDAP-Wahlergebnisse auf Reichsebene.

<b>Region / Wahl</b>	<b>14.9.1930</b>	<b>31.7.1932</b>	<b>6.11.1932</b>
Kreis Angermünde	24,4 % <sup>1</sup>	50,7 % <sup>2</sup>	45,3 %
Kreis Prenzlau	28,6 %	47,7 %	43,7 %
Kreis Templin	17,7 % <sup>3</sup>	42,5 % <sup>4</sup>	38,1 %
Dt. Reich <sup>5</sup>	18,3 %	37,4 %	33,1 %

*Tabelle 9: Reichstagswahlergebnisse der NSDAP in Prozent der abgegebenen Stimmen im Vergleich (Quellennachweise auf Seite 237)*

<sup>245</sup> Völkischer Beobachter, 28.2.1929.

<sup>246</sup> Roter Adler, 14.3.1931.

<sup>247</sup> Auch in Baumgarten, Röporsdorf, Damme, Menkin und Zerrenthin bewegten sich die Stimmanteile für die NSDAP am 31.7.1932 zwischen 70 und 80 Prozent, in mindestens drei weiteren Gemeinden im Kreis Prenzlau über 65 Prozent.

Im Vergleich dieser Ergebnisse fällt auf, dass die Wahlergebnisse der NSDAP im Kreis Prenzlau bei den Wahlen des Jahres 1932 ca. fünf Prozent über den Ergebnissen im Nachbarkreis Templin lagen. Allerdings zeigt sich am Beispiel des Nachbarkreises Angermünde, dass die NSDAP auch noch höhere Ergebnisse als im Kreis Prenzlau zu erzielen vermochte. Inwieweit neben Fragen der Beschäftigtenstruktur auch Fragen der größeren Berlin-Nähe und des damit verbundenen vermehrten Auftritts von Prominenz der NSDAP, wie dem Hitlers in Eberswalde am 27. Juli 1932, eine Rolle spielten, kann hier nur vermutet werden und müsste gesondert untersucht werden. Im Jahr 1930 allerdings lagen die Ergebnisse der NSDAP selbst im Kreis Angermünde noch gut vier Prozent unter denen im Kreis Prenzlau. Für den Kreis Templin betrug das Gefälle gegenüber dem 1930 in der Uckermark „führenden“ Kreis Prenzlau gar neun Prozent. Im Zeitraum zwischen den Reichstagswahlen 1930 und der Juli-Wahl von 1932 gelangen der NSDAP gerade im Kreis Angermünde aber bemerkenswerte Zugewinne von ca. 26 (!) Prozent und auch im Kreis Templin wies deren Stimmenzuwachs im Zeitraum zwischen beiden Wahlen etwa 25 Prozent auf. Auch diese Gefälle im Jahr 1930 innerhalb der Uckermark und die anschließende besondere Dynamik der NSDAP-Zustimmungsgewinnung in den Kreisen Templin und Angermünde näher zu beleuchten wäre einer Untersuchung wert, ist aber nicht Gegenstand dieser Studie. Was ebenso in das Auge des Betrachters fallen dürfte ist der Umstand, dass die durchschnittlichen NSDAP-Wahlergebnisse zu den Reichstagswahlen der Jahre 1930 und 1932 im Kreis Prenzlau ebenfalls deutliche zehn Prozent (!) über den Vergleichswerten für die NSDAP im reichsweiten Durchschnitt liegen. Lag es an einer „besseren“ Propaganda der NSDAP vor Ort? Wohl kaum. Lag es an lokalen Besonderheiten im Kreis Prenzlau? Das wohl eher. An welchen denn aber nun konkret? Darauf eine erste Antwort zu geben, will der Autor nachfolgend versuchen. Hinsichtlich derartiger Fragen erscheint es erfahrungsgemäß ratsam, die Wissenschaft der Soziologie zu Rate zu ziehen. Nun ist der Autor weit davon entfernt, selbst ein Soziologe zu sein, dennoch gibt es aus unterschiedlichen Untersuchungen zum Thema Wahlverhalten in der Weimarer Republik an der Schwelle zum Dritten Reich durchaus Erkenntnisse, die hier weiter helfen können. Aber nicht erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges haben Experten diesen Fragen ihre Aufmerksamkeit zugewandt, nein, dies geschah bereits in je-

nen Schlüsseljahren selbst. So heißt es beispielsweise bereits in einer Referatendenschrift aus dem preußischen Innenministerium von Mai 1930: *„Es ist bezeichnend, daß gerade die unter der herrschenden wirtschaftlichen Not am meisten leidenden Bevölkerungskreise, der durch die Not der Landwirtschaft auf der einen Seite, durch die teuren Kredite und das Übergewicht der Großbetriebe auf der anderen Seite allmählich verelendende Mittelstand in den kleineren Städten, die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden, [Hervorhebungen K. H.] ferner die von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Angestellten und schließlich die bei dieser Wirtschaftslage jeder Aussicht auf späteren Broterwerb baren Kreise des akademischen Nachwuchses ..., das Gros der nationalsozialistischen Anhängerschaft bilden.“*<sup>248</sup>

Bereits diese Denkschrift benennt recht konkret „NSDAP-Sympathisantengruppen“ von denen es auf Grund der im Kreis Prenzlau gegebenen damaligen Wirtschaftsstruktur naturgemäß nicht wenige Vertreter gab. Natürlich hat sich auch die soziologische Forschung mit der Zeit weiterentwickelt. Die „modernen“ Soziologen stehen ihren Kollegen aus den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht nach. Deren wichtigste Erkenntnisse hat der leider bereits verstorbene Historiker Peter Borowsky in seinem Aufsatz „Wer wählte Hitler und Warum?“ dargestellt. So zitiert er den US-amerikanischen Soziologen Seymour Martin Lipset, der in seinem Buch über den Nationalsozialismus als „Extremismus der Mitte“ den idealtypischen Anhänger der NSDAP im Jahre 1932 beschrieb als „ein protestantischer Angehöriger der selbständigen Mittelschicht, der entweder auf einem Bauernhof oder in einer kleinen Gemeinde lebt und früher für eine Partei der Mitte oder eine Regionalpartei gestimmt hat.“<sup>249</sup> Bereits dies ist eine noch präzisere Beschreibung des „typischen“ NSDAP-Wählerklientels im Jahre 1932 als sie die Denkschrift aus dem Jahre 1930 zu liefern vermochte. Auch die in vorstehenden, den Kreis Prenzlau betreffenden Tabellen sichtbaren Wählerwanderungen hin zur NSDAP werden berücksichtigt. Allerdings machten im damaligen Kreis Prenzlau in der Hauptsache ehemalige DNVP-Wähler das Gros des NSDAP-Zuwachses aus. Die DNVP allerdings war keine Partei „der Mitte“, sie war streng

---

<sup>248</sup> BLHA Rep 2 A 1 Pol. 1095, Blatt 83 Rückseite – Blatt 84.

<sup>249</sup> Peter Borowsky: Wer wählte Hitler und Warum? Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse 1928 bis 1933, in: Rainer Hering / Rainer Nicolaysen (Hgg.): Schlaglichter historischer Forschung. Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hamburg 2005, S. 238.



konservativ um nicht zu sagen reaktionär. Nicht berücksichtigt in der Betrachtung sind hier jedoch die Arbeiter und Katholiken. Untersuchungen anderer Soziologen erbrachten die Erkenntnis, dass gerade katholisch geprägte Gruppen für Ideen und Propaganda der NSDAP auf Grund ihres geschlosseneren Weltbildes weniger anfällig waren als Protestanten. Im Rahmen der protestantischen Konfession gab es, wenn auch nur vereinzelt, selbst Pastoren, die glühende Hitler-Anhänger waren. So war Pfarrer August Lichtwart innerhalb der Prenzlauer NSDAP besonders aktiv. Im August 1929 meldete ein Spitzelbericht der politischen Polizei, dass Pastor Lichtwart aus Wollin bei Prenzlau häufig als Redner auf verschiedenen NSDAP-Veranstaltungen im Kreis auftrat.<sup>250</sup> Einen solchen Auftritt Lichtwarts vor der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe gab es z. B. im Rahmen einer Veranstaltung zum Totengedenken in den Hindenburghallen bereits am 9. November 1928.<sup>251</sup> Lichtwart, der schon 1928 maßgeblich die NSDAP-Ortsgruppe in Wollin aufbaute, hielt auch Feldgottesdienste bei Übungen der Prenzlauer SA ab und fungierte um 1932 sogar als NSDAP-Schulungsleiter für den Kreis Prenzlau. Maßgeblich dürfte seinem Wirken auch zuzuschreiben sein, dass die NSDAP bei den Juli-Wahlen zum Reichstag 1932 in Wollin mit 87,8 Prozent<sup>252</sup> der abgegebenen Stimmen und somit noch vor Klein Luckow das beste Ergebnis im gesamten Kreis Prenzlau verzeichnen konnte.

Ähnliches wie für katholische Gläubige galt hinsichtlich ihres konstanteren, weltbildorientierten Wahlverhaltens auch für Stammwähler von SPD und KPD. Die Untersuchungen Rudolf Heberles für Schleswig-Holstein wiederum zeigen, dass die NSDAP in Gebieten mit einem hohen Anteil an Arbeitern in Industrie- und größeren Handwerksbetrieben schlechter abschnitt als in Gebieten mit einem hohen Anteil an Land- und Forstarbeitern.<sup>253</sup> Ein weiterer positiver Zusammenhang wurde hinsichtlich der Betriebsstrukturen dahingehend nachgewiesen, dass die NSDAP bei größerem Anteil an Beschäftigten in staatlichen und kommunalen Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen besser abschnitt. Auch dies war zumindest für die Stadt Prenzlau als Kreisstadt gegeben. Schließlich zeigten Untersuchungen des Politologen Jürgen Falter nochmals den po-

<sup>250</sup> BLHA Rep 2 A 1 Pol. 1098, Blatt 291.

<sup>251</sup> Der Angriff, 5.11.1928.

<sup>252</sup> Eigene Berechnung nach Ergebnispublikation der „Prenzlauer Zeitung“ vom 2.8.1932.

<sup>253</sup> Borowsky, Wer wählte Hitler (wie Anm. 254), S. 240.

sitiven Zusammenhang zwischen dem Anteil an Landarbeitern und dem Stimmanteil der NSDAP auf. Bei Industriearbeitern war dieser nicht gegeben.<sup>254</sup> Industriearbeiter allerdings waren unter der Arbeiterschaft im damaligen Kreis Prenzlau fast schon Exoten.

Suchte man eine kurze Zusammenfassung dieser Erkenntnisse, so wäre das zuvor erwähnte Zitat des Soziologen Lipset um die Gruppe der Landarbeiter zu ergänzen. In etwa so: Der „idealtypische“ Anhänger der NSDAP um 1932 war ein protestantischer Angehöriger der selbständigen Mittelschicht bzw. ein Landarbeiter, der entweder auf einem Bauernhof oder in einer kleinen Gemeinde lebt und früher für eine Partei der Mitte, rechts der Mitte oder eine Regionalpartei gestimmt hat.

Schauen wir uns nun einmal im Vergleich mit dem benachbarten Templin die Beschäftigtenstruktur des Altkreises Prenzlau an.

	Kreis Prenzlau	Kreis Templin
Landwirtschaft	61,7 %	50,0 %
Industrie u. Handwerk	16,0 %	26,6 %
Handel u. Verkehr	11,3 %	14,8 %

*Tabelle 10: Beschäftigtenstruktur Altkreis Prenzlau 1934 im Vergleich zum Kreis Templin<sup>255</sup> in Prozent aller Beschäftigten des jeweiligen Kreises*

Beim Vergleich der landwirtschaftlich genutzten Fläche ergibt sich für den Kreis Prenzlau für 1934 ein Anteil von 84,0 Prozent an der Gesamtnutzfläche. Dem steht ein vergleichbarer Anteil von nur 47 Prozent für den damaligen Kreis Templin gegenüber.<sup>256</sup> Striemer geht davon aus, dass es im Rahmen der Landwirtschaft des Kreises Prenzlau eine überwiegend großbetriebliche Bewirtschaftung – im Unterschied zum Nachbarkreis Templin mit seinen ja auch geringeren NSDAP-Ergebnissen, gab.

Noch plastischer wird dies bereits in einem Zeitungsbericht des SPD-Organ „Vorwärts“ vom 26. Mai 1927. Hier heißt es zur Situation der Landwirtschaft im Landkreis Prenzlau, dass 66 Prozent (!) der landwirtschaftlich

<sup>254</sup> Borowsky: Wer wählte Hitler (wie Anm. 254), S. 244.

<sup>255</sup> Alfred Striemer: Prenzlau – Leben und Arbeit in Stadt- und Landkreis Prenzlau. in: Schriftenreihe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Technischen Hochschule Berlin, Berlin 1939, S. 63.

<sup>256</sup> a.a.O, S. 63.

genutzten Fläche des Kreises Großgrundbesitzern gehört. Den einfachen Bauern wiederum gehörten lediglich 30 Prozent dieser Fläche. Dennoch brachten die Großgrundbesitzer nur 2,5 Prozent der landwirtschaftlichen Einkommensteuer auf, während der Mittel- und Kleinbesitz im Kreis Prenzlau 75 Prozent aufzubringen hatte. 60 Prozent der Rittergutsbesitzer zahlten seinerzeit überhaupt keine Einkommensteuer. Etwa 30 % der Rittergutsbesitzer wurden nur nach dem Verbrauch veranlagt, lediglich 10 Prozent von ihnen nach den tatsächlichen Einkommensteuersätzen.<sup>257</sup> Die hier themenrelevante Quintessenz liegt nach Auffassung des Autors darin, dass im Altkreis Prenzlau ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Großgrundbesitz vorlag. Ein solch hoher Anteil an Großgrundbesitz zog dabei quasi automatisch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an landwirtschaftlich abhängig Beschäftigten, also Landarbeitern, nach sich. Bedenkt der Leser, dass die Wirtschaftsstruktur des Kreises ohnehin durch einen hohen Anteil der Landwirtschaft geprägt und diese wiederum vorrangig auf der Basis von Großgrundbesitz organisiert war, so liegt für den damaligen Kreis Prenzlau damit ein großes Reservoir an potenziellen NSDAP-Wählern allein in Gestalt von vielen Landarbeitern auf der Hand. Aber auch der in den Städten wie Strasburg und v.a. Prenzlau durchaus vorhandene und von der Wirtschaftskrise bedrohte Mittelstand darf nicht außer Acht bleiben. Die Anziehungskraft, die der Nationalsozialismus auf die Mittelschichten ausübte, war so offenkundig, dass der Soziologe Theodor Geiger schon im Herbst 1930 den Erfolg der NSDAP als Ausdruck einer „Panik im Mittelstand“ deutete.<sup>258</sup> Ebenso waren auch unter den „einfachen“ Bauern, die im damaligen Landkreis dennoch 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten und ähnlich unter der wirtschaftlichen Not litten wie die Landarbeiter, nicht wenige NSDAP-Wähler. Erinnern möchte der Autor auch an die im Abschnitt „Die NSDAP als Krisengewinnler“ im Zeitraum 1929/30 für den Kreis Prenzlau aufgezeigte, in den ländlichen Gemeinden gegenüber den Städten deutlich größere Wachstumsdynamik der Zahl der NSDAP-Mitglieder. Dies korrespondiert mit den in den Tabellen 5 bis 7 ablesbaren noch höheren Stimmanteilen der NSDAP in den Landgemeinden des Kreises, unter deren Einwohnerschaft zwangsläufig der Landarbeiter dominierte.

---

<sup>257</sup> Vorwärts, 26.5.1927.

<sup>258</sup> Winkler: Weimar (wie Anm. 196), S. 389.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass es gerade die aus den Eigentumsverhältnissen resultierende damalige Beschäftigtenstruktur des Altkreises Prenzlau war, welche der NSDAP hier ihre besonderen Erfolge ermöglichte.

### **Außerparlamentarischer Widerstand gegen die NSDAP im Kreis vor 1933**

Natürlich waren unter den damaligen Einwohnern des Altkreises Prenzlau keineswegs nur begeisterte NSDAP-Wähler. Selbst zum Höhepunkt des NSDAP-Wählerzulaufes unter den Bedingungen demokratischer Wahlen, zur Reichstagswahl am 31.07.1932, stimmten ja „nur“ 47,7 Prozent der Wählenden im Kreis Prenzlau für die NSDAP. Also, so die gegenwärtig mancherorts gern verkündete „Logik“, war die Mehrheit, nämlich 52,3 Prozent der Wählenden, dagegen. Eine solche „Argumentation“ aber macht es sich entschieden zu leicht. Das gilt sowohl für die Vergangenheit als auch für die Gegenwart. Dennoch gab es selbstverständlich auch im damaligen Kreis Prenzlau Widerstand gegen Hitler, gegen die NSDAP und ihre prügelnde, uniformierte Hilfstruppe die SA.

Vom außerparlamentarischen Widerstand gegen die NSDAP Hitlers handeln zugleich auch die folgenden Abschnitte zur Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten. Das Gros diesen Widerstands, die heftigsten außerparlamentarischen Auseinandersetzungen mit der NSDAP, bot in jenen Jahren jedoch zweifelsohne die KPD bzw. deren paramilitärischer Arm, der Rot Front Kämpferbund (RFB). Dies bildet nicht den eigentlichen Gegenstand dieser Studie, soll an dieser Stelle jedoch nicht verschwiegen werden. Hier nur einige Beispiele aus jenen Jahren, die den im Geheimen Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem verwahrten Berichten des Prenzlauer Oberstaatsanwaltes und aus Berichten der damaligen Tagespresse entnommen wurden.

Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, war schon die erste öffentliche Versammlung der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe am 16. Februar 1928 von heftigen Auseinandersetzungen zwischen NSDAP-Mitgliedern bzw. SA-Leuten und Kommunisten bzw. RFB-Mitgliedern gekennzeichnet. Der Bericht des Prenzlauer Oberstaatsanwaltes vom 2.4.1928 spricht davon, dass 40 anwesenden NSDAP-Mitgliedern damals 200 „gewaltberei-

te“ RFB-Mitglieder gegenüberstanden. Es kam zu einer regelrechten Saalschlacht. Eine weitere Saalschlacht entwickelte sich bereits wenig später. Im Gefolge einer NSDAP-Versammlung im Prenzlauer Schützenhaus kam es am 20.5.1928 ebenfalls zu gewalttätigen Angriffen von KPD-Mitgliedern bzw. Sympathisanten und RFB-Mitgliedern auf dort versammelte NSDAP-Mitglieder und SA-Leute.

Am 21.7.1929 wurde nach Beendigung eines Bezirkstages der NSDAP in Schönwerder ein Trupp von 20 zurückkehrenden Prenzlauer SA-Leuten von ca. 150 mit LKW's aus Berlin angereisten Kommunisten angegriffen. Sie trafen während einer sogenannten „Propagandafahrt“ auf die Prenzlauer SA.

Mit dem personellen Anwachsen der NSDAP nahm dann zeitweilig auch in Prenzlau die Zahl der Auseinandersetzungen zu. Allein im Zeitraum eines Monats, im Frühjahr 1931, verzeichnete der Prenzlauer Oberstaatsanwalt drei derartige Ereignisse: Am 21.2.1931 wurde eine NSDAP-Versammlung in einem Prenzlauer Lokal von Anhängern der KPD gestört, am 20.3.1931 kam es zu erneuten Zusammenstößen zwischen Kommunisten und NSDAP-Anhängern in Prenzlau. Drei von einer Veranstaltung zurückkehrende SA-Leute wurden angegriffen, zweien davon gelang die Flucht, der SA-Mann Max Kühl aus Röpersdorf-Ausbau hingegen wurde nach Darstellung der hitlertreuen Presse zusammengeschlagen.<sup>259</sup> Nur zwei Tage später, am 22.3.1931, stürten KPD-Anhänger einen NSDAP-Umzug durch Prenzlau. Auf dem Markt wurden die Hitler-Anhänger mit einem Plakat mit der Losung: „Nieder mit den Faschisten“ begrüßt. Hier ging es um einen so genannten Werbetag des Prenzlauer SA-Sturms 32 mit anschließendem Aufmarsch der SA auf dem Markt und abschließendem Platzkonzert. Parallel dazu veranstaltete die Prenzlauer Gruppe der KPD einen Marsch zur Grabstätte der Märzgefallenen. Bei fast zwangsläufiger Begegnung beider Gruppen kam es zu handfesten Auseinandersetzungen in deren Folge vier NS-Aktivisten in das Krankenhaus eingeliefert wurden. Einer davon wurde laut NS-Presse durch einen Lungenstich schwer verletzt. Fast erwartungsgemäß wurden seitens der Polizei fast ausschließlich Anhänger der KPD festgenommen.<sup>260</sup> Nur zwei Tage später berichtete das damalige Gau-Organ der NSDAP Brandenburg „Roter Adler“ davon, dass es ca. 20 Ange-

---

<sup>259</sup> Roter Adler, Organ des Gau Brandenburg der NSDAP, 26.3.1931.

<sup>260</sup> Roter Adler, 24.3.1931.

hörigen der kommunistischen Jugend Prenzlau gelang, die Hakenkreuz-Fahne vor der NSDAP-Verkaufsstelle in der Prenzlauer Königstraße 164, dem sogenannten „Braunen Laden“, herunterzureißen. So ließe sich die Aufzählung fortsetzen. Die Stärke der Prenzlauer KPD-Organisation wurde von einem Polizeispitzel in seinem Bericht für Oktober 1930 mit 100 Mitgliedern, einschließlich 20 Frauen, angegeben.<sup>261</sup> Gehemmt wurden deren Widerstandshandlungen dabei gewiss durch das vom damaligen preußischen Innenminister Albert Grzesinski (SPD) verfügte Verbot des RFB ab dem 6. Mai 1929. Der Prenzlauer Oberstaatsanwalt musste in dem Zusammenhang von einer Prenzlauer Demonstration der KPD gegen dieses Verbot mit 450 bis 500 Teilnehmern am 10. Mai 1929 berichten. Diese Zahl wird den damaligen Prenzlauer Landrat von Lettow-Vorbeck wohl dazu inspiriert haben, in seinem Bericht an den Regierungspräsidenten in Potsdam vom 23. August 1929 eine Stärke der Prenzlauer Ortsgruppe der KPD von 400 bis 500 Mitgliedern zu vermelden.<sup>262</sup> Diese Zahl erscheint dem Autor überhöht. Zum einen ist die Diskrepanz zu dem oben erwähnten Bericht mit einer Angabe von 100 KPD-Mitgliedern für den Oktober 1930 zu gravierend, zum anderen dürften bei der erwähnten Demonstration gegen das RFB-Verbot vom 10. Mai 1929 mehr als nur maximal 50 auswärtige Teilnehmer präsent gewesen sein.

Die größte überregionale, ja reichsweite Resonanz erreichte, wenn auch unfreiwillig, eine Veranstaltung der SPD am 24. Januar 1932 in Strassburg. Die dortige Veranstaltung der SPD-Ortsgruppe war mit insgesamt 110 Teilnehmern recht gut besucht, sieben Polizisten, darunter der Polizeiobermeister Grabow, waren zu deren Absicherung vor Ort. Geleitet vom Arbeiter Friedrich Naujock sprach zunächst das langjährige Strassburger SPD-Mitglied, der Mittelschulrektor Ziesnitz. Schließlich ergriff dort der Hauptredner Wilhelm Krüger, SPD-Bezirksleiter und Landtagsabgeordneter, das Wort. Die späteren Polizeiberichte sprechen davon, dass auf dieser Veranstaltung auch einige KPD- und NSDAP-Mitglieder anwesend waren. Regelmäßig unterbrochen wurde der SPD-Mann Krüger in seinem Referat dabei insbesondere von einem Strassburger NSDAP-Aktivist, dem Schneider Gustav Röske. Mehr und mehr wurde die Veranstaltung so zu einer Auseinandersetzung Krügers mit Hitler und der NSDAP. Dies an

---

<sup>261</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1100, Blatt 328.

<sup>262</sup> BLHA Rep 2 A I Pol. 1098, Blatt 174.

sich ist nicht so hervorhebenswert. Umso mehr das, was sich im Anschluss ereignete. Die Hitler-Anhänger tobten und entfachten eine regelrechte Kampagne gegen Krüger, die SPD und die „Eiserne Front“.<sup>263</sup>

Am 29. Januar 1932 erschien die Abendausgabe des Goebbels-Blattes „Der Angriff“ unter dem Titel „Wüste Hetze der Eisernen Front – An den Laternenpfahl mit Adolf Hitler“ mit einem nur so von Lügen strotzenden Artikel zur Strasburger SPD-Veranstaltung. Hier wurde u.a. behauptet, der Redner Krüger hätte zum Mord an Adolf Hitler aufgerufen. Die gleichen, heutzutage auch gern „postfaktisch“ oder „alternativfaktisch“ zu nennenden Vorwürfe erhob dann auch der Gauleiter der Ostmark, Kube, in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter der NSDAP, im Rahmen einer kleinen Anfrage zu den angeblichen Strasburger Ereignissen. Somit wurden Schockwellen ausgelöst, die bald darauf auch den Prenzlauer Landrat und den Potsdamer Regierungspräsidenten zu Ermittlungen und Stellungnahmen nötigten. In deren Ergebnis stellte sich das Ganze denn auch als bloße NSDAP-Kampagne heraus.<sup>264</sup>

Das übliche Bild des Widerstandes gegen die NSDAP und ihre Gliederungen, ja das des außerparlamentarischen Widerstandes generell, war wie an den vorherigen Beispielen bereits sichtbar, ganz überwiegend, zumindest vor dem Januar 1933, vor allem durch „handfeste“, im Wortsinn „schlagende Argumente“, d.h. physische Attacken, geprägt. Auf Seiten der NS-Bewegung blieb dies auch nach 1933 so und steigerte sich diesbezüglich noch zu erschreckenden Orgien der Gewalt und Vernichtung. In jenen Tagen aber, am 17. Juli 1932, vermeldete die „Prenzlauer Zeitung“, dass am Vortag in Prenzlau zwei NSDAP-Mitglieder bei der Verteilung von Handzetteln auf dem Obermarkt von zwei SPD- bzw. KPD-orientierten Arbeitern in einer spontanen Aktion angegriffen wurden. Bereits am Tag darauf, am Rande der großen NSDAP-Wahlkundgebung mit Hermann Göring in Prenzlau, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen SA-Leuten und KPD-Anhängern. Ein Seemann namens Möhring, auf Seiten der KPD verortet, wurde von der Polizei, ganz nach ihrem Geschmack, als angeblicher „Hauptträdelsführer“ festgenommen. Darüber hinaus schlugen Unbekannte zwei SA-Männer auf deren Heimweg nieder.<sup>265</sup>

---

<sup>263</sup> Die „Eiserne Front“ war ein Zusammenschluss von SPD, Gewerkschaftsbund und Reichsbanner, quasi ein Gegenstück zur „Harzburger Front“ aus NSDAP, DNVP und „Stahlhelm“.

<sup>264</sup> BLHA Rep 2 A I Pol.1103, Blatt 86–93.

<sup>265</sup> Uckermärkischer Kurier, 19.7.1932.

In der Nacht vom 18. zum 19. Juli 1932 rückte erneut Strasburg in den Blickpunkt. Angehörige der KPD und Anhänger der „Eisernen Front“ versammelten sich hier, um gegen NSDAP-Mitglieder vorzugehen, die von ländlichen Wahlversammlungen zurückkehrten. Die NSDAP-Mitglieder erhielten dabei jedoch nach Darstellung der örtlichen Zeitungen von der kommunalen Polizei in Strasburg Unterstützung. Dabei wurde zunächst ein KPD-Angehöriger festgenommen und im Strasburger Gerichtsgefängnis inhaftiert. Am 19. Juli versammelten sich daraufhin KPD-Anhänger vor dem Strasburger Gerichtsgefängnis, um gegen diese Inhaftierung zu protestieren. Sie wurden von einem Kommando Landjäger aus Prenzlau unter Einsatz der Gummiknüppel auseinandergetrieben. Dabei wurden erneut drei KPD-Mitglieder festgenommen. Diese Proteste hielten den ganzen Nachmittag des 19. Juli 1932 an.<sup>266</sup> Bei den Festgenommenen handelte es sich, wie die „Prenzlauer Zeitung“ am 31.7.1932 berichtete, um die Strasburger Arbeiter Georg Müller, Friedrich Munnecke und Richard Jeschke. Friedrich Munnecke war dabei ein führender Vertreter der Strasburger KPD, u.a. Spitzenkandidat bei den letzten Kommunalwahlen vom 12. März 1933. Die erwähnten Strasburger Unruhen setzten sich dann am 20. Juli 1932 fort. Auch an diesem Tag ergriff die Polizei einen ihrer „Lieblingsgegner“, den Strasburger Melker Paul Schröter, der zugleich KPD-Mitglied war.<sup>267</sup> Für den diesbezüglich interessierten Leser hat der Autor im Anhang des Buches als Dokument 8 und 9 eine Aufstellung der Kandidaten von KPD und SPD zu den Wahlen zur Strasburger und Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung vom 12. März 1933 angefügt. Damit dürfte eine konkrete Übersicht über die aktivsten Streiter gegen Hitler in den Reihen von SPD und KPD im Kreis Prenzlau vor 1933 gegeben sein.

Leider konzentrierten sich die Angriffe der sich dem linken Spektrum zugehörig fühlenden Kräfte nicht nur auf die NSDAP. Sie richteten sich quantitativ in fast gleichem Maße ebenso gegen den Stahlhelm, teilweise gingen KPD-Anhänger auch gegen Mitglieder des SPD-dominierten Reichsbanners vor. Eine fatale Zersplitterung des Widerstands, zu dem dann auch die Anhänger Otto Straßers gehörten.

---

<sup>266</sup> Prenzlauer Zeitung, 21.7.1932.

<sup>267</sup> Strasburger Anzeiger, 29.10.1932.



## **Die bekannten Akteure der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten (KGRNS) in Prenzlau im Zeitraum Juli 1930 bis September 1932.**

Der Autor möchte an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass die NSDAP bis zum Juli 1930 auch in Prenzlau nach außen eine geschlossene Partei mit unterschiedlichen Flügeln war. Nach Trennung dieser Flügel begleiteten wir in den vorangegangenen Abschnitten die Entwicklung der Hitler-Partei im Kreis Prenzlau bis in die ersten Monate des Jahres 1933. Wollen wir unsere Aufmerksamkeit nun der weiteren Entwicklung der so genannten „Abgesplitterten“, d.h. der Prenzlauer Vertreter des Anfang Juli 1930 aus der NSDAP ausgetretenen linken, sozialrevolutionären Flügels um Otto Straßer zuwenden.

Wenn nicht alle, so traten zumindest einige der „prominenten“ Vertreter der im Juli 1930 aus der Prenzlauer NSDAP Ausgetretenen nicht nur aus der NSDAP aus. Nein, verbunden mit ihrem Austritt war zu gleich der Übertritt zur am 6. Juli 1930 gegründeten „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ (KGRNS). In der Ausgabe der im „Kampfverlag“ Otto Straßers seinerzeit noch erscheinenden „Berliner Arbeiterzeitung“ vom 27. Juli 1930 wird als „Kampfkreisleiter Prenzlau“ der KGRNS Martin Jaene genannt. Wie schon erwähnt, war Martin Jaene kurz zuvor noch Kreisleiter der NSDAP Prenzlau. Damit stellt er das ranghöchste Mitglied der Renegaten dar. Der „Kampfkreisleiter“ stand den jeweils im Kreis vorhandenen „Kampfgruppen“ vor. Und hier begegnet uns der nächste „Prominente“. In der gleichen Ausgabe der „Berliner Arbeiterzeitung“ wird der vormalige Stadtverordnete und Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppenleiter Wilhelm Tyron als „Kampfgruppenleiter Prenzlau“ geführt. Ebenso wie Martin Jaene war auch Wilhelm Tyron bereits 1925 der NSDAP beigetreten. Offenbar waren die beiden von Anfang an sehr von der sozialrevolutionären, norddeutschen Strömung innerhalb der NSDAP geprägt. Und sie waren damit nicht allein.

Im August 1930 trat dann wohl die erste der nicht wenigen Veränderungen im Rahmen der KGRNS auf. Die Bezeichnung des „Kampfkreises“ ändert sich von „Prenzlau“ in „Uckermark“.<sup>268</sup> Es scheint dies eine „Notlösung“ auf Grund des damaligen Fehlens von Umlandstrukturen gewesen zu sein.

---

<sup>268</sup> Berliner Arbeiterzeitung, 3.8.1930.

Anhand der Veröffentlichung in jener Ausgabe der „Berliner Arbeiterzeitung“ vom 3. August 1930 ergibt sich, dass die gesamte KGRNS Ende Juli 1930 deutschlandweit erst über acht „Kampfkreise“ mit insgesamt 13 „Kampfgruppen“ verfügte. Immerhin gab es einen Kreis und eine Gruppe davon in Prenzlau!

Bereits zwei Wochen später, gegen Ende August, taucht unter den veröffentlichten Namen und Adressen der KGRNS Prenzlau nur noch Wilhelm Tyron auf. Es fehlt die Erwähnung eines „Kampfkreises“ – ob nun „Prenzlau“ oder „Uckermark“ – und auch Martin Jaenes Name taucht nicht mehr unter den Ansprechpartnern der KGRNS auf.<sup>269</sup> Zumindest dies wird auch so bleiben.

Ende 1930 wird aus finanziellen Gründen der „Kampfverlag“ Otto Straßers liquidiert. Somit verschwindet neben anderen von der NSDAP nun geächteten ehemaligen „Gau-Blättern“ wie „Sächsischer Beobachter“, „Mitteldeutscher Beobachter“ oder „Märkischer Beobachter“ auch die „Berliner Arbeiterzeitung“. Statt der genannten Gazetten erscheint nunmehr ab 1931 als „Blatt der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ „Die Deutsche Revolution“.

Bereits in der ersten Ausgabe wurden die KGRNS-Kontaktpersonen veröffentlicht. Hier zeigt sich ein zwischenzeitlicher Wechsel an der Spitze der KGRNS-Kampfgruppe Prenzlau. Als neuer Leiter wird ein „Kampfgenosse“ (KG) Willi Neubauer mit der Adresse: Gartenstraße 14 genannt.<sup>270</sup> Weder im Adressbuch Prenzlau von 1931 noch in dem von 1935 konnte dieser „Neubauer“ ermittelt werden. Sein Wirken als Leiter der Prenzlauer Gruppe war zudem nur von kurzer Dauer. Es scheint sich bei ihm um eine externe, temporäre Vertretung für Wilhelm Tyron zu handeln. Warum Tyron die Leitung der Prenzlauer Gruppierung nationalistisch-sozialistischer Hitlergegner in dieser Zeit nicht ausübte, konnte der Autor nicht ermitteln. Gegebenenfalls gab es gesundheitliche Gründe dafür. Der erwähnte „KG“ Neubauer jedenfalls wird bereits im Februar 1931 durch einen in jenem Organ „Die Deutsche Revolution“ als „KG“ Lompbrandner<sup>271</sup> bezeichneten Nachfolger ersetzt. Auch ein „Lompbrandner“ ist in den Prenzlauer Adressbüchern und selbst im dortigen Geburts- bzw. Sterbe-

---

<sup>269</sup> Berliner Arbeiterzeitung, 24.8.1930.

<sup>270</sup> Die Deutsche Revolution, 4.1.1931.

<sup>271</sup> Die Deutsche Revolution, 22.2.1931.

register nicht bekannt. Der Autor konnte aufklären, dass dieser Nennung ein schlichter Übermittlungsfehler an die Redaktion der „Die deutsche Revolution“ zu Grunde liegen muss. Es handelt sich hier vielmehr um Ludwig Langbrandner, der bereits bis Juli 1930 gemeinsam mit Jaene und Tyron NSDAP-Stadtverordneter von Prenzlau war und gleichzeitig mit beiden aus der NSDAP ausgetreten ist! Langbrandner wohnte in der Wittenhofer Straße 2.<sup>272</sup> Ab April 1931 nimmt dann Wilhelm Tyron erneut die Leitung der Prenzlauer KGRNS-Kampfgruppe wahr.<sup>273</sup>

### **Prenzlau und die NSKD<sup>274</sup>-Episode sowie die Jugendorganisation**

Bereits im Juni 1931 folgte die nächste Veränderung im schnellen „Leben“ der KGRNS. Nach jahrelangen Querelen mit Hitler und anderen führenden Funktionären der NSDAP hatte der besonders radikale Stellvertreter Ost des Obersten SA-Führers (Osaf), der ehemalige Hauptmann Walter Stennes, nach seinem NSDAP-Ausschluss im April 1931 eine „Absplittierung“ der SA ins Leben gerufen und diese „Nationalsozialistische Kampfbewegung Deutschlands“ genannt. In ihr organisiert waren ca. 2.000 seiner Anhänger, sämtlich ehemalige SA-Leute. Im Juni 1931 kam es nun zur Vereinigung der KGRNS unter Leitung von Otto Straßer, Herbert Blank und einem Major a.D. Buchrucker mit der von Stennes begründeten Gruppierung. Gerade von Stennes Seite her erfolgte dieser Zusammenschluss widerstrebend und vorrangig ökonomischem Druck geschuldet. Die nun entstandene Vereinigung erhielt die Bezeichnung „Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands“<sup>275</sup> (künftig NSKD). Nach Patrick Moreau waren in der NSKD im August 1931 deutschlandweit bereits ca. 10.000 Mitglieder organisiert. In seinem bereits erwähnten Werk behauptet er, dass im Bereich Berlin-Brandenburg der NSKD im August 1931 eine noch nicht lange bestehende Basis mit einer starken Mitgliederzahl, die in ihrer Mehrzahl zur SA Stennes gehörten, existierte.<sup>276</sup> Für die Prenzlauer Kampfgruppe, da ist sich der Autor sicher, galt dies so nicht. Hier existierte auch zu diesem Zeitpunkt durchaus eine aus

---

<sup>272</sup> Prenzlauer Adressbuch von 1931.

<sup>273</sup> Die Deutsche Revolution, 5.4.1931.

<sup>274</sup> NSKD steht für Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands.

<sup>275</sup> Die Deutsche Revolution, 7.6.1931.

<sup>276</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 88.

der nationalsozialistischen Linken hervorgegangene Basis. Wilhelm Tyron jedenfalls führte von nun an die Prenzlauer Kampfgruppe der NSKD. Hier änderte sich im Wesentlichen nur der Name. Und auch dies nur vorübergehend.

Auf Grund der Widersprüche zwischen der SA um Stennes und dem politischen Flügel der NSKD um Straßer, Blank und Buchrucker, kam es bereits drei Monate nach der Vereinigung am 12. September 1931 zur Trennung. Stennes und seine verbliebenen Anhänger spalteten sich in Gestalt der „Unabhängigen Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft Deutschlands“ (UNSKD) ab. Zurück blieb eine Rumpf-NSKD um Otto Straßer mit zu diesem Zeitpunkt deutschlandweit nur noch ca. 3.000 Mitgliedern.<sup>277</sup> Die Prenzlauer NSKD-Kampfgruppe litt unter diesem Abgang der Stennes-SA wenn überhaupt nur wenig. Ein Spitzel des Stettiner Polizeipräsidenten erwähnte in seinem aus mitgehörten Unterhaltungen von Delegierten der im Oktober 1931 veranstalteten 2. Reichstagung der NSKD resultierenden Bericht für die Prenzlauer Kampfgruppe eine damalige Personalstärke von immer noch 26 Mitgliedern. Das war mehr als die Kampfgruppen in Rostock mit 25 und Greifswald mit 14 Mitgliedern zu diesem Zeitpunkt aufwiesen.<sup>278</sup> Und dies im Moment des bislang personellen Gesamttiefpunktes der NSKD.

Betroffen von der Umbenennung im Kontext des zeitweiligen Zusammenschlusses mit Stennes war auch die mittlerweile ebenfalls existente Jugendorganisation der Prenzlauer Kampfgruppe. Zuvor im Rahmen der KGRNS noch als „Nationalsozialistische Arbeiter- und Bauernjugend“ aktiv, änderte sich ihre Bezeichnung ab Juni 1931 in „Revolutionäre Arbeiter- und Bauernjugend“ (RABJ). Im Juli 1931 wurde die Prenzlauer RABJ geleitet von Joachim Kolberg, wohnhaft Friedhofstraße 16.<sup>279</sup>

### **Die Prenzlauer und die Oldenburg-Abspaltung**

Die Zeiten blieben für die Prenzlauer Kampfgenossen, wie für alle Akteure der NSKD, turbulent. Ulrich Oldenburg war Mitte 1931 Berliner Kampfkreisleiter der NSKD und Schriftleiter (Chefredakteur) des NSKD-Organ „Die Deutsche Revolution“. Zudem war Oldenburg das für Innen-

<sup>277</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 93.

<sup>278</sup> BArch Berlin R 1501/126082, Blatt 448.

<sup>279</sup> Die Deutsche Revolution, 19.7.1931.

politik zuständige Mitglied des Vollzugausschusses der damaligen NSKD. Darüber hinaus gehörte er zu den führenden Vertretern des sozialistischen Flügels der NSKD.<sup>280</sup> Leider existierten selbst innerhalb der nicht übermäßig großen NSKD bzw. KGRNS zusätzlich Flügel. Deren Gegenpol bildete der nationale Flügel um Otto Straßer. Im Sommer 1931 nun, nach dem Ausscheren von Stennes und seinen Anhängern, hatte Ulrich Oldenburg nichts Besseres zu tun, als gegen die Führung der NSKD um Otto Straßer, Blank und Buchrucker quasi zu putschen. Vor dem Hintergrund persönlicher Querelen mit Straßer „kaperte“ Oldenburg Mitte August 1931 kurzerhand die Herausgeberschaft des bisherigen Organs der NSKD „Die Deutsche Revolution“<sup>281</sup> und lancierte einen Oberleutnant Wendt zunächst an die Spitze der NSKD. Nachdem Wendt sich kurze Zeit später zu Straßer bekennt, gründet Oldenburg im September 1931 die „Kampf-gemeinschaft Deutscher Revolutionäre“ (KGDR).<sup>282</sup> Obwohl inhaltlich kaum Unterschiede zu Straßers NSKD bestanden, leistete Oldenburg so einen (unrühmlichen) Beitrag zur weiteren Zersplitterung der Hitler-Gegner. Nun, der Leser wird verwirrt sein ob der Vielzahl neuer Gruppen und Grüppchen. Mindestens ebenso erging es den Prenzlauer Kampfgenossen um Wilhelm Tyron. Sie bekamen diese für sie zunächst gewiss schwer durchschaubare Entwicklung allein durch das weitere Erscheinen „ihres“ nun so gewandelten Blattes „Die Deutsche Revolution“ mit. Hinzu kam, dass gerade jener Ulrich Oldenburg erst relativ kurz zuvor, am 27. April 1931, bei ihnen in Prenzlau als Redner für die Zentrale der NSKD auftrat.<sup>283</sup> So suchte also auch die Prenzlauer Kampfgruppe in jenen Tagen zeitweise nach Orientierung und stand zwischen Oldenburg und Straßer. Jedoch blieben die Prenzlauer der NSKD und Otto Straßer treu, die Oldenburg-Gruppierung hingegen besaß generell fast keinerlei Basis.

### **Feststellbare Aktivitäten der KGRNS-Kampfgruppe Prenzlau und Höhepunkte des „Kampfgruppenlebens“**

Die erkennbaren Aktivitäten der KGRNS- (bzw. vorübergehend NSKD-) Kampfgruppe Prenzlau bewegten sich vorrangig auf propagandistischem

---

<sup>280</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123) S. 209.

<sup>281</sup> Die Deutsche Revolution, 13.8.1931 und folgende.

<sup>282</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 97.

<sup>283</sup> Die Deutsche Revolution, 3.5.1931.

Terrain. Dabei lassen sich im Grunde vier Schwerpunkte erkennen. Zum einen wurden Schulungs- und Ausspracheabende durchgeführt. Die Themen dieser Schulungen kreisten dabei überwiegend um das Selbstverständnis als Nationale Sozialisten, die Ziele der KGRNS und die Abgrenzungspunkte zur NSDAP auf der einen sowie zur KPD auf der anderen Seite. Im Mittelpunkt stand dabei häufig die Auseinandersetzung mit der Ideologie Hitlers. Regelmäßig durchgeführt wurden „Sprechabende“ bzw. Vorträge, was bereits bei der NSDAP Tradition war. Diese fanden an unterschiedlichen Orten statt. Öffentliche Sprechabende hielt die KGRNS Prenzlau dabei zumeist ausgerechnet in den „Hindenburg-Hallen“ ab. Dies war insofern pikant, als es auch zur Gewohnheit der NSDAP-Ortsgruppe bzw. Kreisorganisation Prenzlau gehörte, ihre Versammlungen an gleicher Stelle durchzuführen. Unter der Leitung Wilhelm Tyrons wurden die Ankündigungen dieser öffentlichen Veranstaltungen dabei stets mit dem provokativ an die Adresse der NSDAP gerichteten Zusatz versehen: *„Eintritt frei – da Bonzengehälter nicht aufzubringen sind.“*



*Abb. 51: Noch einmal die „Hindenburghallen“. Hier führte auch die Prenzlauer KGRNS-Kampfgruppe einige ihrer Veranstaltungen durch.*

Zum anderen wäre die mobile Propaganda-Arbeit nach außen zu erwähnen. Hier wirkte auch die Jugendorganisation RABJ aktiv mit. Für die Kampfgruppe Prenzlau vollzog sich diese mobile Propaganda naturgemäß häufig als „Landpropaganda“. Besonders sonntags marschierten meist zwei Abteilungen gleichzeitig über Land und „versorgten“ so vier bis fünf Dörfer mit „ihren“ Zeitungen oder verkauften noch aus der Restmasse des Straßerschen „Kampfverlag“ stammende Broschüren wie „Ministersessel oder Revolution“. Interessant in diesem Zusammenhang eine Schilderung in „Die Deutsche Revolution“ unter dem Titel: „Aufklärungsarbeit in der Uckermark“. Darin heißt es: *„Da wir überall von früher [der Zeit vor dem NSDAP-Austritt, K. H.] bekannt sind, ist das Interesse bis auf einzelne, verhetzte SA-Leute, die noch nicht erkannt haben, welchen Kurs die Hitlerpartei heute steuert, allgemein rege. Dieses geht auch daraus hervor, daß die führenden Kampfgenossen jetzt öfter Besuche von SA-Führern und Funktionären der Hitlerpartei aus den benachbarten Kreisen erhalten, da diese ehemaligen Parteigenossen allmählich Zweifel am Kurs der NSDAP hegen und sich Aufklärung holen wollen ...“*<sup>284</sup>. Offensichtlich war das Wirken der Prenzlauer KGRNS-Kampfgruppe für die NSDAP schon unangenehm und nicht ganz ungefährlich.

Zum dritten ist erwähnenswert, dass die Prenzlauer KGRNS-Gruppe neben den Propagandamärschen großen Wert darauf legte, dass „ihre“ Zeitung, sei es „Die Deutsche Revolution“ oder ab 1932 „Die schwarze Front“, quasi ebenfalls als Propagandainstrument und auch als eigene Informationsplattform, teils gar als eigenes Sprachrohr, in der Stadt Prenzlau überhaupt öffentlich erhältlich war. Und dies erfolgreich. In nur relativ wenigen Städten Deutschlands wurden diese Zeitungen verkauft. In Prenzlau hingegen war dies kontinuierlich der Fall. Sowohl der Kiosk am Markt als auch der am Bahnhof führten diese Blätter.<sup>285</sup>

Schließlich waren für die Tätigkeit der Prenzlauer KGRNS-Kampfgruppe stationäre Propagandaveranstaltungen mit großer Außenwirkung von Bedeutung. Dabei erscheinen drei öffentliche Veranstaltungen erwähnenswert. Einmal jene mit dem schon erwähnten Referenten Ulrich Oldenburg, die am 27. April 1931 in Prenzlau stattfand. Oldenburg war zu dem Zeitpunkt noch KGRNS-Kampfkreisleiter Berlin, Mit-

---

<sup>284</sup> Die Deutsche Revolution, 18.1.1931.

<sup>285</sup> Die schwarze Front, 13.11.1932.

glied des Vollzugsausschusses der KGRNS und zugleich Schriftleiter des KGRNS-Organs „Die Deutsche Revolution“. Knapp drei Monate vor seinem Ausschluss wegen „Pflichtverletzungen und Sabotage der Politischen Arbeit“ aus der sich dann vorübergehend „NSKD“ nennenden Gruppierung, referierte er in Prenzlau zu weltanschaulichen Grundlagen des nationalen Sozialismus. Ein Ko-Referat hielt dabei der „Kampfgenosse“ Otto Horn. Horn war zuvor Gau-Redner des Gaues Groß-Berlin der NSDAP und Russlandexperte der Hitler-Partei. Erst Anfang April 1931 war er von der NSDAP zur KGRNS übergetreten. In Prenzlau sprach er über seine Erlebnisse in der Zeit als Leiter eines großen Industrierwerkes in Russland. Am 28. April 1931 wurde diese Veranstaltung, organisiert von der Prenzlauer KGRNS-Gruppe, in Schönwerder (Uckermark) wiederholt. Unter den dortigen Zuhörern waren laut Bericht in „Die Deutsche Revolution“ viele Mitglieder der NSDAP. Oldenburg ging daher besonders auf die Gründe ein, die zur Abspaltung der KGRNS von der Hitler-Partei führten.<sup>286</sup>

Schon in dieser Veranstaltung setzte sich der Redner öffentlich mit der NSDAP auseinander. Dies war auch bei der nächsten öffentlichen Versammlung der KGRNS-Kampfgruppe am 13. Mai 1931 in Seelübbe bei Prenzlau der Fall. Hier referierte Wilhelm Tyron persönlich. Die Versammlung war gut besucht und „Die Deutsche Revolution“ berichtete davon, dass die Mehrzahl der Teilnehmer (wieder einmal) der NSDAP angehörte. Angeblich war die gesamte Prenzlauer SA erschienen! Im Verlauf der Versammlung soll sich dann ein Funktionär der NSDAP namens Fischer zu Wort gemeldet und Hitler gegen Tyrons Angriffe zu verteidigen versucht haben. Trotz der ideologischen Auseinandersetzung gelang es Wilhelm Tyron und seinen „Kampfgenossen“, diese Versammlung ohne Schlägerei zu beenden. Bereits am 16. Mai 1931 sprach Wilhelm Tyron in seiner Funktion als Leiter der Prenzlauer KGRNS-Kampfgruppe erneut, diesmal in Flieth im Kreis Templin. Hier entstand später dann einer der Stützpunkte der Prenzlauer Kampfgruppe. Dies aber ist dann Gegenstand des folgenden Abschnitts. Im Rahmen der Versammlung am 16. Mai 1931 wurden auch Diskussionen mit den der NSDAP nahestehenden Artamanen, einem radikal-völkischen Siedlerbund, geführt.

---

<sup>286</sup> Die Deutsche Revolution, 3.5.1931.



Wilhelm Tyron hielt hier das Schlusswort.<sup>287</sup> Dies Beispiel zeigt deutlich, dass der geringen Dichte des KGRNS-Netzes geschuldete große Einzugsgebiet der Prenzlauer Kampfgruppe.

### **Otto Straßer in Prenzlau und seine Vorstellung vom Verhältnis der KGRNS zur KPD**

Das für die KGRNS weit über Prenzlau und die Uckermark hinaus bedeutendste Ereignis im Rahmen der Tätigkeit der Prenzlauer Kampfgruppe fand wohl bereits am 9. Januar 1931 statt. Otto Straßer selbst besuchte die Prenzlauer Kampfgruppe und diskutierte bzw. referierte im Rahmen einer öffentlichen Versammlung.

Im Vorfeld der Versammlung hatte die Prenzlauer Kampfgruppe schriftliche Einladungen an Vertreter verschiedener Parteien versandt – so auch an die NSDAP und die KPD. Während die KPD sich laut einem Bericht in „Die Deutsche Revolution“ so zahlreich einfand, dass der gemietete kleine Saal des gastgebenden Restaurants bereits eine Viertelstunde vor Veranstaltungsbeginn restlos überfüllt war, wich die NSDAP einer Teilnahme aus. Mehr noch. Ihre Funktionäre hatten Angst. Angst vor einem Übergreifen der Straßerschen sozialrevolutionären Anschauung auf ihre Prenzlauer Mitglieder. Schließlich lagen die für die Prenzlauer NSDAP so dramatischen Ereignisse vom Juli 1930 gerade einmal sechs Monate zurück. Im erwähnten Zeitungsbericht heißt es dazu: „[...] *hatte die NSDAP sofort nach Erhalt unserer Einladung den größeren Saal des selben Wirts für den gleichen Tag zu einer öffentlichen Versammlung gemietet, wohl aus Angst, daß Teile der SA und sonstige Hitleranbeter zu uns kämen und aufgeklärt werden. Wie armselig muß es um den Geisteschatz einer Partei bestellt sein, die ihren Mitgliedern den Besuch anderer Veranstaltungen verbietet!*“

Diese Episode aber war nicht das, was die Bedeutung dieses Straßer-Besuchs in Prenzlau ausmachte. Das, was so bedeutsam war, wurde im erwähnten Bericht so eingeleitet: *“Der Diskussionsredner der KPD, Robert Schulz [damals Ortsvorsitzender der KPD Prenzlau] erörterte in ruhiger und sachlicher Art die Gedanken des Marxismus.”* Nach den Ausführungen von Robert Schulz sprach dann Otto Straßer. Nach den Worten des KPD-Ortsvorsitzenden breitete Straßer, und dies ist das eigentlich Bedeut-

---

<sup>287</sup> Die Deutsche Revolution, 24.5.1931.

same, die drei Hauptkritikpunkte der KGRNS an der kommunistischen Bewegung aus. Es war dies vorrangig eine Kritik am Marxismus. Im Einzelnen: 1. Die Ablehnung des Gedanken des Internationalismus mit dem platten Argument, alle Revolutionen seien bislang nationale Revolutionen gewesen. 2. Die Ablehnung des Klassenkampfes und das Bestreiten des Fortbestehens von Klassen. Für Straßer waren es "Schichten" in denen allgemein Besitzlosigkeit dominierte. Durch das einseitige Betonen einer "Diktatur des Proletariats" meinte er, werden Bauerntum, Mittelstand und Handwerker nur bedroht, verängstigt und zu Hilfsdiensten für das Kapital gebracht. So werde die soziale Befreiung verhindert. 3. Schließlich wurde generell die materialistische Weltanschauung als der Grundfehler des Marxismus überhaupt vehement abgelehnt. Straßer und Co. setzten durchaus auf Religion, auf die "Kraft des Glaubens" – die schließlich auch den angeblich unabdingbaren Idealismus fördert und erst ermöglicht. In diesem Punkt herrschte dann übrigens nach wie vor Übereinstimmung der KGRNS mit dem Gedankengut zumindest breiter Teile der "Hitlerfaschisten". Ebenso im Antisemitismus, der bei Straßer und Kampfgenossen etwas weniger total als bei den Ideologen Hitlers gedacht worden sein mag. Hierzu hat sich Otto Straßer nach dem zugrunde liegenden Bericht<sup>288</sup> in Prenzlau jedoch nicht geäußert.

Bedauerlich bleibt, dass Straßer und die KGRNS-Führung im vehementen Ablehnen des Marxismus Möglichkeiten zu engerer Zusammenarbeit mit der KPD zumindest als gemeinsame Hitler-Gegner vergaben. Allerdings wurden solche Möglichkeiten nicht nur einseitig von der KGRNS als einem der kleinsten potentiellen Partner einer "Anti-Hitler-Front" ausgelassen. Der Bericht lobt dabei noch die Tatsache, dass die "*Volksgenossen von der KPD*" stets selbst für Ruhe sorgten, wenn die "*Wahrheiten des Redners*" [Otto Straßer] einigen Marxisten unangenehm waren. Der Abend wurde als Beweis dafür gewertet, dass bei richtigem Ton auch ruhige Auseinandersetzungen "*mit dem Gegner*" geführt werden können. Als äußeres Zeichen des Erfolgs seien dem Bericht<sup>289</sup> zufolge zahlreiche Neuaufnahmen in die Reihen des Prenzlauer KGRNS zu verzeichnen gewesen.

---

<sup>288</sup> Die Deutsche Revolution, 18.1.1931.

<sup>289</sup> a.a.O..

# Otto Straßer in Breslau

Eine geistige Auseinandersetzung mit der KPD.

Am 9. Januar fand die erste öffentliche Versammlung der hiesigen Kampfgruppe mit Otto Straßer als Redner statt. Es waren schriftliche Einladungen verandt worden, so auch an die Leitung der Hitler-Partei und der Kommunisten. Während die KPD sich so zahlreich einfind, daß bereits um 7/8 Uhr der kleine Saal vollzählig gesperrt werden mußte, hatte die NSDAP sofort nach Erhalt unserer Einladung den großen Saal des oberen Wirtes für den gleichen Tag zu einer öffentlichen Versammlung gemietet, wohl aus Angst, daß Teile der SA und sonstige Hitler-Anhänger zu uns kämen und aufgeklärt werden. Wie armelig muß es um den Westeschat einer Partei bestellt sein, die ihren Mitgliedern den Besuch anderer Veranstaltungen verbietet! Echt popstische Westesnebelung! Der Diskussionsredner der KPD, Robert Schulz, erörterte in ruhiger und sachlicher Art die Gedantengänge des Marxismus. Straßer zeigte in seinen Ausführungen die Grundirrtümer der Marxistischen Lehre 1. in dem Gedanken der Internationale, alle Revolutionen sind bisher nationale gewesen; 2. in dem Gedanken des Klassenkampfes. Es sind heute fast alle Schichten des deutschen Volkes ausgebeutet, 97 Prozent Beschäftigte stehen heute 3 Prozent Ausbeutern gegenüber. Durch das einheitliche Betonen der Diktatur des Proletariats fühlt sich das Bauerntum und der Mittelstand der Handwerker usw. bedroht und leidet dem Kapitalismus ungemollt Hülfedienste und verhindert die soziale Befreiung. Der 3. Grundfehler des Marxismus ist die materialistische Weltanschauung, die jeden Glauben leugnet und das Beste im Menschen, den Idealismus, zerstört. — Im 1. Teile seines Vortrages betonte Otto Straßer, daß die deutsche Revolution nur siegreich sein kann, wenn sie auf den drei Gebieten des Lebens 1. Körper = Wirtschaft, 2. Geist = Gesellschaft, Staat, 3. Kultur = Religion gleichzeitig erfolgt.

Es muß bemerkt werden, daß die Volksgenossen von der KPD stets selbst für Ruhe sorgten, wenn die Wahrheiten des Redners einigen Marxisten unangenehm waren, ein Zeichen, daß das Interesse, den Redner zu hören, groß war. Der Abend war ein Erfolg für uns und ein Beweis dafür, daß es durchaus möglich ist, eine ruhige Auseinandersetzung mit dem Gegner herbeizuführen, wenn nur der richtige Ton gefunden wird, wie es Straßer meisterhaft verstand.

Spektator.

Eine Reihe von Neuaufnahmen war der äußere Erfolg des Abends.

ihnen ein geistiges Richtzeug zu geben. Mit dem 1. Tage des neuen Jahres begann die planmäßige Landpropaganda. Während die Bürger aller Kategorien ihren Silvesterabend ausshielten, trat die hiesige Kampfgruppe am Neujahrs morgen um 8 1/2 Uhr an. In zwei Abteilungen wurde marschiert und es wurden fünf Dörfer mit Zeitungen

Kampfgemeinschaft „Revolution“  
Kampfg

Levin

Am Montag, dem 2. Februar 1931  
GROTERIAN-STEINWEG-SAAL,

F. W. I.  
Dr. O.

Eintritt: 0,40 M., Erwerbslose 0,10 M.

Karten sind im Vorverkauf in der C  
Waldow, Handelsweg 6. und b

belegt und eine Anzahl „Ministerkessel oder Revolution“ verkauft. Auch am Sonntag, dem 10. 1., „verleuchten“ zwei Abteilungen wieder vier andere Dörfer. Da wir überall von früher her bekannt sind, ist das Interesse bis auf einzelne verhasste SA-Leute, die noch nicht erkannt haben, welchen Kurs die Hitlerpartei heute steuert, allgemein reger. Dieses geht auch daraus hervor, daß die führenden Kampfgenossen jetzt öfter Besuche von SA-Führern und Funktionären der Hitlerpartei aus den benachbarten Kreisen erhalten, da diese ehemaligen Parteigenossen allmählich Zweifel am Kurs der NSDAP hegen und sich Aufklärung holen wollen. Sobald die Jahreszeit es wieder erlaubt, werden auch die weiter entfernten liegenden Ortschaften durch Radlourer erreicht werden. Eines rüfter uns zum weiteren Kampf: der Glaube an den Sieg der deutschen Revolution!

Spektator.

Abb. 52: Bericht aus: „Die Deutsche Revolution“ vom 18. Januar 1931



*Abb. 53: Otto Straßer (1897–1974), Leiter des Vollzugsausschusses der KGRNS*

### **Neuerliche Veränderungen der Strukturen und Akteure sowie Abschätzung der maximalen Mitgliederstärke der Prenzlauer Gruppe**

Der Leser musste bereits einer Vielzahl von personellen und namentlichen Wechseln im Rahmen der kurzen Geschichte von KGRNS bzw. NSKD beiwohnen. Der nächste folgte im Januar 1932. Es fand eine Rückkehr zur Bezeichnung vor der Vereinigung mit Stennes statt. An Stelle der Bezeichnung „Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands“ hieß es nun erneut „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“, also KGRNS. Doch diesmal änderte sich auch für die Prenzlauer Kampfgenossen mehr als bloß der Name. Flankiert wurde dies von unausweichlichen Strukturveränderungen. Von Januar bis August 1932 konnte der Autor im Rahmen einer Auswertung der nach der Oldenburg-Abspaltung an Stelle der „Die Deutsche Revolution“ als Kampfblatt Straßers erscheinenden „Die schwarze Front“ folgende Struktur der KGRNS ausmachen:

Das oberste Gremium der KGRNS, der Vollzugsausschuss unter Leitung von Otto Straßer, Herbert Blank und Major a.D. Buchrucker, wurde in der nächsten Ebene gefolgt von „Landschaften“. Dieser Begriff stellte für

die KGRNS ein Pendant zum beispielsweise in der NSDAP üblichen „Gau“ dar. Die jeweilige Landschaft führte wiederum die in ihrem Territorium vorhandenen „Kampfkreise“, die ihrerseits für die vorhandenen „Kampfgruppen“ verantwortlich zeichneten. Diese wiederum konnten bei entsprechender Stärke jeweils „Stützpunkte“ bilden. Neu hinzugekommen waren also die „Landschaften“. Für die Prenzlauer Kampfgenossen hieß dies konkret: Landschaft Kurmark, Kampfkreis Berlin und Kampfgruppe Prenzlau.

Im August 1932, nach all den vorherigen Querelen, war der Bestand der KGRNS so ausgedünnt, dass die Prenzlauer Kampfgruppe gleich vom Kampfkreis Berlin geführt werden musste. Die erwähnte Landschaft Kurmark selbst bestand zu diesem Zeitpunkt auch lediglich aus dem Kampfkreis Berlin, der neben den in der Reichshauptstadt noch existierenden KGRNS-Kampfgruppen nur noch die in Prenzlau, Eberswalde, Boitzenburg und Greven umfasste.<sup>290</sup>

Mitte September 1932 sollte dann eine weitere, die letzte, Änderung der legalen KGRNS-Strukturen erfolgen. Die „Landschaften“ als Gliederung sind nicht mehr feststellbar. Neu geschaffen hingegen wurde der „Kampfkreis Brandenburg-Nord“. Die vorherige intensive Propagandaarbeit der noch vorhandenen KGRNS-Kampfgruppen hatte augenscheinlich Früchte getragen, die KGRNS expandierte wieder. Die Prenzlauer gehörten nun nicht mehr zum weit entfernten „Kampfkreis Berlin“ sondern zu dem neu geschaffenen namens „Brandenburg-Nord“. Und der Leiter dieses Kampfkreises, Herbert Schmidt, wohnte sogar wieder in Prenzlau, in der Stettiner Straße 8.<sup>291</sup>

Auch die Prenzlauer Kampfgruppe selbst wuchs deutlich. Es entstanden erstmals eigene Stützpunkte. Einer davon befand sich in der zweitgrößten Stadt des damaligen Landkreises Prenzlau, in Strasburg (Um.). Er stand unter Leitung eines „Kampfgenossen“ Gustke, Baustraße 35 in Strasburg.<sup>292</sup> Nach dem „Adressbuch der Stadt Strasburg (Uckerm.)“ von 1932 muss es sich hier um den Kriegsinvaliden Artur Gustke gehandelt haben. Weitere Stützpunkte der Prenzlauer Kampfgruppe entstanden außerhalb des Prenzlauer Kreisgebietes in den Uckermärkischen Orten Flieth

---

<sup>290</sup> Die schwarze Front, 28.8.1932.

<sup>291</sup> Die schwarze Front, 25.9.1932.

<sup>292</sup> Die schwarze Front, 9.10.1932.

und Lychen sowie in Voßberg und Warnitz.<sup>293</sup> So erreichte die Prenzlauer KGRNS-Kampfgruppe erst kurz vor dem Ende ihrer legalen Tätigkeit ihre größte Stärke überhaupt.

Quantifizieren lässt sich diese personelle Stärke schwer, weitere Spitzelberichte oder andere Aufzeichnungen konnte der Autor nicht ausmachen. Als sehr hilfreich bei diesem Unterfangen erwies sich ein in Patrick Moreaus Werk „Nationalsozialismus von links“ wiedergegebenes Interview, welches der Verfasser Anfang der 1980er Jahre mit einem Dr. Doerner, im Dezember 1932 KGRNS-Stützpunktleiter in Berlin-Spandau, führte. Nach Dr. Doerners dort zitierten Worten musste eine KGRNS-Kampfgruppe, um von der Berliner Zentrale anerkannt zu werden, 10 bis 50 Mitglieder aufweisen. Bei einem Stützpunkt waren es fünf bis zehn Mitglieder. Stützpunkte wurde seitens einer Kampfgruppe dann gebildet, wenn sie die Anzahl von 50 Mitgliedern überschritt.<sup>294</sup> Unter diesen Maßgaben hält es der Autor für zulässig davon auszugehen, dass die im November 1932 von der KGRNS-Kampfgruppe Prenzlau jemals erreichte Maximalstärke sich zwischen 75 und 100 Mitgliedern, sprich „Kampfgenossen“, bewegt hat. Das ist eine deutliche Steigerung zu jenen 26 vom Oktober 1931.

Etwa zu jener Zeit, Mitte November 1932, musste der langjährige, national gesinnte Sozialrevolutionär und aktive Hitler-Gegner, der vormalige Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppenleiter und nachfolgend KGRNS-Kampfgruppenleiter Wilhelm Tyron, aus gesundheitlichen Gründen die Leitung der Prenzlauer Kampfgruppe aufgeben. Er übte weiter die Funktion des Kassenwartes aus. Die Leitung der Gruppe übernahm von nun an bis zu ihrem mutmaßlichen Ende im Verlauf des Jahres 1933 Ludwig Langbrandner, damals Wittenhofer Straße 1.<sup>295</sup> Ludwig Langbrandner begegnete uns bereits im Abschnitt „Die bekannten Akteure der KGRNS in Prenzlau [...]“. Er hatte Tyron als Kampfgruppenleiter von Februar bis April 1931 vertreten und dürfte auch in der Zwischenzeit weiter aktiv in der KGRNS gewirkt haben.

---

<sup>293</sup> Die schwarze Front, 27.11.1932.

<sup>294</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 150.

<sup>295</sup> Die schwarze Front, 13.11.1932.

## **Kampfkreis und Kampfgruppe Prenzlau nach Hitlers Machterlangung**

Auch wenn sowohl der in Prenzlau wohnhafte „Kampfkreisleiter Brandenburg-Nord“ Herbert Schmidt als auch der Kampfgruppenleiter Ludwig Langbrandner über das nach der Machtübergabe an Hitler am 15. Februar 1933 erfolgte Verbot der KGRNS-Zeitung „Die schwarze Front“ hinaus in ihren Funktionen verblieben, konnte der Autor bereits ab Dezember 1932 von den Prenzlauer Stützpunkten in Strasburg, Flieth, Voßberg und Warnitz keine Erwähnung mehr entdecken. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass sowohl der KGRNS-Kampfkreis Brandenburg-Nord als auch die Kampfgruppe in Prenzlau nach Hitlers Machterlangung zumindest noch formal einige Wochen bzw. Monate existierten. Ein Nachweis konkreter Aktivitäten von Kreis und Gruppe ist aber nicht möglich. Die zwischenzeitlich nach Wien exilierte Zentrale der KGRNS jedoch brachte von dort aus an alle Kampfkreis-, Kampfgruppen- und Stützpunktleiter adressierte illegale Schriften wie den im Anhang als Dokument 13 befindlichen „Rundbrief Nr. 1“ von Mai 1933<sup>296</sup> auf den Weg. Dieser enthält neben Äußerungen zur innerparteilichen Situation der KGRNS bzw. „Schwarzen Front“<sup>297</sup> nach Hitlers Machterlangung eine Einschätzung der politischen Lage und Handlungsanleitungen für die weitere illegale Arbeit. Gleichfalls aus dem Mai 1933 stammt eine mutmaßlich ebenfalls im Wiener Exil verfasste Anlage zum Nachtragsbericht der Organisation und Führerbesprechung der KGRNS vom 16. Mai 1933 aus dem Bestand des ehemaligen Reichsinnenministeriums. Noch in diesem Dokument werden weiterhin Ludwig Langbrandner als Leiter der Kampfgruppe Prenzlau und Herbert Schmidt als „Kampfkreisführer Brandenburg-Nord“ bezeichnet. Schmidts Organisationsgebiet hatte sich jedoch, wahrscheinlich den Bedingungen der Illegalität geschuldet, inzwischen erweitert. Der „Kampfkreis Brandenburg-Nord“ war nun, im Mai 1933, zumindest formal auch für das KGRNS-Organisationsgebiet Mittelpommern verantwortlich.<sup>298</sup> Der Autor möchte noch einmal betonen, dass diese Dinge keine Beweise für eine Widerstandstätigkeit von Kampfkreis bzw. Kampfgruppe Prenzlau darstel-

---

<sup>296</sup> BArch Berlin, R 1501/126082, Blatt 326 und 327.

<sup>297</sup> Die „Schwarze Front“ ging im Oktober 1931 aus der KGRNS hervor. Sie bestand im Kern aus der KGRNS ergänzt um wenige Splittergruppen.

<sup>298</sup> BArch Berlin, R 1501/212588.

len. Diese gibt es nicht. Es ist durchaus möglich, dass bei den Adressaten in Prenzlau und anderen Orten keinerlei aktive Reaktion auf die Bemühungen der in relativer Sicherheit im Wiener Exil agierenden KGRNS-Führung erfolgten, die sich zwischenzeitlich gern als „Schwarze Front“, im Kern die KGRNS umrahmt von wenigen, kleinen Splittergruppen, inszenierte. Die Bestätigung gab es spätestens im März 1934 dann quasi amtlich. Nach einer Mitteilung des Staatspolizeiamtes Ia Berlin vom 10. März 1934 konnte „in letzter Zeit“ keine Betätigung der „Schwarzen Front“ Otto Straßers mehr auf preußischem Staatsgebiet festgestellt werden.<sup>299</sup>

### **Überzeugung oder Fortkommen? Schlussbetrachtung zu einigen der Prenzlauer NSDAP-Renegaten des Juli 1930**

Neben Ludwig Langbrandner und Herbert Schmidt muss sich der Autor auf Grund der Quellenlage mit Angaben zu Wilhelm Tyron, Robert Weyel und Martin Jaene begnügen. Dabei gehörten sowohl Ludwig Langbrandner als auch Wilhelm Tyron und Martin Jaene zu den fünf Prenzlauer Stadtverordneten der NSDAP, die im Juli 1930 ihren Austritt aus dieser und Übertritt zur KGRNS erklärten. Für Robert Weyel galt dies in seiner damaligen Eigenschaft als Prenzlauer Stadtrat ebenfalls. Für Ernst Sperling, einen weiteren dieser fünf Stadtverordneten, muss allerdings vorerst ungewiss bleiben, ob er tatsächlich im Kontext seiner Mandatsniederlegung auch die NSDAP verließ.

Ludwig Langbrandner und Herbert Schmidt gehörten zu den letzten Aktivistinnen der KGRNS in Prenzlau. Langbrandner war dabei offenbar von Juli 1930 bis Anfang 1933 durchweg aktiv in der Prenzlauer KGRNS-Kampfgruppe. Im Zeitraum Februar bis April 1931 hatte er entsprechend der Quellenlage quasi vertretungsweise die Führung der Prenzlauer Kampfgruppe inne, im November 1932 löste er dann Wilhelm Tyron als Leiter der Prenzlauer Kampfgruppe endgültig ab. Wie wir im vorhergehenden Abschnitt sahen, wurde Ludwig Langbrandner noch für den Mai 1933 in einem Papier der exilierten KGRNS-Führung als Leiter der Prenzlauer Kampfgruppe benannt.

Herbert Schmidt als Leiter des neu geschaffenen „Kampfkreis Brandenburg-Nord“ der KGRNS tritt plötzlich und unvermittelt im September

---

<sup>299</sup> BAArch Berlin, R 1501/126082, Blatt 412.



1932 auf den Plan. Auch er bleibt, zumindest auf dem Papier, noch bis zumindest Mai 1933 in diesem Amt. Zuletzt gar, offenbar aus der Not heraus, mit einem um Mittelpommern erweiterten Verantwortungsbe-  
reich. Diese beiden waren also auch nach Hitlers Machtantritt weiter für die KGRNS aktiv. Leider verlieren sich deren Spuren bislang vollends. Im "Adreßbuch 1938 der Stadt und des Kreises Prenzlau" finden sich für die Stadt Prenzlau dann weder für Ludwig Langbrandner noch für Herbert Schmidt Einträge. Ob eine Verwandtschaft Herbert Schmidts zu dem ihm von der Wohnadresse her direkt benachbarten früheren NSDAP-Kreis- und Stadtverordneten Paul Schmidt bestand, konnte bislang nicht ermittelt werden. Paul Schmidt selbst gehörte ebenfalls zu den Prenzlauer NSDAP-Abtrünnigen.

Wilhelm Tyron, geboren am 17.6.1904 in Prenzlau, war eines der ersten NSDAP-Mitglieder vor Ort. Er muss, auch wenn dafür der direkte Nachweis noch aussteht, bald nach den ersten öffentlichen Aktivitäten der Prenzlauer NSDAP-Ortsgruppe im Laufe des Jahres 1928 deren Leitung übernommen haben. Wie bereits erwähnt, fungierte Wilhelm Tyron Anfang 1929 und im Juli des gleichen Jahres insgesamt zwei Mal als Vertreter Martin Jaenes in der Funktion als Leiter des NSDAP-Bezirk 1 (Prenzlau). Im Zuge der Provinzial-, Kreistags- und Stadtverordnetenwahlen vom 17. November 1929 wurde er gemeinsam mit Ludwig Langbrandner, Martin Jaene, Paul Schmidt und Ernst Sperling zum Prenzlauer Stadtverordneten für die NSDAP gewählt.



*Abb. 54: Wilhelm Tyron, geboren 17.6.1904, vermisst seit Januar 1945*

Im Juli 1930 trat er dann, gleich den vorgenannten, aus der NSDAP aus und zur KGRNS über. Gleich nach deren Gründung fungierte Wilhelm Tyron mit wenigen Unterbrechungen bis November 1932 als Leiter der Prenzlauer Kampfgruppe der KGRNS. Ihr Wirken und Werden wurde ganz wesentlich von ihm mitbestimmt. Selbst nach seinem gesundheitsbedingten Ausscheiden aus der Funktion des Leiters blieb er der Kampfgruppe als Kassierer weiter verbunden. Im "Adreßbuch 1938 der Stadt und des Kreises Prenzlau" findet man ihn, nun wohnhaft in der Prenzlauer Friedrichstraße 227, weiterhin. Allerdings nicht mehr in seiner Tätigkeit als Angestellter der staatlichen Kreiskasse Prenzlau, die der Prenzlauer Landrat in einem Schreiben vom August 1929 im Zusammenhang mit unrichtigen Behauptungen in einem Spitzelbericht der politischen Polizei speziell erwähnt hat,<sup>300</sup> sondern als Handelsvertreter. Nach Aussagen des Sohnes Wilhelm Tyrons war dessen aktive Hitler-Gegnerschaft dafür verantwortlich, dass Wilhelm Tyron nach der Installation des Hitlerregimes seine Anstellung bei der staatlichen Kreiskasse verlor und fortan nur noch als Handelsvertreter tätig sein konnte. Wilhelm Tyron soll nach weiteren Auskünften der Familie kurz nach Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur sogar vorübergehend in einem Konzentrationslager interniert gewesen sein. Eine Überprüfung dieser Aussage beim "International Tracing Service" (ITS) in Bad Arolsen ergab dazu zwar keine Bestätigung,<sup>301</sup> schließt dies aber dennoch nicht aus.

Nicht untypisch für das NS-Regime war es, Gegner bzw. als unzuverlässig geltende Personen nach Beginn des vom Zaun gebrochenen Weltkrieges zur Wehrmacht einzuberufen und an den jeweiligen Fronten ruhig zu stellen bzw. zu "verheizen". So geschah es wahrscheinlich auch mit Wilhelm Tyron. Bereits im Jahre 1940 war er zur damaligen Nachrichten-Ersatz-Abteilung 2, zunächst nach Pasewalk, eingezogen worden. Seit Januar 1945 gilt Wilhelm Tyron, zuletzt eingesetzt im damaligen Ostpreußen an der so genannten "Ostfront", als verschollen. Nach Auskunft der "Deutschen Dienststelle" gab er seine letzte Nachricht an die Ehefrau am 15.1.1945 aus dem Raum Schloßberg/Ostpreußen als Angehöriger des Grenadierregiments 3 im Bestand der 21. Infanterie-Division ab. Sein zuletzt erreichter Dienstgrad war der eines Obergefreiten.<sup>302</sup>

---

<sup>300</sup> BLHA Rep 2 A 1 Pol. 1098, Blatt 305.

<sup>301</sup> Mitteilung des International Tracing Service (ITS) an den Autor vom 3.1.2017, Archiv-Nr. 4748.

<sup>302</sup> Schriftliche Auskunft der "Deutschen Dienststelle" vom 12.12.2016 an den Autor, Geschäftszeichen II B 412-161114 100-1667.

Über das weitere Schicksal des Wilhelm Tyron fehlen leider jegliche Informationen. Aber weder von ihm noch von Langbrandner oder Paul und Herbert Schmidt wurden nach dem 30. Januar 1933 Aktivitäten mit Blick auf einen eventuell erneuten NSDAP-Eintritt bekannt. Anders verhält sich dies bei den noch folgenden Prenzlauer KGRNS-Protagonisten.

Die Ereignisse um den Prenzlauer Tischlermeister Ernst Sperling, der ebenfalls zu den fünf Stadtverordneten gehörte, die im Juli 1930 ihr Mandat für die NSDAP niederlegten, sind noch ein wenig undurchsichtig. Er erscheint erneut als Kandidat der nun rein hitlerschen NSDAP für die Wahlen zur Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung vom 12. März 1933.<sup>303</sup> Zwar erhielt er nur den an sich zunächst aussichtslosen 29. der insgesamt 36 Listenplätze der Prenzlauer NSDAP, doch immerhin. Wäre Ernst Sperling tatsächlich im Kontext seiner Mandatsniederlegung auch gleich den Vorgenannten konsequent aus der NSDAP ausgetreten, so wäre ein späterer Neueintritt und eine erneute Kandidatur auf der NSDAP-Liste als Stadtverordneter eigentlich undenkbar. Sperling muss also, vorbehaltlich einer eventuell weiteren Nachprüfung, auf einen konsequenten Parteiaustritt als „Straßer-Opposition“ verzichtet und sich der NSDAP nach dem Juli 1930 erneut angenähert haben. Ein Einblick in seine NSDAP-Mitgliederkarteikarte hätte diesbezüglich Klarheit schaffen können. Dem Autor ist es bei Recherchen in der NSDAP-Mitgliederkartei leider nicht gelungen, eine Sperling betreffende Karte zu entdecken. Laut Adressbuch von 1938 war Sperling vom Tischlermeister zum Möbelhändler aufgestiegen. So hat sich seine Umkehr zu Hitler denn wohl doch für ihn bezahlt gemacht. Anders als konsequent auch das Verhalten eines weiteren Vertreters der Prenzlauer „Straßer-Opposition“. Der am 18.4.1893 geborene Robert Weyel ist der zumindest widersprüchlichste der hier betrachteten Akteure. Nach vorliegenden Informationen gehörte Weyel zu den Mitbegründern der NSDAP-Ortsgruppe Frankfurt/Main. Bereits 1923 soll er erstmals der NSDAP beigetreten und im Mai 1924 bereits zum Stadtverordneten in Frankfurt/Main gewählt worden sein. Wenig später erfolgte seine als Volljurist berufsbedingte Versetzung nach Berlin. Anfang 1929 schließlich betrat Weyel, für den das Wort „Karriere“ gewiss nicht zu den Fremdwörtern gehörte, nunmehr als Landgerichtsrat nach Prenzlau versetzt, die dortige Bühne. Hier trat Weyel erst am 1.10.1929 erneut der NSDAP bei.<sup>304</sup>

---

<sup>303</sup> Vergleiche Dokument 4 im Anhang des Buches.

<sup>304</sup> BArch Berlin (ehem. BDC) VBS 1/1200012612, Schreiben Gauleiter Sprenger vom 14.7.1941.

Mitglieds Nr.: <b>155056</b>		Vor- und Zuname: <i>Weyel Robert</i>	
Eingetreten am: <b>1. Okt. 1929</b>	wiedereingetr. am:	Wohnort: <i>Prenzlau</i>	
Ausgetreten am:		Wohnung: <i>Herdinghofsstr.</i>	
Ausgeschlossen am: <b>1.7.30</b>		Ortsgruppe: <i>Prenzlau</i>	
Gestorben am:		Gau: <b>Brandenbg.</b>	
Geburtszeit: <i>18.6.91</i>		Wohnort:	
Geburtsort: <i>Schlangebach</i>		Wohnung:	
Ledig, verheiratet, verwitw.:		Ortsgruppe:	
Stand oder Beruf: <i>Gen. Expedient</i>		Gau:	
Bemerkungen: <i>am 1.7.30. Opp. Spreng. nicht wieder aufgen. 20 Br.</i>			

Abb. 55: NSDAP-Mitgliederkarteikarte für Robert Weyel

Zwangsläufig geriet er allein dadurch rasch in Kontakt mit den führenden Männern der damaligen Prenzlauer NSDAP, so zum Beispiel mit Martin Jaene als seinerzeitiger Bezirksleiter und Wilhelm Tyron als Prenzlauer Ortsgruppenleiter. Rasch avancierte Weyel nun auch auf politischem Parkett in neue Ämter. Zu Beginn des Jahres 1930 wurde er für die Prenzlauer NSDAP zum unbesoldeten Stadtrat gewählt.

Robert Weyel gehört natürlich ebenso zu den Prenzlauer NSDAP-Mitgliedern, die im Juli 1930 ihren Austritt erklärten bzw. laut seiner NSDAP-Mitgliederkarteikarte formal als „ausgeschlossen“ galten. Seine Beweggründe dafür bleiben unklar. Sie mögen ggf. mit persönlichen Beziehungen zu Martin Jaene im Zusammenhang stehen. Schon bald nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, Mitte 1933, hatte Robert Weyel vermutlich einen ersten Anlauf zum Wiedereintritt in die NSDAP unternommen. Dieser Eindruck resultiert aus einem in den Aktenbeständen des Bundesarchivs gefundenen Anschreiben der NSDAP-Reichsleitung an die Gauleitung Kurmark der NSDAP vom 11. August 1933.<sup>305</sup>

Nach seiner Versetzung nach Breslau wurde Weyel Anfang 1941 dann erneut und nachdrücklich aktiv, um seinen Wiedereintritt in die NSDAP herbeizuführen. Er bediente sich dabei offenkundig seines alten Bekannten Jakob Sprenger, der zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als zehn Jahre im Amt des NSDAP-Gauleiters Hessen-Nassau tätig war. Dieser setzte sich massiv für Weyels Wiederaufnahme in die NSDAP ein. Das Vorhaben wurde von 1941 bis 1942 fast zwei Jahre lang intensiv verfolgt. Es scheiter-

<sup>305</sup> BAArch Berlin (ehem. BDC) VBS 1/1200012612.

te jedoch am massiven Widerstand aus dem damaligen Gau Kurmark der NSDAP und in besonderem Maße seitens der damaligen NSDAP-Kreisleitung Prenzlau sowie der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau-Mitte. Gerade diese beiden Gremien bezeichneten Robert Weyel als einen der bzw. gar den “führenden Kopf” der so genannten “Straßer-Revolte” in Prenzlau.<sup>306</sup> Der Autor hielt dies zunächst für seitens der Prenzlauer NSDAP-Vertreter massiv übertrieben und von persönlichen Rachegelüsten getragen. Schließlich hatte neben Weyel ansonsten fast niemand der damals Abtrünnigen einen Wiederaufnahmeantrag gestellt. Somit stand keiner außer Weyel für eine derartige, persönliche “Abrechnung” zur Verfügung. Und es ist darüber hinaus auch zumindest wenig wahrscheinlich, dass sich ausgerechnet der angeblich führende Kopf dieser so genannten „Straßer-Revolte“ um seine Wiederaufnahme bemüht!

Allerdings stieß der Autor in einer Publikation der KGRNS vom November 1932 auf einen Bericht der besagte, dass am 20. Oktober 1932 im damaligen KGRNS-Stützpunkt in Strasburg (Um.) ein Sprechabend stattfand, an dem zehn KGRNS-Mitglieder und 25 SA-Männer teilnahmen. Diese SA-Männer, die ursprünglich gekommen waren um die Versammlung zu sprengen, wurden am Ende als interessierte Zuhörer gewonnen. Referent des Abends zum Thema: “Was will die schwarze Front” war ausgerechnet ein “Kampfgenosse” Weyl.<sup>307</sup> So stand es im Organ der KGRNS. Bei der damaligen “Qualität” von Übermittlungen und Namensschreibungen hält es der Autor doch für zumindest sehr wahrscheinlich, dass jener Referent nicht “Weyl” sondern “Weyel” hieß und es sich hier um jenen Robert Weyel handelte. Dies wäre dann eigentlich das einzige bekannte Indiz dafür, dass sich Weyel nach seinem NSDAP-Austritt vom Juli 1930 wenigstens überhaupt weiter in der KGRNS engagierte. Mit fruchtlosem Abschluss Weyels karriereorientierter, opportunistischer NSDAP-Anbiederung im Jahr 1942 enden die dem Autor zu ihm vorliegenden Informationen. Für einen führenden Kopf der Ereignisse von Juli 1930 in Prenzlau hält der Autor ihn jedoch keineswegs. Eher für einen, der sich lange zuvor in Frankfurt/Main am NSDAP-Lokalmatador Jakob Sprenger und später in Prenzlau dann eher an Martin Jaene orientierte. So einer wurde gern “Mitläufer” genannt. Vielleicht trifft es das.

---

<sup>306</sup> BArch Berlin (ehem. BDC) VBS 1/1200012612, Schreiben Ortsgr. Prenzlau-Mitte vom 4.8.1941.

<sup>307</sup> Die schwarze Front, 6.11.1932.

Einige wesentliche Hinweise über Martin Jaene und sein tragisches Schicksal erhielt der Autor vom in Hamburg lebenden Heimatforscher Dipl.-Ing. Wilhelm Zimmermann. Dieser selbst erlebte Studienrat Martin Jaene als Schüler am Gymnasium in seiner Prenzlauer Jugendzeit. Geboren am 17.12.1893 trat Martin Jaene im Jahr 1925 der NSDAP bei. Nach seiner erfolgreichen Bewerbung am Prenzlauer Gymnasium siedelten er und Familie Mitte Juli 1927 aus Elsterwerda nach Prenzlau über. Relativ kurze Zeit darauf begann Martin Jaene, sich im Rahmen der noch sehr jungen Prenzlauer NSDAP zu engagieren. Nachweislich ist sein wohl erster Einsatz als Redner im Rahmen eines öffentlichen Sprechabends der NSDAP-Ortsgruppe Prenzlau am 30. August 1928.<sup>308</sup> Mit Schaffung des NSDAP-Bezirks I (Prenzlau), wohl im Januar 1929, wird Martin Jaene zu dessen Bezirksleiter ernannt. Nach Abschaffung dieser kurzlebigen Bezirksstrukturen im Gau Brandenburg und deren Ersetzung durch Kreisorganisationen mit dem 1. Januar 1930<sup>309</sup> wird Jaene dann der erste Kreisleiter der NSDAP im Kreis Prenzlau. Als NSDAP-Kreisleiter, Fraktionsvorsitzender der NSDAP-Fraktion in der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung, Provinziallandtagsabgeordneter und Referent der NSDAP-Gauleitung Brandenburg für Kulturfragen war er ohne Zweifel das ranghöchste und einflussreichste der zum Straßer-Flügel gehörenden Prenzlauer NSDAP-Mitglieder.



*Abb. 56: Martin Jaene, geboren 17.12.1893 und wahrscheinlich am 17.06.1946 im Sonderlager Bautzen erschossen*

Auch nach den Ereignissen des Juli 1930 blieb Martin Jaene zunächst noch bis Mitte August des Jahres der KGRNS erhalten. Und zwar in deren exponiertester Position in Prenzlau – als Leiter des Kampfkreises Prenzlau bzw. Uckermark. Allein dieser Umstand dürfte die Startbedingungen dieser Kampfgenossen wesentlich verbessert und der KGRNS weiteren Zulauf aus den Reihen der Prenzlauer NSDAP beschert haben.

<sup>308</sup> Der Angriff, 27.8.1928.

<sup>309</sup> Völkischer Beobachter, 12.12.1929.

Vermutlich vorrangig aus persönlichen Gründen hat sich Jaene dann offenbar aus der KGRNS und allen weiteren politischen Betätigungen zurückgezogen. Dies soll, so wurde dem Autor unter anderem vom Sohn Martin Jaenes versichert, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges so geblieben sein. Martin Jaene blieb in Prenzlau verankert und setzte seine berufliche Tätigkeit am Prenzlauer Gymnasium bis zum Jahr 1940 fort. Dann erfolgte laut Mitteilung der Deutschen Dienststelle an den Autor bereits im Februar 1940 seine kriegsbedingte Einberufung zum Wehrdienst, den er zunächst in der Feldkommandantur 681 beim damaligen Militärbefehlshaber Belgien/Nordfrankreich der Wehrmacht am Standort Lüttich im okkupierten Belgien einige Zeit leistete und der zu seiner Beförderung zum Hauptmann der Reserve führte. Bedingt durch Nachwirkungen von Kriegsverletzungen, die Jaene aus dem Ersten Weltkrieg hatte, musste dieser dann ab April 1941 einige Zeit mit Lazarettaufenthalten verbringen, bevor er mit dem 28.11.1941 zum Infanterie-Ersatz-Bataillon 5 versetzt wurde. In der Endkonsequenz wurde er wegen stark eingeschränkter Verwendungsfähigkeit aus dem Wehrdienst entlassen und kehrte ab 1942 bzw. 1943 als Lehrer an das Prenzlauer Gymnasium zurück.

Mit der Schaffung des letzten Aufgebotes des Hitler-Regimes wurde Martin Jaene ab Oktober 1944 als demobilisierter Reserve-Offizier in die Organisation des Prenzlauer Volkssturms eingebunden. Als rangältester Offizier wurde der Hauptmann der Reserve Jaene Ende des Jahres 1944 Volkssturm-Standortführer und Kommandeur des (Prenzlauer) Volkssturmbataillons 292.<sup>310</sup> Entsprechend überlieferten Zeugenberichten hat Martin Jaene dafür Sorge getragen, dass der Volkssturm bei der Besetzung Prenzlaus durch die Rote Armee am 26./27. April 1945 die Stadt nicht zu verteidigen versuchte. So half er, sinnloses, weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Noch kurz nach der Besetzung, am 27. April 1945 soll Martin Jaene noch einmal von Augenzeugen im Prenzlauer Stadtgebiet gesehen worden sein. Laut einem DRK-Suchantrag aus dem Jahr 1951 gab Martin Jaene seine letzte Nachricht am 28.4.1945 aus Prenzlau als Volkssturmführer beim Volkssturm Prenzlau ab.<sup>311</sup> Danach verlor sich bis in das Jahr 2001 jede Spur von ihm. In jenem Jahr erlangte die Familie durch den Suchdienst des Ro-

<sup>310</sup> Vgl.: Wilhelm Zimmermann: Zehn Tage im April 1945. Die Zerstörung der Stadt Prenzlau im zweiten Weltkrieg. Selbstverlag, Hamburg 1992, S. 18.

<sup>311</sup> Schriftliche Auskunft der Deutschen Dienststelle vom 12.12.2016 an den Autor, Geschäftszeichen II B 412-161121 083 – 1675.

ten Kreuzes die Mitteilung, dass Martin Jaene nach vermuteter Verhaftung durch die Rote Armee am 17. Juni 1946 im Lager Bautzen durch Erschießen zu Tode kam.<sup>312</sup> Die genaueren Umstände sind zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Studie weiterhin ungeklärt. Es ist jedenfalls ein für jene Tage gewiss nicht singuläres, doch sehr tragisches Schicksal. Besonders auch deshalb, weil Jaene mit Hitler noch vor 1933 brach, sich weiterer politischer Betätigung enthielt und durch besonnenes Handeln zum Kriegsende half, ein unsinniges Blutvergießen in der Stadt Prenzlau zu verhindern.

Irritiert hat den Autor bei seiner Recherche allerdings das Auftauchen eines im Zusammenhang mit Robert Weyel schon erwähnten Anschreibens der NSDAP-Reichsleitung vom 11. August 1933.<sup>313</sup> Hierin wird nicht nur Weyel sondern auch Jaene die Möglichkeit einer Wiederaufnahme in die NSDAP abgesprochen. Dies nun wiederum lässt Gedanken zu, auch Jaene könne ggf. nach dem Januar 1933 seine Wiederaufnahme in die NSDAP betrieben haben. Dem Autor erscheint es jedoch einerseits unwahrscheinlich, dass jemand wie Weyel, der sich erwiesener Maßen nachdrücklich um seine Wiederaufnahme in die NSDAP bemühte, tatsächlich führend an der Prenzlauer „Straßer-Revolte“ beteiligt war. Andererseits erscheint es dem Autor umgekehrt sogar mehr als unwahrscheinlich, dass eine Person wie Jaene, die erwiesener Maßen führend an jener Prenzlauer Revolten-Variante beteiligt war, die Chuzpe besessen haben wird, sich unter diesen Umständen um seine NSDAP-Wiederaufnahme zu bemühen.

Angesichts der Rolle, die Martin Jaene in Teilbereichen der Prenzlauer Geschichte durchaus gespielt hat erscheint es dem Autor richtig, dass nunmehr umfassendere Versuche zur wirklichen Aufhellung seines tragischen Todes unternommen werden. Umso mehr, als die bis dato bekannten, vorgeblichen Umstände im Zusammenhang mit seiner Inhaftierung und Erschießung doch sehr widersprüchlich sind. Abschließende Ergebnisse aber stehen zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Studie noch aus.

---

<sup>312</sup> Brief des Sohnes Martin Jaenes an den Autor vom 7.3.2016.

<sup>313</sup> BArch Berlin (ehem. BDC), VBS 1/1200012612.



## Warum Prenzlau?

Im Rahmen der Erarbeitung vorliegender Publikation stellte sich der Autor nicht nur einmal die Frage, warum mit Blick auf die Provinz Brandenburg in kaum einem anderen Ort (als Ausnahme vielleicht noch die Stadt Brandenburg/Havel) der Straßer-Flügel der NSDAP bzw. dann die KGRNS bzw. kurzzeitig die NSKD eine so relativ starke Basis hatten, wie in Prenzlau. Zwar besaß Ende 1932, kurz vor Errichtung der Hitlerdiktatur, die KGRNS ihre größte Stärke in Schlesien und Teilen des Rheinlandes – doch in der Provinz Brandenburg war sie mit Abstand weiterhin in Prenzlau am besten aufgestellt. Die Prenzlauer Kampfgruppe wurde dann auch Kern des neu gebildeten Kampfkreises Brandenburg-Nord. Dem Autor sind keine spezifischen ökonomischen und sozialen, also objektiven Bedingungen aufgefallen, die so nur in Prenzlau wirkten und somit quasi zwangsläufig zu der geschilderten Entwicklung führten. Es bleibt die Vermutung, dass das zufällige Zusammentreffen und gemeinsame Wirken entsprechender Führungspersönlichkeiten, wie wir sie hier gerade in Martin Jaene und Wilhelm Tyron vorfanden, ausschlaggebend für die in Prenzlau eingetretene Entwicklung war. Persönlichkeiten die, bei ähnlichen äußeren Bedingungen wie im Umfeld, doch breitere Kreise zu motivieren und zu mobilisieren vermochten. Später fand deren Wirken in Ludwig Langbrandner und Herbert Schmidt eine gewisse Fortsetzung. Das Wirken dieser nationalistisch geprägten Sozialrevolutionäre, dieser “Nationalen Sozialisten”, die doch bei einiger Verquastheit ihrer Ideen überwiegend aktive Hitler-Gegner waren, ist nichts, worauf Prenzlau heute übermäßig stolz sein muss. Es ist aber auf keinen Fall etwas, wofür es sich zu schämen braucht oder rechtfertigen müsste. Und es sollte sie nicht vergessen.

## Anhang

### **Dokument 1: Das 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 24. Februar 1920<sup>314</sup>**

Das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.
2. Wir fordern die Gleichbehandlung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.
3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.
4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.
5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.
6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf. Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksichtnahme auf Charakter und Fähigkeiten.
7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Bürger zu sorgen. Wenn nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

---

<sup>314</sup> BArch Berlin, NS 26/2053 Programm der NSDAP.

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.
9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.
10. Erste Pflicht jeden Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Brechung der Zinsknechtschaft!
12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.
13. Wir fordern Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trust) Betriebe.
14. Wir fordern die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.
15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Alters-Versorgung.
16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seiner Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.
17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.
18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemein-Interesse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.
19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemein-Recht.

20. Um jeden fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.
21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen und durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugend-Ausbildung beschäftigenden Vereine.
22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.
23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß
  - a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen
  - b) Nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden.
  - c) Jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Uebertretungen die Schließung einer solchen Zeitung sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.
  - d) Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrechtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralegefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz

25. Zur Durchführung all dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 durch Gegner der Partei ist noch folgende Feststellung notwendig:<sup>315</sup>

Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus “Unentgeltliche Enteignung” nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften.

gez. Adolf Hitler

---

<sup>315</sup> [www.kurt-bauer-geschichte.at](http://www.kurt-bauer-geschichte.at), LV Schlüsseltexte zum NS: 25-Punkte-Programm der NSDAP, Lehrveranstaltung der Universität Wien, Institut für Zeitgeschichte, Stand: 16.10.2016.

## **Dokument 2: Das grundsätzliche Programm der “Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten”**

angenommen auf dem I. Reichskongreß 26./27. Oktober 1930 in Berlin

Die 14 Thesen der Deutschen Revolution!<sup>316</sup>

### I.

Die Deutsche Revolution verneint vor Gott und der Welt die Verbindlichkeit der auf der Lüge von Deutschlands Schuld aufgebauten, durch brutale Gewalt erpreßten “Friedensverträge” von Versailles und St. Germain und führt einen unermüdlichen fanatischen Kampf mit allen Mitteln bis zur völligen Vernichtung dieser Diktate und aller auf sie begründeten Abmachungen.

### II.

Die Deutsche Revolution proklamiert die Freiheit der deutschen Nation in einem starken, alle deutschen Stämme des mitteleuropäischen Siedlungsraumes umfassenden deutschen Staat, der von Memel bis Straßburg, von Eupen bis Wien die Deutschen des Mutterlandes und der unerlösten Gebiete umfaßt und kraft seiner Größe und Fähigkeit das Rückgrat und Herz des weißen Europa bildet.

### III.

Die Deutsche Revolution lehnt es ab, über fremde Völker und Nationen zu herrschen und sie auszubeuten; sie will nicht mehr und nicht weniger als genügend Lebensraum für die junge Nation der Deutschen – und soweit die Erfüllung dieses tiefsten Urrechtes des Lebens mit dem gleichen Recht anderer Völker und Nationen in Gegensatz gerät, erkennt sie die Entscheidung des Krieges als den Willen des Schicksals an.

### IV.

Die Deutsche Revolution erklärt als den einzigen Zweck des Staates die Zusammenfassung aller Kräfte der Nation, die einheitliche Einsetzung dieser Kräfte zur Sicherstellung des Lebens und der Zukunft dieser Nation und bejaht jedes Mittel, das diesen Zweck fördert und verneint jedes Mittel, das ihn hindert.

---

<sup>316</sup> Moreau: Nationalsozialismus (wie Anm. 123), S. 240–242.

## V.

Die Deutsche Revolution fordert daher die schroffste Ausgestaltung einer starken Zentralgewalt gegen alle einheitsstörenden Bildungen staatlicher, parteilicher oder konfessioneller Art. Ihr Einheitsstaat der deutschen Nation bindet die aus landschaftlicher und stammesmäßiger Gliederung erwachsenden Kräfte zur machtvollsten Einheit.

## VI.

Die Deutsche Revolution gibt den durch ein lebenswidriges liberales System gehemmten und unterdrückten Kräften ständischer Selbstverwaltung freien Raum zur Entfaltung, als sinngemäßer Ergänzung zu den betonten Hoheitsaufgaben des Staates. Sie setzt die lebendige Gliederung in Berufs- und Ständekammern an Stelle eines konstruierten Parlamentarismus, so wie sie in allem und jedem die persönliche Verantwortlichkeit der Führenden an Stelle der Verantwortungslosigkeit einer anonymen Masse setzt.

## VII.

Die Deutsche Revolution proklamiert die Schicksalsgemeinschaft der deutschen Nation. Sie ist sich aber bewußt, daß eine Schicksalsgemeinschaft nicht nur Notgemeinschaft, sondern auch Brotgemeinschaft bedeutet und bejaht alle aus dieser Erkenntnis sich ergebenden Forderungen nach ihrem Fundamentalsatz: "Gemeinnutz vor Eigennutz".

## VIII.

Die Deutsche Revolution verwirft daher individuelle Wirtschaftssysteme des Kapitalismus, dessen Sturz die Voraussetzung zum Gelingen der Deutschen Revolution ist. Sie bekennt sich mit gleicher Entschiedenheit zum korporativen Wirtschaftssystem des Sozialismus, ausgehend davon und darin endend, daß der Sinn aller Wirtschaft einzig und allein die Deckung des Bedarfs für die Nation ist, nicht aber Reichtum und Gewinn.

## IX.

Die Deutsche Revolution erklärt daher das Obereigentum an Grund und Boden und Bodenschätzen, deren "Eigentümer" nur Lehensträger der Nation sind, ihr bzw. ihrem Staat Rechenschaft und Leistung schuldig, wie die Nation gesamt dies Eigentum verteidigt.

## X.

Die Deutsche Revolution proklamiert aus gleichem Recht den Anteil der Gesamtheit aller Schaffenden an Besitz, Gewinn und Leitung der Wirtschaft der Nation, in deren Dienst auch jener Volksgenosse steht, dessen

persönlicher Anteil an Besitz, Gewinn und Leitung durch erhöhte Leistung, vergrößerte Verantwortung erworben oder bedingt ist. Sie kennt und anerkennt den Motor persönlichen Interesses, aber sie baut ihn ein in die Maschine zum Wohle der Nation.

#### XI.

Die Deutsche Revolution sieht das Wohl der Nation nicht in der Häufung materieller Werte, nicht in einer uferlosen Steigerung des Lebensstandards, sondern ausschließlich in der Gesundung und Gesunderhaltung jenes gottgewollten Organismus der Nation, auf daß dieser deutschen Nation die Erfüllung der ihr vom Schicksal gestellten Aufgabe möglich ist.

#### XII.

Die Deutsche Revolution sieht diese Aufgabe in der vollen Entfaltung jener einmaligen völkischen Eigenart und kämpft daher mit allen Mitteln gegen rassistische Entartung, kulturelle Überfremdung, für völkische Erneuerung und Reinhaltung, für deutsche Kultur. Im besonderen gilt dieser Kampf dem Judentum, das im Verein mit den überstaatlichen Mächten der Freimaurerei und des Ultramontanismus teils aus Artzwang, teils aus Willen, das Leben der deutschen Seele zerstört.

#### XIII.

Die Deutsche Revolution kämpft daher auch gegen die Herrschaft des jüdisch-römischen Rechtes, für ein deutsches Recht, das den deutschen Menschen und seine Ehre als Achse hat und bewußt die Ungleichheit der Menschen bejaht und wertet. Dies deutsche Recht erkennt als Staatsbürger nur den Volksgenossen und kennt als Maßstab nur das Wohl des Ganzen.

#### XIV.

Die Deutsche Revolution stürzt das Weltbild der Großen Französischen Revolution und formt das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Sie ist nationalistisch – gegen die Versklavung des deutschen Volkes; sie ist sozialistisch – gegen die Tyrannei des Geldes; sie ist völkisch – gegen die Zerstörung der deutschen Seele – alles nur um der Nation willen. Und um dieser Nation willen scheut die Deutsche Revolution vor keinem Kampf zurück, ist ihr kein Opfer zu groß, kein Krieg zu blutig, denn Deutschland muß leben!



### **Dokument 3: Wahlvorschlag der NSDAP zur Wahl der Strasburger Stadtverordnetenversammlung am 12. März 1933**

veröffentlicht im „Strasburger Anzeiger“ vom 12.3.1933

1. Zander, Julius, Bäckermeister, Falkenberger Straße 4
2. Brüsewitz, Wilhelm, Kaufmann, Falkenberger Straße 47
3. Thaens, Ferdinand, Lehrer, Lauenhagen II
4. Ruthenberg, August, Landarbeiter, Lauenhagen II
5. Pröfrock, Erich, Zuschneider, Letztestraße 23
6. Körting, Heinrich, Landwirt, Boldtshof
7. Bernhardt, Kurt, Fotograf, Baustraße 44
8. Zemke, Gustav, Kraftfahrer, Siedlung
9. Breitsprecher, Karl, Redakteur, Baustraße 45
10. Janeke, August, Zugführer, Feldstraße 7
11. Röske, Franz, Schumacher, Altstädterstraße 6
12. Krienbring, Erich, Landarbeiter, Boldtshof
13. Zeh, Alfred, Baumeister, Jüteritzerstraße
14. (unleserlich) , Albert, Landwirt, Karlsfelde
15. Schünemann, Ernst, Dentist, Altstädterstraße 1
16. Guiard, Karl, Gastwirt, Altstädterstraße 14
17. Lemke, Erich, Arbeiter, Grünstraße 5
18. Nauschütz, Walter, Malermeister, Wallstraße 17

Gewählt wurden am 12.3.1933 die ersten neun Kandidaten der Liste. Hinzu kommen die ohne Abgeordnetenmandat in Wahlämter gewählten Gerhard Burmeister als Beigeordneter und Dr.med. Werner Stöwsand als Strasburger Ratsherr.

Die „Pgg“ Julius Zander und Ferdinand Thaens wurden, wie im Strasburger Anzeiger vom 10. März 1933 mitgeteilt, gleichzeitig auf Listenplatz 5 und 13 des NSDAP-Kreistagswahlvorschlages gesetzt und zogen so auch in den Kreistag Prenzlau ein.

#### **Dokument 4: Kandidaten der NSDAP zur Wahl der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung vom 12. März 1933**

veröffentlicht am 4.3.1933 in der Zeitung „Uckermärkischer Kurier“:

1. Dr. Steinhorst, Walter, Apothekenbesitzer, Königstraße 141 (\*1)
2. Molwitz, Paul, Dreher, Weichhaus (\*2)
3. Martin, Paul, R. Major a.D., Neustadt 695/b (\*3)
4. Bechly, Carl, Senior, Ackerbürger, Neustädter Damm 23 b
5. Hubo, Heinrich, Schumacher, Neustadt 745
6. Büsser, Ernst, Kulturingenieur, Wittstraße 533 (\*4)
7. Gollee, Willy, Verwaltungsinspektor, Friedhofstraße 12
8. Droysen, Rudolf, Rechtsanwalt, Grabowstraße 40
9. Mahler, Lauritz, Fabrikbesitzer, Freyschmidtstraße 32
10. Zorl, Gustav, Malermeister, Kammstraße 377
11. Frenzel, Gustav, Bezirksschornsteinfegermeister, Brüssower Straße 35
12. Heidrich, Eugen, Kaufmann, Schulzenstraße 532
13. Diedrich, Kurt, Bücherrevisor, Brüssower Straße 13 (\*5)
14. Braun, Gustav, Oberpostschaffner, Winterfeldtstraße 50
15. Otte, Willi, Klempnermeister, Königstraße 175
16. Bode, Paul, Maschinist, Neustadt 771/772
17. Dahlenburg, Hans, Kaufmann, Friedhofstraße 46
18. Hellmuth, Erich, Angestellter, Winterfeldtstraße 52
19. Wrede, Kurt, Dipl.-Ing., Wasserpforte 14
20. Schröder, Karl, Studiendirektor, Schwedter Straße 9
21. Wollmuth, Karl, Arbeiter, Stadtrandsiedlung
22. Rossow, Rudolf, Rentner, Wittstraße 535/536
23. Linn, Philipp, Schmied, Kietz 44
24. Lichtwart, August, Pfarrer i.R., Friedrichstraße (\*6)
25. Gloatz, Johannes, Landwirt, Schnelle 67
26. Koch, Hermann, Zimmerer, Wittenhofer Straße 3

27. Mirr, Richard, kaufmännischer Angestellter
28. Janssen, Wilhelm, Kaufmann, Königstraße 172
29. Sperling, Ernst, Tischlermeister, Baustraße 304 (\*7)
30. Wegener, Wilhelm, Obersteuersekretär, Grabowstraße 37
31. Hoffmann, Martin, Buchhändler, Scharnstraße 194
32. Hanke, Arthur, Arbeiter, Stadtrandsiedlung
33. Hilgendorff, Axel, Rentner, Prinzenstraße 635
34. Wandelt, Hermann, Arbeiter, Neustadt 743
35. Gerhard, Wilhelm, Stellmachermeister, Neustädter Damm 22
36. Schmeichel, Ernst, Angestellter, Wilhelmstraße 234

Erläuterungen zu einzelnen Prenzlauer SVV-Kandidaten (K. Hirschfeld):

- (\*1) Dr. Steinhorst war zumindest 1933 Kreisvorsitzender der NSDAP-Mittelstandsvereinigung.
- (\*2) Paul Molwitz war zumindest 1933 Obmann der Prenzlauer NSDAP-Betriebszellenorganisation (NSBO).
- (\*3) Major a.D. Paul Martin wurde im Laufe des Jahres 1931 NSDAP-Ortsgruppenleiter von Prenzlau. Auch im Mai 1933 bekleidete er noch diesen Posten. Der NSDAP trat er laut Mitglieiderkartei am 1.5.1931 bei.<sup>317</sup>
- (\*4) Ernst Büsser war 1930 kurzzeitig (wenig erfolgreicher) Nachfolger seines im Juli 1930 aus der NSDAP ausgetretenen Amtsvorgängers Wilhelm Tyron.
- (\*5) Kurt Diedrich war im Jahr 1927 erster Ortsgruppenleiter der Prenzlauer NSDAP.
- (\*6) Pfarrer i.R. Lichtwart fungiere 1933 sogar als Kreisschulungsleiter der NSDAP.
- (\*7) Ernst Sperling war bereits bei den Kommunalwahlen 1929 als Stadtverordneter für die NSDAP gewählt worden. Gemeinsam mit Martin Jaene, Wilhelm Tyron und zwei weiteren Stadtverordneten verließ er als Angehöriger des Flügels um Otto Straßer im Juli 1930 die NSDAP. Es ist höchst ungewöhnlich, dass er, wenn auch auf aussichtslosem Platz, 1933 erneut als Kandidat nominiert wurde.

---

<sup>317</sup> BArch Berlin (ehem. BDC), NSDAP-Gaukartei, Paul, Martin, 22.9.1877.

**Dokument 5: Die Kandidaten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zur Wahl der Brüssower Stadtverordnetenversammlung am 12. März 1933**

veröffentlicht in der Zeitung „Uckermärkischer Kurier“ vom 5.3.1933

1. Dieckmann, Wilhelm, Junior, Landwirt, Butterholz
2. Duchow, Ludwig, Arbeiter, Linienstraße 104
3. Wenzel, Julius, Beamter a.D., Grimmer Weg
4. Schumacher, Walter, Viehhändler, Poststraße
5. Köpke, Albert, Landwirt, Berliner Tor
6. Knoll, Friedrich, Arbeiter, Butterholz
7. Dollischon, Franz, Maschinenschlosser, Am Bahnhof
8. Duchow, Karl, Arbeiter, Linienstraße 104

**Dokument 6: Die Kandidaten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) zu den Wahlen zum Kreistag des Kreises Prenzlau am 12. März 1933**

veröffentlicht im „Strasburger Anzeiger“ vom 10.3.1933

1. Dieckmann, jun., Wilhelm, Landwirt, Butterholz (\*\*1)
2. Molwitz, Paul, Dreher, Prenzlau, Weichhaus (siehe \*2)
3. Steinhorst, Dr., Walther, Apothekenbesitzer, Prenzlau, Königstraße 141 (siehe \*1)
4. Wendorff, Fritz, Siedler, Damme
5. Zander, Julius, Bäckermeister, Strasburg, Falkenberger Straße 4
6. Fullbrecht, Walter, Landwirt, Tannenhof bei Trebenow
7. Wegener, Wilhelm, Obersteuersekretär, Prenzlau, Grabowstraße 37
8. Droysen, Rudolf, Rechtsanwalt, Prenzlau, Grabowstraße 40
9. Möhl, Richard, Malermeister, Fürstenwerder
10. Matthias, Ernst, Landarbeiter, Broellin
11. Martin, Paul R., Major a.D., Prenzlau, Neustadt 695/696
12. Stülpnagel, Berndt von, Landwirt, Grünberg,
13. Thaens, Ferdinand, Lehrer, Lauenhagen II bei Strasburg
14. Hauptmann, Fritz, Siedler, Schönwerder
15. Radeke, Hellmuth, Landwirt, Blindow (\*\*2)
16. Dahlenburg, Hans, Kaufmann, Prenzlau, Friedhofstraße 46
17. Bandelow, Paul, Landwirt, Papendorf (\*\*3)
18. Sprenger, Wilhelm, Landwirt, Röpersdorf
19. Meißner, Willy, Landarbeiter, Brietzig
20. Billich, Hans, Gutsbesitzer, Cremzow II
21. Spandau, Fritz, Schmiedemeister, Rossow
22. Dittmann, Albert, Schlosser, Bagemühl
23. Büsser, Ernst, Kulturingenieur, Prenzlau, Wittstraße 533 (siehe \*4)
24. Heidrich, Eugen, Kaufmann. Prenzlau, Schulzenstraße 532

25. Hinze, Hans, Landwirt, Hetzdorf
26. Reinhardt, Arnold, Landwirt, Hindenburg
27. Gerhard, Richard, Schmiedemeister, Trampe
28. Matzdorf, Hermann, Brietzig
29. Zimmermann, Paul, Tischlermeister, Zerrenthin
30. Kieckhöfer, Paul, Landarbeiter, Klein Luckow bei Strasburg
31. Meyer, Arnold, Landwirt, Wollin
32. Baleske, Walter, Maschinenmeister, Wilsickow bei Strasburg
33. Hubo, Heinrich, Schumacher, Prenzlau, Neustadt 745
34. Witthun, Gottfried, Bauernhofbesitzer, Bandelow
35. Klaschus, Emil, Statthalter, Augustfelde
36. Lüllwitz, Paul, Landwirt, Drense
37. Mirr, Richard, kaufmännischer Angestellter, Prenzlau,  
Vincentstraße 272

Nach den Stimmanteilen der NSDAP bei den Kreistagswahlen vom 12.3.1933 wurden die ersten sechzehn Kandidaten des NSDAP-Wahlvorschlages in den Kreistag gewählt.

Erläuterungen zu einzelnen NSDAP-Kreistagskandidaten (K. Hirschfeld):

- (\*\*1) Wilhelm Dieckmann Junior war seit Juli 1930 NSDAP-Kreisleiter des Kreises Prenzlau und wurde nach seiner Ablösung 1934 Prenzlauer NSDAP-Kreisbauernführer.
- (\*\*2) Hellmuth Radecke war zunächst Blindower Ortsgruppenleiter, führte damals den zur Standarte VI Bernau gehörigen SA-Sturm 32 Prenzlau. Spätestens im Februar 1933 war Radecke bereits zum SA-Sturmbannführer avanciert.
- (\*\*3) Paul Bandelow war in jenen Jahren NSDAP-Ortsgruppenleiter von Papendorf. Bandelow löste später Wilhelm Dieckmann Junior, der ab 1934 Prenzlauer NSDAP-Kreisbauernführer wurde, in dieser Funktion ab.

**Dokument 7: Liste der vom Autor identifizierten Bezirke  
als zusätzliches Strukturelement im NSDAP-Gau Brandenburg  
Oktober 1930 - Juli 1932**

Bezirk Blandikow  
Bezirk Blumenthal  
Bezirk Baruth  
Bezirk Beeskow  
Bezirk Bergholz (bei Brüssow)  
Bezirk Brunne (mit Belzig)  
Bezirk Dahlhausen  
Bezirk Dahme  
Bezirk Freienwalde  
Bezirk Gerdshagen  
Bezirk Gramzow  
Bezirk Gransee  
Bezirk Heckelberg  
Bezirk Jüterbog  
Bezirk Karstädt  
Bezirk Kehrberg  
Bezirk Kotzen  
Bezirk Kyritz  
Bezirk Lenzen  
Bezirk Lindenberg  
Bezirk Lindow  
Bezirk Luckenwalde  
Bezirk Löwenberg  
Bezirk Lychen  
Bezirk Metzelthin  
Bezirk Meyenburg  
Bezirk Neulewin  
Bezirk Neulübbenau  
Bezirk Neuruppin  
Bezirk Neustadt  
Bezirk Prenzlau

Bezirk Pritzwalk  
Bezirk Putlitz  
Bezirk Rathenow  
Bezirk Redlin  
Bezirk Schönermark  
Bezirk Sommerfeld  
Bezirk Strasburg (Um.)  
Bezirk Strausberg  
Bezirk Templin  
Bezirk Triglitz  
Bezirk Westhavelland  
Bezirk Wildberg  
Bezirk Wilsnack  
Bezirk Wittstock  
Bezirk Wollin  
Bezirk Zehdenick  
Bezirk Zernitz  
Bezirk Zollchow

Diese Liste beruht auf der Auswertung des „Völkischer Beobachter“ der Monate Oktober bis Dezember 1930 sowie des „Roter Adler“ der Monate Januar bis März 1931. Sie erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.



## **Dokument 8: Die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zu den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen von Strasburg und Prenzlau am 12. März 1933**

veröffentlicht im „Strasburger Anzeiger“ vom 12.3.1933 für die Stadt Strasburg (Um.), am 4.3.1933 in der Zeitung „Uckermärkischer Kurier“ für die Stadt Prenzlau:

### A) Stadt Strasburg (Uckerm.):

1. Conrad, August, Schumacher, Jüteritzer Straße
2. Ziesenitz, Oskar, Mittelschulrektor, Schulzenstraße 14
3. Naujock, Friedrich, Rentner, Mauerstraße 2
4. Schulz, Willi, Kriegsbeschädigter, Lange Straße 18
5. Matzdorf, Helmuth, Zimmerer, Mauerstraße 5
6. Eggert, Wilhelm, Schumacher, Lange Straße 5
7. Berg, Willi, Arbeiter, Am Bahnhof
8. Biermann, Erich, Zimmerer, Baustraße 40
9. (unleserlich), Arbeiter, Langenhagen
10. Martens, Fritz, Schumacher, Lange Straße 65
11. Lemke, Friedrich, Arbeiter, Schulstraße 14
12. Riebe, Richard, Maurer, Letztestraße 6
13. Pittack, Paul, Schumacher, Feldstraße 5

### B) Stadt Prenzlau:

1. Willhoff, Karl, Former, Neustadt 726
2. Lahn, Karl, Buchhalter, St. Georgenstraße 39
3. Wendt, Richard, Maurerpolier, Schwedter Straße 35
4. Stoeffen, Karl, Maurer, Stadtrandsiedlung,
5. Lemke, Wilhelm, Gastwirt, Steinstraße 412
6. Karstädt, Georg, Maler, Scharrnstraße 333
7. Freitag, Kurt, Techniker, Schwedter Straße 29
8. Stoll, Johann, Kesselschmied, Winterfeldstraße 29

9. Fahrenholz, Emma, Botin, Schnelle 73
10. Bax, Hermann, Zimmerer, Stadtrandsiedlung
11. Meincke, Karl, Invalide, Neustadt 736
12. Imm, Ernst, Bauarbeiter, Blumenstraße 5
13. Beiler, Ella, Ehefrau, St. Georgenstraße 1a
14. Rakow, Wilhelm, Tischler, Klosterstraße 40
15. Schubert, Paul, Geschäftsführer, Schwedter Straße 35a
16. Wendt, Margarete, Büroangestellte, Klosterstraße 43
17. Heinisch, Karl, Schuhmachermeister, Winterfeldstraße 36
18. Wendt, Paul, Maurer, Kietzstraße 23
19. Tews, Konrad, Lagerhalter, Freyschmidtstraße 23
20. Zornow, Karl, Former, Feldstraße 56
21. Diechmann, Hermann, Arbeiter, Prinzenstraße 622
22. Schulz, Richard, Zigarrenmacher, Neustadt 744
23. Kurz, Paul, Lagerhalter, Prinzenstraße 581
24. Seidel, Frida, Ehefrau, Neustadt 760
25. Beiler, Oskar, Tischler, St. Georgenstraße 1a
26. Rakow, Agnes, Ehefrau, Klosterstraße 40
27. Tschardtke, Robert, Kesselschmied, Schnelle 20
28. Richter, Friedrich, Goldarbeiter, Neubrandenburger Straße 5
29. Munzel, Georg, Gärtner, Angermünder Straße
30. Sievert, Wilhelm, Metallarbeiter

Für die Stadt Brüssow wurden von der SPD keine Kandidaten zu dieser Wahl aufgestellt.

## **Dokument 9: Kandidaten der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Strassburg und Prenzlau am 12. März 1933**

veröffentlicht im „Strasburger Anzeiger“ vom 12.3.1933 für die Stadt Strassburg (Uckerm.), am 4.3. 1933 in der Zeitung „Uckermärkischer Kurier“ für die Stadt Prenzlau:

### A) Stadt Strassburg (Um.):

1. Munnecke, Friedrich, Arbeiter, Borchardts Wallhaus
2. Steffen, Friedrich, Arbeiter, Schulzenstraße 14
3. Naumann, Otto, Arbeiter, Schulzenstraße, Neubau
4. Dähn, Louis, Maurer, Baustraße 20
5. (unleserlich), Georg, Arbeiter, Lauenhagen II
6. Schurke, Wilhelm, Forstarbeiter, Wallstraße 3
7. Vick, August, Schumacher, Baustraße
8. Michael, Wilhelmine, Hausfrau, Schulzenstraße 7
9. Dominikowski, Max, Arbeiter, Schulstraße 16
10. Störl, Heinrich, Töpfer, Baustraße 18
11. Gnilka, August, Arbeiter, Langestraße 13
12. Zimmermann, Karl, Schlächter, Langestraße 22
13. Michael, Karl, Arbeiter, Schulzenstraße 7
14. Schiritz, Gustav, Arbeiter, Schulstraße 4
15. Klemantowitz, Wilhelm, Arbeiter, Mauerstraße 14
16. Klemantowitz, Walter, Arbeiter, Mauerstraße 13

### B) Stadt Prenzlau:

1. Schulz, Robert, Modelltischler, Bergstraße 5
2. Dreke, Georg, Transportarbeiter, Schnelle 8
3. Breetz, Rudolf, Arbeiter, Alsenstraße 6
4. Mischke, Erich, Schmied, Lindenstraße 791 b
5. Tech, Otto, Maschinist, Bergstraße 4

6. Hanjohr, Paul, Zigarrenmacher, Fr. Wienholzstraße 6
7. Zell, Otto, Friseur, Neustadt 759
8. Kegel, Martha, Hausfrau, Schnelle 42
9. Saß, Ludwig, Schmied, Neustadt 731
10. Eisner, Heinrich, Former, Schnelle 13
11. Ehlert, Max, Landwirt, Kammstraße 380
12. Schulz, Hermann, Arbeiter, Lindenstraße 789 c
13. Pöschel, Otto, Arbeiter, Neustadt 735
14. Ziemendorf, Ernst, Bauarbeiter, Wilhelmstraße 163
15. Peters, Else, Hausfrau, Neustädter Damm 62
16. Pagel, Karl, Arbeiter, Fischerstraße 661

Für die Stadt Brüssow wurden von der KPD keine Kandidaten zu dieser Wahl nominiert.

## Dokument 10: Ergebnisse der Reichstagswahl vom 14. September 1930 im Kreis Prenzlau<sup>318</sup>

	S.P.D.	D.N.V.P.	Zentrum	K.P.D.	D.V.P.	Deutsche Staatspartei	Wirtschafts-partei	N.S.D.A.P.	Landvolk	Zersplittert
<b>Prenzlau-Stadt</b> (mit Alexanderhof)	2780	2263	269	1800	688	330	366	3370	73	82
<b>Brüssow-Stadt</b> (mit Brüssow-Amt)	171	165	1	93	31	20	34	298	27	5
<b>Strasburg-Stadt</b> (mit Lauenhagen 1 u. 2)	491	584	39	930	140	61	133	867	148	15
Arendsee (mit Raakow)	9	47	1	9	9	16	1	15	7	11
Bagemühl	25	37		1	1	5	1	96	3	1
Bandelow	8	41	1	11	6			64	3	
Battin	24	10		4		1		75	39	
Baumgarten	2	35		2		2		83		
Beenz (mit Ferdinandshof)	35	25	1	5	7	2	6	19	77	3
Bergholz	71	69		8	9	4	23	148	26	3
Bietikow (mit Dreesch)	91	16		6	5		1	30	11	
Blindow (mit Wittenhof)	17	92	3	50	7	6	2	46	2	
Blumenhagen	16	107	5	15	4		2	67		2
Brietzig	28	19		16	2			64	3	2
Broellin (mit Friedrichshof)	37	28		3	3	2		11	10	1
Carmzow	12	62		28	12	1		29	13	1
Caselow	9	22	1	6	3	20		5	4	2
Cremzow	11	5	4	13	2	1		45	20	
Damerow bei Nechlin	10	21	7	32	1	2	1	15	9	
Damme	23	32	1	25	6	3		37	18	4
Dauer (mit Tornow)	26	63	2	46	7	6	1	51	54	2
Dedelow	17	20	1	5	4	6		19	48	2

<sup>318</sup> Abschrift der Ergebnisliste veröffentlicht im „Strasburger Anzeiger“ vom 17.9.1930.

	S.P.D.	D.N.V.P.	Zentrum	K.P.D.	D.V.P.	Deutsche Staatspartei	Wirtschafts-partei	N.S.D.A.P.	Landvolk	Zersplittert
Drense	34	10		3	7			49	7	
Eickstedt (mit Rollberg)	16	71		3	3			82	4	
Ellingen	23	15		4	2	3	1	26	22	1
Fahrenholz (mit Lindhorst)	5	39		12	5	3		27	12	1
Fahrenwalde (mit Stramehl)	115	32	3	26	1	2	1	119	29	
Falkenhagen	6	13		12	5	3	5	28	100	2
Falkenwalde (mit Kleinow und Weselitz)	78	81	1	5	6	3	4	50	14	3
Ferdinandshorst (mit Christianenhof)	3	11		4		10		19	3	1
Fürstenwerder (mit Hildebrandshagen und Wilhelmshayn)	200	109	1	21	67	2	8	124	23	2
Görzitz mit Malchow	40	25	2	25	6	4	1	84	77	2
Gollmitz (mit Klein-Sperrenwalde)	41	98		15	8	3		50	4	1
Grenz	4	36		2	2			17	15	
Grimme	40	55		18	5		2	22	6	1
Grünberg (mit Clausthal)	41	8	9	8	2	30	6			1
Grünow	56	50		4	8	5		65	6	
Güstow (mit Horst)	32	54	2	34	7	12	3	86	29	1
Güterberg (mit Carolinenthal)	9	11	1	22	3			34	8	1
Hetzdorf (mit Gneisenau)	3	8		4	13	2	1	63	14	3
Hindenburg	18	33		2	11	1		48	9	
Holzendorf (mit Zernickow)	6	13	1	7	4	10	3	3	96	
Jagow (mit Kutzerow und Taschenberg)	85	64	2	92	23	16	1	23	7	8
Kleptow (mit Ludwigsburg)	31	45		17	1	7		62	3	

	S.P.D.	D.N.V.P.	Zentrum	K.P.D.	D.V.P.	Deutsche Staatspartei	Wirtschafts-partei	N.S.D.A.P.	Landvolk	Zersplittert
Klinkow und Basedow	10	56	1	8	7	2		58	26	
Klockow	53	77		6	1	2		11		1
Kraatz (mit Damerow bei Fürstenwerder)	13	24		12	2	1		28	1	
Lemmersdorf (mit Kleisthöhe)	6	24		10	4	4	1	46	4	1
Groß-Luckow	1	78	1	2	1			49		4
Klein-Luckow	5	89			1			33		
Lübbenow	21	13		23	4	3		5		4
Menkin	48	32		13	4	1	1	45	1	
Milow	11	60		9	2	2		46	8	2
Nechlin	11	25	2	31	1	1	3	33	1	2
Neuenfeld	29	39			1	1		22		
Neuensund (mit Klepelshagen)	44	26		12	2			4	26	5
Nieden	5	21		27	3	10		15	2	
Papendorf	23	19		33	4		1	78	29	2
Poltzow	30	40	2	16	2		3	15	3	2
Rittgarten (mit Augustfelde)	24	2		1	1	2		3	33	
Röpersdorf (mit Louisenthal)	2	10	1	6	1			90	14	1
Roggow	6	2		5	1	1	2	17	12	
Rollwitz	51	21		9			1	61	9	
Rosswow	110	84	2	28	8	6	11	104	25	1
Schapow (mit Wittstock)	20	19	1	13	2	2	3	114	64	3
Schenkenberg	38	38	5	10	3	5		2		2
Schlepkow	22	20			3	5		20	11	2
Schmarsow	8	14		1	1	1		66	2	1
Schmölln	74	46	2		2	1	1	84	5	5
Schönermark (mit Wilhelmshof)	25	56		20	4	7	1	54	18	2

	S.P.D.	D.N.V.P.	Zentrum	K.P.D.	D.V.P.	Deutsche Staatspartei	Wirtschafts-partei	N.S.D.A.P.	Landvolk	Zersplittert
Schönfeld	37	25	1	7	7			27	27	2
Schönwerder	91	17		18	5	3	2	71	13	
Schwaneberg	52	46	1	8	5	2		32	12	1
Schwarzensee (mit Rosenthal)	4	76	1	11	2			6	1	3
Seelübbe	38	35	1	18	7	1	6	51	5	
Groß-Sperrenwalde	8	48			2	4	1	31	3	2
Spiegelberg	4	14	1	3		2	1	10	4	
Sternhagen (mit Schmachtenhagen)	43	73		3	8	1		30	19	1
Trampe	8	17			1	1		44	3	
Trebenow	7	17		20	1			111	1	
Wallmow	74	37		1	1	3	7	27	23	1
Werbelow	7	3		44	8	5		24	4	
Wetzenow	10	10		7	7	3	1	6	14	
Wilsickow	20	9		24	2	1		41	26	3
Wismar (mit Hansfelde)	15	48	1	28	3	2		53	4	
Woddow	64	43		1	4	2	2	26	13	2
Wolfshagen (mit Amalienhof und Ottenhagen)	16	80	4	2	5	12	1	56	7	4
Wollin	57	26		2	1	2		89	5	1
Wollschow	8	27		13	1			46	16	1
Zerrenthin	73	88		6	18	11	4	91	49	1
Ziemkendorf	6	27		15		1		6		
Zollchow	11	14				2		48	19	1
Züsedom	33	61		18		1		15	1	1
<b>Insgesamt</b>	<b>6175</b>	<b>6420</b>	<b>385</b>	<b>3987</b>	<b>1291</b>	<b>699</b>	<b>672</b>	<b>8609</b>	<b>1655</b>	<b>199</b>
<b>Ergebnis 1928</b>	<b>6294</b>	<b>11207</b>	<b>292</b>	<b>3759</b>	<b>2920</b>	<b>1797</b>	<b>786</b>	<b>978</b>	<b>-</b>	<b>196</b>



## Dokument 11: Ergebnisse der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 im Kreis Prenzlau<sup>319</sup>

	S.P.D.	N.S.D.A.P.	K.P.D.	Zentrum	D.N.V.P.	D.V.P.	Staatspartei	Landvolk	Splitterparteien	ungültig
<b>Prenzlau-Stadt</b> (mit Alexanderhof)	2338	5910	2332	254	1356	126	73	2	313	90
<b>Brüssow-Stadt</b> (mit Brüssow-Amt)	195	379	107		225	10	9	2	13	10
<b>Strasburg-Stadt</b> (mit Lauenhagen 1 u. 2)	519	1521	961	64	485	41	11		22	29
Arendsee (mit Raakow)	19	29	69		15				1	
Bagemühl	32	86	10	2	36				2	1
Bandelow	6	103	21		73	2	2		1	
Battin	37	102	7		23			1	2	
Baumgarten	2	106	4	1	15		1			2
Beenz (mit Ferdinandshof)	27	99	11		34	6		6		1
Bergholz	53	192	23	1	116	4	1		2	3
Bietikow (mit Dreesch)	25	67	78	3	7	1			1	
Blindow (mit Wittenhof)	26	71	52	7	70	1		1		
Blumenhagen	14	122	18	6	92				1	8
Brietzig	10	107	17	1	17	1	1			1
Broellin (mit Friedrichshof)	54	65	8		10	1	2		1	3
Carmzow	20	77	24		39					1
Caselow	29	21	25	1	15					1
Cremzow	3	77	9	8	23			1		2
Damerow bei Nechlin	19	18	32	5	18	2				

<sup>319</sup> Abschrift der Wahlergebnisse, veröffentlicht in der „Prenzlauer Zeitung“ vom 2.8.1932.

	S.P.D.	N.S.D.A.P.	K.P.D.	Zentrum	D.N.V.P.	D.V.P.	Staatspartei	Landvolk	Splitterparteien	ungültig
Damme	11	158	5		28	1	1		2	1
Dauer (mit Tornow)	29	159	42		42	2				1
Dedelow	20	73	19	3	11	2		1		
Drense	40	83	22	3	4		1		1	
Eickstedt (mit Rollberg)	28	113	2		42	1	2	1		
Ellingen	19	52	12	1	15					
Fahrenholz (mit Lindhorst)	14	32	24	4	12				2	1
Fahrenwalde (mit Stramehl)	56	155	81	2	31					1
Falkenhagen	19	117	10	3	27			2	2	
Falkenwalde (mit Kleinow und Weselitz)	67	97	44	3	44					6
Ferdinandshorst (mit Christianenhof)	14	51	23			1	2		1	1
Fürstenwerder (mit Hildebrandshagen und Wilhelmshayn)	226	344	105	5	67	13			8	3
Göritz (mit Malchow)	23	258	61		20			7	3	4
Gollmitz (mit Klein-Sperrenwalde)	59	54	20	6	67	4				
Grenz	11	43	4		23	1				
Grimme	18	69	28		41		2			
Grünberg (mit Clausthal)	40	53	12		5	1	2			1
Grünow	70	88	38		40		1		1	1
Güstow (mit Horst)	19	122	51	3	41	1				3

	S.P.D.	N.S.D.A.P.	K.P.D.	Zentrum	D.N.V.P.	D.V.P.	Staatspartei	Landvolk	Splitterparteien	ungültig
Güterberg (mit Carolinenthal)	4	67	17	2	11					1
Hetzdorf (mit Gneisenau)	7	71	8	1	31	3				1
Hindenburg	21	58	12	1	50	4				
Holzendorf (mit Zernickow)	12	36	24	3	52	1	1		1	3
Jagow (mit Kutzerow und Taschenberg)	61	107	118	5	56	5	1	1	2	1
Kleptow (mit Ludwigsburg)	31	70	46	2	49		3		1	5
Klinkow und Basedow	7	112	13	1	44					1
Klockow	44	16	16	2	80		1		2	2
Kraatz (mit Damerow bei Fürstenwerder)	13	73	30		13				4	1
Lemmersdorf (mit Kleisthöhe)	9	40	30	10	22	1			1	
Groß-Luckow	2	24			113					3
Klein-Luckow	2	106	5		12					
Lübbenow	22	13	26	1	13	4				
Menkin	13	111	15		9	1				4
Milow	15	56	17	1	53					
Nechlin	19	66	31	6	15	3			3	2
Neuenfeld	7	21	13		58		1			6
Neuensund (mit Klepelshagen)	29	34	6	7	27			2	3	1
Nieden	2	36	45		7		2		1	
Papendorf	8	141	25	3	26	2			2	2
Poltzow	32	45	27		10			2	1	1
Rittgarten (mit Augustfelde)	33	41	5	1	5					

	S.P.D.	N.S.D.A.P.	K.P.D.	Zentrum	D.N.V.P.	D.V.P.	Staatspartei	Landvolk	Splitterparteien	ungültig
Röpersdorf (mit Louisenthal)	2	120	9		17					2
Roggow		34	2		7				1	
Rollwitz	39	87	18	1	17				2	
Rosow	140	167	89	1	55	2			3	
Schapow (mit Wittstock)	33	159	38	2	25	1			2	1
Schenkenberg	21	41	24	3	10				2	2
Schlepkow	9	38	31		13		1		1	6
Schmarsow	8	60	8	8	14	1			2	
Schmölln	43	157	25	5	22	1	1		1	3
Schönermark (mit Wilhelmshof)	60	64	40		32	2			2	1
Schönfeld	19	48	14		68	1				9
Schönwerder	78	141	30	1	15	2	1		2	
Schwaneberg	44	64	45	2	26				3	
Schwarzensee (mit Rosenthal)	3	15	12	2	70					3
Seelübbe	37	96	25	1	18	2				2
Groß-Sperrenwalde	24	31	10	2	28					3
Spiegelberg	6	33	5	1	19				1	1
Sternhagen (mit Schmachten- hagen)	27	47	6		104				4	2
Trampe	7	88	2		10	6			1	
Trebenow	9	149	10		5	2	1		1	2
Wallmow	55	49	24	1	59		1		6	
Werbelow	21	75	2	4	11	2				1
Werzenow	15	29	7	1	8	2		1		
Wilsickow	13	94	14		8				1	2
Wismar (mit Hansfelde)	11	123	23	4	19		3		3	2

	S.P.D.	N.S.D.A.P.	K.P.D.	Zentrum	D.N.V.P.	D.V.P.	Staatspartei	Landvolk	Splittreparteien	ungültig
Woddow	61	58	6		30		1			
Wolfshagen (mit Amalienhof und Ottenhagen)	49	64	16	1	24	1	1		1	6
Wollin	5	180	11		7					2
Wollschow	11	57	9		30					1
Zerrenthin	61	273	12	1	32	1	2		2	4
Ziemkendorf	12	19	14	2	12	1	1		1	2
Zollchow	7	70	8		27		1			1
Züsedom	16	46	51		28	2	1		1	
Zusammen	<b>5553</b>	<b>15393</b>	<b>5541</b>	<b>475</b>	<b>4850</b>	<b>275</b>	<b>135</b>	<b>30</b>	<b>443</b>	<b>267</b>
Reichstagswahl im September 1930	<b>6179</b>	<b>8609</b>	<b>8987</b>	<b>385</b>	<b>6420</b>	<b>1291</b>	<b>699</b>	<b>1655</b>	<b>818</b>	<b>199</b>

**Dokument 12: Ergebnisse der Reichstagswahl vom 6. November  
1932 im Kreis Prenzlau<sup>320</sup>**

	Stimmbezirk	Prenzlau-Stadt	Prenzlau Land	Brüssow	Strasburg	Arendsee (mit Raakow)	Bagemühl	Bandelow	Battin	Baumgarten	Beenz (mit Ferdinandshof)	Bergholz	Bierikow (mit Dreesch)	Blindow (mit Wittenhof)
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Hitler-Beweg.	5648	6706	329	1261	24	57	87	85	84	111	21	60	55
2	Sozialdemokratische Partei Deutschland	2062	2149	191	596	17	31	3	22	3	25	46	17	31
3	Kommunistische Partei Deutschland	2400	2379	107	930	54	11	22	10	10	15	28	86	44
4	Deutsche Zentrumspartei	256	123	2	61	2		1				1	2	9
5	Deutschnationale Volkspartei	1563	3131	239	639	32	62	74	35	29	25	109	4	86
7	Deutsche Volkspartei	157	113	14	55		2	2			1		2	3
8	Deutsche Staatspartei	56	37	7	17	1	1	1				1		
9	Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)	27	33	7	8									1
9a	Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront)	7			4									
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes	9	19	2						1		1		
13	Deutsches Landvolk	3	26	1				1	1					
14	Volksrechtspartei	7	4											

<sup>320</sup> Abschrift der Wahlergebnisse, veröffentlicht im Blatt „Uckermärkischer Kurier“ vom 8.11.1932.

	Stimmbezirk	Prenzlau-Stadt	Prenzlau Land	Brüssow	Strasburg	Arendsee (mit Raakow)	Bagemühl	Bandelow	Battin	Baumgarten	Beenz (mit Ferdinandshof)	Bergholz	Bietikow (mit Dreesch)	Blindow (mit Wirtenhof)
15	Gerechtigkeitsbewegung - Meißner	2	1							1				
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschland	9	2											1
18	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands	5	12			1								
19	Polenliste		1											
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands	1												
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern													
26	Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer	7	3	1										
27	Haus- und Landwirte-Partei	4	1	1										
28	Nationaldemokratische Partei	1	2											
29	Für Hindenburg und Papen (Nation. Kampfbewegung)	46	84	3		3				3		2		
30	Unitaristen-Union Deutschlands	2	8											
	Ungültig	84	129	10	29							4	3	2

Fortsetzung Dokument 12:

	Stimmbezirk	Blumenhagen	Brietzig	Broellin (mit Friedrichshof)	Carmzow	Caselow	Cremzow	Damerow bei Nechlin	Damme	Dauer (mit Tornow)	Dedelow	Drense	Eickstedt (mit Rollberg)	Ellingen	Fahrenholz (mit Lindhorst)
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Hitler-Beweg.	100	120	52	57	20	66	13	129	139	53	82	85	41	27
2	Sozialdemokratische Partei Deutschland	20	2	40	15	29	6	16	12	13	36	21	22	10	21
3	Kommunistische Partei Deutschland	22	18	19	26	30	12	35	10	51	24	25	11	16	43
4	Deutsche Zentrums-partei	5			5		7	4		1	3	1			2
5	Deutschnationale Volkspartei	105	13	11	28	12	24	21	54	50	4	3	61	21	18
7	Deutsche Volkspartei	2		1		1	2	1		2			2		
8	Deutsche Staatspartei											1	2		
9	Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)	3		2					1						
9a	Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront)														
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes														
13	Deutsches Landvolk						1								
14	Volksrechtspartei														
15	Gerechtigkeitsbewegung - Meißner														
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschland														
18	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands						1				1	1			



	Stimmbezirk	Blumenhagen	Brietzig	Broellin (mit Friedrichshof)	Carmzow	Caselow	Cremzow	Damerow bei Nechlin	Damme	Dauer (mit Törnow)	Dedelow	Drense	Eieckstedt (mit Rollberg)	Ellingen	Fahrenholz (mit Lindhorst)
19	Polenliste														
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands														
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern														
26	Kleinrentner, Inflationssgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer														
27	Haus- und Landwirte-Partei														
28	Nationaldemokratische Partei														
29	Für Hindenburg und Papen (Nation. Kampfbewegung)			2	3			1		1	1				1
30	Unitaristen-Union Deutschlands								1						
	Ungültig	5			1	2	3		2		1		2	1	4

Fortsetzung Dokument 12:

	Stimmbezirk	Fahrenwalde (mit Stramehl)	Falkenhagen	Falkenwalde (mit Kleinow und Wesslitz)	Ferdinandshorst (mit Christianenhof)	Fürstenwerder (mit Hildebrandshagen und Wilhelmshayn)	Göritz mit Malchow	Gollmitz (mit Klein-Sperrenwalde)	Grenz	Grimme	Grünberg (mit Clausthal)	Grünow	Güstow (mit Horst)	Güterberg (mit Carolinenthal)
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Hitler-Beweg.	155	107	79	53	316	215	45	44	50	49	67	123	65
2	Sozialdemokratische Partei Deutschland	53	18	77	11	184	26	58	10	20	28	48	17	4
3	Kommunistische Partei Deutschland	86	16	50	23	115	66	46	4	23	14	40	48	15
4	Deutsche Zentrumspartei		4	3		1	1	7		48			2	1
5	Deutschnationale Volkspartei	26	30	55	1	68	28	77	21	2	6	52	42	8
7	Deutsche Volkspartei		1	2	2	16	1	3				5	1	
8	Deutsche Staatspartei		1		1		2				2			
9	Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)					4		1						
9a	Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront)						3							
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes										1			
13	Deutsches Landvolk		2				13							
14	Volksrechtspartei												1	

	Stimmbezirk	Fahrenwalde (mit Stramehl)	Falkenhagen	Falkenwalde (mit Kleinow und Weselitz)	Ferdinandshorst (mit Christianenhof)	Fürstenwerder (mit Hildebrandshagen und Wilhelmshayn)	Göritz mit Malchow	Gollmitz (mit Klein-Sperrenwalde)	Grenz	Grimme	Grünberg (mit Clausthal)	Grünow	Güstow (mit Horst)	Güterberg (mit Carolinenthal)
15	Gerechtigkeitsbewegung - Meißner			1										
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschland													
18	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands													
19	Polenliste													
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands													
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern													
26	Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer		1											
27	Haus- und Landwirte-Partei													
28	Nationaldemokratische Partei									1		1		
29	Für Hindenburg und Papen (Nation. Kampfbewegung)			1		1		2	1	2			1	2
30	Unitaristen-Union Deutschlands					1	2	1						1
	Ungültig			6		3	5	2	1	2			4	1

Fortsetzung Dokument 12:

	Stimmbezirk	Herzdorf (mit Gneisenau)	Hindenburg	Holzendorf (mit Zernickow)	Jagow (mit Kutzerow und Taschenberg)	Kleptrow (mit Ludwigsburg)	Klinkow und Basedow	Klockow	Kratz (mit Damerow bei Fürstenwerder)	Lemmersdorf (mit Kleisthöhe)	Groß-Luckow	Klein-Luckow	Lübbenow	Menkin
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Hitler-Beweg.	75	59	21	102	78	83	18	89	41	10	87	4	95
2	Sozialdemokratische Partei Deutschland	4	19	8	64	22	7	39	6	5		5	32	10
3	Kommunistische Partei Deutschland	12	7	9	129	48	12	18	39	28	3	14	12	11
4	Deutsche Zentrumspartei	1		1	3	1		2	1	6	1		1	
5	Deutschnationale Volkspartei	29	45	91	55	33	52	68	12	32	129	20	19	25
7	Deutsche Volkspartei	1	2	2	5	1	2	1		2		1	3	
8	Deutsche Staatspartei	1			2	2		1			1			
9	Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)		1								1		2	
9a	Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront)													
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes						1						1	
13	Deutsches Landvolk													
14	Volksrechtspartei													
15	Gerechtigkeitsbewegung - Meißner													
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschland													

	Stimmbezirk	Herzdorf (mit Gneisenau)	Hindenburg	Holzendorf (mit Zernickow)	Jagow (mit Kutzerow und Taschenberg)	Kleptow (mit Ludwigsburg)	Klinkow und Basedow	Klockow	Kraatz (mit Damerow bei Fürstenwerder)	Lemmersdorf (mit Kleisthöhe)	Groß-Luckow	Klein-Luckow	Lübbenow	Menkin
18	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands					3								
19	Polenliste													
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands													
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern													
26	Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer													
27	Haus- und Landwirte-Partei													
28	Nationaldemokratische Partei													
29	Für Hindenburg und Papen (Nation. Kampfbewegung)	1		3				2	2	1				1
30	Unitaristen-Union Deutschlands													
	Ungültig		1	1	5	1	1	3		2	1	1	1	2

Fortsetzung Dokument 12:

	Stimmbezirk	Milow	Nechlin	Neuenfeld	Neuensund (mit Klepelshagen)	Nieden	Papendorf	Poltzow	Rittgarten (mit Augustfelde)	Röpersdorf (mit Lousenthal)	Roggow	Rollwitz	Rosow	Schapow (mit Wirtstock)
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Hitler-Beweg.	38	69	26	31	25	119	38	30	104	35	76	173	124
2	Sozialdemokratische Partei Deutschland	16	13	13	36	4	9	37	26			37	110	13
3	Kommunistische Partei Deutschland	12	25	22	9	36	33	14	15	4	5	19	32	40
4	Deutsche Zentrumspartei	1	6		5	2	1		1			17		1
5	Deutschnationale Volkspartei	70	18	32	22	18	28	7	6	17	6		51	61
7	Deutsche Volkspartei					5							3	
8	Deutsche Staatspartei			1									1	
9	Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)		1					1					11	
9a	Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront)													
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes												2	
13	Deutsches Landvolk					1	1			21				3
14	Volksrechtspartei													
15	Gerechtigkeitsbewegung - Meißner													
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschland													
18	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands	18												
19	Polenliste													

	Stimmbezirk	Milow	Nechlin	Neuenfeld	Neuensund (mit Klepelschagen)	Nieden	Papendorf	Poltzow	Rittgarten (mit Augustfelde)	Röpersdorf (mit Louisenthal)	Roggow	Rollwitz	Rosow	Schapow (mit Wittstock)
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands													
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern													
26	Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer													
27	Haus- und Landwirtschaft-Partei													
28	Nationaldemokratische Partei													
29	Für Hindenburg und Papen (Nation. Kampf- bewegung)		5		1						1			
30	Unitaristen-Union Deutschlands						1							
	Ungültig	3		6			4	1	3	1			2	

Fortsetzung Dokument 12:

	Stimmbezirk	Schenkenberg	Schlepkow	Schmarsow	Schmölln	Schönermark (mit Wilhelmshof)	Schönfeld	Schönwerder	Schwaneberg	Schwarzensee (mit Rosenthal)	Seeülbe	Groß-Sperrenwalde	Spiegelberg	Sternhagen (mit Schmachtenhagen)
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Hitler-Beweg.	44	34	52	125	61	30	133	36	17	74	28	14	24
2	Sozialdemokratische Partei Deutschland	14	15	14	55	34	6	74	17	35	33	14	3	19
3	Kommunistische Partei Deutschland	22	40	3	36	40	12	33	78	8	28	7	10	15
4	Deutsche Zentrumspartei			2	2		1			3				1
5	Deutschnationale Volkspartei	18	15	23	26	39	104	19	62	64	14	45	12	116
7	Deutsche Volkspartei	1	1	2		2	1				3		2	1
8	Deutsche Staatspartei	2	1		1	1	2			1				
9	Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)										1		1	
9a	Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront)													
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes	1		1							2			
13	Deutsches Landvolk							1						
14	Volksrechtspartei	1					1						1	
15	Gerechtigkeitsbewegung - Meißner													
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschland													
18	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands					1						1		



	Stimmbezirk	Schenkenberg	Schlepkow	Schmarsow	Schmölln	Schönermark (mit Wilhelmshof)	Schönfeld	Schönwerder	Schwaneberg	Schwarzensee (mit Rosenthal)	Seelübbe	Groß-Sperrenwalde	Spiegelberg	Sternhagen (mit Schmachtenhagen)
19	Polenliste													
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands													
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern													
26	Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer													
27	Haus- und Landwirte-Partei													
28	Nationaldemokratische Partei													
29	Für Hindenburg und Papan (Nation. Kampfbewegung)	2	2	1		2		1	2	2	1		1	
30	Unitaristen-Union Deutschlands											2		
	Ungültig	1					1	3	1			3		2

Fortsetzung Dokument 12:

	Stimmbezirk	Trampe	Trebenow	Wallmow	Werbelow	Werzenow	Wilsickow	Wismar (mit Hansfelde)	Woddow	Wolfshagen (mit Amalienhof und Ottrenhagen)	Wollin	Wollschow	Zerrenthin	Ziemkendorf	Zollchow
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Hitler-Beweg.	96	152	27	26	26	80	109	57	73	156	61	248	15	79
2	Sozialdemokratische Partei Deutschland	5	2	53	14	16	14	17	37	29	7	7	53	16	4
3	Kommunistische Partei Deutschland	3	14	42	9	9	15	33	9	25	8	13	11	15	10
4	Deutsche Zentrumspartei		1				2	9					2		2
5	Deutschnationale Volkspartei	4	8	69	12	12	7	17	99	29	12	21	35	12	20
7	Deutsche Volkspartei	2	1	3	1	1		1	1	1	1		4	1	
8	Deutsche Staatspartei						1	2	1	2			1		
9	Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)													1	
9a	Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront)							1							
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes			2	2	2									
13	Deutsches Landvolk										1				
14	Volksrechtspartei														
15	Gerechtigkeitsbewegung - Meißner														

	Stimmbezirk	Trampe	Trebenow	Wallnow	Werbelow	Wetzenow	Walsickow	Wismar (mit Hansfelde)	Woddow	Wolfschagen (mit Amalienhof und Ottenhagen)	Wollin	Wollschow	Zerrenthin	Ziemkendorf	Zollchow
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschland														
18	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands														
19	Polenliste													1	
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands														
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern														
26	Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer												2		
27	Haus- und Landwirte-Partei														
28	Nationaldemokratische Partei														
29	Für Hindenburg und Papen (Nation. Kampfbewegung)			1				1	2	5	1				
30	Unitaristen-Union Deutschlands						1								
	Ungültig	1	2			1	2	1	5	4		3			1

Fortsetzung Dokument 12:

	Stimmbezirk	Züsedom	Gesamt-Ergebnis	Vergleichsziffer v. 31. Juli 1932
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Hitler-Beweg.	26	13944	15393
2	Sozialdemokratische Partei Deutschland	11	4998	5553
3	Kommunistische Partei Deutschland	61	5816	5541
4	Deutsche Zentrumspartei	1	462	475
5	Deutschnationale Volkspartei	41	5632	4850
7	Deutsche Volkspartei	1	339	275
8	Deutsche Staatspartei		117	135
9	Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)	1	75	69
9a	Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront)		11	
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes		31	54
13	Deutsches Landvolk		30	30
14	Volksrechtspartei		11	5
15	Gerechtigkeitsbewegung - Meißner		3	
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschland		11	
18	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands		17	26
19	Polenliste		1	6
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands		1	3
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern			8
26	Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer		11	24
27	Haus- und Landwirte-Partei		6	11
28	Nationaldemokratische Partei	1	4	
29	Für Hindenburg und Papen (Nation. Kampfbewegung)	2	133	
30	Unitaristen-Union Deutschlands		10	
	Ungültig		252	267

**Dokument 13: Rundbrief Nr. 1 der im Exil in Wien befindlichen Führung der „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“, seinerzeit auftretend unter der Bezeichnung „Die schwarze Front“ von Mai 1933**

Dieser an in Deutschland verbliebene Führungskräfte gerichtete Rundbrief stellt vom Charakter her ein illegales Flugblatt dar und enthält neben einer Lagebeurteilung durch die (exilierte!) Führung der KGRNS bzw. „Schwarzen Front“ Anweisungen für die künftige illegale Arbeit der „Revolutionären Nationalsozialisten“. Ein Original, von der Gestapo abgefangen, befindet sich im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde. Signatur R 1501 126082, Blatt Nr. 326. Da es sich hier um die Abschrift, in dem Sinne um ein Zitat dieses Rundbriefes handelt, ist der Text kursiv wiedergegeben:

*Mai 1933*

*Rundbrief Nr. 1*

*An alle Kampfkreis – Kampfgruppen – und Stützpunktleiter !*

*Zwölf Wochen Hitlerregierung liegen hinter uns! – Trotz Verbot, Unterdrückung und Terror hat man es weder vermocht die Kampfgemeinschaft zu zerschlagen noch unsere wichtigste Arbeit – die Sammlung und Richtung aller deutschen Sozialisten in der schwarzen Front – unterbinden können. Man hat zwar unsere Reichszentrale völlig zerschlagen, verfolgt die Mitglieder des Führerrats mit Steckbrief und Haftbefehl, die geistige Verbindung jedoch hat man nicht zerreißen<sup>321</sup> können. Obwohl eine Zeit lang die engere organisatorische Verbindung unterbunden worden war durch Terror und Unterdrückung, haben trotzdem die einzelnen Kampfkreise und Kampfgruppen von sich aus selbständig weiter gearbeitet. Und gerade in diesen Wochen der Unterdrückung hat es sich gezeigt, wie stark wir schon Gemeinschaft geworden sind und wie*

<sup>321</sup> An diesem Dokument aus dem Jahre 1933 ist auch bemerkenswert, dass hier bereits hinsichtlich des Verzichtes auf das „Scharfe S“ eine der heutigen Schreibweise nahe kommenden Form gewählt wurde.

*gut die weltanschauliche Schulung und Ausrichtung unserer Kampfgen.<sup>322</sup> sich bewährt. Überall aus dem Reiche bekamen und bekommen wir immer wieder zustimmende Zuschriften, erhalten wir Bekenntnisse zur schwarzen Front aus den verschiedensten Lagern, überall erwächst das Bewusstsein immer stärker, dass die Tage Hitlers gezählt sind und die Entwicklung über Hitler hinausgeht im Sinne der schwarzen Front.*

*So erfreut wir über diese Zuschriften natürlich waren, die wir in derartigem Umfang nicht erwartet haben, so stolz wir besonders auf die Haltung unserer Kg.<sup>323</sup> waren, die bis auf ganz wenige Ausnahmen durchstehen und weiter kämpfen, so bedrückt uns andererseits die Erkenntnis diese ganzen kampfwilligen Kräfte – wegen Wegfall unserer bisherigen Organisation – nicht zur Genüge richten zu können. Doch wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Durch den persönlichen Einsatz einiger Kg. so wie durch die Unterstützung einiger Freunde der schwarzen Front war es uns nun möglich eine neue Mittelstelle für unseren Kampf zu schaffen.*

*Diese neue Reichsorga.<sup>324</sup> hat keineswegs nur die Aufgabe einer engen bürokratisch – organisatorischen Arbeit – nein, sie soll das Herz unserer Gemeinschaft sein, das bis in die kleinsten Zellen frische pulsierende Kraft hineinpumpt. Also jetzt heran an die Arbeit, jede Stunde ist kostbar! Ihr glaubt gar nicht Kg. wie in immer stärkerem Masse die Gedanken der schwarzen Front Fuss fassen. Es ist unsere Aufgabe in dieser Zeit der Mameluken Kriecher durchzustehen und die Fahne hochzuhalten. Für uns gelten die Worte mit denen wir uns von der Leuchtenburg trennten:*

*Nehmen sie den Leib,*

*Gut, Ehr', Kind und Weib,*

*Lass fahren dahin,*

*sie habens kein Gewinn,*

*das Reich muss uns doch bleiben!*

---

<sup>322</sup> Gemeint sind „Kampfgenossen“, d.h. die Mitglieder der KGRNS bzw. „Schwarzen Front“ (K. H.).

<sup>323</sup> Auch hier sind die „Kampfgenossen“, d.h. die Mitglieder, gemeint (K. H.).

<sup>324</sup> Reichsorga. soll „Reichsorganisationsleitung“ bedeuten (K. H.).

## Die politische Lage!

*Durch die Gleichschaltung des Stahlhelms hat Hitler zwar rein äusserlich wieder einen Sieg erfochten – Hugenberg hat damit endgültig seine Schlacht verloren – die wahren Entscheidungen sind dadurch aber keinesfalls irgendwie durch Hitler gelöst worden. Denn bis jetzt hat Hitler nur g e r ä u m t e Stellungen gestürmt, Stellungen die nur noch scheinbar vom Gegner besetzt waren. Der Hauptfeind – das kapitalistische System – sitzt nach wie vor noch in seiner Stellung und bereitet sich für die kommenden Kämpfe vor. Hugenberg selbst, der auch heute noch Reichswirtschaftsminister ist stellte erst noch kürzlich fest, dass unter keinen Umständen das kapitalistische Wirtschaftsrecht gebrochen werden dürfe, aber auch Siebert,<sup>325</sup> der Nationalsozialistische Ministerpräsident von Bayern sprach sich eindeutig bei der Landtagsöffnung für das Privateigentum aus. Auf Drängen Hugenbergs musste auch Hitler der immer stärker drängenden N.S.B.O.<sup>326</sup> nach Sozialisierung durch einen Erlass einen Riegel vorschieben, Kommissare dürfen neuerdings nicht mehr in Betrieben eingesetzt werden. Wie stark die Stimmung besonders in der N.S.B.O. gediehen ist, zeigt ein geheimes Rundschreiben... [Die folgenden drei Zeilen des Dokuments sind unleserlich, K. H.] Immer stärker wird der Druck der sozialistischen Kräfte in der Hitlerpartei. Da aber die beiden grossen Fragen – Arbeitsbeschaffung und Siedlung – nicht ohne Brechung des kapitalistischen Systems gelöst werden können, wird Hitler, da er dies nicht will noch kann, an diesen Fragen trotz aller Kulissenerfolge scheitern. Bezeichnend ist, dass die Arbeitsdienstpflicht schon bis zum Winter 1933 zurückgestellt wurde, auch diese Frage ist eben nur in einer sozialistischen Wirtschaft zu lösen. Zu dieser völlig verfahrenen wirtschaftspolitischen Lage, die auch durch die Kreditausweitung von Herrn Schacht<sup>327</sup> – die 3 Milliarden betragen soll, – keineswegs gebessert wird, kommt noch die trostlose aussenpolitische Lage. Unser Export ist heute gleich Null, die Zahlen über den Export sind gefälscht. England brüskiert die Hitlerregierung in schärfster Weise. Es ist eine Tragik der Hitlerpartei, dass gerade ihre „nordischen“ Brüder sie aufs schärfste aussenpolitisch blosstellen. Erst die scharfe Rede im Unterhaus die von allen englischen Parteien gebilligt wur-*

---

<sup>325</sup> Ludwig Siebert, NSDAP, Bayer. Ministerpräsident 1933 bis 1942.

<sup>326</sup> NSBO bedeutet „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“. Die NSBO war eine gewerkschaftsähnliche Arbeitnehmerorganisation der NSDAP.

<sup>327</sup> Hjalmar Schacht: März 1933 bis Januar 1939 Reichsbankpräsident, 1934/37 Reichswirtschaftsminister.

*de, und dann die völlige Negierung unserer Protestnote und jetzt neuerdings der Angriff der englischen Presse, bezgl. Des Reichstagsbrandes. Aber nicht nur in England, sondern auch in Italien erhielt die Hitlerregierung, wenn auch eine mehr versteckte Abfuhr. War es doch Mussolini, der zur selben Zeit als Herr Göring als Beauftragter der Hitlerregierung in Rom weilte, ostentativ auf dem Bankett für Dollfuß<sup>328</sup> ein Hoch auf die österreichische Republik ausbrachte. Deutlicher konnte Mussolini seine Stellung gegen den grossdeutschen Gedanken nicht kundtun.*

*Anordnungen:*

1. *Ab sofort gilt sowohl für die Reichsorga. wie für die Schriftleitung folgende Anschrift:*

a) *[im Original geschwärzt, K. H.]*

*Diese Anschrift ist u n b e d i n g t einzuhalten, bis eine neue wieder ausgegeben wird. Aller Anfragen, alle Wünsche und die gesamte Post gehen an diese Anschrift.*

b) *Für den gesamten Geldverkehr gilt einzig und allein folgende Anschrift: Postsparkasse Wien, Konto 147818.*

*Auch sie ist unbedingt einzuhalten, da sonst die Gelder verloren gehen.*

2. *Alle Anmeldungen, organisatorischen Vorschläge, sowie alle Abrechnungen gehen fortan ebenfalls nach Wien. Die Berliner Anschrift fällt fort.*

3. *Jeder Kampfkreis, jede Kampfgruppe und jeder Stützpunkt geben*

*i n n e r h a l b v o n 8 T a g e n ein möglichst ausführlichen Lagebericht. Wichtig sind besonders kurze Angaben über die Haltung der Kg., über die Möglichkeiten weiterer Arbeit, sowie über die Verbindungen mit den anderen Gruppen, insbesondere mit den Sozialisten aus den anderen Lagern.*

---

<sup>328</sup> Engelbert Dollfuß: 1932-1934 österreichischer Bundeskanzler, ab 5.3.1933 diktatorisch regierend. Verbot u.a. den österreichischen Flügel der NSDAP. Er wurde am 25.7.1934 bei einem Putschversuch in Wien erschossen.



4. *Diese Berichte sind alle 3 Wochen jetzt einzusenden, damit wir ein möglichst lebendiges Bild von der Kampfgemeinschaft erhalten. Wichtig sind in diesen Berichten noch, Erfahrungen sowie Vorschläge für unsere Arbeit.*
5. *Wir werden von Wien aus alle 14 Tage bis 3 Wochen einen genauen Lagebericht herausgeben, auch dafür bitten wir um möglichste Mitarbeit der verschiedenen Leute draussen im Lande.*
6. *Unter allen Umständen muss ein verschärfter Vertrieb unseres Nachrichtenblattes einsetzen. Es ist augenblicklich von ungeheurer Wichtigkeit, dass überall unser Blatt in Erscheinung tritt.*
7. *Da viele Leute heute nicht aktiv mitarbeiten können bei uns, so schafft überall Freundeskreise die wenigstens fi n a n z i e l l uns etwas unterstützen. Wir brauchen hier jeden Pfennig. Je mehr wir Spenden bekommen, umso stärker können wir das Nachrichtenblatt k o s t e n l o s verschicken. Hier ist eine Arbeit an der jeder sein Teil mit beitragen kann.*
8. *Da fast alle unsere Rundschreiben der politischen Polizei bekannt sind, seid vorsichtig im Briefverkehr.*
9. *Sollte unsere gesamte Organisation verboten werden – was wir bestimmt in Kürze annehmen – s o w ü r d e d a s j e d o c h e i n e n freundschaftlichen Meinungs austausch untereinander nicht verhindern können.*
10. *Dieser Rundbrief ist nach Möglichkeit allen Kg. vorzulesen.*

## Dokument 14: Anleitung der exilierten KGRNS/Schwarze-Front-Führung zur illegalen Arbeit in Deutschland

Abschrift eines Informationsblattes von Mai 1933,  
BArch Berlin, R 1501 126082, Blatt 327:

*Nur ran an die Arbeit:*

1. *In jeder Telefonzelle, in jedes Eisenbahnabteil, in den verschiedenen Zeitungen in den Gasthöfen, in den Cafés und Kinos, überall wo es irgendwie möglich ist, muss der Sender<sup>329</sup> hinkommen. Gerade diese Verteilungsart ist am wenigsten gefahrvoll. Der Hauptzweck ist aber erreicht, das Nachrichtenblatt wird überall gefunden und gesehen.*
2. *Da der Einzelvertrieb von Wien aus zu teuer ist, muss jede Kg.<sup>330</sup> von sich aus eine Vertriebsstelle schaffen, die durch Drucksachen möglichst viele Blätter verschickt.*
3. *Häuserblockarbeit. Systematisch wird Häuserblock nach Häuserblock mit Blättern verseucht, auch diese Möglichkeit ist besonders für die Gruppen in Grosstädten<sup>331</sup> sehr leicht und kostenlos.*
4. *Wo Möglichkeiten bestehen, dass unsere Kampfgenossen in der N.S.B.O. oder in der SA und SS wirklich fruchtbringende Arbeit leisten können – aber nur dann – so sollen sie zu diesen Organisationen übertreten.*

*Nun ran an die Arbeit!*

*Für den Vollzugsausschuss:*

*Für die Reichsorga.*

*Gez. Otto Strasser*

*Gez. Hildebrand*

---

<sup>329</sup> Titel der damaligen, in Deutschland illegalen Zeitung der KGRNS/Schwarze Front.

<sup>330</sup> Kg.: hier „Kampfgruppe“, zweitkleinste Organisationseinheit der KGRNS/Schwarze Front.

<sup>331</sup> Vgl. Anmerkung 326.

# Karte des Kreises Prenzlau



aus: Paul Eichholz, Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg, Bd. 3,  
T. 1, Prenzlau (Berlin 1921), Beilage.  
(unveränderter Nachdruck 2002, Buchhandlung Helgermann und Ucker-  
märkischer Geschichtsverein zu Prenzlau in Verbindung mit Verlag für  
Kunstreproduktionen Naustadt an der Aisch)

## Ortsregister

### A

Albersdorf 96  
Angermünde 69, 79, 83, 141f.  
Arendsee 196, 200, 205f.

### B

Bad Freienwalde 68f., 79f.  
Bad Sachsa 85  
Bagemühl 188, 196, 200, 205f.  
Bandelow 84, 109, 196, 200, 205  
Barge / Osthavelland 68  
Baruth 190  
Battin 196, 200, 205f.  
Baumgarten 107, 141, 196, 200, 205f.  
Bautzen 173, 175  
Beenz 196, 200, 205f.  
Beeskow 190  
Bergholz 89, 105, 107, 115ff., 196, 200,  
205f.  
Berlin 3, 8, 16, 20 ff., 145, 148, 155,  
158, 164, 166f., 170ff., 175, 177,  
181, 186, 225  
Berlin-Dahlem 67, 147  
Berlin-Schöneberg 57  
Berlin-Spandau 165  
Berlin-Wedding 94  
Bietikow 196, 200, 205f.  
Blandikow 190  
Blankensee 53  
Blindow 80, 84, 107, 188, 196, 200, 205f.  
Blumenhagen 24, 41, 109, 132, 141,  
196, 200  
Blumenthal 190  
Brandenburg / Havel  
Braunschweig 96  
Breslau 171  
Brietzig 25, 31, 34, 37ff., 72, 188f., 196,  
200, 207f.

Broellin 188, 196, 200, 207f.  
Brüssow 5, 16, 24, 43, 57, 83, 103ff.,  
107, 111, 115, 118, 122, 124, 127,  
133, 135ff., 139, 190, 193, 195, 205f.  
Brunne 190  
Boitzenburg 164  
Butterholz 103, 111, 187f.

### C

Carmzow 196, 200, 207f.  
Caselow 196, 200, 207f.  
Cottbus 68  
Cremzow 188, 186, 200, 207f.  
Cuntzow 28

### D

Dahlhausen 190  
Dahme 190  
Damerow 196, 198, 200, 202, 207f., 211f.  
Damme 137, 141, 188, 196, 201, 207f.  
Danzig 98  
Dauer 196, 201, 207f.  
Dedelow 196, 201, 207f.  
Doberlug – Kirchhain 68  
Drense 189, 197, 201, 207f.

### E

Eberswalde 47, 79, 126, 142, 164  
Eickstedt 197, 201, 207f.  
Eisenach 96  
Elberfeld 77  
Ellingen 197, 201, 207f.  
Elsterwerda 173  
Eupen 181

### F

Fahrenholz 197, 201, 207f.  
Fahrenwalde 107, 122, 197, 201, 208, 210

Falkenhagen 109, 197, 201, 209f.  
Falkenwalde 133, 197, 201, 209f.  
Ferdinandshorst 197, 201, 209f.  
Finsterwalde 68  
Flieth 159, 164, 166  
Frankfurt / Main 16, 170, 172  
Freienwalde 190  
Fürstenwalde 68  
Fürstenwerder 43, 107, 132, 188, 197f.,  
201, 209ff., 237, 240

## G

Gerdshagen 190  
Glienicke / Nordbahn 72  
Göritz 197, 201, 209f.  
Gollmitz 197, 201, 209f.  
Gramzow 83, 190, 240  
Gransee 190  
Greifswald 20, 22, 61, 155  
Grenz 197, 201, 209f.  
Greven 164  
Grimme 197, 201, 209f.  
Groß Luckow 41ff., 118  
Groß-Sperrenwalde 199, 203, 215f.  
Grünberg 188, 197, 201, 209f.  
Grünow 197, 201, 209f.  
Guben 68  
Güstow 197, 201, 209f.  
Güterberg 83, 197, 202, 209f.

## H

Hamburg 15, 77, 84, 99, 143, 173f.  
Heckelberg 190  
Hetzdorf 122, 189, 197, 202, 211f.  
Hindenburg 89, 109, 189, 197, 202, 211  
Holzendorf 197, 202, 211f.

## J

Jagow 197, 202, 211f.  
Jüterbog 190

## K

Karolinenthal (OT von Strasburg /Um.) 39  
Karstädt 190  
Kehrberg 190  
Klein Luckow 118, 139, 141, 144, 189  
Kleptow 197, 202, 211f.  
Klinkow 198, 202, 211f.  
Klockow 198, 202, 211f.  
Köln 96  
Königsberg / Ostpr. 47, 134  
Kotzen 190  
Kraatz 198, 202, 211f.  
Kreuzburg (Oberschlesien) 96  
Kyritz 68, 190

## L

Leipzig 64  
Lemmersdorf 198, 202, 211f.  
Lenzen 190  
Lindenberg 190  
Lindow 190  
Löwenberg 190  
Luckenwalde 190  
Lübbenow 109, 198, 202, 211f.  
Lüttich / Belgien 174  
Lychen 165, 190

## M

Memel 181  
Menkin 141, 198, 202, 211f.  
Metzelthin 190  
Meyenburg 190  
Milow 31, 109, 198, 202, 213f.  
Müncheberg 68  
München 8, 11, 20f., 25, 28, 37, 55, 65,  
67, 77, 104

## N

Nauen 97f., 101  
Nechlin 196, 198, 200, 202, 207f., 213f.  
Neuenfeld 198, 202, 213f.

Neuensund 198, 202, 218f.  
Neulewin 190  
Neulübbenau 190  
Neuruppin 190  
Neustadt 83, 185f., 188f., 192f., 195  
Nieden 198, 202, 213f.  
Nürnberg 71, 93

## O

Oranienburg 102

## P

Papendorf 83, 132, 188f., 198, 202, 213f.  
Pasewalk 10, 15, 20, 22ff., 30ff., 39, 47,  
51, 59, 61, 64, 68, 73, 126, 169  
Polzow  
Potsdam 11, 21ff., 30, 44, 55, 67, 72, 84,  
101, 127, 149  
Potsdam-Golm 11, 16, 44  
Prenzlau 3ff., 9ff., 15ff., 30, 37ff., 46ff.,  
52, 55ff., 62ff., 68f., 71ff., 79., 83f.,  
86f., 89f., 97ff., 114ff., 122ff., 126ff.,  
130, 132ff., 137f., 140ff., 156ff.,  
164ff., 172ff., 184, 186, 188ff., 192,  
194, 196, 200, 205, 226  
Pritzwalk 191  
Putlitz 191

## R

Rathenow / Havel 68, 191  
Redlin 191  
Rittgarten 198, 202, 213f.  
Röpersdorf 107, 141, 188, 198, 203, 213f.  
Roggow 198, 203, 213f.  
Rollwitz 198, 203, 213f.  
Rom 223  
Roskow 68  
Rossow 84, 89, 107, 134, 188, 198, 203,  
213f.  
Rostock 96, 155

## S

Schapow 106, 198, 203, 213f.  
Schenkenberg 198, 203, 215f.  
Schlepkow 198, 203, 215f.  
Schloßberg / Ostpr. 169  
Schmarsow 117, 198, 203, 215f.  
Schmölln 198, 203, 215f.  
Schönermark 191, 198, 203, 215f.  
Schönfeld 41, 199, 203, 215f.  
Schönwerder 83f., 122, 133, 148, 159,  
188, 199, 203, 215f.  
Schwaneberg 114, 199, 203, 215f.  
Schwarzensee 199, 203, 215f.  
Seegefeld / Falkensee 68  
Seelübbe 159, 199, 203, 215f.  
Sommerfeld 191  
Spiegelberg 199, 203, 215f.  
Spremberg 68  
Sternhagen 41, 199, 203, 215f.  
Stettin 31  
St. Germain 177, 181  
Strasburg (Um.) 3f., 6, 10, 15ff., 20, 22f.,  
25ff., 34, 36f., 39ff., 48, 51ff., 68,  
72ff., 83f., 97, 106f., 115f., 122,  
124, 127, 132, 134f., 137f., 141,  
146, 149, 151, 164, 166, 172, 188f.,  
191f., 194, 205f., 229, 235  
Straßburg 181  
Strausberg 191

## T

Teltow 68  
Templin 68f., 79, 123f., 127, 141f., 145,  
159, 191  
Thorn 57  
Trampe 189, 199, 203, 217f.  
Trebenow 15, 106f., 116, 122, 137,  
140f., 188, 199, 203, 217f.  
Triglitz 191

## **V**

Versailles *177, 181*

Vofßberg *165f.*

## **W**

Wallmow *199, 203, 217f.*

Warnitz *165f.*

Wedding (Berlin) *96*

Werbelow *199, 203, 217f.*

Werder / Havel *21*

Wetzenow *199, 203, 217f.*

Wien *6, 166, 180f., 220, 223ff.*

Wildberg *191*

Wilsickow *24, 189, 199, 203, 217f.*

Wilsnack *191*

Wismar *139, 141, 199, 203, 217f.*

Wittenberge *68*

Wittstock *191, 198, 203, 213f.*

Woddow *199, 204, 217f.*

Wolfshagen *199, 204, 217f.*

Wollin *83, 107, 141, 144, 189, 191, 199,  
204, 217f.*

Wollschow *199, 204, 217f.*

## **Z**

Zehdenick *116, 191*

Zernitz *191, 199, 204, 217f.*

Zerrenthin *141, 189, 199, 204, 217f.*

Ziemkendorf *199, 204, 217f.*

Zollchow *191, 199, 204, 217f.*

Züsedom *199, 204, 219*



## Personenregister

### A

Abele, Felix 107  
Albrecht, (?) 47  
Alßmann, (?) 50  
August Wilhelm von Preußen 130f., 135

### B

Baleske, Walter 189  
Bandelow, Paul 83, 107, 188f.  
Bax, Hermann 193  
Bechly, Carl, Senior 136, 185  
Beiler, Ella 193  
Beiler, Oskar 193  
Beintker, (?) 124  
Berg, Willi 192  
Bergholz, (?) 134  
Bernhardt, Kurt 184  
Biermann, Erich 192  
Billich, Hans 188  
Blank, Herbert 154ff., 163  
Bode, Paul 185  
Borowsky, Peter 143ff.  
Braun, Gustav 185  
Breetz, Rudolf 194  
Breitsprecher, Karl 46ff., 52, 97, 184  
Broszat, Martin 67, 79  
Brüsewitz, Wilhelm 46, 52, 184  
Buchrucker, (?), Major a.D. 154ff., 163  
Büsser, Ernst 104, 108f., 136, 185, 188  
Burmeister, Gerhard 51ff., 184

### C

Casper, (?) 83  
Cienke, Peter 39  
Conrad, August 192  
Corswant, Walther von 25, 28, 31, 34ff.,  
61

### D

Dähn, Louis 194  
Dahlenburg, Hans 185, 188  
Decker, (?) 46, 99, 102, 124  
Diechmann, Hermann 193  
Dieckmann, Wilhelm, Junior 43, 103f.,  
111, 122, 126, 132, 135ff., 187ff.  
Dieckmann, Wilhelm, Senior 103, 107,  
111, 117, 136  
Diedrich, Karl 57  
Diedrich, Kurt 55ff., 73, 80, 185f.  
Dittmann, Albert 188  
Doerner, (?), 165  
Dollfuß, Engelbert 223  
Dollischon, Franz 187  
Dominikowski, Max 194  
Dreke, Georg 194  
Drexler, Anton 90  
Droysen, Rudolf 185, 188  
Duchow, Karl 187  
Duchow, Ludwig 187

### E

Eggeling, (?) 136  
Eggert, Wilhelm 192  
Eisner, Heinrich 195  
Ehlert, Max 195

### F

Fahrenholz, Emma 193  
Falter, Jürgen 144  
Fischer, (?) 159  
Freitag, Kurt 192  
Frenzel, Gustav 185  
Frick, Wilhelm 93  
Fritsche, (?) 55  
Fuhrmeister, Gustav 136  
Fulbrecht, Karl 107  
Fullbrecht, Walter 116, 137, 188

## G

Gädecke, (?) 134  
Geiger, Theodor 146  
Gerhard, Richard 189  
Gerhard, Wilhelm 186  
Gloatz, Johannes 185  
Gnilka, August 194  
Goebbels, Joseph 21, 37, 57, 64, 66, 71,  
77ff., 81, 94f., 99f., 114  
Göring, Hermann 124ff., 150, 223  
Gollee, Willy 185  
Gottschalk, (?) 130  
Grabow, (?) 149  
Grüneberg, (?) 72  
Gruhnert, (?) 132  
Grzesinski, Albert 67, 149  
Guiard, Karl 29f., 32, 36, 45, 184  
Gustke, Artur 164

## H

Haacke, (?), M.d.L.  
Hanjohr, Paul 195  
Hanke, Arthur 186  
Harrer, Karl 90  
Hauptmann, Fritz 188  
Heberle, Rudolf 144  
Heermann, (?) 102  
Heidrich, Eugen 185, 188  
Heinisch, Karl 193  
Hellmuth, Erich 136, 185  
Hellmuth, Rudolf 107ff., 122  
Hildebrand, (?) 225  
Hildebrandt, Friedrich 57  
Hilgendorff, Axel 186  
Hinze, Hans 189  
Hitler, Adolf 4, 7, 10, 13, 25, 38, 44,  
52, 73, 77ff., 90, 92ff., 97, 102, 110,  
119, 122, 124, 126f., 130, 133f.,  
137, 143ff., 147, 149ff., 154, 159,  
166, 170, 175, 180, 221f.  
Hoffmann, Martin 186

Holtz, Emil 22, 37, 89, 101, 103, 110ff.  
Holz, Wilhelm 55  
Horn, Otto 159  
Hubo, Heinrich 185, 189  
Hugenberg, Alfred 19, 96, 222

## I

Imm, Ernst 193

## J

Jaene, Martin 55, 73, 80f., 83ff., 87, 89,  
97, 99f., 102, 152, 154, 167f.,  
171ff., 186  
Jaene, Ulrich 55  
Janeke, August 184  
Janssen, Wilhelm 186  
Jeschke, Richard 151

## K

Kalkreuth, Eberhard, Graf von 117  
Kapp, Wolfgang 19  
Karstädt, Georg 192  
Kayser, (?) 118  
Kegel, Martha 195  
Kieckhöfer, Paul 189  
Klaehrn, (?) 21  
Klaschus, Emil 189  
Klemantowitz, Walter 194  
Klemantowitz, Wilhelm 194  
Knoll, Friedrich 187  
Kober, Ulrich 67  
Koch, Hermann 185  
Köhn, Moritz 99  
Köpke, Albert 187  
Körting, Heinrich 184  
Kohl, Claudia 22  
Kolberg, Joachim 155  
Korn, Wilhelm 101  
Korthals, (?) 17  
Kreienbring, Erich 184  
Krüger, Wilhelm 149f.

Kube, Wilhelm 19, 21, 69, 98, 114, 119,  
150  
Kühl, Max 148  
Kurz, Paul 193

## L

Lahn, Karl 192  
Langbrandtner, Ludwig 99f., 154, 165ff.,  
176  
Lange, (?) 45, 101, 106, 109  
Lefevre, Richard 107, 134  
Lehmann, Emil 107  
Lejeune, Fritz 20  
Lemke, Erich 184  
Lemke, Friedrich 192  
Lemke, Wilhelm 192  
Lettow-Vorbeck, Kurt von 84, 149  
Lichtwart, August 83, 144, 185f.  
Linn, Philipp 185  
Lipset, Seymour Martin 143, 145  
Lorentzen, (?) 19  
Lüllwitz, Paul 189

## M

Mahler, Lauritz 185  
Martens, Fritz 192  
Martin, Paul, Major a.D. 110, 122, 130,  
135ff., 185f., 188  
Matthias, Ernst 188  
Matzdorf, Helmuth 192  
Matzdorf, Hermann 189  
Meincke, Karl 193  
Meißner, Willy 188  
Merk, Hermann 41  
Meyer, Arnold 189  
Michael, Karl 194  
Michael, Wilhelmine 194  
Milow, (?) 24  
Mirr, Richard 186, 189  
Mischke, Erich 194  
Möhl, Richard 188

Möhring, (?) 150  
Molwitz, Paul 128, 137, 185f., 188  
Moreau, Patrick 77, 87, 89, 91, 93f., 96,  
101, 154ff., 165, 181  
Mossakowsky, Eugen 87  
Müller, Georg 151  
Münchhausen, Baron von 103  
Munnecke, Friedrich 54, 151, 194  
Munzel, Georg 193  
Mussolini, Benito 223  
Mutschmann, Martin 93

## N

Naujock, Friedrich 149, 192  
Naumann, Otto 54, 194  
Nauschütz, Walter 184  
Neubauer, Willi 153

## O

Oldenburg, Ulrich 96, 155f., 158f.  
Oppermann, Hugo 51, 123  
Orsoleck, Günther 57  
Otte, Willi 185

## P

Pagel, Karl 195  
Pagels, Fritz 26ff., 36f., 44f., 73  
Pepler, Willy 25  
Peters, Else 195  
Pittack, Paul 192  
Pöschel, Otto 195  
Pröfrock, Erich 28f., 36, 45f., 52, 73,  
107, 184

## R

Rabbel, (?) 20, 61f.  
Radecke, Hellmuth 80, 107, 189  
Rakow, Agnes 193  
Rakow, Wilhelm 193  
Raven, Franz Krafft von 41  
Rehm, Rudolf 42, 89, 101

Reinhardt, Arnold 189  
Repfennig, Erich 20, 24, 59, 61, 63, 73f.  
Reventlow, Ernst Graf zu 89  
Richter, Friedrich 193  
Riebe, Richard 192  
Römer, Friedrich 72  
Röske, Franz 184  
Röske, Gustav 149  
Rossow, Rudolf 185  
Rühle, Gerd 40, 55, 68, 71f., 79f., 83,  
89, 97, 104, 109f., 122  
Ruthenberg, August 184

## S

Saß, Ludwig 195  
Schacht, Hjalmar 222  
Schild, Gotthard 94ff.  
Schilling, Karl 107  
Schimmelpfennig, (?)  
Schiritz, Gustav 194  
Schlange, Ernst 110, 114ff., 119, 124, 133  
Schmeichel, Ernst 186  
Schmiedicke, Erich 119  
Schmidt, Herbert 164, 166ff., 170, 176  
Schmidt, Paul 99f., 168, 170  
Schönwälder, Josef („Seff“) 119  
Schreiber, Emil  
Schröder, Karl 136, 185  
Schröder, Paul  
Schröder, Wilhelm 107  
Schubel, Otto 107  
Schubert, Paul 193  
Schünemann, Ernst 184  
Schünemann, (?) NS-Frauenschaftsführerin  
Strasburg (Um.) 52  
Schulz, Hermann 195  
Schulz, Richard 193  
Schulz, Robert, pommerscher  
NSDAP-Gaupropagandaredner 31  
Schulz, Robert, KPD-Vorsitzender Prenzlau  
133f., 160, 194

Schulz, Willi 192  
Schumacher, Walter 187  
Schurke, Wilhelm 194  
Schwarz, (?)  
Schweinoch, Oliver 65  
Schwuchow, Ernst 28f., 36f., 73  
Seidel, Frida 193  
Siebert, Ludwig 222  
Sievert, Wilhelm 193  
Spandau, Fritz 188  
Sperling, Ernst 99f., 167f., 170, 186  
Sprenger, Jakob 170ff.  
Sprenger, Wilhelm 188  
Staebe, Gustav 69, 79f.  
Steffen, Friedrich 194  
Steinhorst, Walter 130, 136f., 185f., 188  
Stennes, Walther, Hauptmann a.D.  
154ff., 163  
Stoeffen, Karl 192  
Störl, Heinrich 194  
Stöwsand, Dr. med., Werner 52, 184  
Stoll, Johann 192  
Straßer, Gregor 77ff., 89, 98, 116  
Straßer, Otto 5, 13, 75, 78f., 85, 89ff.,  
102, 114, 152, 154ff., 160f., 163,  
186  
Stucke, (?), ev. Pfarrer 67  
Studentkowski, Werner 59, 62ff.  
Stülpnagel, Berndt von 188

## T

Tech, Otto 194  
Tesch, Karl 23, 27, 36  
Tews, Konrad 193  
Thaens, Ferdinand 52ff., 184, 188  
Tscharnkte, Robert 193  
Tyron, Wilhelm 55, 80f., 84f., 89, 99f.,  
102, 104, 108f., 152ff., 159f., 165,  
167ff., 176, 186

## **V**

Vahlen, Theodor 20, 25

Vick, August 194

Völker, Paul 107

## **W**

Wandelt, Hermann 186

Wangenheim, Alexander Freiherr von  
128

Waßmundt, (?) 73

Wegener, Wilhelm 186, 188

Weiß, Bernhardt 67, 71

Wendorff, Fritz 137, 188

Wendt, (?), Oberleutnant 156

Wendt, Margarete 193

Wendt, Paul 193

Wendt, Richard 192

Wenzel, Julius 136, 187

Weyel, Robert 99f., 167, 170ff., 175

Willhoff, Karl 192

Witthun, Gottfried 189

Wohlleben, Heinz 124

Wollmuth, Karl 185

Wrede, Kurt 185

## **Z**

Zander, Julius 52, 137, 184, 188

Zeh, Alfred 184

Zell, Otto 195

Zemke, Gustav 184

Ziemendorf, Ernst 195

Ziesenitz, Oskar 149, 192

Zimmermann, Karl 194

Zimmermann, Paul 189

Zimmermann, Wilhelm 15, 80, 173f.

Zörgiebel, Karl-Friedrich 65, 67

Zorl, Gustav 185

Zornow, Karl 193

## Abbildungsnachweis:

- Adressbuch Strاسبurg (Um.) 1927: Abbildung 7b.
- Archiv Norman Glowe: Abbildung 41.
- Archiv Uckermärkischer Geschichtsverein zu Prenzlau: Abbildung 47b.
- Bayerische Staatsbibliothek München: Abbildung 53.
- Bundesarchiv Berlin: Abbildung 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 15, 16, 17, 18a, 24, 26, 27, 29, 30, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38 und 55.
- Dominikanerkloster Prenzlau / Stadtarchiv: Abbildung 40b, 47a, 50 und 51.
- Familie Thyron: Abbildung 54.
- Heimatmuseum Fürstenwerder: Abbildung 18b.
- Heimatmuseum Strاسبurg (Um.): Abbildung 7d.
- Jagiellonen-Bibliothek Krakow: Abbildung 25a, 25b und 25c.
- Museum Brüssow: Abbildung 42.
- Nachlass Irene Treisch: Abbildung 12.
- Sammlung Roland Brauchler: Abbildung 13a.
- Sammlung Dirk Lange: Abbildung 11.
- Sammlung Jürgen Theil: Abbildung 7c, 19, 21, 44 und 56.
- Sammlung Hildegard Wegener: Abbildung 13b.
- Staatsbibliothek Berlin, Zeitungsarchiv: Abbildung 7a, 14, 20, 22, 23, 28, 31, 39, 40a, 43, 45, 46, 48, 49 und 52.
- Titelbild: Heimatkalender Prenzlau 1936.
- Bilder auf der Rückseite des Buches: Brüssow: Museum Brüssow, Strاسبurg (Um.); Heimatmuseum Strاسبurg (Um.) – Das Foto stammt aus einem Strاسبurger Dachbodenfund.
- Quellennachweis Tabelle 9:
  1. Eigene Berechnung nach Ergebnispublikation, Uckermärkischer Kurier vom 16.9.1930.
  2. Eigene Berechnung nach Ergebnispublikation, Prenzlauer Zeitung vom 2.8. und 8.11.1932.
  3. Eigene Berechnung nach Ergebnispublikation, Uckermärkischer Kurier vom 17.9.1930.
  4. Eigene Berechnung nach Ergebnispublikation, Prenzlauer Zeitung vom 2.8. und 8.11.1932.
  5. [www.bundestag.de/reichstagswahlergebnisse](http://www.bundestag.de/reichstagswahlergebnisse), Zugriff 17.3.2017.







Der **Hauptsitz** des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau e. V. (mit Bibliothek) im **Sparkassenkommunikationszentrum Prenzlau** (Grabowstraße 6) hat immer **donnerstags ab 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr** geöffnet. Besucher sind gern gesehen, Mitstreiter willkommen. Besuchen Sie uns auch auf unserer **Homepage** ([www.uckermaerkischer-geschichtsverein.de](http://www.uckermaerkischer-geschichtsverein.de)), da gibt es viel zu entdecken.

Neben den unterschiedlichsten Forschungen und Aktivitäten vieler Mitglieder ist die Publikation von regionalgeschichtlichen Themen eines seiner Hauptanliegen. **Der Verein unterhält derzeit fünf Schriftenreihen:**

- Mitteilungen des Uckermärkischen Geschichtsvereins:

1/1992, 2/1993, 3/1994, 4/1995, 5/1996, 6/1997, 7/1998, 8/1999, 9/2000, 10/2001, 11/2003, 12/2005, 13/2006, 14/2007, 15/2008, 16/2010, 17/2011, 18/2012, 19/2013, 20/2013, 21/2014, 22/2015, 23/2016

- Arbeiten des Uckermärkischen Geschichtsvereins:

1. 1999: Günther Meyer, Bücher, Bibliotheken und Leser in der Uckermark.
2. 2000: Sophie Wauer, Ortsnamenbuch der Uckermark.
3. 2001: Gerhard Kegel, Wann kamen die Franziskaner nach Prenzlau?
4. 2001: Klaus Neitmann/Jürgen Theil (Hrsg.): Die Herkunft der Brandenburger.
5. 2002): Wilhelm Zimmermann, Fürstenwerder 1944/45. (2015, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage).
6. 2005: Peter Franke, Aufsätze zur Geschichte der Stadt Prenzlau.
7. 2005: Jürgen Theil, Prenzlauer Stadtlexikon und Geschichte in Daten.
8. 2005: Kerrin Gräfin von Schwerin: Die Uckermark zwischen Krieg und Frieden 1648–1949.
9. 2010: Matthias Schulz, Die Entwicklung Prenzlaus vom 10. Jh. bis 1722.
10. 2013: Uckermärkischen Geschichtsverein (Hrsg.): Die Ausgrabungen in der Prenzlauer Neustadt und der westlichen Marktberg-Straße 2011/12.

- Schülerarbeiten zur Regionalgeschichte:

1. 1998: Marc Castillon u.a., Das Armenwesen in Prenzlau vom Mittelalter bis 1933.
2. 2005: Armin Haase, Widerstand und Nationalsozialismus im Kreis Prenzlau.
3. 2007: Birkenhain. Ein historischer Ort.
4. 2008: Sarah Grandke, „Als die Füße nass und kalt waren, erkannte ich den Ernst der Lage.“.
5. 2010: Christine Breiholz, Ani Mirsujan u. a., 20 Jahre friedliche Revolution.
6. 2011: Paulina Schilling/Carsten Bartel, Paul Rebenstock – „vom Stasimann zum Stalinismusopfer“.
7. 2015: Luisa Andres / Beatrix Bretsch / Ute Herrmann: ERLEBT. ERZÄHLT. ERINNERT. 100 JAHRE ERSTER WELTKRIEG UND SEINE AUSWIRKUNGEN AUF DIE UCKERMARK.

- Ortsgruppe Gramzow: Gramzower Hefte:

1. 1/1996, 2/1997, 3/1999, 4/2001, 5/2002
2. Ortsgruppe Fürstenwerder: Fürstenwerder Mosaik:
3. 1999: Geschichte und Geschichten.
4. 2002: Die Vierziger und Fünfziger Jahre.
5. 2004: Feuerwehr und andere Vereine.
6. 2007: Detlef Graf von Schwerin / Ute Bleich, Fürstenwerder und das Dominium. Eine uckermärkische Mediastadt (1648–1854).
7. 2012: Jubiläen und Erinnerungen.

